C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 52 12.11.74
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Streikwelle in Frankreich

Als Giscard D'Estaing die traditionelle „Rentree"-Rede hielt (die Rentree bezeichnet den Wiederanfang der parlamentarischen Arbeit, den Schulbeginn und das Ende der Urlaubs und Ferienzeit, also im September) nannte er während der ganzen Rede nur eine Zahl – nämlich die der „unvernünftigen" Lohnerhöhungen. Das fiel auf – weil der französische Staatschef sonst Reden und Erklärungen mit komplizierten Statistiken und mysteriösen Zahlen immer schmückt.

Hinter den pathetischen Apellen des Staatschef an die „Vernunft" etc. ... etc. ... der Franzosen, verbirgt sich eine wahre Kriegserklärung an die französische Arbeiterklasse: die gesamte Regierungspolitik ist darauf aus, die Kosten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen; das ist die sogenannte „Stabilitätspolitik" oder „Austeritätpolitik" von Giscard und Co.

So wurden sämtliche Kosten, die mit kollektiven Infrastrukturen zu tun haben (Krankenhäuser, Schulen, Verkehrswesen oder Wohnungswesen) drastisch gekürzt. Parallel dazu wird eine „Sanierung" der Wirtschaft durchgeführt: das heißt Elimination der unrentablen Betriebe und Massenentlassungen (im Juli 74 war die Zahl der konkurs-gegangenen Betriebe um 38 % höher als im vergangenen Jahr um dieselbe Zeit). Dies drückt sich auch in der ständig steigenden Arbeitslosenzahl aus: offiziell wird eine Zahl von 800.000 Arbeitslosen 1975 erwartet, die Gewerkschaften aber nennen eine Zahl von einer Million Arbeitslosen bis Ende dieses Jahres.

Gleichzeitig galoppieren die Preise in die Höhe: die Preissteigerung in Frankreich seit 1973 beträgt nach Schätzung der Gewerkschaften 18 % (!!), sie liegt damit höher als die Preissteigerung ihrer Hauptkonkurrenten (8,5 % in der Bundesrepublik, 10,5 % in den USA).

Durch Rationalisierung Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen werden spezifische Arbeiterkategorien am stärksten getroffen: nämlich die Jugendlichen, die Emigranten (ausländische Arbeiter) und die Frauen. Davon betroffen sind vor allem die Bauindustrie, der Automobilbau sowie die Textilindustrie.

Seit nun mehr drei Wochen streiken die Postarbeiter in Frankreich, die unter miserablen Arbeitsbedingungen leiden. Durch Personalmangel herrscht dort eine unerträgliche Arbeitshetze; dazu kommt noch eine Unterbezahlung. Dieser Streik ging aus von einer Pariser Verteilerzentrale am 17. Oktober und wurde zunächst von den Gewerkschaften ignoriert.

Als sich die Bewegung rapide verbreiterte und bald ganz Frankreich erfaßte, hängten sich die beiden Gewerkschaften, die revisionistische CGT und die CFDT (sozialdemokratisch, aber mit starken kämpferischen Tendenzen in einzelnen Bereichen) an. Die Postarbeiter und -angestellten fordern 200 Francs lineare Lohnerhöhung für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter (das entspricht ca. 140 DM) und die Reduzierung der Arbeitshetze. Gleichzeitig begannen

Forsetzung Seite 2



Über 2.500 demonstrierten gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats (siehe Artikel S. 6)

Tarifabschluß in der Stahlindustrie:

Lohnraubsignale!

Die Tarifrunde in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens ist nach der 4. Verhandlungsrunde abgeschlossen. Danach erhalten die 220.000 Stahlarbeiter:
- 9 % mehr Lohn und Gehalt
- 600 DM in zwei Raten à 300 DM („Stahlbonus")
- 80 DM mehr für Lehrlinge
- 2 Tage mehr Urlaub

Darüber hinaus wurde ein „Alterssicherungsabkommen" geschlossen, nach dem
- Arbeiter und Angestellte vom 50. Lebensjahr an bei 25 Jahren Betriebszugehörigkeit Kündigungsschutz haben.
- bei 50 (55) Lebensjahren und 10 (5) Jahren Betriebszugehörigkeit wird der Verdienst zu 100 % abgesichert, wenn der Kollege vorher 5 Jahre im Mehrschichtbetrieb war
- zu 90 % ist unter den gleichen Voraussetzungen ein 45jähriger Kollege bei 15jähriger Betriebszugehörigkeit im Verdienst abgesichert.

Dieselbe Regelung gilt für Nicht-Schichtler, allerdings unter Fortfall aller in der Stahlindustrie gezahlten Zuschläge.

Dieses Ergebnis wurde am 28.10. von der Großen Tarifkommission der IG Metall mit 80 gegen 30 Stimmen gebilligt. Allein die Vertreter der Stahlbetriebe aus dem Raum Dortmund, die das Ergebnis in einer Resolution abgelehnt hatten, stimmten geschlossen dagegen. Bereits bei Aufstellung der 14%-Forderung hatten elf von 14 Dortmunder Vertretern diese als unzureichend abgelehnt.

Dieser Abschluß bedeutet bereits Lohnraub

Der Stahlabschluß wird bereits unmittelbar nach Inkrafttreten dazu führen, daß nach Abzug der inflationären Preissteigerungen und der Steuern und Sozialabzüge real ein Minus in der Lohntüte ist. In den Vorjahren trat dieser Effekt erst einige Monate nach Abschluß der Tarife auf. Das macht deutlich, daß das Tempo des Reallohnabbaus und der Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse nach den Vorstellungen der Kapitalisten in diesem Jahr gewaltig gesteigert wird.

Darüber kann auch der sogenannte „Stahlbonus" nicht hinwegtäuschen. Denn hierbei handelt es sich um einmalige Beträge, die tariflich nicht abgesichert sind. Am Jahresende 1975, wenn neue Tarifverhandlungen anstehen, finden diese allein auf der Basis von 9 %-Bruttosteigerung der Tariflöhne statt.

Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen in Hessen und Bayern:

DER VORMARSCH DER REAKTION MUSS GESTOPPT WERDEN

Die Landtagswahlen in Hessen und Bayern brachten erwartungsgemäß einen Zugewinn an Wahlstimmen für CDU und CSU und signalisieren den Vormarsch der äußersten Reaktion innerhalb der CDU/CSU („Strauß/Dregger-Flügel"). Nach den Landtags- und Kommunalwahlen in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland und Niedersachsen, mußte die SPD auch bei diesen Wahlen wieder Einbußen hinnehmen, in Hessen 2,7 %, in Bayern gar 3,1 %. Die in Hessen mit der SPD koalierende FDP war mit einem Verlust von ebenfalls 2,7 % (gegenüber den Landtagswahlen 1970) an der Niederlage beteiligt. In Bayern verlor diese Partei 0,3 % und rutschte – bei insgesamt nur 5,2 % – gefährlich in die Nähe der Fünf-Prozent-Barriere.

In Bayern erreichte die rechtsradikale CSU 62,1 % der gültigen Wahlstimmen, gegenüber nur 30,2 % Stimmenanteil der SPD. Damit ist die – in Bayern regierende und schon vorher über eine solide Mehrheit verfügende – CSU jetzt mehr als doppelt so stark wie die SPD geworden und besitzt nun nahezu zwei Drittel aller Abgeordneten-Sitze im Bayrischen Landtag.

Gerade das bayrische Wahlergebnis zeigt, daß es sich bei den CSU-Wählern nicht einfach um sogenannte Protestwähler handelt, wie das von interessierter Seite gern abgetan und heruntergespielt wird, da sich Proteste selbstverständlich g e g e n die regierende CSU, nicht aber gegen die Oppositionspartei gerichtet hätten, eine „Protest"-Wahl in Bayern also allemal für die SPD ausgeschlagen wäre.

In Hessen hat die CDU bei einem Zugewinn von 7,6 % ein Ergebnis von 47,3 % erreicht, ist damit aber hinter ihrem eigentlichen Ziel – Gewinnung der absoluten Mehrheit – zurückgeblieben.

Die bürgerliche Propaganda war bemüht, das Wahlergebnis als „Erdrutsch" zugunsten der CDU/CSU und „Katastrophe" für die SPD darzustellen. Diese Interpretation ist allerdings zum guten Teil reaktionäre Stimmungsmache gegen die SPD und gibt mehr Aufschluß über die augenblicklichen Interessen der Kapitalisten, als über die tatsächlichen Verhältnisse. Tatsächlich war der Verlust der SPD bei der hessischen und bayrischen Landtagswahl sehr viel geringer als bei der Hamburger Landtagswahl (- 10,4 %) und bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz (- 5,7 %) und Schleswig-Holstein (- 7,9 %) und sogar noch etwas geringer als bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (- 3,2 %). Die Wahlergebnisse zeigen für die SPD eher eine gewisse Stabilisierung bei einer Verlust-Marke von etwa 3 % gegenüber den Landtagswahlen von 1970.

CDU und CSU haben es in beiden Ländern geschafft, der SPD und FDP jeweils einige Prozente vom rechten Flügel abzujagen. Darüberhinaus konnten sie in beiden Ländern von der Konkursmasse der NPD profitieren. Die Summe der Stimmverluste bei SPD, FDP und NPD machen in beiden Fällen fast vollständig den Zuwachs bei CDU und CSU aus: In Hessen verloren SPD (2,7 %), FDP (2,7 %) und NPD (2 %) zusammen 7,4 %; die CDU gewann 7,6 %. – In Bayern verloren SPD (3,1 %), FDP (0,3 %) und NPD (1,8 %) zusammen 5,2 %; umgekehrt gewann die CSU 5,7 %.

Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden der CDU haben die hessische CDU und bayrische CSU ihren Wahlkampf weniger auf den Zugewinn von „Protest"wählern ausgerichtet, sondern auf Propagierung und Durchsetzung eines mittelfristigen, offen reaktionären Programms der westdeutschen Kapitalisten, das die Strauß/Dregger-Leute mit äußerster Demagogie, chauvinistischer, nationalistischer und faschistischer Hetze an den Mann zu bringen versuchten ... mit Erfolg!! Strauß und Dregger führten ihren Wahlkampf nicht nur gegen SPD und FDP, sondern – im Rahmen eines groß angelegten Tests der Kapitalisten – auch gegen große Teile ihrer eigenen Partei. Es galt zu prüfen, ob die Zeit schon wieder reif sei...

Im Großen und Ganzen haben Strauß und Dregger diesen Test bestanden, das wird ihnen heut von allen Seiten bestätigt. In diesem Punkt liegt der eigentliche Erfolg des Rechtsaußen-Flügels der CDU/CSU bei diesen Landtagswahlen: Strauß und Dregger haben das Tor für eine enorme Verschärfung der Faschisierung in der BRD aufgestoßen. Die Arbeiterklasse muß auf der Hut sein.

Die Linke außerhalb der SPD hat es erwartungsgemäß nicht geschafft, aus dem allgemeinen Verschleißprozeß der SPD nennenswerte Stimmanteile für sich zu erobern. Die „kommunistischen" Gruppen und Parteien erreichten zusammengenommen in Hessen gerade 1,1 % der Stimmen gegenüber 1,2 % bei den Landtagswahlen 1970 für die DKP allein. Dies ist ein Verlust von etwa 1.000 Wählern. Die in Hessen von „Kommunisten" gewonnenen Stimmen verteilen sich auf die DKP (0,9 % = 28.626 Wähler), die „KPD" (0,1 % = 4.152 Wähler) und den KBW (0,1 % = 2.734 Wähler).

Einen kleinen Zugewinn konnten die beiden in Bayern kandidierenden „kommunistischen" Parteien für sich verbuchen, zusammen knapp 12.400 Stimmen, d.h., daß etwa 6.200 Menschen mehr als bei den Landtagswahlen 1970 „kommunistisch" gewählt haben. (In Bayern hat jeder Wähler zwei Stimmen!) Die DKP erhielt 45.919 Stimmen (= 0,4 %; 1970: 40.255 = ebenfalls 0,4 %). Die erstmals kandidierende „KPD" bekam 6.719 Stimmen (weniger als 0,1 %).

Der Kommunistische Bund hat – wie auch schon bei den letzten Landtags- und Kommunalwahlen – wieder keine konkrete Wahlempfehlung ausgesprochen, d.h. wir haben unseren Genossen und Sympathisanten freigestellt, eine der linken Gruppen zu wählen bzw. gar nicht erst zur Wahlurne zu gehen. Das letzte war der Regelfall. Andere linke und kommunistische Gruppen haben auch zu diesen Wahlen wieder eine Empfehlung für die SPD abgegeben, so z.B. das „Sozialistische Büro (Offenbach)" und die bayrischen „Arbeiter-Basis-Gruppen".

Fortsetzung Seite 20


Nach zwei Monaten Hungerstreik gegen unmenschliche Haftbedingungen am 9.11.1974 gestorben: Genosse Holger Meins

siehe Artikel S. 27

Massenproteste gegen US-Atombomben in japanischen Häfen

In der japanischen Öffentlichkeit hat die Erklärung des US-Admirals Laroque vor dem amerikanischen Kongreß, die Schiffe der US-Navy in den Häfen Japans seien mit Kernwaffen ausgerüstet, große Aufmerksamkeit gefunden und Proteste der demokratischen, antimilitaristischen Kräfte Japans hervorgerufen.

Zwar hat die amerikanische Regierung alle Anschuldigungen in dieser Frage zurückgewiesen – auch der japanische Außenminister Kimura beeilte sich mit einem Dementi – jedoch *„enthüllte die NEW YORK TIMES, daß ein Geheimabkommen zwischen Japan und den USA bestehe, das die Lagerung solcher Waffen in Japan ermögliche."* („UZ", 25.10.74)

Ein solches Abkommen würde klar gegen die von den japanischen Imperialisten immer wieder gepriesenen *„Prinzipien der nuklearen Enthaltung"* verstoßen – danach hat sich die japanische Regierung nämlich *„verpflichtet, nukleare Waffen auf japanischem Boden weder herzustellen, noch einzuführen, noch zu lagern."* (lt. „Westdeutsche Allgemeine", 23.10.74)

Die Laroque-Erklärung vor dem US-Kongreß bestätigt im Grunde nur, was demokratische Organisationen in Japan seit Jahren vertreten – *„daß auf Okinawa und anderen Teilen Japans A-Waffen gelagert sind"* („WAZ", ebenda).

Die revisionistische KP Japans konnte bereits vor mehreren Jahren dem Parlament *„sogar genaue Lagerskizzen vorlegen. Amerikanische Zeugen haben immer wieder diesen Sachverhalt bestätigt".* („WAZ")

Die jüngsten Enthüllungen fanden deshalb so großen Widerhall in Japan, weil sie einer sich im Aufschwung befindenden antimilitaristischen Bewegung neuen Stoff geben:

- Ein bedeutender Konflikt der der jüngsten Zeit war der Kampf der Fischer von Mutsu (Nordjapan), die wochenlang die Küste mit ihren Booten blockierten, um das Einlaufen des ersten japanischen, atomgetriebenen Schiffes ‚MUTSU' zu verhindern.

Nach der – ebenfalls von den Fischern verzögerten – Jungfernfahrt dieses 8124 Tonnen Frachters, wurde der Atomreaktor der ‚MUTSU' leck und gab radioaktive Stoffe ab.

Die Fischer befürchten zu Recht, daß eine Rückkehr der ‚MUTSU' grosse Gefahren für sie selbst und die Fischgründe vor der japanischen Küste bedeuten würde.

„Die Fischer gestatteten dem Schiff die Rückkehr erst nach der Zusicherung verschiedener Bedingungen und erheblichen Geldzuwendungen." („WAZ")

- Große Unruhe und Empörung löste in den zurückliegenden Wochen ferner die in der gesamten Presse verbreitete Meldung aus, *„daß USA-Sondereinheiten auf Okinawa den Abwurf von Atombomben trainierten."* („WAZ")

- Schließlich wurde von der demokratischen Öffentlichkeit die die Verleihung des ‚Friedensnobelpreises 1974' an den japanischen Ex-Premier Sato als Provokation empfunden. Sato, ein übler Reaktionär, wär während seiner Regierungszeit immer ein Fürsprecher der japanischen Atombewaffnung gewesen und hatte deshalb auch die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch Japan verhindert.

In Japan kam es nach der Erklä-



Überall in Japan: Protest gegen die US-Kriegsschiffe mit Atomwaffen.

rung des US-Admirals Laroque zu Massenprotesten: Über zwei Millionen Japaner demonstrierten, namentlich in den Städten Yokosuka und Sasebo, wo das größte Kontingent der amerikanischen Kriegsflotte liegt; *„eine Reihe von Gewerkschaften ließen dreißigminütige Sympathiestreiks durchführen, die sich vornehmlich auf die Städte und Häfen mit amerikanischen Militärstützpunkten konzentrierten."* („WAZ")

Fortschrittliche Gewerkschaften, demokratische und antimilitaristische Organisationen haben angekündigt, die Aktionen in den kommenden Wochen noch auszudehnen, um den Besuch von US-Präsident Ford, der sich für die Zeit vom 18. bis 22. November in Tokio angesagt hat, zu verhindern.

In der bürgerlichen Presse wird angesichts der jüngsten Entwicklung in Japan mehrfach die Parallele zu den Ereignissen des Jahres 1960 gezogen, *„als Präsident Eisenhower . . . wegen des blutigen Massenprotestes gegen die Unterzeichnung des amerikanisch-japanischen Sicherheitspaktes wieder ausgeladen werden mußte"* und *„das Kishi-Kabinett zurück(trat)"* („WAZ", 23.10.74). ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Nach Nixon – jetzt Tanaka!

Als Kakuei Tanaka am 5. Juli 1972 von der „liberaldemokratischen" Parlamentsmehrheit zum neuen Ministerpräsidenten Japans gewählt wurde, zogen die Kurse an der Tokioter Börse kräftig an.

Heute, nur zwei Jahre später, sinkt der Stern Tanakas nicht nur – er stürzt! *„Tanakas Ansehen hat, wie soeben eine Umfrage einer großen japanischen Tageszeitung ergab, einen abermaligen Tiefstand erreicht, der sogar unter den Mindestwerten liegt, die sein wenig geliebter Amtsvorgänger, Eisaku Sato, noch erreichte."*

(„Frankfurter Allgemeine", 29.10.74)

Dieser Trend war bereits klar an den Ergebnissen der Parlamentswahlen vom Juli dieses Jahres abzulesen, als die regierende LDP empfindliche Einbußen hinnehmen mußte – und sich im Oberhaus nur noch mit knapper Mehrheit behaupten konnte.

Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit (derzeit 900.000!) und einer ungeheuren Inflationsrate (derzeit 26 %!) haben die japanischen Wähler der reaktionären Regierungspartei – und Tanaka persönlich – bereits einen ersten Denkzettel verpaßt.

Die Folgen davon waren:

- verschärfte Richtungskämpfe innerhalb der LDP, die in der immer lauter erhobeneren Forderung gipfelten, Tanaka solle zurücktreten (siehe hierzu u.a. „Süddeutsche Zeitung", 10.7.74);
- die demonstrativen Rücktritte von Regierungsmitgliedern – zum einen dankte der stellvertretende Ministerpräsident Miki und zum anderen nur wenig später der Finanzminister Fukuda ab; beide gehören zum rechtsextremen Flügel der LDP (der „Seirankai"), der ***„inzwischen nicht nur dem Namen nach an die SA unseligen deutschen Angedenkens erinnert"*** (dieses Zitat ist entnommen der großbürgerlichen „FAZ" vom 23.2.74).
- daß das japanische Großkapital das Tanakas Aufstieg nach Kräften gefördert hatte, offen drohte, seinen Günstling fallenzulassen (siehe hierzu „FAZ", 29.10.74).

Die Ablösung Tanakas scheint mittlerweile eine beschlossene Sache zu sein. Eine angesehene japanische Tageszeitung kam unlängst zu dem Schluß, daß *„das einzige, was sich heute mit Sicherheit sagen läßt, ist, daß das Tanaka-Kabinett geschlossen zurücktreten wird, früher oder später."* (zit. nach „Kölner Stadtanzeiger", vom 30.10.74)

Daß die Popularitätskurve Tanakas heute weiter denn je nach unten zeigt, dafür haben nicht unwesentlich fleißige Journalisten gesorgt, die mit kriminalistischer Sorgfalt *„die . . . Geschichte der politischen Finanzmanipulationen, persönlichen Korruption und Vetternwirtschaft des Regierungschefs Tanaka und seiner Partei"* enthüllten („KSA", 30.10.74) – und die diesen Politkrimi in dem bedeutenden japanischen Monatsmagazin „Bungei Shunju" veröffentlichten.

Danach ergibt sich folgendes – auch für die Politik der LDP und ihres Hauptexponenten, Tanaka, aufschlußreiches – Bild:

- Für das Rechnungsjahr 1972 wies die Parteikasse der „Liberaldemokraten" insgesamt 260 Millionen Mark (!) aus, was aber *„nur die Spitze eines Eisbergs"* war. *„Mindestens die Hälfte von 760 Millionen Mark, die die Wirtschaftsunternehmen des Landes* (also das japanische Großkapital, Anm. der Red.) *in diesem Jahr als Spenden von der Steuer absetzten, gingen unter der Hand ebenfalls an die Partei (!)."* („KSA", 30.10.74)
- Tanaka, der zusammen mit zwei weiteren Figuren aus seinem engsten Mitarbeiterstab für die Verwendung der Gelder verantwortlich ist, *„gab (30 bis 50 Millionen Mark) . . . allein dafür aus, sich die Kandidatur zum Ministerpräsidentenamt zu sichern (!)"* („KSA", ebenda).
- Bei den letzten Wahlen im Sommer dieses Jahres (zum Oberhaus) hat Tanaka *„bis zu einer Milliarde Schmiergelder gezahlt"* („KSA", ebd.)
- Auch für sein persönliches Wohlergehen hat der japanische Premier aus der LDP-Parteikasse gesorgt:

Er nennt nun sein eigen *„ein Grundstück nebst Villa im Herzen Tokios (Wert 24 Millionen DM) und drei Sommervillen . . . (Gesamtwert: 4,7 Millionen Mark"* . . . und er kann sich glücklich schätzen, *„Mehrheitsaktionär bei einem halben Dutzend von Unternehmen des Verkehrs-, Bau- und Chemiebereichs"* zu sein („KSA", ebenda.).

Der „Kölner Stadtanzeiger" hebt in seinem Bericht hervor, daß es sich hier nur um *„ein paar wahllose Beispiele aus einer ganzen Flut, die die ‚Bungei Shunju' . . . zusammengetragen hat"*, handelt. . .

Im Vergleich zu Tanakas Handlungsweise scheinen selbst die „Vergehen" R. Nixons im Falle „Watergate" nur belanglose Bagatellen gewesen zu sein! Im Gegensatz zu seinem Freund Nixon hat Tanaka aber auch bereits einmal eingesessen – und zwar im Jahre 1948 *„wegen illegaler Geschäfte in der Bergwerksbranche"* („KSA", ebenda).

Tanaka wird seinen Parteiposten und sein Staatsamt verlieren – darüber besteht kaum noch Zweifel. Die entscheidende Frage aber wird sein, wer von den „Liberaldemokraten" seine Nachfolge antreten wird – „gemäßigte Konservative" oder die faschistischen Seirankai – Leute, die mit Fleiß Tanakas Sturz betreiben? ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Schottische Fernfahrer beendeten erfolgreichen Streik

Den ganzen Oktober über streikten rund 6 000 der 8 000 Fernfahrer Schottlands für höhere Löhne. Ihre Forderungen:

- 40 Pfund (etwa 250 DM) für die 40-Stunden-Woche;
- Beibehaltung der Tageskilometer-Leistung, bei deren Überschreitung Überstunden gezahlt werden müssen;
- eine garantierte 45-Stunden-Woche
- höhere Spesen.

Bisher bekamen die Fernfahrer für die 40-Stunden-Woche 31.50 Pfund (auf den Monat umgerechnet rund 780 DM), verdienten aber durch Überstunden zwischen 45 Pfund und 55 Pfund die Woche (1 115 DM bis 1 365 DM im Monat).

Die Forderung nach einer „garan-

Die Forderung nach einer „garan-tierten 45-Stunden-Woche" erklärt sich daraus, daß die schottischen Arbeiter von einer permanenten hohen Arbeitslosigkeit (rund 7 %) bedroht sind und andererseits ihre Familien nicht ohne Überstunden ernähren können.

Die Kapitalisten, organisiert in der „Scottish Road Haulage Association" (Schottischer Transport-Unternehmer-Verband), boten den Arbeitern an:

- 35,60 Pfund für die 40-Stunden-Woche ab sofort; 40 Pfund erst ab dem 1. Januar;
- Dafür sollten die Arbeiter eine Erhöhung der Tageskilometer-Leistung um 10 Meilen in Kauf nehmen;
- garantiert werden sollte nur eine 40-Stunden-Woche;
- Die Spesensätze sollten nicht erhöht werden.

Nach einem vierwöchigem militant geführten Streik der Fernfahrer einigte man sich in der Schlichtungskommission CAS (Conciliation and Arbitration Service – die Nachfolgerin des Arbeitsgerichtshofes unter dem Antistreikgesetz der Tories, vgl. letzte Nummer des AK) auf folgendes Ergebnis:

- 40 Pfund ab sofort für die 40 Stunden-Woche;
- Beibehaltung der Leistungs-Grenze;
- garantierte 40 Stunden-Woche;
- keine Erhöhung der Spesen.

Ein Kompromiß, den man aber wohl als Erfolg für die Arbeiter werten kann – der „Sozialkontrakt", der die Lohnerhöhungen auf die Preissteigerungsrate begrenzen wollte, ist mit dieser 36 %igen Erhöhung durchbrochen worden.

Dieser Streik hat wieder einmal gezeigt, wie wenig sich die englischen Arbeiter danach richten, was ihre „full time officials" (hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre) ihnen vorschlagen: der Streik wurde von den Fahrern ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung begonnen, und obwohl sie es ablehnte, den Streik für offiziell zu erklären, und ständig den Arbeitern „riet", doch das Angebot der Unternehmer anzunehmen, weitergeführt.

Die Fernfahrer von West-Schottland hatten sich bereits in der ersten Streikwoche ein inoffizielles Streikkomitee gewählt. Dies Komitee wurde im Laufe der Verbreiterung der Streikfront durch fliegende Streikposten, die im ganzen Land mit ihren Fahrzeugen unterwegs waren, vergrößert. Zum Schluß bestand es aus 20 gewählten Shop Stewards aus allen Gebieten Schottlands.

Die Fernfahrer bezogen Streikpo-

Die Fernfahrer bezogen Streikpo-sten vor den großen Transportunternehmen und blockierten für rund drei Wochen die wichtigsten Transportwege zu den Fabriken, Häfen, Güterbahnhöfen usw. In der zweiten Hälfte des Oktobers begannen die Vorräte der Metallfabriken, Kaufhäuser und Druckereien bereits knapp zu werden. Nur Krankenhäuser und Altenheime durften ungehindert beliefert werden.

Mitte Oktober trafen sich 3 000 Fahrer in Glasgow, um zu hören, was ihnen die 13-köpfige Kommission – bestehend aus 7 fulltime-officials und 6 Shop Stewards – die bis dahin die Verhandlungen mit den Kapitalisten geführt hatte, anzubieten hatte: ein Entrüstungssturm brach los, als die Kommission empfahl, das Angebot der Unternehmer (s.o.) anzunehmen.

Für eine relativ hohe politische Bewußtheit der Streikführer spricht die Tatsache, daß bis zum Schluß die Anonymität des inoffiziellen Streikkomitees gewahrt blieb, so daß die bürgerliche Presse nur Vermutungen anstellen konnte, wer dort drin saß. So wurde ein Pressefotograf, der auf der 3 000 Mann-Versammlung im Glasgower Appollo-Theater das Komitee aufgenommen hatte, sofort von einem Trupp von Fahrern umringt und gezwungen, den Film herauszugeben.

Das Schönste: Die Kapitalisten beschwerten sich, daß sie mit einer Delegation verhandeln mußten, von der ihnen sechs Mitglieder (die Shop-Stewards) nicht vorgestellt wurden! Sogar die Gewerkschaftsführer mußten da mitspielen! Die Arbeiter hatten von ihren Bauarbeiter-Kollegen von Shrewsbury (von denen vor einem Jahr sechs zu mehrjährigen Gefängnisstrafen für nichtgenehmigtes Streiken verurteilt worden waren) gelernt. ●

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Frankreich

die Bergbauarbeiter in Lothringen einen Streik.

Sie wollen mit ihrem Streik die Schließung bzw. Stillegung der Zechen verhindern und halten seit zwei Wochen die Zechen besetzt. Auch die Angestellten des Rundfunk und Fernsehens (ORTF) streiken, beim ORTF sollen 200 Mitglieder gekündigt werden. Mit ihrem Streik protestieren die Arbeiter der ORTF auch gegen die Presse- und Informationszensur.

Am 1. November schloß sich dieser Streikbewegung auch die revisionistische Lehrergewerkschaft FEN an. In der Zwischenzeit haben auch die Eisenbahn-, die Gas- und Elektrizitätswerksarbeiter die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter der Großdruckereien der Gruppe „Neogravure", wo 1.000 noch in diesem Monat entlassen werden sollen, haben die Arbeit ebenfalls eingestellt. Die FFTL, CGT-Gewerkschaft im Druckbereich (die CFDT gibt es praktisch im Druckbereich nicht), hat alle Druckarbeiter zum Streik aufgerufen (im Druckbereich wird wie in der BRD massiv wegrationalisiert).

Die 15.000 Ölhändler Frankreichs haben einen unbefristeten Lieferstreik begonnen; in Westfrankreich und auch im Süden haben sie mit ihren Tankwagen Straßensperren auf den Zugängen zu Raffinerien, Öl und Benzinlagern errichtet. In Südfrankreich haben sich bereits einige Tankstellenbesitzer dem Streik angeschlossen.

Am 5. November haben die Gewerkschaften die Arbeiter im Krankenhauswesen und im Metallbereich aufgerufen, sich dem Streik anzuschließen.

Die Politik der Gewerkschaften bei dieser Streikbewegung ist die übliche: die CGT versucht sich wie immer als die große gewerkschaftliche Organisation zu profilieren, die ‚Verantwortungsbewußtsein und konstruktive Vorschläge" hat, das heißt sie fordert wieder „Verhandlungen auf Führungsebene' mit der Regierung, von „Macht zu Macht". Bereits im September hatte der Generalsekretär der CGT, Georges Seguy, der Regierung ein Programm in fünf Punkten zur Bekämpfung der Inflation vorgeschlagen, damit Arbeiter und Kapitalisten gemeinsam die Krise meistern.

Nun hat Seguy Giscard d'Estaing einen offenen Brief geschrieben, wo er unter anderem schreibt, es sei doch sicherlich möglich, zu akzeptablen Kompromissen zu kommen und in dem er wieder auf sein „Programm in fünf Punkten" hinweist. Das „Interessanteste" aber an diesem Brief ist, daß Seguy hoch und heilig gegenüber allen „Diffamierungen' der Regierung schwört, daß dieser Streik gar kein „politischer" Streik sei.

Wörtlich: *„Eine öffentliche Polemik über die Frage, sind diese aktuellen Streiks politisch oder nicht, ist höchstens uninteressant, ebenso für Sie wie für uns. Sie wissen, daß dies eine falsche Debatte ist. Sie glauben auch selbst nicht ernsthaft daran, daß wir die Nation auseinanderreißen wollen oder Unordnung und Chaos säen wollen. Wenn wir in erster Linie die Regierung stürzen wollten, würden wir Ihnen ja nicht so beharrlich Verhandlungen vorschlagen, wo wir, unter Verantwortlichen, die best möglichen Lösungen für die brennendsten sozialen Probleme treffen wollen."*

Der Brief endet dann mit einem zynischen Appell an „Vernunft und Verantwortungsbewußtsein" der Kapitalisten.

Bislang sind aber Giscard und seine Minister nicht auf die „konstruktiven" Vorschläge von Seguy eingegangen, sondern entfachen eine Panikmache; das bürgerliche Schreckgespenst, der Mai 68, wird wieder ausgepackt und Premierminister Chirac appellierte vor dem Senat an die Franzosen, „Solidarität und Disziplin" zu wahren: *„Wir werden eine Zersetzung der Nation nicht zulassen, wir werden es nie dulden, daß die Institutionen des Staates in Frage gestellt werden."*

Der Generalsekretär der „Unabhängigen Republikaner" (Partei von Giscard) bezeichnete die Streiks als „eine dämonische Aktion!" Im Hintergrund streiten sich die beiden Parteien der „Linksunion" (PCF und PS). Die PCF hat jüngst ihre Befürchtungen kundgegeben, die „Sozialisten" von Mitterand könnten auch mit Zentristen ein Bündnis eingehen; beide wetteifern nun in öffentlichen Erklärungen.

Auch der „Sozialisten"-Chef Mitterand erklärte sich „empört" über den „Trick" der Regierung, die Streikbewegung als eine politische darzustellen. In der Beziehung sind sich die „Kommunisten" der PC und die „Sozialisten" der PS wieder einig; es geht allein um das „Wohl der Nation", und damit es der Nation besser geht, den Unternehmern wie den Arbeitern, damit die Regierung nicht so viel Ärger mit Streiks u.ä.m. hat, sollen sich alle wie immer an einen Tisch setzen und, wie Seguy sagte, „unter Verantwortlichen" schön brav und vernünftig Kompromisse diskutieren. ●

Frankreich-Kommission, KB/Gruppe Frankfurt

Söldnertruppe gegen Mosambik!

Wie kürzlich bekannt wurde, versucht der Schweizer „Geschäftsmann" Lenzinger eine Söldnertruppe für die „Befreiung" Mosambiks aufzustellen.

Lenzinger, der sich bisher in der „Fluchthilfe" (sprich Menschenhandel) aus RGW-Staaten, speziell der DDR hervortat, gab dies in einem Interview mit der schwedischen Zeitung „Aftonbladet" an.

„Hinter seinen Plänen stünde eine Reihe portugiesischer Geschäftsleute und deren Angebot lautet: 10.000 Kronen im Monat für einen ausgebildeten Unteroffizier, 4.000 Kronen für einen Nicht-Berufssoldaten . . . Wie Lenzinger weiter mitteilte, benötigen die portugiesischen Geschäftsleute eine Truppe von mindestens 1.000 Mann. Es gehe dabei nicht nur um Soldaten, sondern auch um Ärzte und Techniker. Die Hälfte dieser Privatarmee wolle er in Schweden werben, ‚weil die Schweden ebenso zuverlässige Leute sind wie die Schweizer'. Die andere Hälfte solle aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Österreich kommen" („FR", 23.10.).

Die Zielsetzung dieser Truppe ist klar abgesteckt: Sie sollen die **„frühere portugiesische Kolonie Mosambik befreien und wieder unter weiße Herrschaft stellen"** („FR", 23.10.).

„Eine Truppe werde in Mosambik von kriegserprobten Soldaten geführt werden, die schon im Konge (heute Zaire) und in Biafra dabei waren. Die Legionäre würden als Hand - feuerwaffen amerikanische Maschinenpistolen vom Typ M 15 erhalten. Solche Waffen könne man vor allem in Westdeutschland nahezu unbegrenzt kaufen. Mit der Munition dafür sei es schon schwieriger, doch habe er gute Beziehungen zu einigen afrikanischen Regierungen".

Auf Lenzingers Anzeige hin meldeten sich angeblich innerhalb weniger Tage über 1.000 Elemente – darunter ein Bankräuber (dies spricht sicherlich für die Zusammensetzung dieser Truppe). Lenzinger dementiert zwar (fast) alles – gibt aber zu, daß er nach „gründlicher Vororientierung" wohl Ernst machen würde. Daß seine derzeitige Aktion der „Vororientierung" dem Einschätzen eines eventuellen „Söldnerpotentials" dient, liegt auf der Hand. Seine tatsächliche Truppe wird dieser Verbrecher sicher nicht so unter den Augen der Öffentlichkeit aufbauen.

Soweit Söldner-Lenzinger. Die Methode ist nicht neu. Wer erinnert sich nicht an den berüchtigten „Kongo-Müller", der mit seiner Söldnerbande versuchte, den kupferreichen Kongoteil Katanga für die Imperialisten „zu befreien". Im Grunde gibt es seit den Unabhängigkeitserklärungen und Befreiungskämpfen in Afrika auch die Söldnerbanden, sei es im Kongo, in Biafra, im Sudan oder in Tanzania.

Mit Unterstützung der faschistischen Regimes in Rhodesien und Südafrika versuchen so die ehemaligen Kolonialmächte, bzw. auch einzelne Kapitalgruppen (Shell, BP etc. in Biafra) ihre Macht in diesen Staaten wiederherzustellen.

Ohne die Gefahr solcher Unternehmungen zu unterschätzen (die ja auch allgemein – über den aktuellen Anlaß hinaus – zur Rekrutierung internationaler Killer-Trupps dienen), darf man wohl annehmen, daß die Genossen der Frelimo die Söldnertruppe (falls sich diese je nach Mosambik traut) zu einem Himmelfahrtskommando machen werden. ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

„Entnazifizierung" in Portugal

Durch die massenhaften, zum Teil bewaffneten Aktionen des portugiesischen Volkes gegen den Rechtsputsch vom 28. September (von der Großbourgeoisie und den Imperialisten angezettelt), gelang es nicht nur, diesen zu verhindern, sondern insgesamt eine Stärkung der demokratischen Bewegung, eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu deren Gunsten durchzusetzen.

Hier einige der Maßnahmen, die nach dem Putsch durchgeführt wurden und die davon zeugen, daß auch innerhalb der in Portugal führenden „Bewegung der Streitkräfte" der fortschrittliche Flügel gestärkt wurde:

- Kurz nach dem Putschversuch wurden von Armeekommandos und bewaffneten Antifaschisten etwa 200 „hochgestellte" Persönlichkeiten verhaftet, darunter Großgrundbesitzer und Angehörige der Hochfinanz – allesamt Hintermänner und Drahtzieher des Umsturzversuches.
- In nächtelangen Hausdurchsuchungen wurden Waffen der Faschisten beschlagnahmt. Insgesamt sollen Waffen für etwa 8 Mill. Mark vor allem über die spanische Grenze eingeschleust worden sein. Auf dem Landsitz des Junta-Mitgliedes Galvao de Melo wurde ein riesiges Waffenlager ausgeräumt, worauf dieser
- zusammen mit zwei weiteren Juntamitgliedern umgehend aller Ämter enthoben wurde. Präsident Spinola trat nach einer Abschiedsrede im Fernsehen, die ihm gewährt wurde, „freiwillig" zurück.
- Auch unter den Ministern wurde gesäubert: Verteidigungsminister Firmino Miguel und Informationsminister Sanchez Osorio mußten ihren Hut nehmen.
- Über 1500 rechte Offiziere wurden in den Ruhestand versetzt.
- Es wurde angekündigt, daß alle Soldaten und Offiziere, die „US-indoktriniert" sind, kaltgestellt bzw. entlassen werden sollen.
- Außerdem wurde den revolutionären Organisationen ein etwas größerer Spielraum gewährt. Die Herausgabe der (seit einigen Wochen verbotenen) Zeitung von MRPP „Luta Popular" wird nicht mehr behindert. Der Chefredakteur dieser Zeitung, Saldanha Sanchez, der kurz nach dem 25. April – kurz in Freiheit – wieder eingesperrt worden war, wurde freigelassen.

Jedoch wird das neue Pressegesetz, das eine erhebliche Einschränkung der freien Berichterstattung bedeutet, nach wie vor angewandt. So wurde „Luta Popular" vor kurzem mit einer Geldstrafe von umgerechnet 5.000 Mark belegt. Ebenso die bürgerliche Zeitung „Republica" (5.000 Mark) und „Diario de Lisboa" (2.500 Mark), vermutlich wegen Abdrucks von MRPP-Kommuniques. Im Oktober wurde die Wochenzeitung „Comercio do Funcahl", die offenbar MRPP nahesteht, für 30 Tage verboten.

> Aus einer Meldung des Berliner „Extradienst" vom 1.11.74:
> **„Portugal: USA wollen rechte Gewerkschaften aufbauen.**
> *Mit dem Auftrag, ‚antikommunistische Gewerkschaften in Portugal aufzubauen' („Sunday Times") hielt sich der Leiter der Europa-Abteilung der US-Gewerkschaftsorganisation AFL-CIO, Irving Brown, in Lissabon auf. Brown gilt als Agent des CIA und folgte in dieser Eigenschaft dem Vizedirektor dieser Umsturzorganisation, General Walters, im wahrsten Sinne auf dem Fuß: Walters war erst kurz vorher in der portugiesischen Hauptstadt eingetroffen, wo er seinen Besuch als ‚Urlaubsreise' deklarierte."*

Insgesamt ist die Haltung gegenüber den Revolutionären nach dem zurückgeschlagenen Putsch liberaler geworden, die Haltung gegenüber den alten faschistischen Kräften unnachsichtiger. Zumindest kann gesagt werden, daß die „Bewegung der Streitkräfte" die „Entnazifizierung" mit wesentlich größerer Ernsthaftigkeit durchführt, als dies nach dem 2. Weltkrieg von den deutschen Parteien und den „Siegermächten" in den Westzonen geschah!

Hauptgefahr: die Imperialisten

Wenige Tage nach dem Putschversuch veröffentlichte die „Bewegung der Streitkräfte" ein Kommuniqué, in dem Lehren aus dem Putsch vom 28. September gezogen werden. Darin wird besonders darauf hingewiesen, daß die US-Botschaft in den letzten Wochen ihr Personal verdreifacht hat und CIA-Agenten unter dem Schutz diplomatischer Immunität eingeschleust werden. Von führenden Vertretern der „Bewegung" wurde wiederholt auf die Gefahr einer CIA-Wühlarbeit ähnlich wie in Chile hingewiesen.

Es ist bekannt geworden, daß Portugal zu den Ländern gehört, um die sich der CIA in nächster Zeit ganz besonders „kümmern" will (siehe Artikel in diesem AK: „CIA ‚kümmert' sich um Europa"). Der CIA-General Walters hat sich in den letzten Wochen mehrmals in Protugal aufgehalten, um „persönliche Gespräche" zu führen. Der bisherige Botschafter Nash Scott wurde wegen „verharmlosender Berichte" über die Tätigkeit der Kommunisten in Portugal durch den „Berufsdiplomaten" Frank Carlucci ersetzt. Nach Berichten der spanischen Zeitung „Cambio 16" soll der CIA in den letzten Wochen etwa 200 Agenten nach Spanien und Portugal eingeschleust haben und in Spanien eine Informationszentrale für die „gefährdete Zone Südeuropa" einrichten. Die spanische Botschaft in Washington gab bekannt, daß sich die Zahl der Visaanträge für Spanien seit Mai d.J. verdreifacht habe („FR", 7.11.74). Kissinger und sein CIA-Handlanger befürchten offenbar von der Entwicklung in Portugal Rückwirkungen auf ihr Bollwerk Spanien, sowie auf Italien und Griechenland.

Brandt als Handelsreisender in Sachen Antikommunismus

Auch der westdeutsche Imperialismus möchte sein Teil zur „demokratischen Entwicklung" in Portugal beitragen. So schickte man den „unverdächtigen" Vertreter, den Friedensnobelpreisträger Brandt am 19. Okt. auf die Reise nach Portugal.

Brandt machte dem Führer der portugiesischen Sozialdemokraten, Außenminister Soares klar, daß die BRD Hilfe für das wirtschaftlich zerrüttete Land und die SPD finanzielle Hilfe bei Parteiaufbau der PSP nur unter 2 Bedingungen gewährt: 1. Portugal müsse Mitglied der Nato bleiben, 2. die SP Portugals dürfe kein „Volksfrontbündnis" mit den Kommunisten eingehen.

D. h. Brandt ging es in erster Linie um das aggressive Nato-Bündnis (das bei einer kommunistischen „Bedrohung" im Inneren eingesetzt werden kann), um die Sicherung einer kapitalistischen Ordnung in Portugal mit „Unterstützung" der EG und schließlich um eine Sozialistische Partei nach den Grundzügen der SPD und des Antikommunismus. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Portugiesische Faschisten gründen „Regierung der schweigenden Mehrheit im Exil"

Einer kurzen Notiz im „Diário de Notícias" vom 12. Oktober war zu entnehmen, daß Dr. Antônio Gonçalves Rapazote in einem Hotel in Madrid gesichtet worden sei. Rapazote, langjähriger Innenminister un-

Dies belegt weiter, daß sich besonders der Champalimaud-Konzern, Portugals zweitgrößte Industrie- und Finanzgruppe, die u.a. die Stahl- und Zementproduktion des Landes monopolisiert hat bei der tatkräfti-

botenen) Zeitung von MRPP „Luta Popular" wird nicht mehr behindert. Der Chefredakteur dieser Zeitung, Saldanha Sanchez, der kurz nach dem 25. April – kurz in Freiheit – wieder eingesperrt worden war, wurde freigelassen.

Jedoch wird das neue Pressegesetz, das eine erhebliche Einschränkung der freien Berichterstattung bedeutet, nach wie vor angewandt. So wurde „Luta Popular" vor kurzem mit einer Geldstrafe von umgerechnet 5.000 Mark belegt. Ebenso die bürgerliche Zeitung „Republica" (5.000 Mark)

niqué, in dem Lehren aus dem Putsch vom 28. September gezogen werden. Darin wird besonders darauf hingewiesen, daß die US-Botschaft in den letzten Wochen ihr Personal verdreifacht hat und CIA-Agenten unter dem Schutz diplomatischer Immunität eingeschleust werden. Von führenden Vertretern der „Bewegung" wurde wiederholt auf die Gefahr einer CIA-Wühlarbeit ähnlich wie in Chile hingewiesen.

Es ist bekannt geworden, daß Portugal zu den Ländern gehört, um die sich der CIA in nächster Zeit

kein „Volksfrontbündnis" mit den Kommunisten eingehen.

D. h. Brandt ging es in erster Linie um das aggressive Nato-Bündnis (das bei einer kommunistischen „Bedrohung" im Inneren eingesetzt werden kann), um die Sicherung einer kapitalistischen Ordnung in Portugal mit „Unterstützung" der EG und schließlich um eine Sozialistische Partei nach den Grundzügen der SPD und des Antikommunismus. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Portugiesische Faschisten gründen „Regierung der schweigenden Mehrheit im Exil"

Einer kurzen Notiz im „Diário de Notícias" vom 12. Oktober war zu entnehmen, daß Dr. Antônio Gonçalves Rapazote in einem Hotel in Madrid gesichtet worden sei. Rapazote, langjähriger Innenminister un-ter Salazar und Caetano, war im Oktober 1973 aus dem Kabinett zurückgezogen worden, nachdem er sich im „Wahlkampf" allzu offen faschistisch geäußert und u.a. diverse Stellungnahmen zum „allgemeinen Unfug von Wahlen" abgegeben hatte. Als einer der Wortführer der faschistischen Kritik an Caetano war er auch im Dezember 1973 maßgeblich am Versuch eines „kalten Putsches" beteiligt, der die Entmachtung Caetanos und die Etablierung einer noch klarer faschistischen Regierung zum Ziel hatte. Dieser Gonçalves Rapazote nun – einer der wenigen prominenten Faschisten, die unmittelbar nach dem Staatsstreich vom 25. April 1974 verhaftet werden sollten – konferierte in Madrid mit „einem der bekanntesten protugiesischen Industriellen".

Was dabei herauskam, war folgendes: wenige Tage später berichtete das spanische Faschistenblatt „Nuevo Diario" von der Bildung einer *„Portugiesischen Regierung der schweigenden Mehrheit im Exil"*. Die Namen des „Präsidenten" und des „Verteidigungsministers" dieser Clique wurden noch nicht bekanntgegeben, angeblich *„weil sich beide noch in Portugal befinden und dort von Soldaten in Begleitung bewaffneter kommunistischer Elemente gesucht werden"*. Auf der „Ministerliste" dieser „Exilregierung" finden sich immerhin einige illustre Namen:

- „Innenminister" ist Barbieri Cardoso, früher Vizedirektor der Folter-Geheimpolizei PIDE;
- „Informationsminister" ist Dutra Faria, früher Direktor der Nachrichtenagentur ANI;
- zum „Arbeitsminister" wurde der „Gewerkschafter" Antônio Rosa Casaco ernannt, früher PIDE-Inspektor und Leiter der Brigade die 1965 in Spanien den oppositionellen General Humberto Delgado ermordete;
- zum „Wirtschafts- und Finanzminister" wurde der „Bankier und Industrielle" J. Champalimaud bestellt.

Dies belegt weiter, daß sich besonders der Champalimaud-Konzern, Portugals zweitgrößte Industrie- und Finanzgruppe, die u.a. die Stahl- und Zementproduktion des Landes monopolisiert hat bei der tatkräfti-gen Unterstützung der Faschisten hervortut. Champalimaud hatte schon bei der „Stierkampfveranstaltung" vom 26. September, die als Generalprobe für den reaktionären Putschversuch dienen sollte (AK 51), Eintrittskarten für 200.000 Escudos (etwa 20.000 DM) aufgekauft und an Faschisten abgegeben; das nach dem Putschversuch verbotene Faschistenblatt „Bandarra" enthielt nur eine einzige ganzseitige Anzeige, die bezeichnenderweise vom „Banco Pinto e Sotto Maior stammte, die zum Champalimaud-Konzern gehört; und schon im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 28. September war ein Mitglied der Familie Champalimaud verhaftet worden. Zugleich ist der Champalimaud-Konzern das einzige der portugiesischen Monopole, gegen das sich eine – wenn auch bescheidene – wirtschaftliche Maßnahme der Provisorischen Regierung erkennbar richtet: mit Erlaß vom 26. Juli wurde der „Siderurgia Nacional", dem einzigen Stahlproduzenten Portugals, verschiedene Auflagen gemacht; darunter vor allem die Verpflichtung, 10% des Umsatzes in einen „Fundo de Investimento Siderúrgico" einzubringen, wobei die Hälfte dieses Betrages in Staatsbeteiligung umzuwandeln ist.

Nicht umsonst erschien die Nachricht von der Bildung dieser offenbar von Goncalves Rapazote inspirierten „Exilregierung" ausgerechnet in „Nuevo Diario": dieses Blatt ist das Sprechrohr des spanischen Faschistenführers Blas Piñar (der zum rechtesten Flügel des spanischen Faschismus gehört) und wurde in Portugal besonders eifrig vom „Partido do Progresso" studiert, der maßgeblich am reaktionären Putschversuch vom 28. September beteiligt war (siehe AK 51). Nachdem erst einmal der Versuchsballon losgelassen war und er heftige Reaktionen in Portugal ausgelöst hatte, versicherte das spanische Außenministerium selbstverständlich sofort, es werde keinerlei politische Aktivitäten ausländischer Gruppen auf spanischem Territorium zulassen. ●

Spanien/Portugal-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Thieus Regime von Massenkämpfen erschüttert

Seit es Anfang September in Eue zu Massendemonstrationen gegen das Thieu-Regime kam, haben sich Massenkämpfe im ganzen Land entwickelt. Die bürgerliche Opposition gegen Thieu (die sogenannte „dritte Kraft" des Pariser Vietnamabkommens) hat sich enger zusammengeschlossen und nimmt eine entschiedene Haltung gegen die Diktatur, für die Durchführung des Pariser Abkommens und für ein wirkliches Ende des Krieges ein.

Die Demonstrationen, zu denen u.a. katholische Kräfte (traditionelle Stützen des Regimes) und die Buddhisten aufriefen, richteten sich vor allem gegen die Korruption und Mißwirtschaft des Regimes. In den Städten Südvietnams sind mehr als eine Million Menschen arbeitslos. Die schon hohe Inflationsrate des vorigen Jahres (65%) verdoppelte sich in diesem Jahr nahezu (114%). Von diesen Zuständen profitieren in erster Linie die am engsten mit dem Regime Thieus verbundenen Teile des Staatsapparats und der Bourgeoisie. In der Armee, seit Jahren ein gewohnter Zustand, hat sich die Korruption inzwischen noch weiter verschärft: hohe Offiziere kassieren Sold für gar nicht existierende „Geister-Armeen"; verletzte Soldaten müssen sich ihren Abtransport von den Hubschrauberpiloten erkaufen; Artillerie-Kommandeure kassieren von den Soldaten, wenn sie ihnen „Feuerschutz" geben etc.

Um den Protesten entgegenzukommen, gab Thieu wieder einmal eine Erklärung ab, in drei Monaten werde die Korruption ausgerottet sein. 377 Offiziere wurden gemaßregelt, weitere sollen folgen. Die Befehlshaber von drei der vier Militärbezirke Südvietnams wurden abgesetzt (Zentrale Hochebene, Region Saigon, Mekong-Delta).

Ein anderes Ziel der Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen, Resolutionen, Streiks, Hungerstreiks u.a. ist die Durchführung des Artikel elf des Pariser Abkommens, der die demokratischen Freiheiten garantieren soll. Beschlagnahme von Zeitungen ist in Südvietnam an der Tagesordnung, was die bürgerliche Opposition trifft (die Presse der Pro-



Straßenschlacht in Saigon – ein alltägliches Bild: Die Bevölkerung fordert den Sturz des verhaßten Thieu-Regimes

visorischen Revolutionären Regierung, also der Befreiungskräfte, ist natürlich im Machtbereich Thieus sowieso verboten). Der Rücktritt von „Informationsminister" Hoang Duc Nha (ein Verwandter und „engster Vertrauter" Thieus) Ende Oktober, ist als Ergebnis der Massenproteste gegen die Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit zu sehen.

Zusammen mit Hoang Duc Nha traten der Minister für Handel und Industrie, der Finanzminister und der Landwirtschaftsminister zurück. Sprecher der bürgerlichen Opposition sagten dazu jedoch, daß sie damit nicht zufrieden sind, da es ihnen nicht um das Auswechseln von Personen, sondern um eine neue Politik auf der Grundlage der Bestimmungen des Pariser Abkommens geht.

Das Thieu-Regime hat das Pariser Abkommen seit dessen Abschluß Anfang 1973 ständig mißachtet und verletzt. Entgegen den Bestimmungen befinden sich immer noch 2 bis 300.000 politische Gefangene in KZs, Gefängnissen u.ä. Das Regime hat seine Versuche nicht eingestellt, ehemals umkämpfte Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen und Offensiven gegen die Befreiten Gebiete, die unter Kontrolle der Provisorischen Revolutionären Regierung stehen, zu unternehmen. Die Befreiungskräfte haben alle diese Angriffe abgeschlagen und teilweise auch mit Gegenoffensiven geantwortet. Indessen ist der Preis hoch, den die Bevölkerung Südvietnams für die ständigen Vertragsbrüche des Thieu-Regimes (1.000 größere und kleinere militärische Verstöße täglich) zahlt: durchschnittlich 10.000 Tote im Monat.

Die Unfähigkeit des Thieu-Regimes zur Fortsetzung des Krieges ist offensichtlich. Das hat u.a. dazu geführt, daß der Kongreß der USA eine Kürzung der „Hilfe" für Südvietnam um 50% beschlossen hat. Die US-Regierung (Ford, Kissinger) ist zum einen bemüht, bei den „Verbündeten" der USA einen kräftigen internationalen Kredit für Thieu locker zu machen (wo aber auch nur wenig Neigung besteht, dem bankrotten und international unpopulären Regime unter die Arme zu greifen), und versucht andererseits, eine Änderung der Haltung des Kongreß' zu erreichen.

Die US-Regierung unterstützt (bzw. verlangt sogar) daher die Versuche Thieus, sein „Image" aufzubessern (Rücktritt der vier unpopulären Minister, angekündigter „Kampf gegen die Korruption" u.a.), scheint aber vorerst entschlossen, Thieu selbst zu halten. Wie lange das noch gegen den Widerstand der Kräfte der Provisorischen Revolutionären Regierung, gegen die Massenkämpfe und gegen die zunehmende Opposition auch aus dem bürgerlichen Lager möglich ist, steht allerdings auf einem anderen Blatt. ●

Schlechte Zeiten für die Reaktionäre in Mosambik

In Mosambik kam es am 22. Oktober zum zweiten Putschversuch reaktionärer Kreise gegen die im Juni nächsten Jahres bevorstehende Unabhängigkeit dieser portugiesischen Kolonie, Angehörige der Kommando-Truppen (Spezialeinheiten zur Guerillabekämpfung), die kurz vor ihrem Abtransport nach Portugal standen, zettelten sozusagen „in letzter Minute" eine Schießerei in der Hauptstadt Lourenco Marques an. Sie warfen eine Handgranate in Frelimo - Posten und erschossen blindlings einige Frelimo-Soldaten. In mehrstündigen Straßenkämpfen wurden diese Provokateure zurückgeschlagen. Es kam sofort zu Massendemonstrationen der afrikanischen Arbeiter, die sich mit großer Militanz in die Kämpfe einschalteten. Sie zogen auch in die „vornehmen" Viertel der weißen Siedler, die die Auftraggeber solcher Provokationen sind, und lehrten sie ein wenig das Fürchten. Bei den Schießereien sollen über 40 Menschen getötet worden sein.

Dieser zweite „Aufstand" der Reaktionäre (Ex-Geheimdienstler, weiße Faschisten, reaktionäre Kolonialsoldaten) brach noch weit schneller zusammen und war offensichtlich auch nicht im geringsten so planvoll vorbereitet, wie der (ebenfalls nach wenigen Tagen gescheiterte) Putschversuch Anfang September. Damals hatten die weißen Reaktionäre genau zum Zeitpunkt des Abschlusses der Friedensverhandlungen zwischen der Befreiungsorganisation Frelimo und der portugiesischen Delegation einen groß angelegten Putschversuch gestartet, den Rundfunksender von Lourenco Marques besetzt, ein „freies Mosambik" ausgerufen und alles, was gegen die Frelimo war, auf die Beine gebracht. Doch als starke Frelimo-Einheiten aus der Hafenstadt Beira in Lourenco Marques eintrafen, als die schwarzen Massen zu allem entschlossen den Kampf aufnahmen, da brach der „Aufstand" schnell zusammen.

Diese Entwicklung zeigt, daß die Frelimo die Situation in Mosambik sehr weitgehend kontrolliert, d. h. daß sie militärisch und politisch ein unumstößlicher Machtfaktor ist. Die Frelimo stellt den Präsidenten und die meisten Minister der Übergangsregierung bis zur formalen Unabhängigkeit, sie setzte durch, daß Portugal von dem Plan manipulierter Scheinwahlen vor der Unabhängigkeit Abstand nahm. Frelimo-Truppen und ihre Anhänger waren es, die die beiden konterrevolutionären Vorstösse der weißen Siedler niederschlugen. Eine Woche nach der letzten Schießerei in Lourenco Marques brachte sie 1.200 Personen, darunter auch afrikanische Kollaborateure, hinter Gitter. Der portugiesischen Armee (12.000 Soldaten wurden von Portugal schon abgezogen) bleibt keine andere Wahl, als Seite an Seite mit Frelimo-Soldaten gegen ihre ehemaligen Verbündeten, die weißen Siedler, vorzugehen. Große Teile der Kolonialarmee haben den Krieg satt, Teile haben sich direkt mit Frelimo solidarisiert. Außerdem ist Portugal nicht an einer Lösung der Kolonialfrage im Stil Rhodesien (weißes rassistisches Minderheitsregime) wegen der zu erwartenden weltweiten Komplikationen wirtschaftlicher und politischer Art interessiert. Jede der vergangenen Kampfhandlungen führte zu einer ungeheuren Radikalisierung der afrikanischen Massen und damit zu einer weiteren Positionsverschlechterung für portugiesische und andere kapitalistische Interessen in diesem Land. So wird die portugiesische Armee durch Einsicht in die Gegebenheiten und den eigenen inneren Auflösungszustand zu einer relativ fortschrittlichen und eine Kolonialarmee ungewöhnlichen Haltung veranlaßt – „halb zieht es sie, halb sinkt sie hin ..."

Südafrika um „gutes Einvernehmen" bemüht

Seit Monaten kursieren Gerüchte, daß auf südafrikanischem bzw. rhodedischem Gebiet Söldnertruppen für Mosambik und Angola zusammengezogen werden. Die Zahlenangaben schwanken zwischen 100 und mehreren tausend. „Bild am Sonntag" vom 3.11. wußte sogar zu berichten, daß der Guerillajäger Daniel Roxo aus Mosambik, genannt der „weiße Teufel", über 25.000 bewaffnete Söldner verfüge, die zum Einsatz gegen die Unabhängigkeitsbewegung bereit seien. Ein anderer „kongobewährter" Söldnerführer, der Oberst Michel Hoare, soll Anwerbung von Mördertruppen 4.000 Mark Monatsprämie und 8.000 Mark sogar bei Verwundung bieten.

Daß die Internationale der Söldner-Killer hier wieder auf ein lohnendes Geschäft lauert, soll nicht bezweifelt werden. Doch wer sollen die finanzgewaltigen Auftraggeber sein, wer soll den Einmarschbefehl geben?

Die Position sowohl Südafrikas wie auch Rhodesiens, die beide Grenzen mit Mosambik haben und das „Bollwerk des weißen Mannes" in Afrika (sprich das Bollwerk der internationalen Imperialisten) sind, haben sich bei den inneren Kämpfen in Mosambik betont „neutral" verhalten und den weißen Rassisten in Lourenco Marques keinerlei direkte Hilfe zuteil werden lassen. Während der laufenden UNO-Debatte über den Antrag vieler afrikanischer Länder, Südafrika wegen Verletzung der Menschenrechtskonvention und wegen Rassismus aus dieser Organisation auszuschließen, hat sich das weiße Rassistenregime unter John Vorster erstmals zu Zugeständnissen bereit gezeigt. Die südafrikanische Delegation legte das Versprechen ab, den Rassismus im eigenen Land abzubauen, sowie dem von ihm widerrechtlich besetzten Namibia (ehemals Deutsch-Südwest-Afrika) „freie Wahlen" zu „gestatten", an denen sich angeblich sogar die Befreiungsorganisation SWAPO ungehindert beteiligen darf. Die UNO-Delegation der USA – ausgerechnet – forderte Südafrika nachdrücklich auf, seine Rassenpolitik zu verändern.

Mehr als die Ehrlichkeit oder veränderte Absichten der beteiligten Imperialisten spiegelt die UNO-Diskussion eine veränderte Taktik derselben im afrikanischen Raum wider.

Die Unabhängigkeit Angolas und Mosambiks bedeutet eine Stärkung der Befreiungsbewegung in Südafrika und Rhodesien, bedeutet grundsätzlich unsichere Grenzen, insofern sich Einheiten der Befreiungsarmeen jetzt gut nach Mosambik zurückziehen können. Südafrika und Rhodesien wickelten bisher einen großen Teil ihres Handels über die Häfen Mosambiks (Beira und Lourenco Marques) ab. Der Staudamm Cabora Bassa ist für eine weitere Industrialisierung Südafrikas von großer Bedeutung. Das alles sind Faktoren, die es Südafrika und anderen Imperialisten geraten erscheinen lassen, einige Gänge zurückzudrehen und die „weiche Taktik" einzuschlagen, um diese lebenswichtigen Dinge nicht zu gefährden. Insofern dürfte auch ein Einsatz von Söldnergruppen zur Zeit nicht direkt im Interesse der Imperialisten liegen. Südafrikas Isolierung auf dem afrikanischen Kontinent war schon vorher fast total und ist nun mit dem geschwundenen „Hinterland" Mosambik noch größer geworden.

Chissano, Präsident der Übergangsregierung Mosambiks und Frelimo-Kommandant erklärte auf einer Pressekonferenz Mitte September: *„Wir beabsichtigen nicht, den Versuch zu machen, die südafrikanische Regierungspolitik zu reformieren. Wir wollen niemanden provozieren. Wir wollen keinen neuen Krieg beginnen, denn das ist nicht der Weg, unsere Erfolge zu verteidigen"* (‚FAZ', 19.9.74).

Es ist völlig logisch, daß die Frelimo kein Interesse an einer Kollision mit Südafrika hat, sondern eine Sammlung und Stärkung der Kräfte im eigenen Land anstreben muß und das bedeutet vor allem den wirtschaftlichen Aufschwung, die Industrialisierung dieses total rückständig gehaltenen Landes. Die Frelimo wird den Cabora-Bassa-Staudamm termingerecht zu Ende bauen lassen und Strom nach Südafrika liefern – gegebenenfalls ist so etwas ja auch als Druckmittel einzusetzen. Die Frelimo wird Südafrika bis auf weiteres wohl auch die Benutzung der Verkehrswege erlauben, weil dies jährlich etwa 200 Mio. Mark Benutzungsgebühren einbringt. Außerdem arbeiten etwa 120.000 Afrikaner aus Mosambik in südafrikanischen Bergwerken. Sie sind einerseits Devisenbringer, andererseits können viele als Frelimo-Propagandisten tätig werden. Auch dies also ein zweischneidiges Schwert für Südafrika.

Südafrika sitzt auf einem Pulverfaß und schlägt neue Wege ein, um es nicht zum Explodieren zu bringen. ●

Spanien-/Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Heißer Empfang für Kissinger in Rom

Am 5. November kam Kissinger für einige Stunden nach Rom, um an der „Welternährungskonferenz" teilzunehmen.

Die revolutionäre Linke hatte zu diesem Anlaß schon in den Vorwochen mobilisiert. Das Bemühen um eine breite Aktionseinheit unter Einschluß der Revisionisten blieb allerdings erfolglos.



Am 5. November blieben fast überall in Italien die Schüler und Studenten dem Unterricht fern, es gab Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen. In Rom folgten in den Abendstunden trotz strömenden Regens 25.000 Menschen dem Aufruf der revolutionären Linken, gegen die Anwesenheit Kissingers mit einer Demonstration zu protestieren.

Die Demonstranten riefen Parolen wie „Tanassi, Fanfani, per voi non c'e domani, siete solo fantocci americani" (Tanassi, Fanfani – Führer der DC-Rechten – für euch gibt es kein morgen, ihr seid nur amerikanische Marionetten), „Frei, Fanfani, Pinochet, la garrota a tutti e tre" (Frei, Fanfani, Pinochet, alle drei in die Garotte – span. Hinrichtungsinstrument) und vor allem „Kissinger boia!" (Kissinger Henker).

An anderer Stelle der Innenstadt fand eine Kundgebung der PCI („KP" Italiens) statt, an der etwa ebensoviel Menschen teilnahmen. Dort sprach Pajetta von dem „Herrn aus Amerika, der gekommen ist, um seine Nase in unsere Angelegenheiten zu stecken".

Schon am Vormittag hatten in Rom mehrere tausend Schüler gegen Kissinger demonstriert.

In Mailand waren am 5. November 80-90 % der Schüler und Studenten nicht zum Unterricht erschienen (lt. „Corriere d. Sera", 6.11.). Den ganzen Tag über fanden in einzelnen Stadtteilen Demonstrationen statt. Am Abend nahmen mehrere tausend Menschen an einer Demonstration teil, zu der das Vietnamkomitee und die revolutionäre Linke aufgerufen hatten. Die PCI führte eine Saalkundgebung „für die Unabhängigkeit und Autonomie Italiens" durch.

In Neapel demonstrierten über 5.000 Menschen, 3.000 in Salerno, 1.000 in Genua – um nur einige Städte zu nennen (lt. „il manifesto", 6.11.).

Mit den Demonstrationen etc. sollte gegen den Versuch des US-Imperialismus protestiert werden, in Italien Putschpläne wie in Chile zu verwirklichen. Mit Kissinger, zentrale Figur der Putschvorbereitungen speziell des CIA gegen Chile, war der richtige Adressat getroffen. ●

Italien

Ex-Geheimdienstchef verhaftet

Der „Sensation" von Ermittlungen gegen den früheren Chef des italienischen Geheimdienstes, Micelli (vgl. AK 51, S. 5) folgte am Abend des 31.10. eine weitere: Micelli wurde verhaftet!

Micelli, im Rang eines Generals, war von Ende 1970 bis Juli 1974 Chef des italienischen Geheimdien-

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die Illustrierte „l'Espresso" hin:

die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Micelli

regierung bis zur formalen Unabhängigkeit, sie setzte durch, daß Portugal von dem Plan manipulierter Scheinwahlen vor der Unabhängigkeit Abstand nahm. Frelimo-Truppen und ihre Anhänger waren es, die die beiden konterrevolutionären Vorstösse der weißen Siedler niederschlugen. Eine Woche nach der letzten Schießerei in Lourenco Marques brachte sie 1.200 Personen, darunter auch afrikanische Kollaborateure, hinter Gitter. Der portugiesischen Armee (12.000 Soldaten wurden von Portugal schon abgezogen) bleibt keine an-

den inneren Kämpfen in Mosambik betont „neutral" verhalten und den weißen Rassisten in Lourenco Marques keinerlei direkte Hilfe zuteil werden lassen. Während der laufenden UNO-Debatte über den Antrag vieler afrikanischer Länder, Südafrika wegen Verletzung der Menschenrechtskonvention und wegen Rassismus aus dieser Organisation auszuschließen, hat sich das weiße Rassistenregime unter John Vorster erstmals zu Zugeständnissen bereit gezeigt. Die südafrikanische Delegation legte das Versprechen ab, den Rassismus im eigenen

nutzung der Verkehrswege erlauben, weil dies jährlich etwa 200 Mio. Mark Benutzungsgebühren einbringt. Außerdem arbeiten etwa 120.000 Afrikaner aus Mosambik in südafrikanischen Bergwerken. Sie sind einerseits Devisenbringer, andererseits können viele als Frelimo-Propagandisten tätig werden. Auch dies also ein zweischneidiges Schwert für Südafrika.

Südafrika sitzt auf einem Pulverfaß und schlägt neue Wege ein, um es nicht zum Explodieren zu bringen. ●

Spanien-/Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Italien

Ex-Geheimdienstchef verhaftet

Der „Sensation" von Ermittlungen gegen den früheren Chef des italienischen Geheimdienstes, Micelli (vgl. AK 51, S. 5) folgte am Abend des 31.10. eine weitere: Micelli wurde verhaftet!

Micelli, im Rang eines Generals, war von Ende 1970 bis Juli 1974 Chef des italienischen Geheimdien-

stes SID, der dem „Verteidigungs"-ministerium untersteht. Die Anklage gegen ihn lautet: **„Bildung einer geheimen Vereinigung von Militärs und Zivilisten", im Zusammenwirken mit anderen, die einen bewaffneten Umsturz und die Veränderung der Regierungsform bezweckte.**

Ihm wird zum einen vorgeworfen, daß er in den Putschplan Borgheses vom Dezember 1970 (vgl. AK 51) eingeweiht gewesen sei. Zum anderen soll er in die Ende 1973 aufgeflogene Verschwörung der „Windrose" verwickelt gewesen sein.

Micelli selbst hatte schon vor seiner Verhaftung versucht, den Spieß umzudrehen: maßgebliche Politiker der Christdemokraten (DC) und Sozialdemokraten (PSDI) seien in die Putschpläne verwickelt. Er selbst sei leider zur Geheimhaltung verpflichtet worden, sonst würde er schon „auspacken" ...

Inzwischen müssen sich die Ermittlungsrichter auch mit den Herren Tanassi und Restivo beschäftigen, die zur Zeit des Putschplanes 1970 „Verteidigungs"- bzw. Innenminister waren. Gegen Tanassi wird konkret der Vorwurf erhoben, von den Putschplänen gewußt zu haben. An Restivo wird die Frage gerichtet, wie es geschehen konnte, daß in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1970 rund 50 bewaffnete Faschisten das Innenministerium besetzen konnten.

Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Verhaftung Micellis noch nicht die letzte und äußerste „Sensation" ist, sondern weitere „Enthüllungen" unumgänglich sind. Niemand glaubt, daß der Chef des SID sozusagen als Privatmann Putschpläne unterstützt hat, ohne daß dahinter Kräfte der italienischen Bourgeoisie und der Spitze des Staatsapparats gestan-

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die Illustrierte „l'Espresso" hin:

die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Micelli

habe sowohl zu Clavio wie auch zum US-Botschafter Martin einen regen Kontakt gehabt.

Einige Tage nach der Verhaftung Micellis stellte sich der Faschist Torquato Nicoli den italienischen Behörden. Er hatte sich vorher in der BRD, genau gesagt in Frankfurt, aufgehalten! Torquato Nicoli war Verantwortlicher für Ligurien in der „Fronte Nazionale" (die Organisation Borgheses, die hinter dem Putschplan vom Dezember 1970 stand). Nicoli ließ sich vor einigen Monaten als „Informant" des SID werben. Er war im „Direktorium" einer faschistischen Verschwörergruppe, die zwischen 10. und 14. August den Staatspräsidenten „verhaften" und das Parlament „auflösen" wollte.

Die Verwirrung wird daran deutlich, daß die Ermittlungsrichter schon am 14.10. Haftbefehl gegen Nicoli ausstellten und erst am nächsten Tag erfuhren, daß er Agent des SID sei. Mittlerweile hat man sich doch zur Verhaftung Nicolis entschlossen. Scheinbar besteht Konfusion, ob er an den Putschplänen sozusagen „legitim" als Beauftragter des SID teilgenommen hat, oder aber als Faschist. Der Widerspruch läßt sich indessen leicht auflösen: Nicoli hat beide Funktionen miteinander verbunden.

Von Interesse dürfte die Frage sein, bei wem sich Nicoli in Frankfurt aufgehalten hat. Der „Corriere della Sera" (6.11.74) schreibt, Nicoli sei **„vielleicht von der deutschen Polizei geschützt oder überwacht worden".**

Die dem italienischen Staatsapparat außer Kontrolle geratene Welle von „Enthüllungen" wird offenbar dazu beitragen, auch auf die Rolle des BRD-Imperialismus bei diesen Dingen etwas Licht zu werfen. ●

Italien:

Wieder ein faschistischer Mord



Mailand, 21.Oktober – Ein Bulle schießt auf antifaschistische Studenten, die gegen den Mord an dem Genossen Argada demonstrieren

Am 20.Oktober wurde in Lametia bei Catanzaro (Süditalien) der junge kommunistische Arbeiter Adelchi Sergio Argada von Faschisten ermordet. Genosse Argada war Mitglied der Organisation „Fronte Popolare Comunista" (Kommunistische Volksfront).

Die Provinz Catanzaro ist seit langem ein Schwerpunkt faschistischer Überfälle und Provokationen. Das bisher blutigste Verbrechen begingen die Faschisten in Catanzaro am 4.Februar 1972, als sie eine Handgranate in einen antifaschistischen Demonstrationszug warfen: ein Arbeiter wurde getötet, 16 andere Menschen verletzt.

Seit festzustehen scheint, daß Catanzaro Anfang nächsten Jahres Schauplatz des Prozesses wegen des faschistischen Bombenanschlags auf die Mailänder Landwirtschaftsbank vom 12.Dezember 1969 (16 Tote) sein wird, hat die faschistische Terrortätigkeit in der Provinz noch erheblich zugenommen. Am 5.Oktober wurde ein Brandanschlag auf das Büro der kommunistischen Organisation „Lotta Continua" in Catanzaro unternommen.

Am 20.Oktober fand in Lametia eine Kundgebung des „sozialistischen" Ministers Mancini (PSI) statt. Während und nach dieser Kundgebung unternahmen die Faschisten zahlreiche Provokationen. Als sie mit einer Gruppe kommunistischer Genossen zusammenstießen, schossen die Faschisten. Genosse Argada wurde getötet, vier andere Genossen verletzt. Mindestens einer der verhafteten Mörder ist Mitglied der faschistischen Partei MSI, für deren Verbot sich in Italien besonders nach den faschistischen Massakern von Brescia (acht Tote) und auf den Zug Rom-München (zwölf Tote) eine breite Massenbewegung entwickelt hat.

Nach dem neuen faschistischen Mord formierte sich in Lametia spontan ein Demonstrationszug, der zum örtlichen MSI-Büro zog und es völlig zerstörte. Am nächsten Tag wurde auch eine Bar, die ein Faschisten-Treffpunkt war, von empörten Anti-Faschisten zertrümmert. 30.000 Menschen nahmen am 23.Oktober am Begräbnis des Genossen Argada teil.

Die Gewerkschaften hatten zu einem einstündigen regionalen Proteststreik aufgerufen. Eine breite Mobilisierung mit Versammlungen, Demonstrationen und Streiks gab es unter den Schülern und Studenten in ganz Italien. In Mailand demonstrierten am 21.Oktober 20.000 Studenten und Schüler zur Zentrale der MSI, wo es zu Zusammenstössen mit den massiv dort postierten Polizeitruppen kam. Die Bullen gaben hier, und später auch an anderen Stellen der Stadt, „Warnschüsse" ab, die glücklicherweise niemanden verletzten. ●

„Entlaubtes" Vietnam

Mindestens ein Jahrhundert ist notwendig, um die Verwüstungen durch die chemische Kriegsführung der US-Imperialisten in Vietnam zu beseitigen.

In dem Vernichtungskrieg, den die US-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk geführt haben, der auch trotz des Pariser Friedensabkommens vom Januar 1973 bislang noch nicht beendet ist, wurde neben der „herkömmlichen" Art der Kriegsführung (Bombardierungen) die vietnamesische Bevölkerung von der US-Regierung als „Versuchskaninchen" und das Land als Experimentierfeld für neue, besonders zerstörerische Angriffsmethoden und Waffensysteme benutzt.

Über Ausmaß und Umfang des Einsatzes von „Pflanzenvernichtungsmitteln" und „Entlaubungsmitteln" liegen inzwischen genauere Untersuchungen vor.

Der Einsatz dieser Gifte wurde von den US-Imperialisten seit 1961 in ständig steigendem Maße angewendet. In einem Zeitraum von 9 Jahren versprühte die US-Luftwaffe mehr als 70 Mio Liter Pflanzengift, pro Einwohner sind das drei kg Chemikalien.

Es handelt sich dabei um ein in der Landwirtschaft angewendetes Unkrautvernichtungsmittel, das in stärkerer Konzentration und unterschiedlicher Zusammensetzung eingesetzt wurde – je nach dem, ob Wälder und Buschwerk „entlaubt" wurden, um so kämpfenden Truppen die Deckung zu nehmen, oder ob Reiskulturen zerstört werden sollten, um die Bevölkerung auszuhungern und sie zur „Flucht" aus den befreiten Gebieten zu zwingen.

Das Gift „Orange" (Codenamen) bewirkt eine hochgiftige Verunreinigung: Entlaubung von Wäldern, Buschwerk und breitblättrigen Kulturpflanzen. Es enthält das sogenannte Dioxin, von dem schon wenige milliardenstel Gramm genügen, um ein Meerschweinchen zu töten. Weiter wurde das Mittel „White" für die Entlaubung mit lang anhaltender Wirkung eingesetzt.

Das Mittel „Blue" vernichtete wirksam jeden Reisanbau und Äcker. Es enthält zu 54 % das hochgiftige Arsenik, das für Menschen eine in hohem Maße krebsfördernde Wirkung hat.

Die Erprobung dieser Kampfmittel wird seit etwa 20 Jahren betrieben. Sie wurden u.a. bereits von den englischen Imperialisten 1952/54 in Malaya und von Frankreich 1954/62 im algerischen Unabhängigkeitskampf eingesetzt.

Hier eine Tabelle, die zeigt, in welchem Maße und in welch ständig steigender Menge die US-Imperialisten diese Gifte, die zunächst in Fässern, später dann in großen Tanks nach Vietnam geschafft wurden, in den Jahren 1961 bis 1968 einsetzten.

Auf einem Kongreß amerikanischer Wissenschaftler (Association for the Advancement of Science) (vergl. „Spiegel"-Bericht vom 11. 1.1971) wird festgestellt, daß bereits große Teile des Mangrovendschungels verkarstet und verödet sind. Selbst Zonen, die vor 9 Jahren zuletzt mit den giftigen Chemikalien besprüht wurden, zeigen noch keine Anzeichen von Neuentwicklung – weiter wirkt sich die Vernichtung von Reisfeldern und Äcker verheerend aus, die Lebensgrundlage von 600 000 Menschen ist zerstört.

„Ergänzend" dazu stellt eine Geheimstudie der US-Armee fest, daß der Einsatz von Pflanzenmitteln fast keinen „militärischen Nutzen" hatte, sondern ausschließlich der Zivilbevölkerung schadete.

Daß auch nach diesen – für die US-Imperialisten sicher nicht neuen Erkenntnissen – der Giftkrieg fortgesetzt wurde, reiht sich nahtlos ein in die brutale systematische Völkermordpolitik der US-Imperialisten.

Die Gifte führen in ihren hohen Dosierungen und in den Mengen bei der Bevölkerung zu akuten und chronischen Vergiftungen. Die Wirkung der Giftstoffe ruft Tränenreiz, Nies- und Hustenreiz, Übelkeit hervor. Darüberhinaus steigern höhere Aussentemperaturen die Wirkung der Stoffe erheblich; das bedeutet für die Menschen akute Vergiftungserscheinungen, was sich äußert in Abgeschlagenheit, Kopfschmerzen, Schweißausbrüche, Appetitlosigkeit, Herzklopfen, Atemnot, Durchfall. In schweren Fällen treten Leber- und Verdauungsstörungen, Lungenödeme und Schocksymptome auf, die bei Krämpfen zum Tod führen können.

Sicher ist inzwischen auch, daß die Gifte zu Mißbildungen – wie etwa Wolfsrachen bei Neugeborenen – führen.

Eine abschließende Einschätzung des Ausmaßes dieser Gifteinsätze kann heute noch nicht gegeben werden.

Festzustellen ist aber schon jetzt, daß große Teile der Felder und Wälder unfruchtbar und kahl sind; etwa 36 % des südvietnamesischen Mangrovenwaldbestandes, der für den Fischreichtum der Flüsse und Teiche (eine wesentliche Nahrungsquelle der ländlichen Bevölkerung) und für die E.portwirtschaft des Landes unentbehrlich ist, wurde so zerstört. Das Ergebnis ist ein rötlich ausgelauchter Laterit-Boden, der durch die Sonnenbestrahlung eine ziegelsteinartige Festigkeit bekommt, auf dem nur noch spärliche Gräser wachsen, die dem Gift widerstehen.

Die gesamte dort lebende Tierwelt hat so ihren Schutz und ihre Nahrung verloren, viele Arten sind ganz ausgestorben, es gibt fast keine Vögel mehr, keine großen Raubtiere.

Noch nicht absehbare Klimaveränderungen könnten eine weitere Folge davon sein.

Wenn überhaupt, können diese Schäden erst in hundert Jahren überwunden werden, vorausgesetzt, man könnte sofort mit der Wiederaufforstung der vernichteten Waldgebiete beginnen.

Deutlicher kann der Imperialismus seine Absicht zum offenen Völkermord nicht zeigen. Diese giftigen Chemikalien bedrohen nicht nur die Existenz der jetzigen, sondern auch der kommenden Generationen. ●





Der Dschungel in Vietnam – vor – nach dem Einsatz giftiger Entlaubungsmitte

Der Dschungel in Vietnam – vor – nach dem Einsatz giftiger Entlaubungsmitte

Genossin der BO Harburg/Wilhelmsburg, KB/Gruppe Hamburg

Englischer Faschist fordert:

Staatliche „Geburtenkontrolle" bei Arbeiterfrauen

Eine unglaubliche faschistische Provokation leistete sich der bekannte Tory-Politiker Sir Keith Joseph in einer Rede am 20. Oktober in Birmingham: Er forderte eine vom Staat ausgeübte Kontrolle und Planung der Geburten in den „unteren Schichten", also der Arbeiterklasse.

Joseph hatte sich bereits während des Wahlkampfes durch seine Vorschläge, der Inflation durch höhere Arbeitslosigkeit zu begegnen, bekannt gemacht.

Jetzt offenbarte er sein zutiefst menschenfeindliches Gesicht völlig.



„Faschist Keith Joseph (Mitte) nach seiner Hetzrede beim Bankett."

Er beschwor den „moralischen Ver-

Er beschwor den „moralischen Verfall der Nation", die „Krise der britischen Familie" und den „Niedergang der kulturellen Werte". Die Schuldigen an dieser „Degeneration des englischen Volkes" seien die Frauen aus den „Klassen vier und fünf" (die unteren Schichten der Arbeiterklasse in der faschistoiden Klassifizierung der bürgerlichen englischen Soziologen). „Unpassende Mütter" würden zu viele uneheliche Kinder mit zu geringer Intelligenz gebären, die als Verbrecher, Heiminsassen oder Obdachlose enden. *„Wenn wir nichts dagegen tun"*, erklärte Joseph, *„geht unser Volk einer Degeneration entgegen, denn diese Mütter gebären oft Problemkinder, die zu einer sozialen Belastung unserer Gesellschaft werden"*.

Unverhüllt wird die vor allem vom deutschen Faschismus ausformulierte und „wissenschaftlich" begründete Herrenmenschen-Ideologie gepredigt. In unglaublich demagogischer Weise wird die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt und so getan, als seien z.B. geringe Bildung in der Arbeiterklasse oder z.B. früheres Altern und Krankwerden sozusagen **„naturgegebene** Erbeigenschaften" der „unteren Schichten". Wobei es sich doch hierbei gerade um gesellschaftliche Folgen der brutalen Ausbeutung und Niederdrückung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus handelt!

Das Interesse der Faschisten und ihrer Auftraggeber an diesen Lügen liegt auf der Hand: die Existenz von Klassen soll naturgegeben, sozusagen durch die „Erbmasse" bedingt erscheinen (die Tüchtigen, Intelligenten, Herren und die Schwachen, Dummen, Untergebenen) und die Herrschaft der einen Klasse über die andere auf dieser Grundlage als vernünftig und notwendig.

Joseph ist nicht nur ein faschistischer Theoretiker, sondern orientiert auf die praktische Umsetzung faschistischer Politik: *„Wir müssen den Kampf für unsere Ideen in jede Schule, jede Universität, jede Publikation, jedes Fernsehstudio tragen, denn wir sind im Besitz der Wahrheit"* (nach

„Welt", 21. 10. 74).

„Welt", 21. 10. 74).

Joseph weiß, wo er seine Feinde zu suchen hat – bei den Linken und Kommunisten: *„Der Verfall der Werte breitet sich aus, der allgemeine Standard in den Universitäten ist durch die Rowdies von der Linken gesenkt worden."* (s.o.) In typisch faschistischer Manier beschreibt er die Folgen der kommunistischen Ideologie mit *„Trunkenheit, Rauschgift, Schwangerschaft bei Teenagern und Vandalismus"* (s.o.).

Diese faschistische Hetze ist im Grunde nichts Neues. Wesentlich ist jedoch, daß es sich hier nicht um irgendeinen kleinen faschistischen Provokateur handelt, sondern um Joseph, der gegenwärtig Sprecher für innenpolitische Fragen (!) der Tory-Partei ist und außerdem auf der Liste der potentiellen Nachfolger von Partei-Chef Heath ganz oben (neben dem Rassisten Powell übrigens) steht! Unseres Wissens mußte Joseph – trotz massiver Proteste aus allen Ekken der englischen Gesellschaft – keine seiner Thesen zurücknehmen, geschweige denn als innenpolitischer Sprecher zurücktreten! Frech kommentierte er die Empörung vieler Menschen lediglich: *„Es war wohl mein Fehler, zu viel in diese Rede hineingepackt zu haben. Ich hätte etwas weniger sagen sollen"*. ●

Chemie-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Chile

Der Kampf geht weiter

Nachdem am 5. Oktober der Generalsekretär des MIR, Genosse Miguel Enriques, im Kampf gegen die faschistische Junta fiel, hat die Führung MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) ein weiteres Mitglied verloren: Am 3. November wurde im Hof der italienischen Botschaft in Santiago die Leiche der Genossin Luni Moya Videla gefunden, die von den Faschisten während der Nacht über die Mauer geworfen worden war. Die Genossin war erwürgt worden, ihre Leiche wies Spuren der Folterung auf. Luni Moya Videla war 27 Jahre alt; sie war Mitglied des Zentralkomitees des MIR.

Die italienische Botschaft in Santiago ist seit langem Ziel von Angriffen der Faschisten. Fast 200 (!) politische Flüchtlinge haben dort Zuflucht gefunden. Ihnen wird von der Junta die Ausreise verweigert. Die faschistische Presse bezeichnet die Botschaft als „eine Art politisches Sekretariat des MIR". Die Angriffe gingen bis zu nächtlichen Schüssen auf das Botschafts-Gebäude.

Ebenfalls Anfang November wurde bekannt, daß die Genossin Laura Allende, Schwester des ermordeten Präsidenten und bis zum Putsch Parlamentsabgeordnete der Sozialistischen Partei, verhaftet worden ist. Die Junta behauptet, daß Laura Allende Kontakt zum MIR gehabt habe.

Seit dem Tod des Genossen Enriquez bis Ende Oktober wurden über 600 neue Verhaftungen bekannt. Eine internationale Juristenkommission kam zur Feststellung, daß in Chile der faschistische Terror „allgegenwärtig und systematisch" und **stärker als im September 73** (nach dem Putsch) sei. Das ist auch ein Ergebnis der Schwierigkeiten, in denen die Junta steckt. Ereignisse des letzten Monats haben gezeigt, daß sich die Revolutionäre zu wehren wissen:



Miguel Enriquez

- Als „carabineros' (Bürgerkriegspolizei) ein alleinstehendes Haus in den südchilenischen Anden durchsuchen wollten, wurden sie mit Schüssen empfangen. Zwei der „carabineros" wurden getötet und leider auch eine Widerstandskämpferin. Die anderen Kämpfer konnten entkommen. Nach Angaben der Junta soll die bewaffnete Widerstandsgruppe unter Führung eines Genossen der Sozialistischen Partei stehen.
- Bei Talca, 250 km südlich von Santiago, sollen bewaffnete Genossen, angeblich vom MIR, eine Polizeistation angegriffen haben. Sie konnten sich ohne Verlust zurückziehen.
- In Osorno (Südchile) wurden sechs Genossen einer „Einheitsfront des Widerstands" verhaftet. Zu dieser „Einheitsfront" gehören nach Angaben der Junta Mitglieder des MIR, der Sozialistischen Partei des MAPU, der „KP" und linke Christdemokraten. Wenn diese Meldung zutrifft, zeigt sich eine sehr breite Aktionseinheit in Chile selbst.
- Eine weitere Meldung der Junta besagt, daß am 2. November Genossen des MIR einen Supermarkt überfielen. Bei der anschließenden Schießerei seien drei Bullen verletzt worden.

Diese Meldungen – auch wenn sie der Junta offenbar dazu dienen sollen, das Ausmaß des faschistischen Terrors zu „erklären" – zeigen doch, daß es die Junta außer mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ihrer außenpolitischen Isolierung auch mit einem sich konsolidierenden und zunehmenden militanten Widerstand zu tun hat. ●

Terrorurteil gegen Informationsfreiheit

Das weiße, faschistische Minderheitsregime Südrhodesiens verhängte ein weiteres Terrorurteil:

- Im Oktober wurde ein schottischer Journalist in Rhodesien zu insgesamt 22 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 30.000 rhodesischen Dollars verurteilt, *„weil er in dem Wirtschaftskrieg, der gegen dieses Land geführt wird als Spion tätig war"*, wie Richter Beck erklärte („Süddeutsche Zeitung", 25.10.74).

Das „Vergehen": Mc Intosh hatte seinem Schwager Unterlagen geschickt, aus denen hervorgeht, *„daß Rhodesien mit Hilfe deutscher, schweizer und amerikanischer Banken und Geschäftsleute eine Verdoppelung seiner Eisen- und Stahlproduktion plane"* („SZ", s.o.).

So wurden die Praktiken der Imperialisten enthüllt, die offiziell das faschistische Regime in Salisbury „boykottieren"!

Wie dieser „Boykott" aussieht, hatte Mc Intosh enthüllt:

- *„Unter der direkten Beteiligung von Klöckner, des Neunkirchner Eisenwerkes und einem Deutsche-Bank-Teilhaber"*, sowie der staatlichen „Vereinigten Österreichischen Stahlwerke" (VOEST) soll die Stahlerzeugung verdoppelt werden.

„Die Deutschen sollen dafür die hinzugewonnenen Produktionskapazitäten abschöpfen dürfen" („Spiegel", 23/74).

Dieses Terrorurteil zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die Imperialisten und ihre Statthalter in den unterdrückten Ländern alles daransetzen, um jede Enthüllung und jeden Kampf gegen ihre Politik brutal zu unterdrücken!

Es zeigt aber auch, daß es trotz solcher massiver Einschüchterungsversuche immer wieder Menschen gibt, die solche Machenschaften entlarven. ●

HSW-Betriebszelle, KB/Gruppe Hamburg

Hamburg

Über 2.500 demonstrierten gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats

Am 8. November demonstrierten in Hamburg etwa 2.500 - 2.800 Menschen „gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats."
Zu dieser Demonstration hatten mehrere Organisationen sowie Schülerräte und Schülergruppen, studentische Gremien und Gruppen, Jugendzentrums-Gruppen bzw. -initiativen u.a. aufgerufen (vgl. Kasten).

Folgende Gruppen riefen mit einem gemeinsamen Flugblatt zur Demonstration auf:

Bund Demokratischer Jugend/RBJ LV. Hamburg und Schleswig-Holstein – Fachschaftsrat Fachhochschule für Sozialpädagogik – Förderverein Jugendzentrum Trittau – Initiative Sozialistischer Erzieher (ISE) – Jugendzentrum Trittau – 3 Jugendvertreter HDW – Jungdemokraten, Landesverband Hamburg – Kommunistischer Bund, Gruppe Hamburg – Politischer Arbeitskreis an der Fachschule für Sozialpädagogik II – Schülerkollektiv Bismarck-Gymn. – Sozialistischer Schülerbund – Sozialistischer Studentenbund – Selbstorganisation der Zivildienstleistenden – SVG · Ausschuß Fachschule für Sozialpädagogik I – Gesamtgriechische demokratische Jugendorganisation „Rigas Ferreos" Gruppe Hamburg – Jugendzentrum Reinbek

Folgende Gruppen unterstützten die Demonstration:

Evangelische Studentengemeinde (ESG) Hamburg – Nordelbischer Arbeitskreis Kirche – Schulsprecherkollektiv A. v. Humbold Gymn. – Schulgruppe Albrecht-Thaer-Gymn. – Schülervertretung Helene-Lange-Gymn. – Schülerräte: Fachoberschule Harburg, Haushalts- und Gewerbeschule Harburg – Schülerrat Gewerbeschule 1 – Schülerrat Gymn. Daimlerstr. – Schulsprecherteam Gymn. Langenhorn – Schulkollektiv Albert-Schweitzer-Gymn. – Gewerkschaftsgruppe Erzieher in der ÖTV – Eine Gruppe interessierter Gewerkschafter in Geesthacht – Jugendzentrumsinitiative Harburg – Aktion Jugendzentrum Geesthacht – Kirchengruppe Klein-Borstel – Fachschaftsräte an der Uni: Romanistik, Theologie – Fachschaftsrat an der FSH Gestaltung – Fachschaftsrat Pädagogik an der HfBK – Sozialistische Gruppe an der HfBK

Zur Vorgeschichte: die etwa 800 Teilnehmer einer Protestversammlung am 4. Oktober – gegen die Streichung der staatlichen Förderung für den Bund Demokratischer Jugend, Ring Bündischer Jugend (BDJ/RBJ) – hatten einstimmig eine Resolution beschlossen, **„in der Zeit nach den Schulferien eine Demonstration auf möglichst breiter Basis gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats durchzuführen"**. Im Sinne dieser Resolution hatten dann BDJ/RBJ, ESG (Evangelische Studentengemeinde), „Rigas Feraios" (griechische Jugendorganisation) und der KOMMUNISTISCHE BUND mit einem „Offenen Brief" (vgl. AK 51, S. 1) zu Vorbesprechungen eingeladen.

Die Stoßrichtung der Demonstration ergibt sich aus den festgelegten Parolen: **„Sofortige Aufhebung des Einstellungsstops im Öffentlichen Dienst"** (der Senat hat – vorerst bis Ende des Jahres – einen Einstellungsstop im Öffentlichen Dienst verhängt, der die Personalknappheit in Krankenhäusern, Kindergärten etc. noch verschärft und zusätzliche Belastungen für die Beschäftigten bringt). **„Weg mit dem Numerus Clausus und allen anderen Studienbeschränkungen"** (z.Z. fehlen in Hamburg nach amtlichen Angaben 1377 Lehrer; an vielen Schulen fallen bis zu 20 % der Stunden aus; der Numerus Clausus in der Lehrerausbildung soll diese Situation zementieren). **„Kampf der Stufenausbildung und Lehrstellenverknappung"**. **„Von den Jugendlichen selbstverwaltete und staatlich finanzierte Freizeiteinrichtungen"**. **„Gegen die Einschüchterung und Unterdrückung kommunistischer und anderer demokratischer Organisationen"**. **„Für freie politische Betätigung in Betrieb und Gewerkschaft, Ausbildung und Beruf"**.

Mit dieser Demonstration wurde bewußt ein erster Versuch unternommen, eine ganze Reihe einzelner Gruppen und Initiativen im Bereich der demokratischen Jugendpolitik zusammenzufassen und damit die Isolierung der einzelnen Teile voneinander (Arbeiterjugendliche von Schülern, Schüler von Studenten etc.) ansatzweise aufzuheben. Diese Demonstration soll in diesem Sinn keineswegs ein Schlußpunkt, sondern erst ein Anfang sein. Der KOMMUNISTISCHE BUND und andere Beteiligte am Zustandekommen dieser Aktionseinheit werden sich initiativ um eine Fortsetzung der begonnen Aktivität, um das Zustandekommen weiterer gemeinsamer Aktionen, möglichst auf noch breiterer Basis, bemühen.

Zum Verhalten einzelner Organisationen gegenüber der Demonstration

Bei dieser Demonstration war es als positiv zu verbuchen, daß sich der Landesverband der Jungdemokraten (FDP) schließlich zu einer Beteiligung und Unterstützung durchringen konnte. Einer Reihe anderer Organisationen fehlte es dagegen leider entweder an Mut oder an politischer Einsicht, um diese Demonstration zu unterstützen.

Jusos und Falken

Die Jusos „begründeten" ihre Nichtteilnahme an der Demonstration telefonisch mit üblen „linken" Schnacks: Der Initiative (sie bezogen sich dabei auf den erwähnten „Offenen Brief" von KB, ESG und BDJ/RBJ) fehle die „antikapitalistische Stoßrichtung". Man dürfte nicht die Jugendpolitik des Senats angreifen, sondern müßte die dahinter stehenden „Kapitalzwänge" aufzeigen etc. – Selbst wenn es den Jusos damit ernst gewesen sein sollte, ist diese „Begründung" absurd, da der „Offene Brief" nicht mehr war als ein Vorschlag; die Jusos hätten also ohne weiteres ihre eigenen Vorstellungen in die Diskussionen der Aktionseinheit einbringen können – wenn sie daran teilgenommen hätten! Tatsächlich darf man wohl vermuten, daß hier den Antikommunismus-Beschlüssen der SPD-Führung (keine Zusammenarbeit mit Kommunisten!) nur ein „linkes" Mäntelchen übergehängt werden sollte.

Die „Falken" antworteten schriftlich auf den „Offenen Brief". Sie ließen darin durchblicken, daß sie das Anliegen der Demonstration im Grunde unterstützen würden. Sie hätten aber Angst, daß nur ein „kläglicher Haufen" (!) zu der Demonstration kommen würde, und das wäre schädlich für die Sache. Deshalb könnten sie nicht mitmachen. Abgesehen von der darin liegenden Fehleinschätzung ist wohl auch hier eher Angst vor Maßregelungen durch die SPD-Führer im Spiel gewesen. Es ist daran zu erinnern, daß die „Falken" schon anläßlich der RBJ-Veranstaltung vom 4.10. politischen Riesenslalom fuhren: erst ihre Beteiligung zusagten, aber in letzter Minute absagten...

Umso erfreulicher ist es, daß Gruppen von „Falken" dennoch an der Demonstration teilnahmen!

DKP/SDAJ

Sie hielt es gar nicht für nötig, überhaupt zum „Offenen Brief" Stellung zu nehmen. Die SDAJ hatte allerdings schon zur Veranstaltung am 4.10. erklärt, daß sie nicht an Aktionen teilnimmt, wenn der KB dabei ist.

Auch der revisionistische AStA der Universität (MSB/SHB) mochte sich zur Demonstration nicht äußern, entfaltete aber nach Erscheinen des „Offenen Briefes" eine rege Geschäftigkeit: u.a. Ankündigung einer eigenen Demonstration für Anfang Dezember. Der KOMMUNISTISCHE BUND wird mit anderen Organisationen der Aktionseinheit über eine Teilnahme an der AStA-Demo sprechen.

KBW

Der KBW-Vertreter war zu den Aktionseinheits-Gesprächen nur erschienen, um die Demonstration zu verhindern. Hier würden Dinge zusammengefaßt, die man nicht zusammenfassen dürfte; so könne man nicht „das Volk zusammenschließen". Richtig sei es dagegen gegenwärtig, wenn jede „Gruppe von Betroffenen" einzeln für ihre Forderungen kämpft (also die Eltern für sich, Jugendzentrumsinitiativen für sich, Lehrlinge für sich etc.).

Nachdem der KBW die Gespräche verlassen hatte, gab zunächst die SSG (Studentengruppe des KBW) eine Erklärung ab, „*daß die Erfolgsaussichten für diese Demonstration nicht sehr gut*" seien. Wenn die Demonstration aber „*ein Mißerfolg*" würde, wäre das gut für den Senat. Deshalb wolle die SSG nun doch „*diese Demonstration nach Kräften unterstützen, um ihr unter den gegebenen Voraussetzungen zum größtmöglichen Erfolg zu verhelfen*". – Genau dasselbe teilte dann der „Sekretär der Ortsleitung Hamburg" (z.Z. Lutz P.) den Verfassern des „Offenen Briefes" in einem Schreiben vom 31.10. mit.

Die Dummdreistigkeit und der Größenwahnsinn bei diesem Salto Mortale sind offensichtlich: zu seiner letzten „Massen"kundgebung (Gas, Wasser, Strom) mobilisierte der KBW kaum 200 Leute!

„KPD"/KSV

Die „KPD" versuchte auf der ersten Vorbesprechung, der geplanten Demonstration einen neuen Inhalt zu geben: statt gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats sollte es eine Demonstration gegen Stellenstop im Öffentlichen Dienst und gegen politische Disziplinierung werden.

Als dies nicht akzeptiert wurde, beteiligte sich die „KPD" dennoch weiter an den Vorbesprechungen. Insbesondere versuchte sie bei der Diskussion des Aufrufflugblatts und der Parolen ihre formalen Mätzchen noch unterzubringen, z.B. daß man nicht einfach sagen sollte: „Senat", sondern „SPD-Senat" oder statt „selbstverwaltete Jugendzentren": „freie und selbstverwaltete Jugendzentren". Auch hier kam die „KPD" jedoch weitgehend nicht zum Zug, nahm aber weiter an den Gesprächen teil.

Erst als es an die Frage der Reden während der Demonstration ging, kam es zum Bruch. Die meisten Vertreter schlossen sich dem Vorschlag des KB an, nicht Organisationsvertreter reden zu lassen (wegen der Vielzahl teilnehmender Organisationen), sondern jeweils Vertreter einzelner Bereiche (z.B. einen Schülervertreter, einen Jugendvertreter, einen Studenten etc.). Davon aber wollte die „KPD" nichts wissen. Für sie war offenbar, das wurde daran deutlich, die ganze Demonstration wohl nur unter dem Aspekt interessant gewesen, vor großem Publikum einen Redner der „Kommunistischen Partei Deutschlands" zu präsentieren. Als ihnen das versagt blieb, stiegen sie aus der Aktionseinheit aus.

Abschließend läßt sich sagen, daß wir uns bemühen werden, die begonnene Aktivität kontinuierlich fortzusetzen, vor allem „vor Ort" (an den Schulen, Berufsschulen, in Jugendzentren, in den Betrieben, an der Universität), und weitere Gruppen und Organisationen, die diesmal noch abseits standen, von der Notwendigkeit und Möglichkeit gemeinsamer Aktionen zu überzeugen. ●



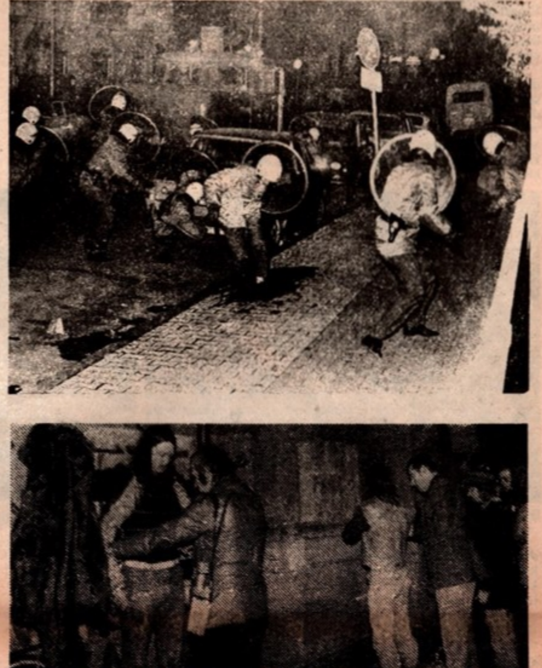


Am 8.November demonstrierten in Hamburg etwa 2.500 bis 2.800 Menschen gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats.

Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Frankfurt

„Wir werden kämpfen, wir werden siegen, Jugendhäuser werden wir kriegen!" (Parole auf der Demonstration vom 26. Oktober in Frankfurt).

Über ein ganzes Jahr lang verhandelte die Jugendinitiative Bockenheim (JIB) ergebnislos mit Stadt und Behörden, um ein selbstverwaltetes Jugendhaus zu bekommen. Im gleichen Zeitraum machte sie 20 (!) leerstehende Häuser in diesem Stadtteil Frankfurts ausfindig, die aber alle nacheinander von der Stadtverwaltung als „für ein Jugendhaus ungeeignet" bezeichnet wurden.



„Hände an die Wand, Arme hoch: Die Polizei untersucht Schläger-Trupps in Frankfurt auf versteckte Waffen". Die „Morgenpost" (21.10.74) stempelt die Jugendlichen zu Kriminellen ab.

Die Situation der circa 5000 Jugendlichen dort ist miserabel: außer miesen Kneipen und teuren Diskotheken gibt es in diesem Stadtteil keine Möglichkeit für die Jugendlichen, ihre Freizeit zu gestalten.

Um mit der Hinhaltetaktik der Behörden Schluß zu machen, beschloß die Jugendinitiative Bockenheim, am 18. Oktober das über ein Jahr leerstehende Gebäude der Bokkenheimer Sozialstation zu besetzen. Diese Besetzung wurde durch ein Flugblatt der JIB angekündigt. Rund 300 bis 400 Jugendliche versammelten sich am Abend des 18.10. in der Varrentrapstr. 38. Geplant waren Diskussionen über Jugendzentren und über Erfahrungen in anderen Stadtteilen. Aus dem Diskussionsabend wurde aber nichts: bereits um 23 Uhr (das ganze hatte gegen 20 Uhr begonnen) rückten die Polizeitruppen unter Kommando von SPD-Polizeipräsident Müller an.

Mit Wasserwerfern und Tränengas machten sie sich den Weg ins Haus frei. Die Jugendlichen ihrerseits leisteten dem brutalen Einsatz der Polizei heftigen Widerstand.

250 Jugendliche wurden festgenommen. Sie sollen jetzt des Landfriedensbruchs, des schweren Hausfriedensbruch und der Sachbeschädigung angeklagt werden. Vier Lehrer und Sozialarbeiter, die ebenfalls festgenommen wurden, sollen fristlos entlassen werden.

In den folgenden Tagen bemühte sich die JIB, die Bevölkerung über die Vorfälle zu informieren. U.a. wurde eine Vollversammlung aller Jugendhäuser der Stadt organisiert, an der sich 200 Jugendliche beteiligten (größtenteils Delegierte). Es zeigte sich auf dieser Versammlung Unklarheit über Ziele und Inhalte des Kampfes, teilweise mit ziemlich großen Illusionen gepaart. Auch die Spaltungsversuche der Bourgeoisie, die „K-Gruppen", d.h. die Kommunisten, für die Vorgänge verantwortlich zu machen, haben teilweise ihr Ziel erreicht; so wurde auf dieser Versammlung einem Vertreter der „KPD" das Wort entzogen, was wohl weniger mit einer solidarischen Kritik an der „KPD" zu tun hatte, als vielmehr mit antikommunistischer Stimmungsmache.

Am 26. Oktober wurde eine Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 2000 Menschen beteiligten. Die meisten linken Frankfurter Organisationen unterstützten diese Demonstration. ●

Bezirkseinheit KB/Gruppe Frankfurt



Drei Wochen streikten 1973 Bremens Metallarbeiter. Dieses Jahr heißt die Devise der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer: „Maßhalten - maulhalten„



Den Arbeitern im öffentlichen Dienst, die im Frühjahr 1973 für ihre Forderungen kämpften, soll in diesem Jahr der große Lohnraub verordnet werden.

Den Arbeitern im öffentlichen Dienst, die im Frühjahr 1973 für ihre Forderungen kämpften, soll in diesem Jahr der große Lohnraub verordnet werden.



Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik wird für die Arbeiterklasse zu einer Existenzfrage (Demonstration in Dortmund 1973 gegen Zechenstillegung).



Forts. Stahlindustrie

Die Auszahlung der 2 x 3oo DM ist dabei noch geschickt gestaffelt. Der Auszahlungstermin Mitte bis Ende November gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, bisher übertarifliche Weihnachtsgeldzahlungen mit dem „Bonus" zu „verrechnen"; dieselbe Möglichkeit bietet die Auszahlung Ende Mai in Bezug auf das Urlaubsgeld. Der 'psychologische' Effekt der Auszahlungszeitpunkte liegt im ersten Fall darin, daß eine einmalige Zahlung von 3oo DM zu Beginn über den geringen Tarifabschluß hinwegtäuschen soll. Ende Mai erhoffen sich die Kapitalisten mit der zweiten Auszahlung ein Besänftigen der bis dahin auftretenden Unzufriedenheit.

In der „Konzertierten Aktion" die Weichen gestellt

In der Sitzung der „Konzertierten Aktion" am 24.9. einigten sich die Kapitalisten mit den Vertretern der Bundesregierung und den Gewerkschaftsführern auf folgende Zielsetzung: Die Steigerung der Unternehmergewinne, um die Investitionstätigkeit der Unternehmer zu erhöhen. In den vorgelegten und von den Teilnehmern der Sitzung begrüßten Orientierungsdaten heißt es:

– Die Bruttoeinkommen sollten im Jahresdurchschnitt 1975 um 9,5% steigen, die Arbeitslosigkeit würde dann durchschnittlich 2,5% betragen, die Preise würden um 6 - 6,5% steigen.
– Als günstigeres „Modell" wurde das folgende angegeben: Steigerung der Bruttoeinkommen um 8%, dadurch würden die Unternehmergewinne noch mehr ansteigen, Arbeitslosigkeit 2,5%, Preissteigerung 5,5 – 6%.

keit 2,5%, Preissteigerung 5,5 – 6%.

Ausdrücklich warnte die Bundesregierung vor Lohnerhöhungen über 9,5%. Das würde nach ihren Angaben bedeuten:

– Arbeitslosenquote von 3 – 3,5%, Preissteigerungsrate von etwa 7,5%.

Diese Sitzung der „Konzertierten Aktion" war *„die beste, die es je gab"*, dies stellten übereinstimmend Wirtschaftsminister Friderichs, Kapitalistenboß Schleyer und DGB-Chef Vetter in der Tagesschau vom 24.9. fest.

Bereits mit der Aufstellung einer Forderung von 14% in der Stahlindustrie hatten die Gewerkschaftsführer ihren „guten Willen" zur Zusammenarbeit bewiesen. IG Metall-Chef Loderer hatte in einem Interview mit der „Zeit" am 11.1o. auf die Frage, ob nicht *„ein lohnpolitischer Burgfrieden geschlossen werden"* könnte, geantwortet: *„Der Begriff Waffenstillstand gefällt mir besser als Burgfrieden."*

Das war erst der Anfang, wer bietet weniger?

Kapitalistenvertreter haben ausgerechnet, daß der Stahlabschluß unter Berücksichtigung der außertariflichen und „dynamisierten" („stahltypische Zuschläge") Einkommensbestandteile eine effektive Lohnerhöhung von 7,9 % ausmache („Handelsblatt" vom 29.1o.). Der sogenannte „Stahlbonus" stelle ein „Zugeständnis" an die Stahlarbeiter dar, das aufgrund der guten Gewinne der Stahlindustrie gemacht wurde, wie sowohl Kapitalisten als auch Gewerkschaftsführer ausdrücklich betonen. Damit wird von vorherein klargemacht, daß alle folgenden Abschlüsse darunter liegen sollen.

Im Mittelpunkt der Tarifauseinandersetzungen stehen jetzt die Metalltarifrunde und vor allem die für den Öffentlichen Dienst.

Die Gewerkschaftsführer haben bereits versprochen, die besondere (angeblich schlechte) Lage der Metallindustrie beim Aufstellen der Forderungen zu berücksichtigen. Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall, erklärte unmittelbar nach dem 9%-Abschluß: *„Das Verhandlungsergebnis ist nur aus der speziellen Situation der Stahlindustrie zu erklären und zu verstehen"* („Handelsblatt" 29.1o.) Gleichzeitig weist er darauf hin, daß im November und Dezember 2%ige Tariferhöhungen in den meisten Bezirken der Metallindustrie in Kraft treten, die Anfang 1974 in einem Stufenplan festgelegt wurden. Diese Erhöhungen seien in Erwartung zweistelliger Preiserhöhungen beschlossen worden. Da diese Preissteigerungen nicht eingetreten seien, verlangt Kirchner jetzt, diese 2% als „Vorgriff auf die kommende Tarifbewegung" zu behandeln.

Für die Metallindustrie ist also bereits ein noch weitergehender Lohnraub zwischen Gewerkschaftsführern und Kapitalisten zu erwarten.

„Kürzer treten" sollen nach Plänen der Kapitalisten auch die Kollegen des Öffentlichen Dienstes. Mit ungeheurer Demagogie wird in den letzten Wochen gegen diese Kol-

legen des Öffentlichen Dienstes. Mit ungeheurer Demagogie wird in den letzten Wochen gegen diese Kol-

legen zu Felde gezogen. Dabei wird gerade in diesem Bereich in der nächsten Zeit verstärkt rationalisiert.

In fast allen Bundesländern bestehen Pläne für Einstellungsstops und Reduzierung von Planstellen, der Hamburger Senat hat dies bereits beschlossen. Die Bundesregierung plant einen Beförderungsstop von zwei Jahren für Beamte. In den Haushalten der Bundesregierung und der Länder und Gemeinden sind für 1975 durchschnittlich 6 % für Lohnerhöhungen eingeplant!!

Die Gewerkschaftsführer sind bereits dabei, den verschärften Lohnraubkurs zu segeln. Als erster formulierte der Beamtenbund, der keine Tarifpartei ist, Forderungen von 8 % und einen Sockel von 30 DM (ca. 10,7 %). Das war selbst dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft, Breit, schon zuviel. Er wetterte: solche *„unerfüllbare(n) Forderungen können doch nur Standesorganisationen gestellt haben"* („Kölner Stadt-Anzeiger", 28.10.).

Die ÖTV veröffentlichte jüngst eine Diskussionsgrundlage zur Tarifrunde, die sie angeblich ihren Mitgliedern zur Verfügung stellen wollte, die aber zunächst an die Presse gegeben wurde, damit diese schon mal kräftig darüber herzieht.

Die ÖTV liegt mit ihrer „Diskussionsgrundlage" als erste Gewerkschaft bereits unter 10 %. Sie empfiehlt Lohnerhöhungen von 6 % + 50 DM als Sockel. Diese Forderung liegt prozentual zwischen 7,8 und 12 %; in den mittleren Lohngruppen, nach denen die überwiegende Zahl der Arbeiter und Angestellten bezahlt wird, liegt diese Forderung unter 10 %.

Die Widersprüche verschärfen sich

Finanzminister Apel kündigte den *„größten Härtetest seit Kriegsende"* in der BRD an. *„Eingriffe und Einbußen des persönlichen Wohllebens und der Bequemlichkeiten (!) der Anspruchsgesellschaft (!!) sind unvermeidlich"* („Welt" 5.11.74).

In einem Vortrag vor dem Genossenschaftstag des Raiffeisenverbandes stellte Wirtschaftsminister Friederichs fest:

„Es müsse zur Kenntnis genommen werden, daß in der Bundesrepublik nicht mehr so viel zu verteilen sei wie bisher. Allein die Verteuerung des Mineralöls habe für 1974 eine zusätzliche Belastung von rund 20 Milliarden DM gebracht. Zum Ausgleich dieses Abflusses müsse entweder der Lebensstandard um die gleiche Marge sinken, oder es müsse für diesen Betrag mehr geleistet werden" („FAZ" 30.10.74).

In der Tat, beides betrieben die Kapitalisten seit Monaten verstärkt: Beschaffung neuen Kapitals durch Lohnraub und Senkung des Lebensstandards, dem dienen vor allem die laufenden und kommenden Lohnabschlüsse, und eine gewaltige Intensivierung der Arbeit, deren schärfster Ausdruck die vermutlich größte Rationalisierungswelle seit Existenz der BRD ist.

Friedrichs bezeichnet diese Politik gegen die Arbeiterklasse als notwendig für den **„Umverteilungskampf"**, der *„nicht mehr ausschließlich zwischen den Haushalten im Inneren der Volkswirtschaft"* stattfindet, sondern ***„zwischen den nationalen Volkswirtschaften ausgetragen"*** wird („FAZ").

Die notwendigen Mittel, den imperialistischen Konkurrenzkampf zu bestehen, will sich die Kapitalistenklasse der BRD durch verstärkten Kapitalexport und verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse im Inneren besorgen.

tretern der Kollegen sollen die Hände gebunden werden. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

CIA „kümmert" sich um Europa

Die US-Fernsehgesellschaft CBS hat im Oktober die aktuelle Liste der vom US-Geheimdienst CIA „bevorzugt behandelten" Länder veröffentlicht.

Auf dem 1. Platz dieser makabren „Hitparade" rangiert zur Zeit Portugal, gefolgt von Spanien, Italien und den arabischen Ländern. Diese Länder gelten für die CIA als *„besonders unstabile Gebiete der Welt"* und folglich als Objekte der *„strategischen Kontrolle."*

Die CBS meldete ferner: *„Die CIA schickt gegenwärtig eine große Anzahl von Leuten und ungeheure Geldsummen nach Spanien"*, und zwar *„aus Sorge um das, was im benachbarten Portugal und anderen europäischen Gebieten passiert."* Das faschistische Spanien soll stärker als Agenten- und Putschzentrale gegen Portugal, Italien u.a. Länder ausgebaut werden.

(nach Meldungen der italienischen Zeitungen „il manifesto" und „Lotta Continua" vom 16. und 20. Oktober). ●

Richtigstellung

Erst ein KBW-Genosse aus Stuttgart mußte uns in einem Leserbrief auf einen argen Fehler in dem Artikel „KBW: Ab durch die Mitte" aufmerksam machen. Das dort angegebene „Mao-Zitat" *(„Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt")* gibt es in Wirklichkeit nicht. Vielmehr heißt es: *„Was die chinesischen Reaktionäre betrifft, so sind wir verpflichtet, das Volk zu organisieren, damit es sie niederschlägt. Für alles Reaktionäre gilt..."* usw. („Worte des Vorsitzenden, S.13).

Peinlich, peinlich! . . . Der zuständige Redakteur hatte bei der Durchsicht des Artikels (der von Genossen des Metallkomitee Hamburg geschrieben war) bei dem Zitat zwar gestutzt, aber auf eine Überprüfung verzichtet. Wir haben uns vorgenommen, zukünftig wachsamer zu sein. Dem Genossen vom KBW an dieser Stelle ein Dankeschön! ●

AK-Redaktion

tungssystem (LBS) statt. Zu erinnern ist hier noch einmal, daß eine Unterschriftensammlung hierfür an zwei Tagen von ca. 200 der rund 800 Arbeiter unterstützt wurde. Diese Unterschriftensammlung wurde abgewürgt durch einen eiligen Beschluß des Betriebsrates, diese Abteilungsversammlung durchzuführen.

BR-Vorsitzender Hettling pries auf der Versammlung an, welchen „Fortschritt" das LBS bedeute (Aber für wen? !), und daß es sich immerhin um eine Betriebsvereinbarung handele, die zwischen BR und GL zustandegekommen ist und sich hieran schon zeigen würde, daß es „gar nicht so schlecht" sein könne.

Insgesamt beteiligten sich viele

legen hat wirklich Auseinandersetzungen darüber geführt, bzw. hat das LBS als Angriff auf unsere Interessen durch Spaltung und Schwächung unserer Kampfkraft verstanden. Und hierbei spielt der BR eine wesentliche Rolle, besonders der Demagoge Hettling, der immer wieder das „Positive" des LBS anpries und ablenkte von den wirklichen Fragen.

Dementsprechend fielen auch die zwei Abstimmungen aus. Eine Resolution mit der Forderung nach Abschaffung des LBS, allerdings verbunden mit der Forderung „ 1 DM mehr für alle", wurde knapp abgelehnt. Die zweite Resolution – vom BR-Vorsitzenden selbst eingebracht –

gruppe eingerichtet werden, die vollkommen in der Hand der Gewerkschaftsführer ist. Durch diesen Schachzug meinen die Gewerkschaftsführer, besonders die linken und klassenkämpferischen Kollegen von der Jugendgruppe trennen zu können.

Bei den Kollegen ist das Vorgehen der ÖTV-Ortsverwaltung gegen die Jugendgruppe auf Empörung gestoßen. Die antikommunistische Politik wird jedoch noch nicht durchschaut.

Die Kollegen der Jugendgruppe haben sich nach diesen Angriffen zusammengesetzt und einheitlich beschlossen, sich nicht kleinkriegen zu lassen. Es wurde eine schriftliche Stellungnahme verfaßt. Darin macht die Jugendgruppe klar, daß sie es für ein demokratisches Recht hält, ihre Meinung ohne Zensur zu veröffentlichen. Die jüngeren und älteren Kollegen sollen auch weiterhin eng zusammenarbeiten.

Weiter wurde beschlossen, daß einige Mitglieder der Jugendgruppe zur

die Unterstützung solcher Leute verzichten würde.

Erfahrungen aus anderen Gewerkschaften zeigen, daß so eine antikommunistische Hetzkampagne eingeleitet wird, um in diesem Klima fortschrittliche Gewerkschaftsgruppen zu zerschlagen und kommunistische Gewerkschafter auszuschließen.

Die Jugendgruppe muß sich auf weitere Angriffe gefaßt machen. Die momentane Empörung der Jugendgruppenmitglieder muß in eine langfristige konsequente Gewerkschaftsarbeit einfließen. Die Jugendgruppe muß verstärkt an die Kollegen an der Universität herantreten. Probleme wie Stellenstop, fehlende Arbeitskräfte durch 40-Stundenwoche, Höhergruppierungen, Tarifrunde, Angriffe der Presse auf den Öffentlichen Dienst, Arbeitssicherheit, Ausbildung etc. müssen aufgegriffen werden. ●

ÖTV–Genossen
KB/Gruppe Hamburg

Marckolsheim: Militanter Kampf gegen Bleiwerk

Seit fünf Wochen halten elf deutsche und zehn französische Bürgerinitiativen ein Bauland in der französischen Gemeinde Marckolsheim besetzt. Ziel dieser Aktion ist es, den Bau eines auf diesem Gelände geplanten Bleiwerks der Chemischen Werke München (CWM) zu verhindern – ein Projekt, das (lt. Flugblatt) „die Gesundheit der gesamten Bevölkerung gefährdet und die Existenzgrundlage der Bauern zerstört".



Deutsche und französische Bürgerinitiativen demonstrierten gegen das Bleiwerk

Mit ihren Aktionen hat die Bevölkerung den Baubeginn bisher verhindert.

Ein Großteil der Bevölkerung hat sich mit den um ihre Existenz kämpfenden Winzern, Tabakbauern und Landwirten solidarisiert, sodaß sich fast 7.000 Bürger aus dem Oberrheintal bei der Tag- und Nachtwache auf dem Bauland ablösen.

Die Wächter sind mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet, um in den umliegenden Ortschaften jede Gefahr sofort zu signalisieren. Die Funk-Empfänger geben die Meldung mittels Glockengeläut und Sirenengeheul an die Bevölkerung weiter. Im Ernstfall sollen eine halbe Stunde nach Alarm 800 und nach zwei Stunden 2.000 Personen mit Autos und Traktoren auf dem Platz sein. Beim ersten Bleialarm, als Bauarbeiter Bauzäune und Pfähle liefern sollten, hat sich das System bewährt. Die Arbeiter sahen sich plötzlich einigen hundert Demonstranten gegenüber. Sie kehrten „nach einer freundschaftlichen und vernünftigen Diskussion", so die Bürgerinitiativen, wieder um.

Für die Kapitalisten ergibt sich daraus eine „unangenehme" Situation, und CWM-Geschäftsführer Rosenthal kann sich die „Feindseligkeiten der Bevölkerung" nur dadurch er-
daraus eine „unangenehme" Situation, und CWM-Geschäftsführer Rosenthal kann sich die „Feindseligkeiten der Bevölkerung" nur dadurch er-
klären, daß sie „vorsätzlich falsch informiert wurde". Dabei konnten die Bürgerinitiativen den Kapitalisten falsche Angaben über die jährliche Menge Bleistaub, die das Werk ausstößt, nachweisen. Entgegen den Angaben der Unternehmer von 1.464 to Bleistaub errechneten sie einen Ausstoß von 9.138 to und selbst bei optimaler Filterleistung noch 3.046 to.

Nachdem mit Hilfe des Betruges die Kapitalisten ihr Ziel nicht erreichten, versuchten sie es mit Drohungen. So droht CWM Rosenthal mit Regreßansprüchen: „Wir haben die Absicht, die Anstifter der Besetzung für den Zinsverlust haftbar zu machen." Ausserdem handelt es sich nach Rosenthal nur um Leute, die besoffen Gaudi machen.

Doch bisher ist der Kampfeswillen der Bevölkerung ungebrochen. Die Besetzer treffen schon Vorbereitungen, um notfalls den Kampf auch im Winter durchzuhalten. Gleichzeitig werden weitere Besetzungspläne gegen Projekte im Oberrheintal vorbereitet. Denn das Marckolsheimer Bleiwerk ist nur der erste Schritt zu einem elsässischen Ruhrgebiet. Unmittelbar im Norden des CWM-Geländes hat der US-Konzern Ethyl-Corporation Land gekauft. Auf dem Gebiet nördlich von Marckolsheim haben sich die deutschen Bayer-Werke mit Gelände eingedeckt. ●

Reynolds Betriebszelle KB/Gruppe Hamburg


Die Frauen nutzten die Besetzung des Baugeländes produktiv





Am 8.November demonstrierten in Hamburg etwa 2.500 bis 2.800 Menschen gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats.

Universität (MSB/SHB) möchte sich zur Demonstration nicht äußern, entfaltete aber nach Erscheinen des „Offenen Briefes" eine rege Geschäftigkeit: u.a. Ankündigung einer eigenen Demonstration für Anfang Dezember. Der KOMMUNISTISCHE BUND wird mit anderen Organisationen der Aktionseinheit über eine Teilnahme an der AStA-Demo sprechen.

KBW

Der KBW-Vertreter war zu den Aktionseinheits-Gesprächen nur erschienen, um die Demonstration zu verhindern. Hier würden Dinge zusammengefaßt, die man nicht zusammenfassen dürfte; so könne man nicht „das Volk zusammenschließen". Richtig sei es dagegen gegenwärtig, wenn jede „Gruppe von Betroffenen" e i n z e l n für ihre Forderungen kämpft (also die Eltern für sich, Jugendzentrumsinitiativen für sich, Lehrlinge für sich etc.).

Nachdem der KBW die Gespräche verlassen hatte, gab zunächst die SSG (Studentengruppe des KBW) eine Erklärung ab, *„daß die Erfolgsaussichten für diese Demonstration nicht sehr gut"* seien. Wenn die Demonstration aber *„ein Mißerfolg"* würde, wäre das gut für den Senat. D e s h a l b wolle die SSG nun doch *„diese Demonstration nach Kräften unterstützen, um ihr unter den gegebenen Voraussetzungen zum größtmöglichen Erfolg zu verhelfen"*. – Genau dasselbe teilte dann der „Sekretär der Ortsleitung Hamburg" (z.Z. Lutz P.) den Verfassern des „Offenen Briefes" in einem Schreiben vom 31.10. mit.

Die Dummdreistigkeit und der Größenwahnsinn bei diesem Salt

Rationalisierung in der Metallindustrie

VW

Die 8. Kurzarbeitsperiode bei den sechs inländischen Volkswagenwerken seit Anfang des Jahres, beginnt am 25. November und wird voraussichtlich eine Woche dauern.

Die Zahl der VW-Beschäftigten wurde im Laufe des Jahres von 125.000 auf knapp 118.000 verringert. Bis Jahresende soll sie auf 114.000 schrumpfen und zwar durch „freiwillige Abgänge" mit „Abfindungszahlen".

Und so versucht VW jetzt zum zweiten mal in diesem Jahr, mit Hilfe von Abfindungen die Kollegen aus dem Betrieb zu locken. Diesmal wollen sie 6.000 Arbeiter loswerden. Es gibt eine einmalige „Abfindung" von 5.000 bis zu 9.000 DM. Im Juni wurden diese „Aufhebungsverträge" das erste mal „angeboten". Es machten 3.481 Arbeiter davon Gebrauch. Diesmal sollen auch Angestellte auf diese Weise abgeschoben werden. Von dieser Regelung ist jeder 20. Kollege der sechs inländischen VW-Werke betroffen.

Die 6.000 betroffenen Kollegen werden in drei Gruppen geteilt:
1. wurde 1.900 Männern (über 62 Jahre alt) und Frauen (über 59 Jahre alt) Ende September die Abfindung „angeboten", wenn sie vorzeitig in den Ruhestand gingen.
2. 3.500 Arbeitern wird „angeboten", ihren Arbeitsvertrag gegen Abfindung zu lösen.
3. 1.000 Angestellte will man auf die gleiche Art loswerden.

AUDI/NSU

Auch bei der VW-Tochter Audi/NSU wurde die 6. Kurzarbeitsperiode in diesem Jahr angekündigt. Sie soll vom 18. bis 29. November und vom 16. Dezember bis 3. Januar 75 stattfinden.

Betroffen sind davon bei Audi/NSU in Ingolstadt ca. 10.000 und bei Audi/NSU in Neckarsulm ca. 8.000 von den insgesamt 32.000 Kollegen.

FORD

Die Fordwerke in Köln und Wülfrath meldeten für die Zeit vom 4. bis 15. November Kurzarbeit an.

Während das Arbeitsamt dort keine Arbeiter mehr an Ford vermittelt, und damit meint, daß der Personalstand so auf natürliche Weise reduziert wird, gab die Pressestelle von Ford unmißverständlich zu verstehen, daß der natürliche Belegschaftsabbau zu gering sei, da jeder sich an seinen Arbeitsplatz klammere. Es gebe auch heute noch zu viele Arbeiter (!).

re. Es gebe auch heute noch zu viele Arbeiter (!).

BMW

Das BMW-Werk in München meldete für fünf Tage Kurzarbeit vom 18. bis 22. November an. Das betrifft 9.500 von 26.000 Arbeitern.

Von Mitte Dezember bis Anfang Januar wurde weitere Kurzarbeit angemeldet. Begründet wird diese Maßnahme mit Rückgang im Exportgeschäft im letzten Monat. 53 % aller BMW-Erzeugnisse gehen ins Ausland.

OPEL

In den Opel-Werken Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern wurde vom 21. bis 25. Oktober kurzgearbeitet. In Bochum soll weiterhin vom 11. bis 19. November und vom 16. bis 20. Dezember kurzgearbeitet werden.

HANOMAG–HENSCHEL

Im Autowerk Hanomag-Henschel in Bremen wird vom 24. Oktober bis 6. November kurzgearbeitet.

UHER–WERKE GmbH KG & Co

Die vorgesehene Schließung der Uher-Werke in München ist vorerst aufgehoben worden, aber es ist ungewiß, für wie lange.

Für die 1.500 Arbeiter und Angestellten wurde jetzt erstmal Kurzarbeit eingeführt. Außerdem will die Firmenleitung demnächst nur noch Tariflöhne und -gehälter zahlen.

Der Alleineigentümer der Tonbandgerätefirma ist Hans Veit Graf zu Toerring-Jettenbach, „Edelmann" und Besitzer von fünf Schlössern, zwei Brauereien und über 1.000 Hektar Land.

TEXAS INSTRUMENTS DEUTSCHLAND GmbH

Die Texas Instruments in Freising/Oberbayern ist eine Tochtergesellschaft der gleichnamigen Firma in Dallas/Texas. Dieses Unternehmen hat eine führende Position in der Halbleiterfertigung. Jetzt sollen in Freising 100 Kollegen entlassen werden. Zum Jahresende soll das Zweigwerk in Ingolstadt/Donau, das erst 1969 in Betrieb genommen wurde, geschlossen werden. Damit werden 350 Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt.

ANKER–WERKE AG, Bielefeld

Vom 21. bis 29. November soll im gesamten Bereich der mechanischen Fertigung sowie in entsprechenden Verwaltungsabteilungen der Anker-Werke in Bielefeld nicht gearbeitet werden. Vom 23. bis 31. Dezember wird im gesamten Betrieb nicht gearbeitet. Die Ankerkapitalisten wollen die Beschäftigtenzahl von 3.250 bis Ende '75 auf 2.500 reduzieren.

KABEL- und METALLWERKE GUTEHOFFNUNGSHÜTTE AG HANNOVER

Zunächst für acht Wochen sollen die rund 600 Kollegen der beiden Kabel- und Metallwerke in Stadthagen (400) und Osnabrück (200) jeweils an zwei Wochentagen nicht arbeiten.

Betroffen sind die Kollegen in den Fertigungsstätten für Fernmeldekabel.

OPTISCHE WERKE VOIGTLÄNDER GmbH

OPTISCHE WERKE VOIGTLÄNDER GmbH

Die Zahl der Beschäftigten wurde seit einem Jahr durch Entlassungen und Nichtersetzen von Abgängen im Braunschweiger-Werk von 550 auf 400 verringert.

Voigtländer, ein Werk der Zeiss-Ikon AG, sollte bereits vor drei Jahren stillgelegt werden.

FULMINA Gebr. PFEIL

Die 450 Arbeiter und Angestellten der Industrieofenbau- Firma Fulmina in Edingen/Mannheim sind arbeitslos. Die Lohn- und Gehaltszahlungen für September und Oktober stehen aus, Resturlaub und -vergütung, sowie Alterszuwendungen sind hinfällig.

Betroffen sind auch 26 Lehrlinge – darunter 15, die erst am 15. September eingestellt wurden. Sie sind jetzt ohne Ausbildungsplatz und es dürfte schwer fallen, in der Nähe von Mannheim einen neuen zu finden. Mannheim hat über 5.000 Arbeitslose und die Zahl steigt ständig; es besteht also kaum eine Chance, Arbeit zu finden.

BLAUPUNKT

Der Bosch-Konzern Stuttgart beabsichtigt, das Blaupunktwerk Landau (gehört zu Bosch) im Frühjahr 75 zu schließen. Am 25.10. demonstrierten die 450 Arbeiter gegen diese Willkürmaßnahme. Die IGM Neustadt/Landau hatte zu dieser Protestkundgebung aufgerufen. Der Konzernbetriebsrat will ein Verfahren anstrengen, denn er hatte erst von der Schließung erfahren, als die Entscheidung schon gefallen war. ●

Metall-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Zur Nachahmung empfohlen!

In Tokio wurde am 25.10. der Kapitalist Hisao Nozawa mit einem Messer im Bauch in einer großen Blutlache auf der Toilette seines Betriebes aufgefunden. Nozawa hatte offenbar einen nicht völlig geglückten Versuch von „harakiri" (traditionelle Selbstmordart der herrschenden Klasse Japans) unternommen, nachdem die Firma „Yashica" (Fotoapparate), deren Direktor Nozawa war, ihre Schließung bekannt geben mußte.

Bereits am 21.10. hatte Toshinobu Aburao, Chef der Betriebs„gewerkschaft" der „Yashica", einen gleichfalls mißlungenen Versuch von „harakiri" gemacht.

Köln:

Kurzarbeit und Entlassungen bei Felten & Guiliaume

Die Unternehmensleitung der Felten & Guillaume (F & G) Kabelwerke AG in Köln hat für 400 von insgesamt 4000 Arbeitern und Angestellten Kurzarbeit angemeldet.

Außerdem wird vermutet, daß weitere 300 Kollegen entlassen werden sollen. Über die konkreten Zahlen schweigen sich die Kapitalisten noch aus.

Als Begründung werden nachlassende Investionen bei der Post angegeben. Die Post ist der größte Auftraggeber der Firma. Deshalb ist auch in erster Linie der Sektor Fernmeldetechnik von der Kurzarbeit betroffen.

Der Zynismus kapitalistischer Politik zeigt sich daran, daß noch Ende September mit Großanzeigen geworben wurde:
„Bei Felten & Guillaume erwarten Sie sichere Arbeitsplätze und Aufstiegschancen".

Auf einer riesigen Tafel vorm Betrieb stand noch Mitte Oktober:
*„Wir stellen ein!
Elektriker, Maschinenhelfer, Stapler, E-Karrenfahrer, Schlosser und Maschinenarbeiter".*

Der Betriebsrat will weder Entlassungen aus Arbeitsmangel noch der Einführung von Kurzarbeit zustimmen. Immerhin haben Betriebsrat und Arbeiter bei F & G Erfahrung mit Kurzarbeit, denn 1972 hatte es schon einmal Kurzarbeit gegeben – damals ohne Anmeldung. Der Betriebsrat hatte den damals angestrengten Prozeß in 3. Instanz gewonnen, aber *„der durch die Kurzarbeit erlittene Lohnverlust ist bis heute nicht ausgeglichen worden"* (laut Benno Feckler, Betriebsratsvorsitzender, „Köln. Rundschau, 23.10.) So war denn auch die außerordentliche Betriebsversammlung am 22.10. *„die turbulenteste, die es je bei F & G gegeben hat."* (Feckler).

Konsequenterweise lehnt der Betriebsrat die Kurzarbeit ab, und die Kapitalisten haben ein Verfahren vor der Einigungsstelle eingeleitet, da *„Kurzarbeit zur Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze unbedingt notwendig"* sei (Köln. Stadt Anzeiger,26.10.)

Die Begründung, die der Betriebsrat zu seinem Vorgehen abgegeben hat, zeigt allerdings, in welchem Rahmen sich dessen Politik bewegt. So äußert er in seiner Begründung die Vermutung, *„daß Personalmaßnahmen bei dem Unternehmen Teil einer gesteuerten Aktion der Unternehmer sei, um so Einfluß auf die Tarifbestimmungen und die Gesetzgebung zur paritätischen Mitbestimmung zu nehmen".* („Köln. Stadt Anzeiger", 26.10.).

Es geht den Kapitalisten ja nicht in erster Linie um eine Taktik bei diesen Maßnahmen, sondern es geht ihnen um die Absicherung ihres Profites und da ist ihnen jedes Mittel recht. ●

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

Bremen:

Niederlage vor Gericht für die Klöckner-Bosse

Vor dem Landesarbeitsgericht in Bremen fand die Verhandlung zwischen der Klöckner AG und dem Betriebsrat der Klöckner-Hütte statt. Es ging um die Ablehnung des Betriebsrats der Bremer Hütte, der Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Heinz Röpke (DKP) zuzustimmen.

Die Klöckner-Bosse wollten im September 1973 Röpke feuern, da er angeblich im Juni-Streik 1973 Streikposten organisiert haben soll. Kronzeuge der Klöckner-Bosse war der SPD-Betriebsgruppenvorsitzende und Vorsitzender eines Bremer SPD-Ortsvereins Kintrup.

In der Verhandlung stützte Klöckner seine Anschuldigungen allein auf Kintrups Aussagen. Sieben weitere angebliche Zeugen aus der Belegschaft wurden von Klöckner nicht aufgefahren. Das begründete der Rechtsanwalt so: „Von dem Kreis um Röpke könnten diese Männer dann Repressalien ausgesetzt sein und als Facharbeiter im Stahlbereich keinen Arbeitsplatz wiederfinden".

Mal abgesehen davon, daß dies allein eine Scheinbehauptung der Klöckner-Vertreter ist, um darüber hinwegzutäuschen, daß man keine Beweise gegen Röpke hat, kann man nur hoffen, daß zukünftig die Arbeiter mit Denunzianten so verfahren: Die Zusammenarbeit mit solchen Acht-Groschen-Jungs zu verweigern. Denunziant Kintrup beispielsweise hat sich im Betrieb soweit isoliert, daß sogar seine Parteikollegen in der SPD sich gezwungen sahen, ihn zum Rücktritt vom Ortsvorsitz zu veranlassen.

Das Landesarbeitsgericht konnte unter diesen Umständen den Konzernbossen kein Recht geben. Der Ablehnungsbeschluß des Betriebsrats gegen Röpkes Kündigung wurde als rechtmäßig bezeichnet.

Klöckner will jetzt durch eine Rechtsbeschwerde vor das Bundesarbeitsgericht ziehen.

Der Fall Röpke macht einmal mehr die reaktionäre Funktion des Betriebsverfassungsgesetzes deutlich: Röpke wurde nämlich nur freigesprochen, da ihm nichts „nachzuweisen" war. Grundsätzlich aber – und darauf spekulierten die Klöckner-Bosse – darf der Betriebsrat nach bürgerlichem Recht z.B. beim Streik keinen Streikposten organisieren, darf sich also nicht aktiv für die Interessen der Kollegen einsetzen.

Und darin besteht auch der Kern dieses Gesetzes: den gewählten Vertretern der Kollegen sollen die Hände gebunden werden. ●

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

Prozesse gegen Kölner IGM-Führer: Welch ein Sumpf!

Die Arbeitsgerichtsprozesse der drei entlassenen hauptamtlichen IG-Metall-Führer in der Kölner Ortsverwaltung endeten alle mit Mißerfolgen. Nachdem die Klagen von Heinz Wientgen und Günter Tolusch gegen ihre Entlassungen bereits abgelehnt wurden, scheiterte nun auch Kassierer Erich Wengenroth in erster Instanz.

Die drei waren vom IGM-Hauptvorstand entlassen worden, nachdem bekannt wurde, daß unter ihrer Amtsführung über eine halbe Million Mark Gewerkschaftsgelder für Werbe- und Repräsentationszwecke ausgegeben wurden und die Herren zusätzlich noch Schmiergelder kassierten (wir berichteten im AK hierüber). Die Vorwürfe richteten sich besonders gegen Wientgen und Wengenroth, während Tolusch gleich mit entlassen wurde, da er als erster Ortsbevollmächtigter diese Sachen duldete. Mit Tolusch entledigten sich die Gewerkschaftsführer eines ihrer profiliertesten „linken" (sozialdemokratischen) Kritiker, der auf dem Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden die Gruppe der „Oppositionellen" gegen den zweiten IGM-Vorsitzenden Hans Mayr anführte.

Die Entlassung war allerdings die einzige „aufklärende" Maßnahme der IGM-Führer in diesem Fall. Ansonsten sind sie redlich bemüht, die wahren Vorgänge im Geheimen zu „überprüfen" und die Arbeiter hieraus möglichst rauszuhalten. Nur die Tatsache, daß sich die Vorgänge hart am Rande der bürgerlichen Legalität bewegen, erschwert es ihnen, alle Fakten vorzuenthalten.

Die Kölner Vorgänge verdeutlichen, wie wenig Einfluß und Kontrolle die Arbeiter auf die Gewerkschaftsführer haben, wie weit diese sich von den Interessen der Arbeiter entfernt haben und wie sehr ihnen ihr Posten als Basis ihrer eigenen Existenz und Sprungbrett ihrer persönlichen Karriere gilt. Insofern sind die Kölner Vorgänge, seien sie auch extrem (?), typisch und die Gewerkschaftsführer haben alles Interesse daran, daß sie nicht zuviel Staub aufwirbeln.

Im Prozeß gegen Wengenroth am 25.10. wurden folgende Einzelheiten bekannt, die zeigen, mit welcher bodenlosen Unverschämtheit hier mit den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder verfahren wurde: In 15 Monaten wurden folgende Waren gekauft, geliefert und bezahlt:
- 41.000 Kugelschreiber
- 7.960 Filzschreiber
- 2.000 Kapselheber
- 1.274 Feuerzeuge
- 3.031 Schlüsseletuis
- 540 Nähetuis
- 68 Reisewecker
- 1.258 Kleinleuchten und Taschenlampen
- 2.995 Weinköfferchen m. Inhalt

Die folgenden Bestellungen stehen noch aus, und die Firmen verlangen ihre Abnahme:
- 30.860 Kugelschreiber
- 49.000 Notizblöcke
- 3.320 Filzschreiber
- 250 Feuerzeuge
- 750 Schlüsseletuis
- 5.000 Prospekthüllen
- 10.000 Klarsichthüllen
- 5.000 Heftstreifen.

Die Preise hierfür waren in einzelnen Fällen um 200 bis 600 Prozent überhöht. Allein für die Kugelschreiber soll Wengenroht, der als Gewerkschaftsführer 3.900 Mark monatlich verdiente, 160.000 Mark an Provision kassiert haben, was ihm allerdings nicht nachgewiesen werden konnte.

Wengenroths Kollege Wientgen hat inzwischen auf die Berufung gegen das Urteil verzichtet, so daß seine Entlassung rechtskräftig ist. Tolusch geht in die zweite Instanz.

Man sollte in diesem Fall bei aller berechtigten Empörung nicht allein nur die kriminellen Fakten sehen, sondern vor allem die Grundlage, auf der es zu solchen Vorfällen kommt. Und die besteht in einer Gewerkschaftspolitik, die nicht die Interessen der Arbeiterklasse zu ihren obersten Leitlinie macht, sondern die Klassenzusammenarbeit und die Versöhnung mit dem kapitalistischen System. Und in diesem System sind solche Verhaltensweisen, wie sie die Kölner IGM-Führer an den Tag legten, nichts weiter als normal. ●

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

Richtigstellung

Erst ein KBW-Genosse aus Stuttgart mußte uns in einem Leserbrief auf einen argen Fehler in dem Artikel „KBW: Ab durch die Mitte" aufmerksam machen. Das dort angegebene „Mao-Zitat" *(„Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt")* gibt es in Wirklichkeit nicht. Vielmehr heißt es: *„Was die chinesischen Reaktionäre betrifft, so sind wir verpflichtet, das Volk zu organisieren, damit es sie niederschlägt. Für alles Reaktionäre gilt..."* usw. („Worte des Vorsitzenden, S.13).

Peinlich, peinlich! . . . Der zuständige Redakteur hatte bei der Durchsicht des Artikels (der von Genossen des Metallkomitee Hamburg geschrieben war) bei dem Zitat zwar gestutzt, aber auf eine Überprüfung verzichtet. Wir haben uns vorgenommen, zukünftig wachsamer zu sein. Dem Genossen vom KBW an dieser Stelle ein Dankeschön! ●

AK-Redaktion

VFW, Bremen:

Widerstand abgeblockt

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir von der Einführung des Leistungsbewertungssystems bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW-Fokker) in Bremen. Hatten wir uns da noch zu einer etwas optimistischen Einschätzung des Widerstandes gegen das System verleiten lassen, zeigten uns die folgenden Ereignisse, daß diese Einschätzung nicht richtig war.

Am 24.9. fand die außerordentliche Abteilungsversammlung der „Gewerblichen" über das Leistungsbewertungssystem (LBS) statt. Zu erinnern ist hier noch einmal, daß eine Unterschriftensammlung hierfür an zwei Tagen von ca. 200 der rund 800 Arbeiter unterstützt wurde. Diese Unterschriftensammlung wurde abgewürgt durch einen eiligen Beschluß des Betriebsrates, diese Abteilungsversammlung durchzuführen.

BR-Vorsitzender Hettling pries auf der Versammlung an, welchen „Fortschritt" das LBS bedeute (Aber für wen?!), und daß es sich immerhin um eine Betriebsvereinbarung handele, die zwischen BR und GL zustandegekommen ist und sich hieran schon zeigen würde, daß es „gar nicht so schlecht" sein könne.

Insgesamt beteiligten sich viele in der Lohngruppe höher zu kommen, aber dann müßten sie schon in der Leistungsstufe weiter unten liegen. Diese Enthüllungen der Kollegen wurden vom BR-Vorsitzenden dazu benutzt, jetzt ausführlich auf Lohngruppen abzulenken, bzw. hiermit nochmals das „Gute" des LBS vorzubringen, wodurch es vielen Kollegen angeblich möglich gemacht wurde, höher zu rutschen.

So wurde insgesamt die Notwendigkeit der Abschaffung des LBS nicht deutlich. Nur ein Teil der Kollegen hat wirklich Auseinandersetzungen darüber geführt, bzw. hat das LBS als Angriff auf unsere Interessen durch Spaltung und Schwächung unserer Kampfkraft verstanden. Und hierbei spielt der BR eine wesentliche Rolle, besonders der Demagoge Hettling, der immer wieder das „Positive" des LBS anpries und ablenkte von den wirklichen Fragen.

Dementsprechend fielen auch die zwei Abstimmungen aus. Eine Resolution mit der Forderung nach Abschaffung des LBS, allerdings verbunden mit der Forderung „1 DM mehr für alle", wurde knapp abgelehnt. Die zweite Resolution – vom BR-Vorsitzenden selbst eingebracht –

zug meinen die Gewerkschaftsführer, besonders die linken und klassenkämpferischen Kollegen von der Jugendgruppe trennen zu können.

Bei den Kollegen ist das Vorgehen der ÖTV-Ortsverwaltung gegen die Jugendgruppe auf Empörung gestoßen. Die antikommunistische Politik wird jedoch noch nicht durchschaut.

Die Kollegen der Jugendgruppe haben sich nach diesen Angriffen zusammengesetzt und einheitlich beschlossen, sich nicht kleinkriegen zu lassen. Es wurde eine schriftliche Stellungnahme verfaßt. Darin macht die Jugendgruppe klar, daß sie es für ein demokratisches Recht hält, ihre Meinung ohne Zensur zu veröffentlichen. Die jüngeren und älteren Kollegen sollen auch weiterhin eng zusammenarbeiten.

Weiter wurde beschlossen, daß einige Mitglieder der Jugendgruppe zur

Erfahrungen ... schaften zeigen, daß so eine antikommunistische Hetzkampagne eingeleitet wird, um in diesem Klima fortschrittliche Gewerkschaftsgruppen zu zerschlagen und kommunistische Gewerkschafter auszuschließen.

Die Jugendgruppe muß sich auf weitere Angriffe gefaßt machen. Die momentane Empörung der Jugendgruppenmitglieder muß in eine langfristige konsequente Gewerkschaftsarbeit einfließen. Die Jugendgruppe muß verstärkt an die Kollegen an der Universität herantreten. Probleme wie Stellenstop, fehlende Arbeitskräfte durch 40-Stundenwoche, Höhergruppierungen, Tarifrunde, Angriffe der Presse auf den Öffentlichen Dienst, Arbeitssicherheit, Ausbildung etc. müssen aufgegriffen werden. ●

**ÖTV–Genossen
KB/Gruppe Hamburg**



Kollegen wehren Angriff der Geschäftsleitung ab

Bei einem Teil der Elektriker der Werkserhaltung (WEE) wurde mit Zustimmung des rechten BR am 1.10.74 die „Konti-Schicht" eingeführt. Für die Kollegen hieß das, sie mußten die Frühschicht jetzt im sieben-Tage-Rythmus arbeiten. Nur ein Wochenende im Mo..at, die anderen freien Tage auf den Monat verteilt. Weniger Geld, da die Überstunden wegfallen.

Das machten die Kollegen nicht mit! Nach langen Auseinandersetzungen, auf deren Höhepunkt der Vertrauensmann der Abteilung „fristlos beurlaubt" wurde, arbeiten die Kollegen ab 1. November wieder im fünf-Tage-Rythmus!

Die Einführung der Kontischicht geschah nach HSW-Manier:

Am 30. September, also einen Tag vor der geplanten Schicht, erschien kurz vor Feierabend der Abteilungsleiter und knallte den Kollegen ihren neuen Schichtplan an den Kopf.

Obwohl die Kollegen dieser neuerliche Angriff unvorbereitet traf, reagierten sie spontan richtig: Am 1. Oktober erschienen alle zur gewohnten Schicht!

Den Versuchen der Geschäftsleitung und der Meister, die Einheit der Elektriker zu spalten, traten die Kollegen dadurch entgegen, daß sie nur noch gemeinsam auftraten. So gingen sie gemeinsam zum BR und verlangten, daß dieser sie in ihrem Kampf gegen die Kontischicht unterstützen sollte.

Die Geschäftsleitung versuchte nun, „auf die Sanfte" die Kollegen einzufangen. Ihr Sprecher Schmid: „Das ist doch alles nur zur Probe. Nach einem Monat tragen wir dann alle (!) unsere Erfahrungen zusammen, dann werden die Kollegen an der Ausarbeitung des neuen Schichtplans beteiligt".

Als auch solche Sprüche bei den Kollegen nicht verfingen, schaffte es der Abteilungsleiter und Schmid, einen wesentlichen Kollegen herauszubrechen. Ihm wurde „versprochen", daß er weiterhin fünf-Tage-Schicht gehen könnte. Dieser Bestechung erlag der Kollege.

Am 2. Oktober erschienen nur noch wenige zur gewohnten Schicht.

Daß es schwierig sein würde, den rechten BR mit in den Kampf der Kollegen einzubeziehen, wußten die Elektriker. Gerade die rechten BR-„Fürsten" hatten die neue Konti-schicht-Regelung vorweg in einer Regelabsprache abgesegnet!

Die BR-Fürsten sparten entsprechend nicht mit Appellen: „Als gute Gewerkschafter müßt ihr doch ein Interesse daran haben, daß Überstunden abgebaut werden. Einzelinteressen der Elektriker können wir hier nicht berücksichtigen!" (zweiter Vorsitzender Krämer). – „Ihr seid die Einzigen, denen die Kontischicht nicht paßt. Warum sucht ihr euch nicht eine neue Arbeitsstelle". (Vorsitzender Venohr).

Auch auf der Betriebsversammlung am 23.10.74 ging der BR auf die Probleme der Kollegen nicht ein. Dies tat jedoch der Vertrauensmann Norbert D., der gegen die Kontischicht Stellung nahm.

Die Geschäftsleitung reagierte prompt! Norbert D. wurde „beurlaubt" und muß mit seiner Kündigung rechnen!

Schon Anfang August war ihm von den Gewerkschaftsführern ein „Revers" vorgelegt worden, in dem er sich von den Linken im Betrieb und vom METALLARBEITER (Zeitung des KB) distanzieren sollte. Das lehnte Norbert D. ab und wurde daraufhin von der Geschäftsleitung schon damals sofort „beurlaubt"! (Siehe AK Nr. 50). Diese Beurlaubung mußte damals jedoch kurze Zeit später wieder aufgehoben werden.

Elektriker: „Fünf Tage, das ist unsere Forderung"

Trotz der Rückschläge in ihrem Kampf – zuerst Spaltung, die Nakkenschläge vom BR und VK und die Beurlaubung ihres Kollegen – hielten die Elektriker an ihrer Forderung fest! Durch diese unbeugsame Haltung erzwangen sie ein „Gespräch" mit dem gesamten BR, an dem jeder Kollege teilnahm!

Sie ließen sich nichts vormachen, ihre Forderung stand: „Fünf Tage, sonst nichts!" Die Kollegen kamen auf die „Zusage" der Geschäftsleitung und des BR zurück, daß „alles zunächst auf Probe" sei. Sie verlangten, daß die „Probe" auf ihrem Rükken jetzt ein Ende haben müßte: „Jetzt ist Schluß mit der Kontischicht"!

Mit der Zusage in der Tasche, „eure Forderungen werden wir gegenüber der Geschäftsleitung vertreten", verließen die Kollegen das BR-Büro!! Auch anderntags, als nochmals die Geschäftsleitung bei den Kollegen in der Abteilung erschien, um sie unter Druck zu setzen, hielten die Kollegen stand. Selbst die BR-Fürsten Perlbach und Moede mochten in Anwesenheit der Kollegen keine „Klassenzusammenarbeit" leisten. Sie waren gezwungen, die Forderungen der Elektriker mit zu vertreten.

Die prinzipielle Haltung der Geschäftsleitung und ihrer Handlanger im BR jedoch wird daran klar, daß sie zur gleichen Zeit (zum 1.11.74) in einer anderen Abteilung des Werkes – bei den Kokillenschlossern – die Kontischicht mit gleichen Methoden einführten!! Genauso wie bei den Hydraulikschlossern im Stahl- und Walzwerk müssen diese Kollegen jetzt im sieben-Tage-Rythmus arbeiten. Für die Kollegen in der WEE wäre es daher bestimmt falsch, sich auf den Lorbeeren des ersten Erfolges auszuruhen.

„Aus diesem Grunde ist es für die Elektriker wichtig, eine möglichst breite Öffentlichkeit herzustellen und die Soldiarität der Kollegen zu bekommen. Sie sollten mit den Kollegen der anderen Abteilungen über die Schicht diskutieren und Erfahrungen austauschen.

Nur gemeinsam wird es möglich sein, die Angriffe der HSW-Kapitalisten abzuwehren und den BR zum wirklichen Interessenvertreter der Kollegen zu machen".

(Aus: METALLARBEITER, Betriebsausgabe HSW).

Betriebszelle HSW
KB/Gruppe Hamburg

IGM-Beiträge

Glasklarer Betrug

In der „Metall" Nr. 21 (Gewerkschaftszeitung) fanden wir auf der ersten Seite ein Bild mit der „Gläsernen Tasche" der IGM-Führer. In diese Tasche sind einzelne Blöcke eingebaut, die die Beitragspolitik dieser Herren bildlich darstellen sollen. Der größte Block ist mit dem Wort „Streik" tituliert und in die Mitte gerückt. „Verwaltungskosten" und „IMB, DGB" sind dagegen an die Seite gedrückt und nehmen nur ein Viertel der Tasche ein.

Schlägt man nun die „Metall" in der Mitte auf, erfährt man dann allerdings genau das Gegenteil. Im Zeitraum 1971 - 73 kassierten die IGM-Führer den Kollegen 651,2 Mio. DM Beitrag ab.

Davon wanderten in die

- Verwaltungskosten: 82,1 Mio. (14 %)
- Verwaltungsstellen: 174,5 Mio. (30 %)
- DGB/IMB: 88,5 Mio. (15 %)

Im Gegensatz dazu gingen aus den Beiträgen ganze 4,9 Mio. DM in den Streikfonds, was noch nicht einmal 1 % (!) ausmacht.

Zu diesem Betrugsmanöver auf Seite 1 der „Metall" kommt noch hinzu, daß von den Gewerkschaftsführern die Erhöhung der Beiträge damit begründet wird, daß „schwere Arbeitskämpfe auf uns zukommen". Sicher, diese Einschätzung teilen wir. Allerdings meinen wir, daß die IGM-Führer diese wohl kaum unterstützen werden.

Dieser „gläserne" Versuch der Gewerkschaftsführer, sich zu rechtfertigen und im Stil der Springer-Presse Bauernfängerei zu betreiben, zeigt ihre sozialdemokratische Verkommenheit.

HDW-Arbeiter-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg

Kurzarbeit und Entlassung bei VALVO

Philips will noch mehr aus uns rausquetschen

Dienstag, den 16.10., erfuhr es der Betriebsrat (BR) von der Geschäftsleitung, am Mittwoch morgen die Kollegen – durch die „Morgenpost":

Kurzarbeit bei Valvo RHW. Philips hatte die BR-Kollegen an die Schweigepflicht gebunden und gleichzeitig eine Presseerklärung herausgegeben; so unterrichteten die Unternehmer ihre „Mitarbeiter" über wichtige Maßnahmen, die sie selbst betreffen!

Auf der Betriebsversammlung am Donnerstag durfte dann der BR, entgegen der Gewohnheit, als erster sprechen und die Maßnahmen schmackhaft machen.

Verkündet wurde den Kollegen, daß ab 1. November Kurzarbeit für acht Wochen ansteht. Betroffen sind, 500 Kollegen aus der Halbleiterfertigung und 120 Kollegen aus der Einzelteilfertigung.

Laut Auskunft der Geschäftsleitung ist aber noch lange nicht gesagt, daß die Arbeitsplätze damit gesichert sind. Hagmeister von der Geschäftsleitung hat auf der Betriebsversammlung bekanntgegeben, daß noch ca. 200 Kollegen aus der Halbleiterfertigung und beim indirekten Personal überzählig sind. Die Presseerklärung dazu: *„Über diese Kurzarbeit hinaus bedingen längerfristig notwendige strukturelle Maßnahmen auch eine Reduzierung der Belegschaft, ein Problem, daß man im großen und ganzen durch den Nichtersatz beim natürlichen Abgang von Personen hofft, lösen zu können."* (Hervorhebung von uns).

Wegen der „ernsten" Lage wurde dann auch die innerbetriebliche Lohn- und Gehaltsüberprüfung für dieses Jahr gestrichen.

Philips entläßt – für noch grössere Profite

Aus all diesen Sachen könnte man schließen: Valvo und Philips stehen vor der Pleite! Aber:

- die Geschäftsleitung ließ wissen, daß 1973 der Umsatz erstmalig die Milliardengrenze überschritten hat und daß man optimistisch in das zweite Halbjahr gegangen ist: „Bisher hatten wir noch immer das nötige Kleingeld!"
- laut „Welt" vom 3.4.74 gibt es einen positiven Wirtschaftsbericht, Valvo sei Marktführer auf dem Sektor der Farbbildröhren und der größte deutsche Produzent von Bauelementen für die Elektronik. Im letzten Jahr sind für mehr als eine Milliarde DM Bauelemente geliefert worden, und Valvo rechnet auch in diesem Jahr mit weiterhin steigendem Umsatz.
- Die in der Alldephi zusammengefaßten deutschen Philipsunternehmen erzielten 1973/1974 fast 3,5 Mrd. DM Umsatz, das ist um 14 % mehr als 1972/1973. Der Jahresüberschuß stieg um 41 % auf 252 Mio. DM, das macht 7,2 % des Umsatzes (zum Vergleich: bei Siemens, ebenfalls ein führender Konzern in der Elektrobranche, betrug die Steigerung 2,7 %!).
- Die „Welt" berichtete am 17.9.74, daß die Philipskapitalisten weiterhin ein gutes Geschäft erwarten, denn laut Smit (Vorsitzender der Geschäftsführung) ist kaum eine Verringerung des Bedarfs zu spüren.
- Eine Umsatzsteigerung von 10 - 11 % wird erwartet, die man mit der gleichen Beschäftigtenzahl hofft, schaffen zu können („Süddeutsche Zeitung" vom 17.9.74).

Und dafür hat Philips seine Leute: *„Um die langfristige Unternehmenspolitik entsprechend zu entwikkeln, hat der Philips-Konzern eine eigene Gruppe für strategische Planung eingerichtet"* („Blick durch die Wirtschaft", 30.8.74, Hervorhebung von uns). Diese Herren werden eigens dafür bezahlt, den Konzern von Zeit zu Zeit durchzuforsten, um einen unprofitablen Zweig einfach einzuschränken oder sogar abzusägen!

Solcher Zweig war die Empfängerröhrenproduktion in den RHW und sind zur Zeit der Halbleiterbereich in den RHW, die Lampenproduktion im Werk Rossendaal in Eindhoven (Niederlande), das Bildröhrenwerk in Blackpool (Großbritannien). Kurzarbeit ist außerdem noch in Großbritannien für 700 Kollegen vorgesehen, in Werken in Belgien und in Australien. In der Bundesrepublik sind ein Werk in Berlin und die Valvo Hamburg von der Kurzarbeit betroffen.

In Zukunft wird die Arbeit des Planungsstabes noch wesentlich vereinfacht werden: am 25.10. wurde bekanntgegeben, daß die Firmen der deutschen Philipsgruppe Valvo, Röntgenmüller usw. zu einer Gesellschaft der Philips GmbH zusammengefaßt werden. *„Philips strebt damit eine grössere Übersichtlichkeit und Transparenz der Unternehmensstruktur und eine erhöhte Effizienz an"* (Aushang in der Valvo).

Erhöhte Effizienz, das heißt: mit einer Verminderung der Beschäftigtenzahl und erhöhten Rationalisierungen soll aus den Kollegen der Philips-Stammwerke ein höherer Profit gepreßt werden. Der wird dann wieder in den Ländern investiert, wo die Profite noch höher sind, in den Ländern mit extrem niedrigen Löhnen! Im Zusammenhang damit dürfen die jetzt anstehende Kurzarbeit und Entlassungen von den Arbeitern der Philips-Betriebe nicht als ein isoliertes Problem der Valvo RHW gesehen werden. Das Vorgehen der Philips-Konzernleitung ist hier beispielhaft für das zukünftige Vorgehen mit dem Blick auf die „erhöhte Effizienz"!

Kurzarbeit und Entlassungen – Solidarität bei den Kollegen!

Die Geschäftsleitung geht bei den Kürzungen der Belegschaftszahlen taktisch vor. Die Kolleginnen der Empfängerröhrenfertigung z. B. wurden nicht auf einen Schlag entlassen, sondern in andere Abteilungen oder Philips-Betriebe „zur Bewährung" versetzt. Mit der Furcht um den Arbeitsplatz werden die Kollegen nun zu noch höheren Leistungen angetrieben und gegeneinander ausgespielt. Die notwendige Solidarität ist durch die Salami-Taktik sehr erschwert worden. Dazu kommt, daß die meisten Kollegen die „Krisen" bei der Valvo schon kennen, und da sie diese schon mehrere Male „überlebt" haben, meinen sie, daß es nun auch wieder so sein wird. Außerdem werden ja „nur" Kollegen entlassen, die „selber schuld" sind, öfter krank, kritische Kollegen, Ausländer usw., laut BR-Vorsitzendem die „schwarzen Schafe"! Damit unterstützt der BR noch die Spaltung der Kollegen in „gut" und „schlecht".

Aber mit dieser Haltung gehen wir den Kapitalisten voll auf den Leim, denn die Maßnahmen, die die Philips-Strategen für ihre „Kollegen" ausgetüftelt haben, betreffen uns alle. Egal, ob es sich um direkt von Entlassung, Kurzarbeit oder Umsetzung betroffene Kollegen handelt oder um einen, der es „überlebt" hat. Die Arbeitshetze wird noch mehr steigen, denn die Arbeit der entlassenen Kollegen muß noch mitgemacht werden! Diese Maßnahmen können nur durch eine solidarische Abwehrbewegung aller Kollegen verhindert werden.

Es ist ein Fortschritt, daß zu den anstehenden Problemen Kurzarbeit, Gleitende Arbeitszeit und Tarifrunde eine öffentliche Veranstaltung der Vertrauensleute stattgefunden hat. (Zur Tarifrunde soll am 12.11. eine Mitgliederversammlung stattfinden).

Und zu guterletzt noch ein guter Rat von „unserem" Gewerkschaftsführer Johnny Müllner: „laßt Euch nicht einschüchtern Kollegen, Kurzarbeit und Entlassungen sind ja nur vorübergehend . . .". Johnny, wenn man, wie du, 4.160,– DM plus Spesen im Monat bekommt und noch nicht einmal selbst betroffen ist, dann kann man den Kollegen schon mal einen solchen Rat geben, es gehört aber eine Riesenportion Frechheit und Zynismus dazu!

Betriebszelle Valvo
KB/Gruppe Hamburg



Am 8.November demonstrierten in Hamburg etwa 2.500 bis 2.800 gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats.

Reynolds, Hamburg:

Urteil gegen die Bevölkerung

Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hat am 23.10.74 Reynolds/Aluminium die Erlaubnis zur weiteren Produktion erteilt.

Damit hat das OVG zum zweiten Mal eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts, nach dem Reynolds die Produktion einstellen mußte, zugunsten von Reynolds geändert.

In der Urteilsbegründung werden im Sinne von Reynolds und des Hamburger Senats, demagogisch die Arbeitsplätze benutzt, um Reynolds das weitere Profite machen zu erlauben: *„Eine Abwägung der Nachteile, die eine Einstellung des Betriebes für die Arbeitnehmer und die Hafenindustrie bedeuten würde, mit den möglichen Schädigungen der Blumen- und Gemüsezucht hat Ausschlag dafür gegeben, daß die Firma Reynolds die Produktion im bisherigen Umfang fortsetzen darf"* („SZ", 24.10.74).

Damit hat sich das OVG dem von Reynolds und Senat schon lange vertretenen „Rechtsstandpunkt" angeschlossen, die mit dieser Argumentation die Urteile des Verwaltungsgerichts bekämpften. Das Oberverwaltungsgericht stellt sich damit gegen die Interessen der Bevölkerung. Obwohl auch hier *„Schäden nicht ausgeschlossen"* werden könnten, wurde die von Reynolds verursachte Gefährdung legalisiert.

Für die Bevölkerung bleibt das „Zugeständnis", daß Reynolds vorerst nur mit 2/3 der Kapazität produzieren darf. Diese Produktionseinschränkung soll sogar bis Ende 1975 gelten; in dieser Zeit sollen die Schutzmaßnahmen überprüft werden. Damit ist auch für die Konzernherren das Urteil nicht vollständig „zufriedenstellend", denn das Urteil schmälert den erwarteten Profit um monatlich 2,5 Mio. DM.

Das Gericht behielt sich jedoch vor, seine Entscheidung *„bei einer Änderung der Sach- oder Rechtslage jederzeit zu revidieren."*

Dadurch ist für die Konzernherren noch nicht aller Tage Abend. Es besteht jetzt immer noch die Möglichkeit, die Erlaubnis für die dritte Elektrolysereihe kurzfristig zu erhalten.

Vorerst scheint man dieses Urteil gelassen hinzunehmen: „Dramatische Entwicklungen in dieser Richtung (gemeint sind Entlassungen) wird es nicht geben", so die Konzernleitung in der „Welt" vom 1.11.74.

Klar ist allerdings, daß die Reynolds-Kapitalisten die innerbetriebliche Auseinandersetzung verschärfen werden. Sie werden versuchen, das Urteil gezielt einzusetzen zur Verweigerung von Sozialleistungen und zur Disziplinierung der Arbeiter.

Betriebszelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Hanomag-Henschel, Harburg:

Kurzarbeit und Arbeitshetze – Zwei Seiten einer Medaille

Mit immer dreisteren Maßnahmen führen Schleyer's Offiziere der Harburger Hanomag-Henschel Leitung ihre Rationaliseirungspolitik durch. Wir berichteten bereits über die Stillegung eines Großteils der Transporterproduktion, und von den „Zukunftsvisionen" der groß angekündigten Nachfolgeproduktion. Mittlerweile ist die Transporterproduktion so gut wie eingestellt und die neue Arbeit da. Im folgenden die jüngsten Auswüchse dieser Rationalisierungspolitik:

Kurzarbeit

Vom 16.12. bis 3.1.75 wird erneut in Teilen des Werkes Kurzarbeit durchgeführt. Betroffen sind alle noch für den Transporter arbeitenden Kollegen. Die offizielle Begründung für die Kurzarbeit lautet: „schlechte Marktlage" und „Absatzschwierigkeiten", sowie gleichzeitige Kurzarbeit in den Werken Düsseldorf und Bremen. Es ist bekannt, daß die gesamte Dreherei verschwinden soll. Die Dreherei ist aber ausgerechnet die Abteilung, die am stärksten von der Kurzarbeit betroffen ist. Es liegt also nahe, daß die Kurzarbeitsperiode dazu benutzt wird, kurzerhand die Dreherei wegzuschaffen und die Nachfolgearbeiten aufzubauen – um so die Bezahlung der Kollegen während dieser Zeit zu vermeiden.

Endgültige Stillegung der Autoproduktion

Vor einigen Wochen lief der letzte „normale" Transporter in Harburg vom Band, seitdem werden nur noch Sonderfahrzeuge gebaut. Die betroffenen Kollegen sind auf andere Abteilungen verteilt worden. Nun soll auch der letzte Rest verschwinden. Die Kollegen an dem für Sonderfahrzeuge zuständigem kleinen Band erfuhren in der letzten Oktoberwoche durch Zufall, daß in dieser Woche eigentlich der letzte Wagen hätte gebaut werden sollen. Verblüfft und empört (ihnen war immer zugesichert worden, daß bis Ende '75 noch die Sonderbauten in Harburg bleiben) zitierten sie daraufhin den BR-Vorsitzenden G. Paulsen zu sich. Er kam – und wollte sich nach einigen Sprüchen gleich wieder verpissen, worauf die Kollegen um ihn einen Kreis bildeten und ihm so nach und nach die Würmer aus der Nase zogen. Er gab dann zu, daß die Kollegen jeden Tag mit der Stillegung rechnen müßten, eventuell auch kurzarbeiten müßten, und daß im Übrigen der BR natürlich zugestimmt hat . . .

Mit diesem Schritt der endgültigen Einstellung der Autoproduktion ist ein Schlußstrich unter die seit Jahren laufende Entwicklung gezogen. Produziert wird heute nur noch Zubehörmaterial (Schaltungs- und Lenkungsteile) für andere Daimler-Werke.

Neue Fertigung – Arbeitshetze und Disziplinierung

In den neuen Fertigungsbereichen herrscht eine tatsächlich wahnwitzige Arbeitshetze, gepaart mit übelsten Disziplinierungsversuchen.

An Maschinen, wo pro Schicht in der Regel 4-500 Stück gemacht werden, will der Stopper 1.200 haben. Fast durchgängig wird versucht, mindestens das Doppelte von dem rauszuholen, was die Kollegen ohne Akkord schafften. Mit Tricks werden einzelne Kollegen dazu gebracht, traurige Akkord„rekorde" auf Kosten der übrigen Kollegen aufzustellen. In der Stanzerei liegt dieser bei derzeit 7.000 Stück an einer Maschine, wo sonst immer 2.800 - 3.000 Stück gemacht wurden!!!

In der Mantelrohrfertigung gab es einen besonders Eifrigen, der jeden Tag die Maschine wechselte und an dem einen Tag die normalen Stückzahlen erheblich überbot. Da auf den meisten Arbeiten noch kein Akkord drauf ist, gelten auch die Akkordbestimmungen (Verteilzeit etc.) nicht, und die Kollegen werden bereits angemacht, wenn sie mal zehn Minuten einen Kaffee trinken. Neuerdings versucht ein Vorarbeiter sogar, die Frühstückspause als nicht zulässig hinzustellen! Daneben müssen die Kollegen bis Punkt Feierabend arbeiten und werden zusammengeschissen, wenn sie „schon" eine Minute nach Feierabend stempeln.

Gezielt werden einzelne Kollegen zum Personalchef gerufen, sei es wegen „Beleidigung" (da wurde angeblich der Akkordschinder als „Schwein" tituliert), oder wegen „zu frühen Verlassen des Arbeitsplatzes". Gezielt werden seit neuestem auch Kollegengruppen auseinandergerissen, die einzelnen versetzt, andere Kollegen an die Maschinen gesetzt.

Warum diese Arbeitshetze und Disziplinierung?

Tatsache ist, daß Daimler-Benz von den neuen Harburger Teilen (die sie für andere Werke brauchen) bislang seine Traum-Stückzahlen nicht bekommen hat, daß gegen die Arbeitshetze und Antreiberei ein recht hartnäckiger Widerstand geleistet wird, wenn auch nicht mit Streiks, sondern durch verschiedenste Formen des passiven Widerstands.

So sprechen sich in den beiden wesentlichen Abteilungen (Stanzerei und Mantelrohrfertigung) die Kollegen mittlerweile über ihre Stückzahlen ab. Teilweise werden auch überhöhte Akkorde „unterboten", um ein nachträgliches Runtersetzen zu verhindern. Wenn gestoppt wird, arbeiten die Kollegen nach ihrem Tempo und lassen sich durch die Stopper wenig beeindrucken.

Das Ausmaß dieses Widerstandes wird deutlich, wenn man bedenkt, daß heute bereits einige Maschinen nicht arbeiten können, weil das Material fehlt.

Ob auch weiterhin die Verschärfung der Arbeitshetze abgewehrt werden kann, hängt davon ab, ob die Disziplinierungsmaßnahmen abgewehrt werden können, daß die Kapitalisten mit ihren Einschüchterungsversuchen nicht zum Zuge kommen. ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

Reynolds (Hamburg):

IGM-Schreibers einsamer Kampf für die Interessen der Konzernherrn

Nachdem auf der Betriebsversammlung bei Reynolds am 17.9.74 wiederum kein Vertreter der Hamburger IG-Metall Ortsverwaltung anwesend war, beschloß der Betriebsrat (BR) eine Stellungnahme, in der das Desinteresse der IGM-Führer an den Problemen der Reynolds-Arbeiter aufs schärfste verurteilt wurde. So heißt es in der Stellungnahme u.a.: *„Der absolute Höhepunkt Ihrer Nachlässigkeit wurde erreicht, als Sie es nicht einmal für nötig erachteten, zu einem Zeitpunkt einer solchen prekären Situation, in der sich die Arbeiter und der Betriebsrat angesichts einer drohenden Werksschließung befanden, einen Vertreter zu entsenden".*

Außerdem wurde in diesem Schreiben die weitere Zusammenarbeit mit dem zuständigen IGM-Sekretär Prehm abgelehnt.

Dieses Schreiben veranlaßte den 1. Bevollmächtigten der Ortsverwaltung Hugo Schreiber, höchst persönlich auf der nächsten Vertrauenskörper-Sitzung zu erscheinen. Für Hugo Schreiber war die Kritik völlig unverständlich, zumal er sich nach eigenen Angaben persönlich um die Probleme der Reynolds-Arbeiter gekümmert hat. Als Beweis brachte er eine DGB-Presseerklärung mit, mit der Bemerkung: „An der habe ich persönlich mitgearbeitet, nun könnt ihr mir doch wirklich nicht mehr mangelndes Interesse vorwerfen..

Mangelndes Interesse für die Ziele der Kapitalisten konnte ihm tatsächlich nicht mehr vorgeworfen werden. So heißt es dort u.a.: *„Der DGB-Hamburg weist darauf hin, daß angesichts einer steigenden Arbeitslosigkeit, die Verzögerung oder gar das Verbot der Betriebsaufnahme emissionsaktiver Produktionsanlagen untragbar ist, wenn – wie im Falle Reynolds – die nach dem Bundesemissionsschutzgesetz verhängten Auflagen erfüllt werden und die Betriebsaufnahme im öffentlichen Interesse liegt.*

Anlieger, die durch die Produktion nachweisbar in ihren Rechten beeinträchtigt werden, sollten angemessen entschädigt werden."

Die 1969 getroffene Entscheidung über den Standort des Reynolds-Werkes in unmittelbarer Nähe des Obstanbaugebietes im Alten Land sei heute nicht mehr korrigierbar. Damals sei die Möglichkeit, dagegen Einspruch zu erheben, nicht genutzt worden, da das allgemeine „Umweltbewußtsein" die Problematik eines solchen Standortes nicht erkannt habe.

Hiermit stellen sich die Gewerkschaftsführer eindeutig gegen die Interessen der Bevölkerung. Geradezu unverschämt ist es, die tatsächliche Gefährdung mit „angemessenen Entschädigungen" begleichen zu wollen. Dies wurde in den empörten Beiträgen einer Reihe von Vertrauensleuten angegriffen.

Doch Hugo Schreiber blieb unbeirrt. Offen und plump verteidigte er die Ansiedlungspolitik seiner sozialdemokratischen Parteifreunde: „Was wollt ihr denn eigentlich?, wollt ihr den Laden dichtmachen?"

Jetzt kam Hugo richtig in Fahrt: „Wir sind doch damals froh gewesen als Reynolds sich hier ansiedelte, angesichts der Krise auf den Werften. Dieses mit dem Umweltschutz wird doch nur hochgespielt, jetzt stehen wir bei HSW (Hamburger Stahlwerke) vor dem gleichen Dilemma. Die kriegen keine Genehmigung für den 3. Ofen, dabei wollen die doch alles für den Umweltschutz tun. Die brauchen nur erst den 3. Ofen, dann sollen die anderen vorübergehend stillgelegt werden, um neue Filter und Absaugungen zu bauen".

Damit war Hugo Schreiber am Ende und er untersagte jede weitere Kritik. „Für mich ist die Sache erledigt, ich nehme euren Standpunkt zur Kenntnis und damit fertig, und wenn das hier so weiter geht, gehe ich gleich nach Hause!",

Hugo blieb zwar, doch er gab die richtige Richtung an. Für die Reynolds-Arbeiter und die gewählten Interessenvertreter, Betriebsräte und Vertrauensleute, wird es darauf ankommen, in Zukunft weiter die Auseinandersetzung mit den IGM-Führern zu suchen, mit dem Ziel, die Ablehnung dieser Leute breiter zu verankern. ●

Betriebszelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV Gewerkschaftsgruppe an der Universität Hamburg

Westberlin:

ÖTV plant Ausschlüsse

Am 31.1o. gab die Bezirksverwaltung (BV) Westberlin der ÖTV der Presse bekannt, daß sie „mit allen Konsequenzen" gegen den Personalrat und und Vorsitzenden der Fachgruppe Gerichtsrefendare der ÖTV, W. Wieland, vorgehen will. Der Grund: W. Wieland hatte zusammen mit 128 Gerichtsreferendaren am 3o.1o.im Westberliner 'Tagesspiegel' eine Anzeige abdrucken lassen, die sich gegen die Isolationsfolter an politischen Gefangenen in Westdeutschen und Westberliner Gefängnissen richtete und die Abschaffung der Isolation, medizinische Versorgung durch Ärzte freier Wahl sowie die gleiche und menschenwürdige Behandlung aller Gefangenen forderte.

Noch am gleichen Tag kündigte der stellvertretende ÖTV-Bezirksvorsitzende Ingo Hinz ein Ausschlußverfahren gegen W. Wieland „und andere" an mit der Begründung, daß keines der verantwortlichen Gremien die Anzeigenaktion beschlossen hätte.

Darüber hinaus besaß die ÖTV-Führung die Frechheit, sich „weiterhin solidarisch" mit den Justiz- und Justizvollzugsbediensteten zu erklären, von denen sie wisse, daß sie „ihre verantwortungsvolle und schwere Aufgabe auch weiterhin im Sinne der geltenden Rechtsordnung unter schwierigsten Bedingungen erfüllen"!

(„Tsp", 31.10.74)

Von dem angedrohten Gewerkschaftsausschluß haben die Betroffenen erst durch einen Reporter des „Tagesspiegels" erfahren. Sie beschlossen daraufhin, gemeinsam am nächsten Tag beim ÖTV-Vorstand eine öffentliche Anhörung zu verlangen.

Bei dieser Anhörung wurde W. Wieland aufgefordert, freiwillig (!) die ÖTV zu verlassen, um andere vor dem Ausschluß zu ‚bewahren'! Nachdem er dieses unverschämte Ansinnen abgelehnt hatte, bekräftigte die ÖTV-Führung ihre Absicht, gegen ihn ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

Schärferer Wind in der ÖTV

Man muß diese Vorgänge im Zusammenhang sehen mit einer insgesamt schärferen Politik der ÖTV-Führer in Westberlin. Ein weiteres Beispiel dafür war die Funktionärskonferenz am 8.10.1974.

Hatten verschiedene Betriebsgruppen (BG) der ÖTV die Funktionärskonferenz im letzten Jahr gegen den Widerstand der Bezirksverwaltung dazu genutzt, um gemeinsam über Lohn- und Gehaltsforderungen bzw. eine Teuerungszulage zu beraten, so war dieses Jahr die Bezirksverwaltung gut gerüstet.

Die Kollegen mußten eine zweifache Kontrolle über sich ergehen lassen, um überhaupt in den Versammlungssaal zu kommen.

Mehrere Mannschaftswagen der Polizei standen für etwaige ‚Störungen' bereit. Im Saal selbst waren die ersten Sitzreihen vor der Rednertribüne mit getreuen Anhängern der Bezirksverwaltung besetzt.

Statt der von vielen anwesenden Kollegen geforderten Diskussion über die Lohn- und Gehaltsrunde '75, setzte die Bezirksverwaltung ohne Abstimmung zwei Referate auf die Tagesordnung im Stil: wie ‚Der Öffentliche Dienst – heute und morgen'. Fragen zu den Referaten durften nur schriftlich gestellt werden, von der Darlegung seiner eigenen Meinung ganz zu schweigen. Die ÖTV-Führer hatten damit erreicht, die Funktionärskonferenz zu einer einseitigen „Informationsveranstaltung" zu machen.

Dazu muß gesagt werden, daß die meisten Bezirksgruppen bzw. Abteilungen innerhalb der ÖTV keinen Kontakt untereinander haben und die Bezirksverwaltung natürlich kein Interesse hat, diesen Kontakt herzustellen. Diese Isolierung wird von der der Bezirksverwaltung ausgenutzt, um Forderungen fortschrittlicher Bezirksgruppen mit Argumenten wie ‚ihr steht ja alleine da' abzuwürgen. Von daher hätte die Funktionärskonferenz für die Linke innerhalb der ÖTV ausgenutzt werden können, einen Kontakt untereinander herzustellen. Daß dies nicht gelungen ist, stellt einen Erfolg der Bezirksverwaltung dar.

Diese Schwäche der Linken ist um so bedeutungsvoller, da die ÖTV-Führung offensichtlich die Abschaffung der Betriebsgruppen plant und stattdessen betriebliche ‚Vertrauens'-leutekörper aufbauen will. Ein entsprechendes Konzept, in dem die Betriebsgruppen mit keinem Wort mehr erwähnt werden, ist zwar von der ÖTV-Führung vorerst zurückgezogen worden, allerdings mit der Ankündigung, darüber Ende nächsten Jahres endgültig zu beschließen. ●

Ein Genosse des KB
Westberlin

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag: J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 12.000, Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr. 451 8378 J. Reents und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

ÖTV Gewerkschaftsgruppe an der Universität Hamburg

„Nicht klein kriegen lassen !"

Im letzten AK wurde bereits berichtet, daß die ÖTV-Jugengruppe an der Universität Hamburg mit der Auflösung gedroht wurde, wenn sie weiterhin

1. Veröffentlichungen herausgibt, die nicht durch die Zensur der Ortsverwaltung gegangen sind,

und

2. mit Kollegen über 25 Jahren in der Gruppe zusammenarbeiten.

Solange die Jugendgruppe mit ihrer Arbeit nicht an die Öffentlichkeit getreten war, kümmerte sich auch keiner um sie. Doch als sich die Jugengruppe dann mit einem „Offenen Brief" gegen die Verschleppung der Unterschriftensammlung zur „Resolution gegen die Extremistenbeschlüsse" an die Kollegen und Vertrauensleute wandte, wurden die Gewerkschaftsführer hellhörig. Obwohl die Jugendgruppe noch keine konsequente klassenkämpferische Politik entwickelt hatte, fuhren die Gewerkschaftsführer mit großen Geschützen auf.

Nach der Methode „teile und herrsche" soll die Jugendgruppe gespalten werden. Für die Kollegen über 25 Jahre soll eine Betriebsgruppe eingerichtet werden, die vollkommen in der Hand der Gewerkschaftsführer ist. Durch diesen Schachzug meinen die Gewerkschaftsführer, besonders die linken und klassenkämpferischen Kollegen von der Jugendgruppe trennen zu können.

Bei den Kollegen ist das Vorgehen der ÖTV-Ortsverwaltung gegen die Jugendgruppe auf Empörung gestoßen. Die antikommunistische Politik wird jedoch noch nicht durchschaut.

Die Kollegen der Jugendgruppe haben sich nach diesen Angriffen zusammengesetzt und einheitlich beschlossen, sich nicht kleinkriegen zu lassen. Es wurde eine schriftliche Stellungnahme verfaßt. Darin macht die Jugendgruppe klar, daß sie es für ein demokratisches Recht hält, ihre Meinung ohne Zensur zu veröffentlichen. Die jüngeren und älteren Kollegen sollen auch weiterhin eng zusammenarbeiten.

Weiter wurde beschlossen, daß einige Mitglieder der Jugendgruppe zur Vertrauensleutesitzung gehen. Dort sollte mit den Vertrauensleuten über die Angriffe auf die Jugendgruppe diskutiert werden.

Auf der Vertrauensleutesitzung wurde diese Diskussion vom Stellvertretenden Vorsitzenden P. Thiemann (Mitglied des Vorstands) mit dem Hinweis verhindert, die Sitzung sei „nicht öffentlich".

ÖTV-Sekretär Gericke versuchte, die Jugendgruppe als „Querulanten" hinzustellen. Er unterstellte der Jugendgruppe, sie würde „aus Prinzip" gegen die Satzung verstoßen. Kritik sei zwar richtig, müsse aber „im Rahmen der Satzung" und nicht in der Öffentlichkeit mit den Kollegen diskutiert werden.

Einen besonderen Auftritt hatte der stellvertretende Jugendvertreter Walter V. (schon im OJA-Geesthacht bekannt). Er ist gleichzeitig eingesetzter Leiter der Jugendgruppe. Die Gewerkschaftsführer fanden in ihm ein williges Werkzeug, um gegen die Kollegen vorzugehen . So knallte er auf der VK-Sitzung die letzte Ausgabe des ARBEITERKAMPF (Nr. 51) mit einem Artikel über die Jugendgruppe auf den Tisch und brüllte, daß er auf die Unterstützung solcher Leute verzichten würde.

Erfahrungen aus anderen Gewerkschaften zeigen, daß so eine antikommunistische Hetzkampagne eingeleitet wird, um in diesem Klima fortschrittliche Gewerkschaftsgruppen zu zerschlagen und kommunistische Gewerkschafter auszuschließen.

Die Jugendgruppe muß sich auf weitere Angriffe gefaßt machen. Die momentane Empörung der Jugendgruppenmitglieder muß in eine langfristige konsequente Gewerkschaftsarbeit einfließen. Die Jugendgruppe muß verstärkt an die Kollegen an der Universität herantreten. Probleme wie Stellenstop, fehlende Arbeitskräfte durch 40-Stundenwoche, Höhergruppierungen, Tarifrunde, Angriffe der Presse auf den Öffentlichen Dienst, Arbeitssicherheit, Ausbildung etc. müssen aufgegriffen werden. ●

ÖTV–Genossen
KB/Gruppe Hamburg

Bericht aus Westberlin

Zur Lage der Arbeitslosen

Die Situation auf dem „Arbeitsmarkt" hat sich in den letzten Monaten in Westberlin drastisch zugespitzt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt ständig. Zwar sind die Zeitungen wie eh und je voll mit Stellenangeboten, aber einen Job bekommt man nur durch Zufall.

Erste Anzeichen zeigten sich im Sommer: Für Studenten war es fast unmöglich, Ferienjobs zu bekommen. Und heute? Arbeitslose Facharbeiter reißen sich um Jobs als Transport- und Lagerarbeiter, z.T. für 5.5o DM die Stunde. Ungelernte Arbeiter werden abgewiesen. „Wir nehmen lieber Facharbeiter."

Am schlimmsten betroffen sind Kollegen, die gerade ihre Lehre beendet haben und von ihrer Lehrfirma nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Sie bekommen nur ein ganz geringes Arbeitslosengeld, berechnet nach ihrem Lehrgeld. Außerdem finden sie ganz besonders schwer Arbeit, die Kapitalisten nehmen lieber Arbeiter mit Berufserfahrung. Und sie haben die Auswahl. Ein Beispiel:

Bei Schering wurden elf Bio- bzw. Chemielaborantenlehrlinge nach bestandener Prüfung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Die Schering-Kapitalisten sagen dazu, sie würden nicht nur für den „eigenen Bedarf" ausbilden, sondern auch für den „Markt", Kriterien für die Übernahme seien nicht nur die Zensuren und Fähigkeiten der Auszubildenden, sondern vor allen Dingen auch, ob sich „die Zusammenarbeit" bewährt habe", also politische Kriterien. Was wird aus den Kollegen? Sie müssen nach Westdeutschland umsiedeln oder können sich gleich einen Job als Hilfsarbeiter suchen. In ganz Westberlin gibt es keine einzige offenen Stelle für Bio- oder Chemielaboranten.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie die Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch schwächt. Die Konkurrenz unter den Arbeitern wird größer. Die Kapitalisten suchen sich die ihnen genehmen Arbeiter aus. „Schnauze halten", sonst kannst du stempeln gehen.

In den letzten zwei Monaten haben in Westberlin zwei Betriebe dicht gemacht. Bei zwei weiteren wurde die bevorstehende Schließung bekanntgegeben. Insgesamt sind allein von diesen Schließungen ca. 1.35o Kollegen betroffen. Am schlimmsten trifft es die Kollegen der Druckindustrie. Nachdem im letzten Jahr schon mehrere kleinere Betriebe geschlossen wurden, soll am 31.12. der drittgrößte Druckbetrieb Westberlins, das „Druckhaus Tempelhof" (84o Beschäftigte, das sind 1o% der Beschäftigten der Druckindustrie in Westberlin) dicht machen. Für Druckerei-Facharbeiter gibt es keine Arbeit mehr.

kerei-Facharbeiter gibt es keine Arbeit mehr.

Zu diesen Betriebsschließungen kommt noch hinzu, daß überall stark rationalisiert wird. Allein Krone hat 3oo Beschäftigte gefeuert, und schon wieder stehen „Personaleinsparungen" bevor. Von den Rationalisierungen sind in letzter Zeit mehr und mehr auch Angestellte betroffen, so z.B. bei Schering, wo die augenblickliche Einführung der Analytischen Arbeitsplatzbewertung im Angestelltenbereich und Ausbau der EDV als Vorbereitung für weitere Rationalisierungen anzusehen ist.

Die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert sich zusehens. Morgens kann man beobachten, wie Kollegen in der Telefonzelle stehen, in der einen Hand eine lange Liste mit Telefonnummern von Firmen, in der anderen Hand einen Berg Groschen, und resigniert eine Firma nach der anderen aus der Liste streichen.

Die Arbeitsämter sind überfüllt, stundenlang kann man warten, bis man rankommt, und wenn man Pech hat und die Büros schließen, bevor man an der Reihe ist, kann man am nächsten Tag wiederkommen. Ist man endlich an der Reihe, wird einem gleich eröffnet, daß man sowieso zwei Monate warten müsse bis man die erste „Stütze" bekommt. Bei der Menge von Arbeitslosen würde die Bearbeitung der Anträge nun mal so lange dauern. In der Zwischenzeit könne man ja zum Sozialamt gehen.

Die meisten der arbeitslosen Hilfsarbeiter sind Ausländer. Ihnen sitzt außer der Sorge um die Miete, um das Geld für Nahrungsmittel noch eine andere Angst im Nacken: Sie sind ständig vor der Ausweisung bedroht. Auf einem Arbeitsamt beobachtete ich folgende Szene: Eine junge Ausländerin, der keine Arbeitsstelle vermittelt werden konnte, lief dem Sachbearbeiter auf dem Flur hinterher. Er solle doch versuchen ihr zu helfen, sie brauche wenigstens eine Arbeit für ein paar Stunden in der Woche, sonst wurde sie ausgewiesen werden. Der Beamte wies sie schroff ab: dafür sei dann ein anderes Arbeitsamt zuständig.

Die Kapitalisten begründen diesen Zustand mit der „schlechten wirtschaftlichen Lage". Aber den westdeutschen Kapitalisten geht es nicht schlecht. Im Gegenteil: sie können ihre ökonomische und politische Macht zur Zeit noch ausbauen.

Demagogisch wollen sie uns vor die Alternative stellen: entweder größere Arbeitslosigkeit oder niedrigere Lohnerhöhungen (d.h. realen Lohnabbau). In Wirklichkeit aber „bescheren" sie uns beides. Wenn es nach ihrem Willen geht, werden in den kommenden Tarifrunden nicht mal 1o% für uns rausspringen, und für den Winter wird mit 1 Million Arbeitslosen gerechnet. für uns gibt es kein „entweder – oder". Für uns heißt die Parole: den Kampf gegen die Kapitalistenklasse allseitig entfalten. ●

die Kapitalistenklasse allseitig entfalten. ●

Eine arbeitslose Westberliner Genossin

Protestdemonstration in Speyer

Am 21.10.74 demonstrierten fast 3000 Arbeiter und Angestellte durch Speyer, um der Öffentlichkeit die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Speyer bekannt zu machen. Es war bekannt geworden, daß das Salamander-Werk in Speyer geschlossen werden sollte. Damit würden 460 Arbeiter auf der Straße sitzen. Außerdem sollen bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken Fokker (VFW) 300 bis 350 Kollegen entlassen werden.
Der DGB-Kreis Speyer und die Einzelgewerkschaften riefen deshalb zu dieser Solidaritätsdemonstration auf. Unter den Parolen:
„40 Jahre in der Bude – heute ab nach Buxtehude!"
„Die Unternehmer nehmen sich die Profite – uns geben sie Pleite!"
„Wie in den 30er Jahren kann man mit uns nicht verfahren!" und
„Übt heute Solidarität, denn morgen ist's vielleicht zu spät!"
solidarisierten sich die Kollegen aus anderen Betrieben. Die DGB-Jugend sammelte 3150 Unterschriften für die Aktion Solidarität mit den Salamander-Kollegen. ●

Neue Richtlinien der IG-Chemie zu den Betriebsrätewahlen

Radikalenerlaß und Vorstandsallmacht

Am 16.5. hat der Hauptvorstand der IG Chemie die jetzt veröffentlichten „Richtlinien für Betriebsratswahlen" einstimmig beschlossen. Der sechsfache (!) Umfang im Gegensatz zu den vormals gültigen Richtlinien spiegelt die Akribie wider, mit der linken Gewerkschaftern eine Kandidatur auf aussichtsreichen Plätzen der Gewerkschaftsliste unmöglich gemacht werden soll. Dies geht schon aus dem Vorwort des Hauptvorstandes hervor, in dem im Sinne des „Extremistenerlasses" festgelegt ist:

„Jeder Kandidat, der für die IG-Chemie kandidiert, wird darzulegen haben, wie er zu den Grundrechten und den Prinzipien der demokratischen Grundordnung steht. Hierbei wird er sich einer gewissenhaften Prüfung unterziehen müssen..."

Reverse und Gesinnungsschnüffelei, statt klassenmäßiger Überprüfung der bisherigen Taten und Vorstellungen – so setzt der Hauptvorstand eigenmächtig das Primat in der Kandidatendiskussion.

„Die Kandidaten werden...in Vertrauensleuteversammlungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute aufgestellt". Zur Überwachung ist die Anwesenheit des Verwaltungsstellensekretärs zwingend vorgeschrieben.

Die starke Einbeziehung der Vertrauensleute (mindestens 50 % Anwesenheit erforderlich) zeigt einerseits den im großen und ganzen

trauensleute (mindestens 50 % Anwesenheit erforderlich) zeigt einerseits den im großen und ganzen

noch vorherrschenden Einfluß der Führung auf diese Gremien, der teilweise nie gebrochen war, teilweise durch Gewerkschaftsausschlüsse, Funktionsentzug oder anderen Repressionen bei gleichzeitiger verschärfter sozialdemokratischer Ausrichtungsarbeit zurückgewonnen wurde.

So erhofft sich der Hauptvorstand von den Vertrauensleuten die Garantie, daß abgewirtschaftete Bürokraten – nur gestützt durch Cliquenwesen und Beziehungen – nicht Aushängeschild offizieller Gewerkschaftspolitik bleiben, sondern notwendige Personenwechsel – bei gleicher Politik – durchgeführt werden. Auch als Regulator der Konkurrenz zwischen den „BR-Fürsten" erhofft der Vorstand sich von den Vertrauensleuten gute Dienste. Aber weiter „dürfen" sie auch keinesfalls gehen! Dann lauert schon der administrative Hammer:

„Vorschlagslisten der IG-Chemie bedürfen der Zustimmung der Verwaltungsstelle", und wenn die Verwaltungsstelle anderer Ansicht als die Mehrheit der Vertrauensleute ist (ein bloßer Zweifel an der Loyalität eines Kandidaten gegenüber „unserer demokratischen Grundordnung" genügt), *„so entscheidet der Bezirk im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand".*

Das selbstgegebene „Recht" der Gewerkschaftsführung, sich über jede demokratische Willensbildung der Basis hinwegzusetzen, und Entscheidungen von auf Vorstandskurs gestutzten Vertrauensleutekörpern,

Basis hinwegzusetzen, und Entscheidungen von auf Vorstandskurs gestutzten Vertrauensleutekörpern,

wird für zahlreiche oppositionelle Linke die Kandidatur auf nicht-offiziellen Gewerkschaftslisten unumgänglich machen, was wiederum zum Gewerkschaftsausschluß führen kann:

„Das Kandidieren auf anderen oder gegnerischen Listen ist gewerkschaftsschädigendes Verhalten.... und zieht das Ausschlußverfahren nach sich". ●

Betriebszelle Texaco-Grasbrook, KB/Gruppe Hamburg

BALLADE
VON DEM ARBEITER
UND SEINEN KAPITALISTISCHEN
BLUTSAUGERN:

Und Du hast ein langes Leben,
Deine Knochen ihm gegeben.
Für Deine Kröten: sein Profit!
Arbeiter! Mach das nicht mit!
Du weißt nicht mehr wie Blumen duften,
Immer arbeiten, immer schuften,
Von einer Schicht zur andern Schicht,
Tag und Nacht, Du siehst sie nicht.
Und Überstunden hängst Du ran,
Weil man fürs Geld nichts kaufen kann.
Das Kapital, das freut sich dran.
So bleibt er doch in seiner Klasse
Der Arbeiter, mit schmaler Kasse.
Die Preise steigen, Mieten munter,
Vom Mietshaus fällt der Putz schon runter.

Und so liegst Du an nem Tage,
Auf der großen weißen Bahre.
Bevor Du Deine Rente hast,
Ist die verkaufte Haut verblaßt!
Es war ein Unfall im Betrieb,
Weils aus Kosten, Sicherheit nicht gibt.
Und über Dir? Grinst das Kapital:
Kaputtgeschuftet, allemal!
Fürs Kapital! Mach mit ihm Schluß!
Nichts den Ausbeutern!
Alles für den Sozialismus!

mit solidarischen Grüßen,

mit solidarischen Grüßen,

WERNER HOLZ
(Arbeiter) ●

Betriebsräte-Wahlen 1975

Vorschlag des ‚Sozialistischen Büros' geht am Kern der Sache vorbei!

Das ‚Sozialistische Büro' (SB) in Offenbach – eine Gruppierung, die den Jusos näher steht als den Organisationen der revolutionären Linken – hat in seiner Zeitung „express" (Ausgabe Oktober '74) einen „Vorschlag zur Betriebsratswahl 1975" veröffentlicht, der von den Verfassern selbst als Alternative zu den bisherigen, undemokratischen Praktiken bei den Betriebsräte-Wahlen bezeichnet wird.
Der ‚Vorschlag' stammt nicht vom ‚SB' als Organisation, sondern es zeichnen verantwortlich die Kollegen Hoss, Mühleisen und d'Andrea – drei dem ‚SB' nahestehende Betriebsräte von Daimler Benz (Stuttgart), die 1972 aus der IG Metall ausgeschlossen wurden (bzw. ein mehrjähriges Funktionsverbot erhielten), nachdem sie zu den letzten Betriebsrätewahlen auf einer ‚oppositionellen Liste' mit großem Erfolg kandidiert hatten.

Dem eigentlichen ‚Vorschlag' der drei Benz-Kollegen (siehe dazu den nebenstehenden Kasten!) sind a) eine Einschätzung der „politischen und wirtschaftlichen Situation" („express") und b) eine kritische Bewertung der hauptsächlichen Mängel und Fehler in der bisherigen, gängigen Betriebsratspraxis vorangestellt.

a) Die Situation, in der im kommenden Jahr die neuen Betriebsräte gewählt werden, sei gekennzeichnet durch

+ *„die Erhöhung des Arbeitstempos und der Leistungsanforderungen,*
+ *die Gefährdung der Arbeitsplätze,*
+ *die anhaltenden Inflation und*
+ *eine allgemeine Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung"* („express").

Bei dieser sehr unvollständigen Aufzählung der wirtschaftlichen Angriffe, die die Bourgeoisie bereits heute vorträgt und in den kommenden Monaten noch forcieren wird, lassen die Benz Kollegen und das ‚SB' es bewenden.

Mit keinem Wort aber wird, die *„in Großbetrieben zunehmend Lohn- und Gehaltsvorteile gegenüber den Arbeitern und Angestellten* (erhalten)" („express").

Auch wenn – unter ferner liefen! – in dem besagten Artikel erwähnt wird, daß *„Betriebsräte ... vielfach zwischen den Interessen der Arbeiter und denen der Unternehmer* (lavieren), *anstatt klare Positionen für die Belegschaften zu ergreifen"* und daß diese Haltung *„noch besonders durch das Betriebsverfassungsgesetz gefördert* (wird)" („express"), so ist doch insgesamt und fast ausschließlich der Hauptstoß der Kritik gegen den Bürokratismus „als solchen" gerichtet. Materielle Korrumpierung (sei es über finanzielle ‚Sonderzuwendungen' oder die ‚Besserstellung' in der Betriebshierarchie) wird von den wird auf die schon stattfindenden und zu erwartenden politischen Angriffe, deren sich die Arbeiterklasse zu erwehren hat, eingegangen. Das wurde offenbar bei der Beschreibung der *„politischen (!) und wirtschaftlichen Situation"* ‚vergessen'!? !

b) Eine äußerst enge Sicht der Dinge offenbaren die Benz-Betriebsräte und das ‚SB' auch bei ihrer Kritik an der bisherigen, gängigen Betriebsratsarbeit. Kritisiert wird nicht eine den Arbeiterinteressen widersprechende konkrete Politik, sondern es werden *„bürokratische Auffassungen ..., die von den Kollegen abgelehnt werden"* („express") in allgemeinster Weise bemängelt. So z.B., wenn jene Sorte von Betriebsräten kritisiert wird, die *„sich als Spezialisten wie in einem normalen Berufsstand* (fühlen) *und damit* (rechnen), *so ihr Brot zu verdienen".*

So z.B. wenn von Betriebsräten die Rede ist, die ihre *„Kenntnisse als Sprungbrett* (nutzen), *um eine ‚bessere' Stellung zu erhalten".* So auch, wenn von Betriebsräten gesprochen Benz-Kollegen und den ‚SB'-Strategen überhaupt nicht in Beziehung gesetzt zu einer ganz bestimmten Politik – der Politik der Klassenzusammenarbeit.

Es kommt aber gerade darauf an, die wesentlichen, typischen und allgemeinen Erscheinungen klassenversöhnlerischer Betriebsratsarbeit (die Anpassung an das Unternehmerinteresse) herauszuarbeiten und zu kritisieren – und auf dieser Grundlage den Arbeitern eine alternative, ihren Interessen besser dienende, Politik vorzuschlagen.

Das ‚SB' dagegen macht mit seiner engen „Bürokratismus"-Kritik nichts anderes, als *„das weitverbreitete Mißtrauen von Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber ihren Funktionären"* („express") zu reproduzieren.

Bei einer solchen Art des Herangehens ist es nicht verwunderlich, sondern nur folgerichtig, daß die positive Aussage des ‚SB'-„Vorschlags zu den Betriebsratswahlen 1975" auf Verfahrensfragen beschränkt bleibt.

Die drei Benz-Betriebsräte erklären, daß *„der Kern (!) unseres Vorschlages . . . darin* (besteht), *daß nur solche Kollegen auf der Liste der IG-Metall aufgestellt werden, die dazu die unmittelbare Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder in ihren Bereichen erhalten haben".* („express", ebenda).

Das soll dadurch erreicht werden, daß in den einzelnen Bereichen eines Werkes „Vorwahlen" stattfinden, nach deren Ergebnissen (Stimmenanteil der einzelnen Kandidaten) die gewerkschaftlichen Vertrauensleute eine einheitliche Gewerkschafts-Liste für die Betriebsräte-Wahlen zusammenstellen (siehe dazu den nebenstehenden „Vorschlag" im Wortlaut).

Das ist – zusammengefaßt – alles, was das ‚SB' den Arbeitern „zur Betriebsratswahl 1975" vorzuschlagen hat!

Für einen Sozialisten (!) ist eine solche Orientierung – gelinde gesagt – bescheiden! Denn ob ein Reaktionär *„die unmittelbare Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder"* erhalten hat (also auf „demokratischem" Wege in den Betriebsrat gelangt) oder ob er auf Mauschelwegen zu der begehrten Funktion kommt, ist zunächst einmal unerheblich – entscheidend ist, daß er eine reaktionäre Politik vertritt!

Das ‚SB' und die von ihm irregeleiteten Arbeiter haben nicht begriffen oder wollen nicht begreifen, daß es **„nicht auf die Form der Wahl (ankommt) . . . , sondern auf die Art der Tätigkeit in den Betrieben, ob sie revolutionär, gegen die Arbeitsgemeinschaft gerichtet, oder konterrevolutionär, für sie ist"** (E. Ludwig, Die Entwicklung der Arbeiterräte, in: „Die Internationale" Jhrg. 1919/20, Bd. 1). ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Der Vorschlag der drei oppositionellen Daimler-Benz Betriebsräte zu den Betriebsratswahlen 1975

1. Die Betriebsratskandidaten der IGM-Liste werden durch eine Abstimmung (Vorwahl) von den Kollegen in den Bereichen ermittelt.
2. Der Betrieb wird in etwa gleichgroße, überschaubare Bereiche eingeteilt, die dem Betreuungsbereich der Betriebsräte entsprechen. Die Anzahl der Bereiche entspricht die Anzahl der zu wählenden Betriebsräte.
3. Die Vertrauensleute sammeln in diesen Bereichen die Kandidatenvorschläge der Kollegen. In jedem Bereich sollen mindestens zwei Kandidaten vorgeschlagen werden. Als Kandidaten eines Bereiches können auch Kollegen, die in einem anderen Bereich arbeiten, nominiert werden.
4. Die Vertrauensleute organisieren die Vorwahl. Die Erstplazierten in den Bereichen kommen an die Spitze der IG Metall-Liste. Die Bewerber, die in den Bereichen zweit- bzw. dritthöchsten Stimmenanteil erreichen, sind die Ersatzkandidaten. Die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste ergibt sich aus dem prozentualen Stimmenanteil, den die Bewerber in den Bereichen auf sich vereinigen konnten.
5. Die freigestellten Betriebsräte unterliegen ebenfalls diesem Verfahren.
(nach: „express", Oktober '74)

ÖTV-Gesundheitswesen:

Gewerkschaftsführung zerschlägt die Betriebsgruppe der Kollegen

Nach langdauernden Auseinandersetzungen wurde am 9.9.74 die ÖTV-Betriebsgruppe (BG) in zwei Lübecker Krankenhäusern von der Gewerkschaftsspitze aufgelöst. Dies geschah auf dem Höhepunkt einer vorbereitenden breit angelegten Kampagne gegen die BG und gegen Kommunisten im Betrieb. Damit ist den Kollegen ein wichtiges Instrument, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen, zerschlagen worden. Und das zu einem Zeitpunkt einer großangelegten Rationalisierungswelle! (bes. durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz = KHG)

Hier sollen der Ablauf und der aktuelle Stand der Kämpfe dargestellt werden. Dabei zeigt sich, daß bestimmte Fehler in der betrieblichen Arbeit noch zu verbessern sind.

Mit Unterstützung des Bezirksvorstandes Nordwest in Kiel hat es der ÖTV-Kreisvorstand am 9.9. endlich geschafft:

„Der ÖTV-KV hat auf seiner Sitzung am 9.9. beschlossen: ‚Die ÖTV-BG MHL und Krankenhaus Süd wird aufgelöst. . . . Dies ist insbesondere auf verschiedene Aktionen der BG innerhalb des Betriebes zurückzuführen.' . . .“ (aus dem offiziellen Schreiben des KV an die BG)

„Verschiedene Aktionen" der Kollegen im Betrieb – Ansätze einer besseren Interessenvertretung

Nach dem 1. Mai bemühten sich die Kollegen der BG, ihre gewerkschaftliche Arbeit zu verbessern: Anstelle allgemeiner Aufrufe trat eine konkretere Arbeit: Dies soll am Beispiel der Forderungen der BG in bezug auf das DRK und auf die 40-Stunden-Woche gezeigt werden.

Das DRK hat durch den sogenannten Gestellungsvertrag in Lübeck die Möglichkeit, fast alle weiblichen Pflegekräfte einzustellen. Das bedeutet ein Ausgeliefertsein der Schwestern und Helferinnen an diesen Verband!

Für DRK-Angehörige gibt es keinen Personalrat, ihr „Arbeitgeber", das DRK, ist zugleich ihr „Interessenvertreter"! Dieser völlig rechtslose Zustand ist nur abzuschaffen, indem der Gestellungsvertrag verschwindet, d.h. alle weiblichen Pflegekräfte wie ihre männlichen Kollegen über die Stadt eingestellt werden.

Deshalb die Forderung der in der ÖTV organisierten Schwestern: **Weg mit dem Gestellungsvertrag !**

Diese Forderung formulierten sie in einem Flugblatt, das jedoch von dem Bezirksleiter der Abteilung Gesundheitswesen, Weide, völlig sinnentstellt zensiert zurückkam.

Das führte dazu, daß die BG jetzt hauptsächlich für die Durchsetzung dieses Flugblattes den Kampf gegen die Gewerkschaftsführung aufnahm.

Es wurde nicht gleichzeitig der Kampf für diese Forderungen ohne dieses Hilfsmittel im Betrieb aufgenommen, die Kolleginnen des DRK wurden nicht in erster Linie für die Forderungen mobilisiert, sondern mehr abstrakt für die Durchsetzung des Flugblattes, die jedoch nicht gelang. So verliefen die Aktionen zum zum DRK schließlich im Sande. –

Die Einführung der 40-Stunden-Woche führt zu einer verschärften Arbeitshetze, wenn nicht gleichzeitig eine der Arbeitszeitverkürzung entsprechende Stellenvermehrung erfolgt!

Das heißt: Kampf um mehr Planstellen und gegen Rationalisierung auf dem Rücken der Beschäftigten. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, organisierte die BG zunächst eine Befragung der Kollegen zur „Lage" in den verschiedenen Bereichen und wie die Kollegen sich die Einführung der 40-Stunden-Woche vorstellen.

Die Ergebnisse wurden den Personalräten und der Gewerkschaft zugeleitet und zugleich wurde ein Flugblatt ausgearbeitet, das u.a. die Forderung nach Personalversammlungen und einer ÖTV-Mitgliederversammlung beinhaltete, um gemeinsam Schritte zur Durchsetzung der Forderungen zu überlegen.

Als die Gewerkschaftsführung auch dieses Flugblatt verbot, führte die BG erneut einen erfolglosen Kampf gegen die Gewerkschaftsführung, ohne in erster Linie die Kollegen für die Durchsetzung einer tatsächlichen Arbeitszeiterleichterung zu mobilisieren.

Hetzkampagne gegen fortschrittliche Kollegen nimmt zu

Nach Erscheinen eines AK-Artikels (siehe AK 46: ÖTV-Gesundheitswesen Lübeck: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie) zu den Kämpfen zum 1. Mai verstärkten die Feinde der BG ihre von Beginn an bestehende Hetzkampagne: Der Lübecker Kreisvorstand verteilte an die ÖTV-Funktionäre die wohlbekannte Broschüre *„Was wollen die Chaoten?"* des Hamburger IG-Chemie-Sekretärs Freiherr („Lügenbaron") von Kodolitsch.

Die ganze BG wurde als „identisch mit der Krankenhauszelle des KB" bezeichnet, einzelne Kollegen als „Flugblattverteiler des KB" bezeichnet, und schließlich ein Kollege schriftlich zu einer „Gegendarstellung" im AK aufgefordert.

In diesem aufgereizten Klima der Kommunistenhatz wurde schließlich eine Unterschriftensammlung versucht, in der der Verwaltungsdirektor des Krankenhaus Ost aufgefordert wurde, „gegen einige Radikale im Betrieb" den Extremistenerlaß anzuwenden, sie also zu entlassen!

Diese Initiative ging hauptsächlich von Nichtgewerkschaftsmitgliedern aus; bei der Mehrzahl der Kollegen kamen diese Leute allerdings nicht an!

Reaktion der Kollegen auf eine Informationsschrift des KB

Nachdem uns bekannt wurde, daß die Gewerkschaftsführung konkrete Schritte zur Auflösung der BG und Ausschlußverfahren einleiten würde, haben wir versucht, durch eine Zeitung die Kollegen über die tatsächlichen Vorgänge in der Gewerkschaft und im Betrieb aufzuklären.

Statt an den konkreten Erfahrungen der Masse der Kollegen anknüpfend die nächsten Aufgaben im Kampf aufzuzeigen und daraus auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Gewerkschaftsführung zu entwikkeln, versteiften wir uns auf eine Darstellung in erster Linie über die Vorgänge um die Betriebsgruppe.

Dieser Fehler wog besonders schwer, da es sich um die Herausgabe der ersten Zeitung im Krankenhaus handelte.

Besonders bei all den Kollegen, die nicht in der Betriebsgruppe mitgearbeitet haben, überwog die Meinung: Zuviel Polemik um Dinge, die wir nicht beurteilen können.

Die BG-Mitglieder dagegen waren zwar praktisch alle der Meinung, daß die Vorgänge inhaltlich richtig wiedergegeben seien, befürchteten jedoch zum größten Teil, daß diese Zeitung der BG den Todesstop versetzen würde und lehnten sie aus diesem Grunde ab.

Allerdings gab es auch Kollegen, die der Zeitung mit Begeisterung zustimmten: Die Kommunisten schreiben doch wenigstens die Dinge wie sie sind, da gibt es keine Pressezensur gegen uns, im ÖTV-Magazin hätte sowas nie stehen dürfen! –

Der Kampf der BG-Kollegen um die Aufrechterhaltung der Betriebsgruppe

Besseren Anklang als die Zeitung des KB fanden die Kollegen der BG selbst, die sich mit einem Offenen Brief an die Kollegen wandten: Die über 20 Unterzeichner forderten die inhaltliche und konkrete Auseinandersetzung, auch mit Kommunisten, in der Gewerkschaft. Sie protestierten gegen die geplante Auflösung der BG unter dem Vorwand der „kommunistischen Unterwanderung". Sie zeigten die Hintergründe für die Hetze im Betrieb, nannten die Verantwortlichen beim Namen und forderten Einheitsgewerkschaften, in denen alle Kollegen gemeinsam kämpfen können.

Doch auch dieser Offene Brief blieb relativ abstrakt und trug nicht dazu bei, die BG in der Belegschaft zu verankern.

Die Jugendlichen der BG arbeiteten in einem weiteren Schritt eine genaue Dokumentation aus, in der alle bisherigen Diskussionen der BG, ihre Resolutionen und Solidaritätsadressen zur Tarifrunde, zum 1. Mai, zum DRK, zur 40-Stunden-Woche und zur Ausbildungssituation festgehalten wurden. Diese Dokumentation ist sicher ein gutes Hilfsmittel für die BG, anderen Gewerkschaftern zu zeigen, wie sie gearbeitet hat und was die ÖTV-Spitze alles verboten hat, längst bevor der KB das erste Mal über die BG berichtete.

Eine breite Solidarität wird die BG jedoch nicht allein durch das Verteilen der Dokumentation erreichen. Hierzu müssen sich vielmehr die Krankenhauskollegen selbst, wie auch alle anderen Gewerkschafter und aktive Kollegen, die Erfahrungen dieser Gruppe verarbeiten und den eigenständigen Kampf in ihrem eigenen Bereich verstärken. ●

Krankenhaus-Zelle
KB/Gruppe Lübeck

Für den Profit gehen sie über Leichen: Arbeiter bei Dynamit Nobel und in Turin von Krebs bedroht

„Todesfabrik läuft weiter", „40 starben an Krebs" – so oder ähnlich konnten wir es vor einiger Zeit in der

Anders sieht es in Schweden und Norwegen aus. Dort hatten die Arbeiter, nachdem Kollegen von ihnen

stand ist nur abzuschaffen, indem der Gestellungsvertrag verschwindet, d.h. alle weiblichen Pflegekräfte wie ihre männlichen Kollegen über die Stadt eingestellt werden.

Deshalb die Forderung der in der ÖTV organisierten Schwestern: Weg mit dem Gestellungsvertrag !

Diese Forderung formulierten sie in einem Flugblatt, das jedoch von dem Bezirksleiter der Abteilung Gesundheitswesen, Weide, völlig sinnentstellt zensiert zurückkam.

Das führte dazu, daß die BG jetzt

Als die Gewerkschaftsführung auch dieses Flugblatt verbot, führte die BG erneut einen erfolglosen Kampf gegen die Gewerkschaftsführung, ohne in erster Linie die Kollegen für die Durchsetzung einer tatsächlichen Arbeitszeiterleichterung zu mobilisieren.

Hetzkampagne gegen fortschrittliche Kollegen nimmt zu

Nach Erscheinen eines AK-Artikels

tung die Kollegen über die tatsächlichen Vorgänge in der Gewerkschaft und im Betrieb aufzuklären.

Statt an den konkreten Erfahrungen der Masse der Kollegen anknüpfend die nächsten Aufgaben im Kampf aufzuzeigen und daraus auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Gewerkschaftsführung zu entwikkeln, versteiften wir uns auf eine Darstellung in erster Linie über die Vorgänge um die Betriebsgruppe.

Dieser Fehler wog besonders schwer, da es sich um die Herausgabe

Bayer:

Richtlinien über die Funktion der Betriebsvertrauensleute

Wie die „UZ" (Zeitung der DKP) vom 2.8. berichtet, haben die Kapitalisten des Bayer-Konzerns kurz vor dem Sommerurlaub versucht, dem Betriebsrat *„Richtlinien über die Funktion betrieblicher Vertrauensleute"* vorzuschlagen.

Diese Richtlinien, die wir hier abdrucken, sind geeignet, den so und so sehr geringen Einfluß der IG-Chemie in diesem Konzern noch weiter zurückzudrängen.

Im Chemiestreik 1971 wurde beispielsweise von den örtlichen Sekretären erklärt, daß bei Bayer höchstens 30 % organisiert sind. Ein Streik sei deswegen „nicht drin". Die Gewerkschaft habe zu wenig Einfluß.

Nach den Angaben der „UZ" wird Weiteres deutlich. So heißt es dort: *„Im Grunde genommen wird vieles aus dieser ‚Richtlinie' bei Bayer seit Jahren praktiziert"*.

Das heißt, daß der Bayer-Betriebsrat offensichtlich seit geraumer Zeit stillschweigend ein betriebliches „Vertrauensmänner"-System duldet. Schließlich können die Kapitalisten diese arbeiterfeindliche Einrichtung auch nur mit Zustimmung des BR praktizieren.

Darüber hinaus spricht die „UZ" von der *„Forderung nach einem gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper"*!

Das ist allerdings der Gipfel! In einem Betrieb mit fast 70 000 Beschäftigten hält die IG-Chemie es offensichtlich nicht einmal für nötig, einen funktionierenden gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper einzurichten; duldet dafür aber ein betriebliches „Vertrauensleute"-System.

Das ist bloßes Zukreuzekriechen vor den Interessen des großen Kapitals.

Selbst wenn nur jeder dritte Bayer-Kollege Mitglied der IG-Chemie ist, wären dies weit über 20 000 Mitglieder. Das sind fast so viele, wie in der gesamten (!) Verwaltungsstelle der IG-Chemie in Hamburg organisiert sind! ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Richtlinien-Vorschlag der Bayer-Kapitalisten für ein betriebliches „Vertrauensleute"-system

1. Bei Bayer werden Betriebsvertrauensleute gewählt. Die Wahl richtet sich nach der durch Betriebsvereinbarung festgelegten Wahlordnung.

2. Die Betriebsvertrauensleute dienen der Verbindung zwischen Betriebsrat und Mitarbeitern einerseits und Mitarbeitern und Betriebsleitung andererseits. Im Rahmen dieser Funktion sollen die Betriebsvertrauensleute mit ihrer zuständigen Betriebsleitung aufkommende Fragen in freimütiger Aussprache erörtern, insbesondere personelle und soziale Angelegenheiten ihres Betreuungsbereichs. Das umfaßt für den jeweiligen Betreuungsbereich:

2.1 Erteilung von Auskünften an die von ihnen betreuten Mitarbeiter über gesetzliche und tarifvertragliche Bestimmungen sowie über Betriebsvereinbarungen und sonstige Absprachen und Regelungen, die das Arbeitsverhältnis betreffen. Die Vertrauensleute sollen, soweit sie Anfragen nicht oder nicht ausreichend beantworten können, Auskünfte beim zuständigen Betriebsleiter oder beim Betriebsrat einholen.

2.2 Prüfung und Weitergabe von Wünschen der betreuten Mitarbeiter an den Betriebsleiter bzw. Betriebsrat

2.4 Mitberatung bei der Aufstellung des Urlaubsplanes.

3. Bei der Lohn-/Gehaltsfestsetzung für die Mitarbeiter hat der Betriebsvertrauensmann kein Mitbestimmungsrecht. Ein Einsichtrecht in die Lohn- und Gehaltsliste steht dem Betriebsvertrauensmann nicht zu.

In Einzelfällen kann der Betriebsvertrauensmann Vorschläge zur Lohninventur und zur tariflichen Eingruppierung machen. Die Entscheidung trifft die Betriebsleitung.

4. Bei unterschiedlichen Auffassungen über Eingruppierungs- und Entlohnungsfragen bezüglich einzelner Mitarbeiter können die Betriebsvertrauensleute die Betriebsleitung ansprechen und den Betriebsrat einschalten.

5. Zusammenkünfte

5.1 Betriebsleitung und Betriebsvertrauensmann sollen mindestens einmal im Quartal zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenkommen.

5.2 Zusammenkünfte von Betriebsvertrauensleuten mit den Bereichsleitern bzw. deren Bevollmächtigten sollen maximal bis zu viermal jährlich erfolgen. Weitere Zusammenkünfte mit Betriebsvertrauensleuten können nur in besonderen Fällen stattfinden . . . Die Personalabteilung ist hiervon zu verständigen und kann Vertreter zu den Zusammenkünften entsenden. Über die Zusammenkünfte wird werkseitig Protokoll geführt. Durchschrift der Protokolle ist an die Personalabteilung zu geben.

6. Nimmt der Betriebsvertrauensmann während der Arbeitszeit Aufgaben als Betriebsvertrauensmann wahr, muß sich seine Tätigkeit hierauf beschränken und darf nicht anderen Zwecken dienen. Das Aufsuchen des Betriebsrats zur Wahrnehmung seiner Aufgaben steht dem Betriebsvertrauensmann zu.

Vor Verlassen des Arbeitsplatzes zur Wahrnehmung von Aufgaben als Betriebsvertrauensmann meldet sich der Betriebsvertrauensmann bei der Betriebsleitung ab, ebenso zeigt er seine Rückkehr an.

Die eigentliche Arbeit darf durch die Arbeit als Betriebsvertrauensmann nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

7. Aufgaben und Rechte, die dem Betriebsrat bzw. seinen Mitgliedern kraft Gesetz, Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung vorbehalten sind, können von Betriebsvertrauensleuten nicht wahrgenommen werden.

8. Die durch die Tätigkeit des Betriebsvertrauensmannes ausgefallene Arbeitszeit ist nachzuweisen und auf die Kostenstelle 66 184 (für Leverkusen) zu verbuchen.

Für den Profit gehen sie über Leichen: Arbeiter bei Dynamit Nobel und in Turin von Krebs bedroht

„Todesfabrik läuft weiter", „40 starben an Krebs" – so oder ähnlich konnten wir es vor einiger Zeit in der bürgerlichen Presse lesen.

In einem Farbwerk eines Vorortes von Turin wird bei der Herstellung von Anilinfarben durch Ausdünstung ein krebserzeugender Giftstoff frei. In den letzten Jahren sind 40 Arbeiter dieser Fabrik an Blasenkrebs gestorben. Zur Zeit sind weitere 20 Arbeiter an Blasenkrebs erkrankt, die teilweise weiter arbeiten müssen. Sachverständige vermuten, daß bei zahlreichen Arbeitern, selbst wenn sie nicht mehr in der Fabrik arbeiten, Krebs noch im kommenden Jahr auftreten wird.

Die Arbeiter dieses Betriebes sind nie auf die Gefährlichkeit ihrer Arbeit hingewiesen worden. Und selbst als schon erkrankte Arbeiter zum Betriebsarzt gingen, erzählte der ihnen nicht, welche gefährliche Krankheit sie durch die Arbeit in diesem Betrieb bekommen hatten. Stattdessen gab er ihnen den Rat: „Rauchen Sie weniger."

Seit 1972 läuft ein Untersuchungsverfahren gegen diesen Betrieb, aber ein Prozeß wird frühestens 1975 erwartet. Solange darf der Betrieb uneingeschränkt weiterproduzieren.

Über diese Vorfälle im fernen Italien konnten wir in der bürgerlichen Presse lesen. Worüber wir allerdings wenig bis gar nichts lesen konnten, das sind sehr ähnliche Vorfälle in der BRD.

So sind bei Dynamit Nobel im Werk Troisdorf 124 (!) Fälle von Krebserkrankungen bekannt geworden. Bis Anfang des Jahres waren es noch 53. Fünf Arbeiter sind bereits an Leberkrebs gestorben.

Die Dynamit Nobel-Kapitalisten sind bekannt für ihre mörderische Produktionsweise, durch die es schon häufiger zu Explosionen kam, bei denen Arbeiter ums Leben kamen oder schwer verletzt wurden (wir berichteten darüber bereits in AK 44).

Und auch im Nobel-Werk Troisdorf gehen sie bewußt das „Risiko" ein, daß Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz erkranken oder sterben.

Im Werk Troisdorf wird PVC hergestellt, und es ist den Kapitalisten seit Jahren bekannt, daß das dazu benötigte VC (Vinylchlorid)-Gas krebserregend ist.

Es gibt in der BRD 7 PVC-erzeugende Konzernbetriebe, die alle dem Verband der kunststofferzeugenden Industrie angehören. Dieser Verband hat angekündigt, daß es in der BRD keinen Produktionsstop geben wird. Im Gegenteil, Dynamit Nobel will die Produktion von PVC erhöhen.

Anders sieht es in Schweden und Norwegen aus. Dort hatten die Arbeiter, nachdem Kollegen von ihnen an Krebs gestorben waren, die Kapitalisten gezwungen, die Produktion einzuschränken oder ganz einzustellen.

Die Kapitalisten versuchen ständig, die Schädlichkeit der PVC-Herstellung zu verheimlichen – im Gegenteil, sie preisen den Stoff als „umweltfreundlich" an. Ihnen geht es lediglich um die Absicherung und Erhöhung ihres Profites. Der wäre in Gefahr, wenn das ganze Ausmaß der Gefährlichkeit breit bekannt würde. Die Kapitalisten wären dann, um Unruhe zu vermeiden, gezwungen, wenigstens einige Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Sicherheit für die Arbeiter bedeutet aber für die Kapitalisten Schmälerung ihres Profits.

Die Dynamit Nobel-Kapitalisten denken auch gar nicht daran, die Arbeitsplätze sicherer zu machen, denn laut Aussage einiger Arbeiter wurde seit 1972 die Entgasungszeit des Kunststoffs im Rahmen der Produktionssteigerung auf etwa die Hälfte herabgesetzt. („UZ", 19.10.). Während der Entgasungszeit entweicht ein großer Teil des VC-Gases.

Spätestens seit 1961 ist bekannt, daß eine Einheit von 100 Teilen Gas auf eine Million Teile Luft schädlich ist. Heute, ist bekannt, daß schon 50 Teile Gas ausreichen, um einen Menschen zu töten. In der BRD gab es bis 1966 gar keine Vorschriften über höchstzulässige Mengen Gasanteile.

Erst seit 1966 wurde sie auf 500 (!) Teile Gas pro eine Mio. Teile Luft festgelegt. 1970 wurde diese Grenze auf 100 Teile heruntergesetzt.

In der Sowjetunion beträgt die Höchstgrenze der Gasanteile 10 auf eine Mio. Teile Luft. Das zeigt, daß es möglich ist, PVC zu produzieren, ohne das Leben der Arbeiter zu gefährden.

Die Kapitalisten aber versuchen nicht, ihre Produktionsweise zu ändern, die darauf abgestimmt ist, den höchstmöglichen Profit zu erzielen; sie versuchen eifrigst, Forschungsergebnisse, die etwas über die Gefährlichkeit der PVC-Herstellung aussagen, zu verheimlichen. Denn darüber sind sich die Kapitalisten im Klaren, wenn sie den Arbeitern ihre Brutalität zu unverhüllt zeigen, könnten sich die Arbeiter zusammenschließen, und sich gemeinsam weigern, unter diesen Bedingungen zu arbeiten. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Beiersdorf, Hamburg:

Rationalisierungswelle läuft an

Der Beiersdorf-Konzern umfaßt in der BRD folgende Gesellschaften mit insgesamt 6.000 Arbeitern und Angestellten: die Beiersdorf AG mit knapp 4.500 Arbeitern und Angestellten in insgesamt sieben Hamburger Betriebsstätten (Werk I und III in Hamburg-Eimsbüttel, Werk II in Billbrook, Werk IV in Hausbruch, eine Niederlassung am Haferweg, zwei Lager in der Notkestraße, die Unterbringung des Vertriebs-Inland im Kienzle-Haus in der Kielerstraße), und die Tochtergesellschaften: Chemische Werke Offenburg – größte Tesa-Fabrik in der BRD; Ikebana-Kosmetik GmbH, Hamburg; Ferd. Lutz Nachf. GmbH, Stuttgart; Phantex Handelsgesellschaft mbH, Hamburg; Fabrik pharmazeutischer Präparate Carl Bühler GmbH, Hamburg; Uetra-Kosmetik GmbH, Frankfurt; Tradica Pharmazeutische GmbH, Hamburg.

Die Beiersdorf-Kapitalisten beginnen ihre Geschichte mit dem Apotheker „Beiersdorf", als dieser 1882 ein Patent für neuartiges Pflaster erhielt. Der anschließende „saubere" Werdegang ist gekennzeichnet von der Entwicklung eines „Markenprodukts" nach dem anderen. Daß die Kapitalisten nur deshalb heute Riesengewinne machen können (der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn für das Jahr 1973 ist 14,88 Mio. Mark gegenüber 13,44 Mio. Mark im Vorjahr; der tatsächliche Gewinn liegt erheblich über diesem an die Aktionäre ausgeschütteten Gewinn!), weil sie seit gut 90 Jahren ein Heer von Arbeitskräften nach den ausgefeiltesten Methoden auszubeuten verstehen, bleibt in dieser „Geschichte" natürlich unerwähnt. Was die Arbeiter und Angestellten bei Beiersdorf aber in den kommenden Jahren bezahlen sollen, damit die Kapitalisten auf internationaler Ebene ihren Markt erweitern und einen europäischen Konzern aufbauen können, stellt alle vorhergehenden Maßnahmen in den Betrieben der Beiersdorf AG zur Rationalisierung der bestehenden Produktionsanlagen und Steigerung der Arbeitshetze in den Schatten!

Die Bestrebungen der Beiersdorf-Kapitalisten gehen in zwei Richtungen:

1. Verlegung der lohnintensiven Produktion in die sogenannten „Niedriglohnländer". Sie bevorzugen dabei den Aufbau von Werken in Ländern mit faschistischen Regimes. Hier sind einige zu nennen: die „Beiersdorf Hellas o.p.e." in Athen (Griechenland), die „Beiersdorf Portuguesa Lda", in Queldez (Portugal), die „Beiersdorf Española SA" in Madrid (Spanien) und die „Beiersdorf de Chile Ltda.", Santiago (Chile).

2. Der Aufbau eines europäischen Konzerns bedeutet die Zentralisierung der Verwaltung sowie die Entwicklung eines arbeitsteiligen Produktionsnetzes unter den Gesichtspunkten weitmöglichster Standortvorteile für die Kapitalisten.

Im folgenden beschränken wir uns zunächst auf den zweiten Punkt.

Das Hauptwerk der Beiersdorf AG – Werk I – steht im Hamburger Arbeiterwohnbezirk Eimsbüttel. Hier werden Verbandpflaster, technische Klebebänder, pharmazeutische Präparate, Seifen hergestellt. Außerdem befindet sich hier die Hauptverwaltung, die Räume des Betriebsrates, Labors und eine Werkstatt. Dieses Werk hat eine Reihe von Auflagen durch die Gewerbeaufsichts- und Baupolizeibehörde, die die Beiersdorf-Kapitalisten zum Teil unterlaufen. Werk I darf nicht weiter in die Höhe gebaut werden; angeblich droht in einigen Produktionshallen Deckenbruch. Zum anderen werden die unmittelbaren Anlieger (hauptsächlich in der Quickbornstraße) auch nach 22 Uhr noch durch den Lärm der Produktionsmaschinen während der Spätschicht belästigt. Da aber die Beiersdorf-Kapitalisten weder die Schichtarbeit abbauen noch die Maschinen runterdrehen wollen, kauften sie schon frühzeitig die Wohnungen in der Quickbornstraße auf und vermieteten sie als „Werkswohnungen".

Ebenfalls in Eimsbüttel befindet sich das Werk III mit dem Kosmetikgebäude, der Stanzerei, Druckerei, dem Zentrallager, der Schwangerenabteilung. Das Werk ist mit unterirdischer Fahrstraße, einer Auffahrrampe und einem Parkdeck ausgestattet. Zwischen Werk I und Werk III ist in den letzten Jahren ein riesiges Forschungszentrum mit Laborgebäuden, Technika, Hörsaal und Bibliothek entstanden.

Weniger, um die Bevölkerung vor dem produzierten Gestank zu bewahren, wie es die Beiersdorf AG in ihrem Hochglanzdruck von 1970 „Unser Werk und Wir" schreibt *(„Auch auf die Nasen der Nachbarn in Eimsbüttel nahm man Rücksicht...")* als mit der Absicht, behördliche Auflagen zu umgehen, legten die Beiersdorf-Kapitalisten ihr Werk II, *„wo es ab und zu ‚streng' riecht"*, in den Südosten Hamburgs, nach Billbrook. Auf einer Nutzfläche von 22.000 qm ist das Billbrooker Werk seit 1924 in Betrieb; in den sechziger Jahren wurde es erheblich erweitert. Heute werden hier die Grundstoffe vieler pharmazeutischer und kosmetischer Artikel sowie technische Klebebänder hergestellt. Die Pläne der Beiersdorf-Kapitalisten gehen dahin, die Verwaltung im Werk I zu konzentrieren und Teile der Produktion außerhalb des Hamburger Ballungsgebietes in Hausbruch anzusiedeln.

Das Werk Hausbruch

„Unser Werk und Wir" schreibt über das Werk Hausbruch: *„Dieses Werk ist noch ein wenig Zukunftsmusik. Auf der umfangreichsten Fläche, die Beiersdorf je zur Verfügung stand, sind die ersten Ansätze sichtbar zu einem Werk, das einmal das größte sein soll"*. Die unverhohlene Freude der Kapitalisten gilt den außerordentlich günstigen Standortbedingungen dieses Werkes: Es liegt direkt an der geplanten B 73. Die Verbindung nach Hamburg ist durch die Köhlbrandbrücke und den geplanten zweiten Elbtunnel die billigste und schnellste.

In unmittelbarer Nähe des Werkes liegt die Großwohnsiedlung Neuwiedental. Die Bevölkerung wird sich im nächsten Jahr auf 14.000 erhöhen. Auf dieses Arbeitskräftereservoir sozusagen direkt „vor der Tür" spekulieren die Beiersdorf-Kapitalisten besonders. Neuwiedental erspart ihnen den Bau einiger Werkswohnungen. Somit kommt der Flächennutzungsplan der SPD/FDP-Regierung auch den Beiersdorf-Kapitalisten zugute. Dieser Plan stellt eine Zuordnung von Wohnsiedlungen zum Einzugsgebiet der Industrie im Süderelberaum dar. Der systematische Ausbau des Werkes Hausbruch ist von den Kapitalisten regelmäßig abgestritten und in seinen Konsequenzen für die Arbeiter und Angestellten im Werk I verharmlost worden. Der im folgenden aufgeführte Entwicklungsgang in Hausbruch spricht aber für sich selbst:

- Ende 1970: das erste Hallenschiff – 200 m lang und 20 m breit – ist fertiggestellt;
- im Februar 1972 sind in Hausbruch 40 Arbeiter beschäftigt. Die Mehrzweckbeschichtungsanlage L1 im Werk beginnt bereits für den Verkauf zu produzieren.
- Im Dezember 1973 ist das zweite Hallenschiff – 200 m lang mit einer Nutzfläche von 4.557 qm, überdachter Lade- und Wendefläche – fertig.
- Im März 1974 wird die größte Großanlage für Technische Klebebänder (DTN 5) eingefahren.
- Im August 1974 beginnen die Bauarbeiten für das dritte Hallenschiff (Größe: 3.800 qm)!

Auswirkungen für die Arbeiter und Angestellten

Die Arbeiter und Angestellten werden über diese Vorgänge bewußt im Unklaren gelassen. Im „Hauskurier" vom Oktober '72 erklärt die Geschäftsleitung, Versetzungen nach Hausbruch im größeren Ausmaß seien nicht geplant. Im März 1974 hieß es dann vieldeutig: „. . . *Und auch für Hausbruch existieren sicherlich in irgendeiner Schublade schon Pläne, auf denen wenigstens die Umrisse weiterer Werkshallen eingezeichnet sind, und irgendwann in der Zukunft wird dann mehr Tesa vom Dubben (= Werk Hausbruch) als aus der Unnastraße (= Werk Eimsbüttel) kommen . . ."* Im August 1974 schreibt dann schließlich das Kapitalistenblatt: *„Von der Verlegung der tesamoll-Fertigung werden etwa 70 Arbeitsplätze betroffen"*.

Bei der Verlegung gehen die Kapitalisten mit der Taktik der Spaltung und Verunsicherung der Kollegen vor. Derzeit finden im Arbeiterbereich Versetzungen großen Stils statt. In die besonders betroffene Abteilung „tesamoll" wurden mindestens sieben Kollegen „strafversetzt". Auf diese Weise werden sie vor die „Alternative" gestellt, irgendwann mit nach Hausbruch ziehen zu müssen, oder „lieber" vorher selber zu kündigen. – Die Kapitalisten ziehen die Versetzungen über einen sehr langen Zeitraum hin, damit diese möglichst unbemerkt von den Kollegen über die Bühne gezogen werden können. Zum anderen wird die Verunsicherung durch das ständige Ausstreuen sich widersprechender Meldungen und Gerüchte vergrößert; das Vorhaben wird immer wieder wortradikal angekündigt und wieder abgeblasen.

In dieser Situation wirkt sich die derzeitige Strukturkrise des BRD-Kapitalismus für die Beiersdorf-Kapitalisten günstig aus. Sie arbeiten mit dem vorhandenen „Arbeitslosenheer", indem sie dieses gegen die Beiersdorf-Kollegen auszuspielen versuchen. Offen wird Kollegen, die sich gegen Schlechterstellungen durch ständige Versetzungen wehren, oder die das „Angebot", nach Hausbruch zu gehen, ausschlagen, mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht. Die Konkurrenz unter den Arbeitern wird ungeheuer gesteigert, denn keiner will zu den „Betroffenen" gehören. Die unmittelbare Folge dieses Spaltungsmanövers seitens der Kapitalisten ist eine Steigerung der Arbeitshetze, Krankheiten werden öfters am Arbeitsplatz „auskuriert", die Arbeiter halten mit Widerspruch zurück. Abgesehen von den ständig stattfindenden Akkorderhöhungen unter dem Vorwand, daß irgendetwas an den Maschinen verändert würde, wird so mit der bereits eingeführten „Leistungsbewertung" und der „Prämie" die Ausbeutung der Arbeiter ungeheuer gesteigert.

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung

Die stattfindenden einleitenden Maßnahmen der Kapitalisten verursachen unter den Arbeitern und Angestellten Angst und Unsicherheit. Auf diese Weise bereiten die Kapitalisten den Boden vor, einzelne Kollegen herauszubrechen, sowie die Masse der Kollegen einzuschüchtern, um ungestört ihre Pläne verwirklichen zu können. An diesem Geschäft sind die sozialdemokratischen Betriebsräte „vertrauensvoll" beteiligt. Aus dem Betriebsrat dringen keinerlei Informationen zu den Kollegen. Offenbar wird die Angelegenheit auf höchster Ebene ausgemauschelt. Das hat die Arbeiterschaft der sozialdemokratischen „Errungenschaft", dem „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat, Max Ganschow,

schelt. Das hat die Arbeiterschaft der sozialdemokratischen „Errungenschaft", dem „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat, Max Ganschow,

zu verdanken! Wir sind davon überzeugt, daß Max Ganschow hier entschieden für die „Schaffung neuer Arbeitsplätze" eintritt und konsequent die Auswirkungen auf die derzeitigen Arbeitsplätze „vergißt".

Der Austragung der kapitalistischen Pläne auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten können diese nur solidarisch und geschlossen entgegenwirken. Die Kommunisten tragen hier die Verantwortung, die Taktik der Kapitalisten und der Sozialdemokraten vor den Kollegen zu entlarven und gleichzeitig die Ansätze zum gemeinsamen Abwehren voranzutreiben.

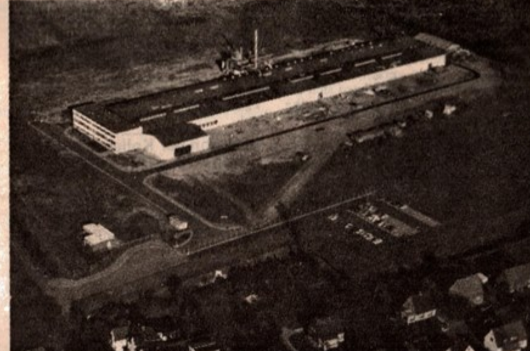
Wichtige Forderungen in diesem Zusammenhang sind:

- Versetzungen innerhalb des Werkes dürfen keine Schlechterstellung für die Kollegen mit sich bringen;
- keinem Kollegen dürfen irgendwelche Nachteile dadurch entstehen, daß er eine Versetzung nach Hausbruch ablehnt;
- die Probleme der Kollegen aus Hausbruch (z.B. die Verkehrsverbindungen, hygienische und soziale Einrichtungen, die Arbeitsbedingungen) müssen in den gewerkschaftlichen Organen der Beiersdorf-Kollegen zur Sprache kommen. Hier Abhilfe zu schaffen, ist im Interesse aller Kollegen und bedarf ihrer Unterstützung. ●

Zwei Beiersdorf-Genossinnen
KB/Gruppe Hamburg



Pflasterproduktion bei „Beiersdorf Hellas" e.p.e., Athen (Griechenland)



Das Werk IV in Hausbruch nach Fertigstellung des zweiten Hallenschiffes Ende '73

Pflasterproduktion bei „Beiersdorf Hellas" e.p.e., Athen (Griechenland)

Das Werk IV in Hausbruch nach Fertigstellung des zweiten Hallenschiffes Ende '73



Die größte ägyptische Kosmetik-Firma UTAC stellt Nivea-Creme in Lizenz her. Selbst das Lächeln der Kolleginnen für den Fotografen kann nicht darüber hinwegtäuschen, in welchem Loch hier produziert wird.



Die erste Betriebsversammlung im Jan. 1973 in Hausbruch

Beiersdorf-Vertrauensleutekörper „gesäubert".

IG-Chemie-Verwaltungsstelle schlägt wieder zu

Anfang November bekamen einige IG Chemie-Vertrauensleute bei der Beiersdorf AG durch die Hamburger IG-Chemie Verwaltungsstelle mitgeteilt, daß ihnen ab sofort das Vertrauensleutemandat entzogen sei. Damit reiht sich Beiersdorf ein in Betriebe wie Reichhold, Norddeutsche Affinerie und Deutsche Texaco AG, in denen die Gewerkschaftsführer bereits seit längerer Zeit mit einer massiven Hetze gegen linke Kollegen und Ausschlußterror vorgehen.

Bei Beiersdorf hofft die IG Chemie-Gewerkschaftsführung, mit diesem Schritt entscheidend mit dazu beizutragen, daß die kommende Betriebsratswahl im Frühjahr keine Schlappe für die rechten SPD-Betriebsräte wird.

Die Zeitlöhner-Kollegen (hauptsächlich Handwerker) bei Beiersdorf werden bei jeder Tariferhöhung den Akkordlöhnern gegenüber benachteiligt, weshalb nach dem letzten Tarifabschluß im Frühjahr eine Angleichung an den Akkordlohn gefordert wurde. Diese Initiative ging von einigen Handwerkern aus. Sie fand ein breites Echo bei vielen hundert Zeitlöhner-Kollegen im Betrieb. Durch eine Betriebsvereinbarung sollte dafür gesorgt werden, daß eine Wiederangleichung an den Akkordlohn automatisch nach jeder Lohnerhöhung vollzogen wird. 600 Unterschriften kamen zur Unterstützung der Forderung zusammen, einige Versammlungen und ein monatelanger Überstunden-Boykott wurden organisiert.

Breite Unterstützung war auch notwendig, handelte es sich um eine

➡

Forts. Beiersdorf

Forderung die monatlich brutto ca. DM 260,– ausmachte.

Den rechten Betriebsräten gelang es dann jedoch, die Forderung über Monate hinaus zu verschleppen und einem Angebot der Geschäftsleitung zuzustimmen, daß nur 1/5 der Forderung erfüllte. Hinzu kommt, daß diese Leute mit der Zustimmung zu diesem miesen Abschluß gleichzeitig als „Gegenleistung" für die Kapitalisten einem Abbau von Sozialleistungen zugestimmt haben, z.B. bezahlte Waschzeit, Treueprämie usw. abzubauen. Zwar haben die Kapitalisten jetzt kurzfristig etwas höhere Lohnabrechnungen zu begleichen, langfristig sind sie jedoch die Gewinner.

Die IG Chemie-Verwaltungsstelle hielt im Verlauf der ganzen Zeit ein Eingreifen bzw. Unterstützung der Kollegen nicht für notwendig. Flugblätter zu drucken usw. wurde abgelehnt mit der frechen Begründung der „Friedenspflicht", die zwar für Streiks gegen bestehende Tarifverträge, nicht jedoch für das Drucken von Flugblättern für Betriebsvereinbarungen besteht. Die rechte und berüchtigte Betriebsratspolitik wurde also „gedeckt". (Betriebsratsvorsitzender Ganschow ist u.a. Mitglied des Verwaltungsstellenvorstandes, Mitglied des Beirats der IG Chemie ... was die „Zusammenarbeit" gefördert haben dürfte...)

In dieser Situation gaben zehn linke Vertrauensleute und fortschrittliche Gewerkschafter ein Flugblatt heraus, daß 1. der Spaltung zwischen Zeit- und Akkordlöhnern entgegentreten sollte, indem alle Kollegen über die Forderung der Zeitlöhner informiert wurden; 2. vor Abschluß über das Angebot der Kapitalisten eine Versammlung und Abstimmung forderte; und 3. für die Ablehnung des Abbaus der Sozialleistungen eintrat.

Die Folge war dann auch, daß sowohl eine Versammlung und eine Abstimmung abgehalten werden mußte, bei der der rechte Betriebsrat mehrheitlich eine Abfuhr erteilt bekam, indem das Angebot der Kapitalisten abgelehnt wurde, welches die Betriebsräte vorher zur Annahme empfohlen hatten.

Sofort nach der Verteilung des Flugblattes bekamen alle Unterzeichner des Flugblattes einen Brief der Verwaltungsstelle, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß dieses Verhalten *„für unsere weitere Zusammenarbeit nicht ohne Folgen bleiben"* kann. Vier Wochen später kam der Ausschluß aus dem Vertrauensleute-körper, der u.a. wie folgt begründet wurde:

schluß aus dem Vertrauensleute-körper, der u.a. wie folgt begründet wurde:

„... vor Deinem Betrieb ein Flugblatt verteilt, das weder mit dem gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper noch mit der Verwaltungsstelle abgestimmt war ..." und daß es zum *„Selbstverständnis gewerkschaftlicher Vertrauensleutearbeit* (gehört), *daß Flugblätter in enger Abstimmung mit der Verwaltungsstelle und unter deren Verantwortung verteilt werden ..."*

Dies bezieht sich ausschließlich auf linke Flugblätter, nicht jedoch auf die von den rechten Betriebsräten verteilte SPD-Propaganda, die jederzeit von einzelnen Betriebsräten und Vertrauensleuten verteilt werden darf!

• Eine Kritik am Verhandlungsstil der Betriebsräte und Verhandlungskommission hielt die Verwaltungsstelle ebenfalls für „schädigend" und „sachlich falsch", da ja „mehrere Versammlungen einberufen wurden". Tatsache ist jedoch, daß die rechten Betriebsratsfürsten zunächst monatelang nichts taten, dann eine Versammlung durchführten, um den Handwerkern vom Überstundenboykott abzuraten (ihrem einzigen Druckmittel!). Zu einer zweiten Versammlung war es nur gekommen, weil 60 bis 80 Handwerker spontan die übliche Vertrauensleute-Sitzung „umfunktionierten", die dritte fand auf Forderung des linken Flugblattes statt.

Sicherlich kommt zu diesem Ausschluß linker Vertrauensleute aus dem Vertrauenskörper ein weiterer „Säuberungsbeschluß" hinzu, der vorsieht, daß zukünftig keine Gäste (wie z.B. die Handwerker zur zweiten Versammlung) mehr an den Sitzungen teilnehmen dürfen.

Damit hätte man den Vertrauenskörper wie vor 1970 wieder voll in der Hand, als ein Gremium, das zu allem Ja und Amen sagt, was sich die rechten Betriebsratsfürsten an Sauereien auch leisten mögen. ●

Leitung der Betriebszellen Beiersdorf, KB/Gruppe Hamburg

Hamburg, Norddeutsche Schleifmittelindustrie

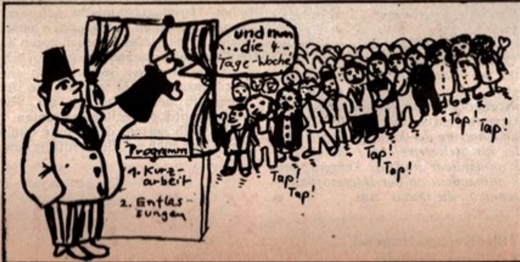
Kurzarbeit – ein Vorspiel für Entlassungen

Die Norddeutsche Schleifmittelindustrie (NSI) gehört zu den größten Schleifmittelproduzenten Europas. In den letzten Jahren sind die NSI-Kapitalisten systematisch daran gegangen, Produktionsbetriebe in 61 Ländern aufzubauen, sowie Teile der Produktion aus dem Mutterbetrieb in Hamburg-Lurup nach Österreich zu verlagern, um Transport- und Lohnkosten zu sparen.

Im April 74 wurden zehn Kündigungen ausgesprochen – mit Zustimmung des sozialdemokratischen Betriebsrates, dessen Vorsitzender, G. Paulsen, stellvertretender Verwaltungsstellenvorsitzender in der Verwaltungsstelle der IG-Chemie Hamburg ist. Die Hauptanstrengungen des BR's waren in dieser Angelegenheit darauf gerichtet, das „Vorschlagsrecht" wahrzunehmen, wer von den Kollegen in den sauren Apfel zu beißen haben sollte. Dabei war es kein Zufall, daß unter diese Kündigungen auch linke Gewerkschafter fielen.

Indem so die Kampfkraft der Arbeiter geschwächt wurde, bereitete man bewußt den Boden für die Durchsetzung der nächsten Maßnahmen der Kapitalisten vor:

Ende September meldete die NSI-Geschäftsleitung beim Arbeitsamt Kurzarbeit (4-Tage-Woche) für zunächst die Hälfte der Beschäftigten an, was aber innerhalb kurzer Zeit auf



die gesamte Belegschaft ausgedehnt wurde.

Ende Oktober folgte dann eine zweite Kündigungswelle: 30 Kollegen wurden entlassen. Die Geschäftsleitung gab als Grund „die schlechte Konjunktur in der Auto-, Bau- und Möbelindustrie" an. In Wirklichkeit aber laufen im Hamburger Werk groß angelegte Rationalisierungsmaßnahmen ab.

Wie „vertrauensvoll" der BR mit den Kapitalisten zusammenarbeitet, zeigt seine Hinhaltetaktik gegenüber den Kollegen in den letzten sieben Monaten: Anfang des Jahres sagte er noch: „Wir versuchen es mit Versetzungen innerhalb des Werkes, um Entlassungen zu verhindern." Als dann erstmalig doch entlassen wurde, meinte er nur, er habe ja schließlich diesen und jenen Kollegen vor der Kündigung bewahrt ... Als dann Kurzarbeit aktuell wurde, erklärte er, so würden wenigstens keine entlassen werden. Als dann wieder und gleich dreimal soviel Kollegen wie zum ersten Mal gekündigt wurden, meinte er nur lapidar, es habe ja noch schlimmer kommen können. In derselben typisch sozialdemokratischen Argumentation „erinnerte" G. Paulsen auf der Hamburger Vertrauensleuteversammlung der IG-Chemie anläßlich der Vorbereitung zur Tarifrunde 74 die Kollegen daran, daß man in Ländern wie Griechenland schließlich überhaupt keine Lohnforderungen mehr aufstellen könne. (Diese saudumme Ausrede hat er jetzt auch nicht mehr!!)

Es hat sich wieder bestätigt, daß Kurzarbeit keine Entlassungen verhindern kann, sondern allenfalls aufschieben. ●

Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg

zweite Kündigungswelle: 30 Kollegen wurden entlassen. Die Geschäftslei- Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg

---

Texaco, Hamburg-Grasbrook:

Erneut drei Linke entlassen – Chronologie eines schmutzigen Zusammenspiels –

Die vier Anfang des Jahres aus dem Vertrauensleutekörper (VLK) der Texaco-Grasbrook ausgeschlossenen linken Gewerkschafter sind alle entlassen und mit Werksverbot belegt worden. Die drei unterschiedlichen Kündigungsbegründungen legen ein enges Zusammenspiel von Geschäftsleitung und rechter Betriebsratsclique offen. Ein Zusammenspiel, das schon der Betriebsratswortführer Kuch unmißverständlich ankündigte, als er die Kollegen anläßlich ihres VLK-Rausschmisses anpöbelte: „Man muß Euch nicht nur aus dem VLK rausschmeissen, aus der Gewerkschaft und aus der Texaco müßt Ihr auch raus!"

Der Reihe nach:

- Schon im Frühjahr wurde dem ersten der Vier gekündigt – angebliche Fehlzeiten und zu häufige Krankheiten waren die „Begründung". Der Betriebsrat (BR) stimmte zu und war im Arbeitsgerichtsprozeß eine wesentliche Stütze der Geschäftsleitung (GL).
- Am 13.10. erhielt der zweite Kollege die Kündigung. Angeblich wegen „verbesserter Arbeitsabläufe" sei sein Arbeitsplatz „überflüssig" geworden. „Mit Bedauern" behauptete die GL, daß es in der gesamten Texaco-Hamburg (ca. 2000 Angestellte) keinen Arbeitsplatz für ihn gibt. Natürlich stimmte der BR wieder ohne Zögern zu. Der Kollege wurde mit seiner Kündigung von der Arbeit suspendiert – („wir haben absolut keine Arbeit für Sie") – sodaß ihm jede Diskussionsmöglichkeit im Betrieb genommen wurde.
- Am 14.10. verteilten zwei eine von drei ehemaligen Vertrauensleuten unterzeichnete kleine Zeitung „Arbeitersache", die sie mangels sonstiger Möglichkeiten einer linken Öffentlichkeitsarbeit schon länger geplant hatten. Sie behandelte verschiedene Mißstände (Arbeitssicherheit und Gesundheitsgefährdung) und forderte Verbesserungen.

Noch am selben Tag wurden die Kollegen vom Werksdirektor in Abwesenheit des Betriebsrats „verhört".

- Die freche Behauptung des Direktors, daß „keiner der aufgegriffenen Mißstände wahr" sei, mochte der Betriebsrat damals noch nicht offen unterstützen; hatte er doch schon morgens feststellen müssen, daß die „Arbeitersache" Nr. 1 von den meisten Kollegen positiv aufgenommen worden war.
- Nach 24 Stunden Denkpause erhielten die Kollegen dann Werksverbot und am 23.10. flatterte ihnen ihre Kündigung ins Haus.

„Störung des Betriebsfriedens" und *„schwere Verletzung der ihnen obliegenden Treuepflicht"* war die Begründung. Der Betriebsrat hatte sich (wen wundert's) den „Argumenten" der Geschäftsleitung inzwischen angeschlossen. Der vorgebrachte „Kündigungsgrund" ist mit einiger Sicherheit unhaltbar und dürfte kaum einem Arbeitsrichter genügen – sind doch alle geschilderten Mißstände und Verbesserungsforderungen im Rahmen der (in dieser Frage noch bestehenden) „Meinungsfreiheit" gedeckt.

Gerade zu den überall anstehenden Betriebsratswahlen soll den Arbeitern die Möglichkeit einer Alternative zu den alten Betriebsratsfürsten genommen werden. ●

Betriebszelle Texaco-Grasbrook KB/Gruppe Hamburg

Norddeutsche Affinerie, Hamburg:

Von den Kapitalisten gefeuert, von der Gewerkschaftsführung im Stich gelassen!

Auf einer Vertrauensleute-Versammlung der Affi am 22.10. wurden drei linke Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Vertrauenskörper ausgeschlossen und zu einfachen Mitgliedern „degradiert". Auf Anregung von Walter Holst (IG Chemie-Sekretär für die Affi und Vorsitzender der Verwaltungsstelle in Hamburg) wurde auf der Sitzung der Antrag auf Rausschmiß gestellt und von ca. 30 zur Abstimmung erschienenen Kollegen gegen acht Stimmen befürwortet.

Was hatten die drei Kollegen getan? Peter T. (Lehrling und Vorsitzender der Jugendvertretung) und Gerd N. (Kraftfahrer und seit zwei Jahren Vertrauensmann) waren von den NA-Kapitalisten fristlos gekündigt worden – das war ihr „Vergehen".

Der 3. Kollege, Ralf H. wurde aus dem Vertrauensleutekörper (VK) ausgeschlossen, als er sich beschwerte, daß Walter Holst zu dieser Versammlung besoffen erschienen war. Sein Ausschluß aus dem VK wurde am nächsten Tag durch den Verwaltungsstellen-Vorstand auch offiziell abgesegnet, da gegen ihn und Gerd N. sowieso ein Antrag auf Ausschluß aus dem VK lief, der von vier Betriebsräten und vier Vertrauensleuten gestellt worden war, als die beiden die Zustimmung des Betriebsrats zu der Kündigung von Peter T. kritisierten (siehe auch REBELL 1, Seite 5).

Auf gute Zusammenarbeit!

Als Begründung für den Ausschluß von Peter T. und Gerd N. wurde von Walter Holst angegeben: da ihr ja aus der Firma „ausgeschieden" seid, habt ihr auch „automatisch" kein Recht mehr, Vertrauensleute zu sein.

Und dies, **obwohl** beide Kollegen vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung klagen und von der Rechtsstelle des DGB offiziell vertreten werden.

Und dies, **obwohl** die Rechtsstelle in beiden Fällen die Kündigungsgründe für nicht ausreichend hält.

Hier wird die gute Zusammenarbeit zwischen Kapital und Gewerkschaftsführung nun wirklich deutlich.

Vereint gegen links schlagen!

Vereint gegen links schlagen!

Die beiden Hetzbroschüren des Freiherrn Philip von Kodolitsch (Sekretär der IG Chemie) „Was steckt dahinter" und „Was wollen die Chaoten?" zeigen die ersten konkreten Erfolge. Die Gewerkschaftsführung und die SPD-Betriebsgruppe auf der Affi haben es geschafft, die Mehrheit im Vertrauensleute-Körper und den gesamten Betriebsrat auf Grundlage der Hetzbroschüren gegen die linken Kollegen aufzuputschen.

Am Anfang stand die Kritik von Gerd N. und Ralf H. Die NA hatte Peter T. fristlos gefeuert (vier Tage vor der Jugendvertreter-Wahl); der Betriebsrat hatte mit 11 gegen 7 der Kündigung zugestimmt, ohne die vorgeschobenen Gründe der NA zu überprüfen. Die beiden Vertrauensleute kritisierten diese Haltung öffentlich im VK als unsolidarisch und fahrlässig (weil nicht genau überprüft).

Der Betriebsrat wurde daraufhin auf Vordermann gebracht: ‚wir lassen uns von denen doch nicht anmachen, die müssen wir auf jeden Fall loswerden, die stören!'

Bei der 2. fristlosen Kündigung von Peter T. (gegen die erste klagte Peter T. erfolgreich) stimmten alle Betriebsräte schon **einstimmig** der Kündigung der Affi-Kapitalisten zu (Übrigens: alle Betriebsräte sind Mitglieder der IG Chemie).

Es wurde jetzt unter der Federführung des BR-Vorsitzenden Benno Oldach, der schon genannte Antrag auf VK-Ausschluß von Gerd N. und Ralf H. bei der Verwaltungsstelle gestellt. Die beiden betroffenen Kollegen verfaßten daraufhin eine Stellungnahme in der sie unter anderem feststellten, daß hier linke Kritiker abgeschoben werden sollten. Diese Stellungnahme wurde auch an einige Kollegen verteilt. Dies wird heute übrigens dem Kollegen Gerd als Kündigungsgrund vorgehalten.

Teilen des Betriebsrat und der Vertrauens-Körper-Leitung gelang es, noch weitere 30 Vertrauensleute zur Unterschrift unter den Ausschluß-Antrag zu bewegen. Nun wurde vom Betriebsrat ein Ultimatum an die Verwaltungsstelle gestellt: „Solange die beiden noch im VK sitzen, werden wir nicht mehr erscheinen."

Auf der vorhergehenden VK-Sitzung erschien auch tatsächlich kein einziger Betriebsrat (außer einem Beobachter), Anfragen und Erklärungen des Betriebsrates zu den anstehenden Problemen der Kollegen konnten nicht behandelt werden.

Jetzt mußte auch die Verwaltungsstelle handeln, oder anders ausge- Problemen der Kollegen konnten nicht behandelt werden.

Jetzt mußte auch die Verwaltungsstelle handeln, oder anders ausgedrückt, jetzt hatte sie einen guten Vorwand zum Handeln. Bis jetzt hatte die Gewerkschaftsführung über den Antrag noch nicht entschieden – seit zwei Monaten!

So erschienen auch auf der VK-Sitzung am 22.10. **alle** Betriebsräte, offenbar von der Verwaltungsstelle vom bevorstehenden „Schlachtfest" informiert. Es herrschte eine richtige Hetzatmosphäre. Es durfte zum Beispiel vor der Abstimmung des Rausschmisses, nachdem Gerd N. sich dazu geäußert hatte, nur noch **für** den Abstimmungsantrag gesprochen werden; anderen Meinungen wurde das Wort entzogen. Die große Mehrheit war erschienen um die drei Kollegen loszuwerden. Was dann auch über die Bühne gezogen wurde. Selbst als Gäste durften die Kollegen nicht mehr bleiben.

Damit ist wieder mal **vorerst** ein trauriges Kapitel der guten Zusammenarbeit zwischen Kapital, Gewerkschaftsführung und SPD (-betriebsgruppe) abgeschlossen.

BR-Wahlen

Diese Vorgänge stehen in engem Zusammenhang mit den im nächsten Jahr anstehenden Betriebsräte-Wahlen. Diesen drei Kollegen ist es jetzt kaum mehr möglich, zu den BR-Wahlen auf die Liste der IG Chemie zu kommen, da diese Liste im Vertrauensleute-Körper aufgestellt wird. Es bliebe diesen Kollegen dann nur noch die Möglichkeit, eine eigene Liste aufzustellen – und dies führt dann zum endgültigen Ausschluß aus der Gewerkschaft. Es ist also alles sehr gut eingefädelt und vorbereitet. Nachher heißt es dann wieder: Wir mußten die Kollegen ausschließen, da sie sich „gewerkschaftsschädigend" verhalten hatten, durch ihre eigene Liste zu den BR-Wahlen! – Die Kapitalisten ihrerseits versuchen, die Ausschaltung dieser linken Kollegen durch fristlose Kündigungen zu vervollkommnen. ●

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie, KB/Gruppe Hamburg

Neues zu den fristlosen Kündigungen! Die Affi-Kapitalisten haben eine weitere Schlappe erlitten!

Die beiden fristlosen Kündigungen gegen Peter T. sind am 24.10. vom Arbeitsgericht Hamburg in aller Form zurückgewiesen worden. Peter ist wieder einzustellen und auf der Affi weiter auszubilden.

Daß die Affi-Herren noch nicht aufgegeben haben ist klar, trotzdem ist dies für Peter T. natürlich ein Triumpf. Der Anwalt der Arbeitgebervereinigung Chemie drückte das so aus: Wir haben zwar eine Schlacht verloren aber noch nicht den Krieg.

Selbst wenn die Affi vor das Landesarbeitsgericht zieht, muß Peter T. bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Karlsruhe weiter ausgebildet werden. (Bis dahin ist seine Lehre sowieso beendet!) Es sei denn, Peter wird ein drittes Mal gekündigt.

Trotzdem ist jetzt bei Peter noch eine Prozeßsache offen. Die Anzeige der Affi-Bosse bei der Staatsanwaltschaft wegen angeblicher „falscher eidesstattlicher Aussage", die er bei seiner Verteidigung bei der Behandlung der ersten fristlosen Kündigung gemacht haben soll.

Bei der Kündigungsschutzklage von Gerd N. steht noch kein Termin fest. Der Schriftsatz der Affi zur Klage liegt bereits vor. Wir werden im nächsten AK darüber ausführlicher berichten. ●

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie, KB/Gruppe Hamburg

Mit Krupp und Schah für „Mitbestimmung“

Am 16. und 17.10. fand im Bundestag ein Mitbestimmungs-Hearing statt. Der Clou des ganzen: Als Sachverständiger der Gewerkschaftsführung trat „Herr Generaldirektor Mommsen“ (Vorstandsvorsitzender der Krupp GmbH) auf. Er verteidigte das Montan-Mitbestimmungsmodell, das auch von der Gewerkschaftsführung bevorzugt wird. „*Warum nach einem neuen Gesetz suchen, das außerordentliche Probleme mit sich bringen würde, statt ein bereits vorhandenes Gesetz, das seinerzeit einstimmig vom Bundestag angenommen wurde, auf die übrige Großindustrie anwendbar zu machen*“ (Mommsen, „FAZ“, 24.10.). „*Hervorragende Persönlichkeiten wie Herr Abs, Herr Pferdmenges, Herr Poullain und Herr Dohrn*“ hätten ausgezeichnete Erfahrungen mit der Montanmitbestimmung gemacht. Auch der Schah (!) aus dem faschistischen Persien habe sich, „*bevor er bei Krupp einstieg, sehr detailliert über die Mitbestimmungssysteme in Deutschland unterrichtet, danach hat er allerdings durchblicken lassen, daß das Montanmodell klarer erscheint als der bisherige Regierungsentwurf*“(„Welt am Sonntag“,20.10.)

Mommsen setzt sich für den Montanmitbestimmungsentwurf ein, weil er der „weitreichendste“ aller vorgelegten Entwürfe ist, von daher den Arbeitern am ehesten schmackhaft gemacht werden kann.

Gleichzeitig aber sei er für die Kapitalisten so „system - stabilisierend und systemkonform zugleich“ (Mommsen), daß er völlig ungefährlich sei.

„*Wenn wir wirklich in Kürze 1 Million Arbeitslose in unserem Lande haben sollten, dann zeigt dies mit aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, daß sich Kapital und Arbeit in einer ausgewogenen Position gegenüberstehen, einer Position, die auf keinen Fall Kampf (!) aber auch nicht nur Mitwirkung (!) sein darf. Dazu ist das Schicksal derjenigen, die arbeitslos werden oder die Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes täglich zu verspüren haben, zu hart.*“ (Mommsen, „FAZ“, 24.10.).

Das offene Auftreten eines Kapitalistenvertreters als Sachverständiger der Gewerkschaften ist in Teilen der bürgerlichen Presse (wie „FAZ“ und „Welt“) auf Kritik gestoßen. Einerseits geht die Kritik in die Richtung mangelnder Klassensolidarität, andererseits meint die Presse aber auch, so offensichtlich sei's nicht schicklich. Darauf eingehend weist Mommsen auf die Klassenkampfsituation in der BRD hin. In seiner Berufung zum Sachverständigen der Gewerkschaften zeige sich, „*welchen Wandel unsere Demokratie gegenüber der in vielen Ländern um uns herum in den letzten Jahren erfahren hat. Glauben meine Kritiker, daß eine solche Berufung und eine solche Benennung in Italien, Frankreich oder England möglich gewesen wäre?*“ – Wohl kaum!! •

Chemiegruppe KB / Westberlin

„Kollege Oberst geht“ ...

Unter dieser Überschrift erschien in der „Welt der Arbeit“, dem Zentralorgan des DGB, ein Nachruf auf H. Hülsmann. Dieser, Oberst der Bundeswehr, hatte am 1.10. mit 57 Jahren die Altersgrenze erreicht und schied aus dem „Dienst fürs Vaterland“ aus.

Sein wesentliches Bestreben war immer gewesen, daß „*die nunmehr etablierte Bundeswehr nicht in die gleiche Isolation kommen dürfe, wie die Reichswehr nach 1918*“.

Diese Haltung zur Bundeswehr und den militärischen Instrumenten in der BRD ist allerdings nicht die verschrobene Ansicht eines Journalisten, sondern spiegelt das Verhältnis der „Arbeiterorganisation“ DGB zum bürgerlichen Militärapparat wider.

In zwei Berichten in der WdA (Nr. 33 und 34) hatten die DGB-Oberen schon massiv die Versuche der „Unterwanderung“ der Bundeswehr durch Kommunisten angeprangert.

In diesem Artikel heißt es zur Arbeit des „Militärischen Abschirmdienstes“ (MAD), eines der wichtigsten Organe zur Bespitzelung und Verfolgung von Demokraten und Kommunisten:

„*Jedenfalls liegt die besondere Stärke des MAD in seiner zentralen Führung, er ist frei von Länderkompetenzen und räumlicher Bindung. MAD-Chef General Paul Scherer hat den Laden in der Hand, wie es scheint.*

Es ist nicht ohne Reiz, mit ihm und den Seinen zu reden. Scherer ist klein, drahtig und in seiner Temperamentfülle das genaue Gegenbild des eiskalten Geheimdienst-Chefs, wie ihn sich die Konsumenten einschlägiger Romane und Filme vorstellen. Obendrein ist er sogar Sozialdemokrat (!).

Sein Pressechef Hubert Wilke, Fregattenkapitän, so clever wie diskussionsfreudig, könnte auch als Public Relations Manager in der Großindustrie sitzen.

Wir sind die einzige Einheit der Bundeswehr, die sich schon **mitten** *im Frieden im Krieg befinden.*

Die MAD-Männer stellen den Tatbestand beiläufig fest“ (WdA 33/74).

So ist es auch klar, daß die WdA die Tätigkeit von Kommunisten oder Demokraten in der Bundeswehr nur unter dem Blickwinkel der „Wehrkraftzersetzung“ sieht.

Eine Studie der DKP, in der die Bundeswehr als „Bürgerkriegsarmee“ charaktisiert wird, der Austritt aus der NATO und der Rücktritt von (Ex-Gewerkschaftsführer) Leber gefordert wird, bezeichnet die WdA schlicht als „Hetzschrift“. Darum begrüßt sie es auch, daß die Verbreitung dieser Studie verboten wird.

Schließlich wird ja „*keinem der Kopf abgerissen*“, sondern der Gefreite, der sie trotzdem verteilte, „*bezog ganze 14 Tage Arreststrafe*“. Wirklich, so großmütig sind die Militärs!

Konsequent war da der „Kollege Oberst“, der von 1953 bis 1956 Leiter des Hauses der Gewerkschaftsjugend in Oberursel war. Er setzte „*seine theoretischen Erkenntnisse*“ (als Gewerkschaftsführer!) „*als Methodiklehrer an der Kampfgruppenschule, als stellvertretender Bataillionskommandeur und als Lehrgruppenkommandeur an der Heeresoffiziersschule in die Praxis*“ um. •

Zelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg

Denkzettel für GEW-Führung

Auf Klage von 107 GEW-Mitgliedern gegen den Hamburger Landesvorstand der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft erließ das Landgericht am 5.11. folgende einstweilige Verfügung:

Dem Vorstand wird „*bei Vermeidung einer ... Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten v e r b o t e n, eine Landesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, einzuberufen oder die Einberufung einer solchen Versammlung vorzubereiten, solange nicht durch ein für die Überprüfung derartiger Maßnahmen satzungsgemäß oder gesetzlich zuständiges Organ verbindlich festgestellt worden ist, ob es dazu einer Satzungsänderung bedarf*“.

Wie wir mehrfach im ARBEITERKAMPF berichteten, geht es darum, daß der Vorstand mit Hilfe der Ermächtigungsbeschlüsse des Mainzer Kongresses der GEW versucht hat, die Hamburger Hauptversammlung kurzerhand aufzulösen, um eine undemokratische Vertreterversammlung nach seinem Geschmack durchzusetzen.

Dieser Machtpolitik – sich seit Jahren über den Willen der Mitglieder und über sämtliche satzungsmäßigen Mitgliederrechte hinwegzusetzen – mochte in diesem Fall sogar das bürgerliche Gericht nicht zustimmen.

In der Hamburger GEW hatten über 1 600 Mitglieder in einer Unterschriftensammlung die Einberufung einer Hauptversammlung gefordert. In verschiedenen Fachgruppen hatten sich die Mitglieder deutlich gegen die Willkür des Vorstands ausgesprochen. Auf der anderen Seite fanden sich nur ganze sechs Mitglieder, die sich innerhalb des Verbandes zur Vorstandspolitik öffentlich bekannten.

Deshalb lautete der zweite Punkt der Klage auch auf Einberufung einer Hauptversammlung mit der Tagesordnung: Auswirkungen der Mainzer Beschlüsse auf den Landesverband Hamburg der GEW und Beschlußfassung über Satzungsänderungen.

Dies wurde vom Landesgericht an das Amtsgericht überwiesen.

Der Vorstand allerdings fürchtet eine Hauptversammlung wie der Teufel das Weihwasser und hat klar zum Ausdruck gebracht, daß er eher durch sämtliche gerichtlichen Instanzen geht (um dabei die Mitgliederbeiträge zu verschwenden), als sich dem Willen der demokratischen Mitglieder zu beugen.

Was der Vorstand „anbietet“, ist, eine der vom Mainzer Kongreß vorgesehenen „Schiedskommissionen“ entscheiden zu lassen, über deren Besetzung „man sich ja einigen könnte“.

Diesen Weg, die Sache auszumauscheln, läßt auch das Urteil offenbar offen.

Der Betrug an den Mitgliedern und die Verweigerung ihres Rechts, über Satzungsänderungen selbst auf einer Hauptversammlung zu entscheiden, wäre aber in diesem Fall genau derselbe!

Es kommt darauf an, daß sich die 107 klagenden GEW-Mitglieder in dieser Frage nicht spalten lassen. Wichtiger als dies ist es aber noch, innerhalb der GEW nicht locker zu lassen und das Gerichtsurteil für eine erneute Stärkung der demokratischen Kräfte in der Gewerkschaft zu nutzen.

Dabei kommt es auch nicht zuletzt darauf an, durch die Solidarität der Mitgliedschaft zu verhindern, daß der Vorstand seine gegen die 107 Kollegen erhobene Drohung des „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ (d.h. Ausschluß!) wahrmachen kann. •

Bündniskommission des KB,
Gruppe Hamburg

Druckerei Severin:

Kollegen gegen Beitragserhöhungen

der „Unterwanderung“ der Bundeswehr durch Kommunisten angeprangert.
In diesem Artikel heißt es zur Arbeit des „Militärischen Abschirmdienstes“ (MAD), eines der wichtigsten Organe zur Bespitzelung und
Wir sind die einzige Einheit der Bundeswehr, die sich schon mitten im Frieden im Krieg befinden.
Die MAD-Männer stellen den Tatbestand beiläufig fest“ (WdA 33/74).
So ist es auch klar, daß die WdA die Tätigkeit von Kommunisten oder
kommandeur und als Lehrgruppenkommandeur an der Heeresoffiziersschule in die Praxis“ um. •
Zelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

Druckhaus Tempelhof:

„Es geht weiter“ gegen die Kollegen

Wir berichteten im letzten AK über die Schließungsdrohung der Weitpert Gruppe. Mittlerweile scheint sich jene Drohung als taktisches Manöver der Druckhaus-Kapitalisten herauszustellen, das einen Angriff auf die Druckhausbelegschaft vorbereitete, der in der Westberliner Druckindustrie alle bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen in den Schatten stellt.

Am 16.10. gab die Geschäftsleitung (GL) ein Rundschreiben heraus, in dem sie bekannt gab, daß die Verhandlungen endlich zu einem absehbaren Ende gelangen würden. Ein Teil der verlorengegangenen Aufträge sei so gut wie zurückgewonnen. Zur Weiterführung des Betriebes sei es aber notwendig, „**Lohn- und Arbeitsplatzbedingungen der Auftragslage anzupassen**“:

- Ca. 150 Kollegen aus allen Abteilungen sollen entlassen werden.

Dabei sortiert die GL nicht nur nach „sozialen Gesichtspunkten“ aus, sondern z.B. nach dem Kriterium „**Bereitschaft zur Mehrarbeit**“!

- Drastische Reduzierung der Maschinenbesetzung im Tiefdruck auf drei Drucker an acht Rollen.
- Die übertariflichen Zulagen werden um 50 % bzw. der Effektivlohn um 10 % gekürzt.
- Anrechnung der nächsten Tariferhöhung auf die übertarifliche Zulage bei einem Teil der Kollegen.

Zur Einführung der Rationalisierungen präsentierte die GL einen besonders üblen erpresserischen Dreh: Es sollen in allen Abteilungen Listen ausgelegt werden, in die man eintragen soll, ob man unter diesen Bedingungen weiterarbeiten will oder nicht. Wer mit „Nein“ unterschreibt, darf sich wohl schon als gekündigt betrachten.

BR – voll auf der Linie der GL

Es lag nahe, daß der „Vorschlag“ der GL bei einem großen Teil der Kollegen erstmal sehr große Empörung hervorrufen würde. Im Gegensatz zu der Gepflogenheit, die Kollegen durch Rundschreiben zu „informieren“, zogen es deshalb die einzelnen Betriebsräte – wahrscheinlich auf Geheiß des rechten Vorsitzenden Epple – vor, persönlich in „ihren“ Abteilungen aufzutreten.

Was eigentlich begrüßenswert wäre, nämlich die – vom BR während der ganzen Auseinandersetzung unterlassene – direkte Diskussion mit den Kollegen, entpuppte sich als Versuch, den Angriff der GL so schmackhaft wie nur möglich zu machen. Es müsse jeder Kollege bedenken und abwägen, ob ihm die Sicherheit seines und der anderen Kollegen Arbeitsplatzes voranstehe.

Über diesen oder jenen Punkt müsse man natürlich mit der GL noch ins Reine kommen. Zur Einführung der Rationalisierungen habe der BR schon einen Gegenvorschlag unterbreitet: die Unterschriftenlisten sollen nicht im Betrieb ausgelegt werden, sondern jedem Kollegen einzeln nach Hause geschickt werden, wo sich jeder in Ruhe die Sache durch den Kopf gehen lassen könne und erst dann unterschreiben soll.

Dieser Vorschlag zeigt den Ideenreichtum des BR in Sachen Kapitalinteresse.

Die Kollegen reagierten insgesamt erstmal ablehnend. Sie stellten richtig fest, daß im Grunde gar keine Sicherheit der Arbeitsplätze durch Lohnverzicht und ähnliches zu erreichen ist („wer garantiert uns, daß die Bude in einiger Zeit nicht doch geschlossen wird!“). Deshalb würden sie mit „Nein“ unterschreiben!

Andererseits jedoch gingen einige Kollegen der GL auf den Leim: zwar würden sie den „Vorschlag“ in seiner bestehenden Form nicht mit „Ja“ unterschreiben, aber wenn ein „gerecht verteilter Verzicht“ in Angriff genommen würde, wären sie dabei. (Darunter verstünden sie z.B., daß die hochbezahlten leitenden Angestellten mehr als 50 % abgezogen bekämen).

Die Abwehrfront der Kollegen muß erst noch geschaffen werden!

Der größte Teil der Kollegen hat den Angriff zwar empört, aber letztlich widerstandslos hingenommen. Inzwischen hat auch die bisher kampfstärkste Abteilung, der Tiefdruck, resigniert: die Meisten wollen die Liste mit „Ja“ unterschreiben. Die Tiefdruckmontage macht Wochenendarbeit, im Offset ist die Druckgeschwindigkeit um 20 % erhöht worden.

Auf der anderen Seite ist ein kleinerer Teil der Kollegen nicht gewillt, überhaupt eine Unterschrift zu geben. Eine Schicht im Offset hat beschlossen, jene Unterschriftenliste nicht auszufüllen – aus den anderen Abteilungen gibt es ebenfalls eine Reihe von Kollegen, die auf diese Art den Plan der GL ablehnen wollen, ohne sich dadurch gleich der endgültigen Kündigung auszuliefern.

Aber innerhalb dieses Teils der Belegschaft gibt es eindeutige Schwächen. Einige von ihnen würden unter „abgeschwächten Bedingungen“ vermutlich doch unterschreiben. Andere ziehen in Erwägung, den Betrieb zu wechseln, wenn die Schweinerei durchkommt.

In dieser Situation ergeben sich zwei wesentliche Aufgaben:

1. als erstes muß die Vorlage der Unterschriftenlisten so breit wie möglich zurückgewiesen werden. Auch wenn keine Mehrheit gegen die Vorlage zustande kommen sollte, so wäre ein möglichst starker Widerstand in dieser Frage dennoch von großem Nutzen für die Kollegen. Nur wenn die Abwehrfront offensiv angepackt wird, besteht die Möglichkeit, sie weiterzutreiben, ihre Schwächen zu überwinden.
2. In dieser Arbeit gilt es, die resignierten fortschrittlichen Kollegen aus ihrer „Defensive in der Defensive“ rauszuholen. Es ist heute nötiger denn je, einen Kreis fortschrittlicher Kollegen zu schaffen, der die Abwehrfront breit aufbauen kann. •

Druckergruppe/KB Westberlin

Druckerei Severin:

Kollegen gegen Beitragserhöhungen

Am 18. Oktober fand sich im „Flensburger Tageblatt“ ein Artikel über den zehnten Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier. Unter anderem hieß es da: „*Der Gewerkschaftstag beschloß auch eine drastische Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Die bisherige Beitragsskala reichte von mindestens vier Mark monatlich, bei einem Verdienst bis zu 560.– DM, bis zu 24.– DM bei 1.520.– DM Verdienst und darüber. Jetzt werden diese Grenzwerte auf mindestens acht DM und höchstens 32 DM aufgehoben!*“

Als die Kollegen von dieser Erhöhung erfuhren, waren die meisten nicht bereit, diese Erhöhung ruhig hinzunehmen. Einige wollten aus der DruPa austreten.

Wie sieht es mit den Finanzen bei der DruPa aus?

Hier zeigt sich schon, wie wenig die Mitglieder zu melden haben, denn es existieren in der DruPa nicht einmal eine Streikkasse oder Rücklagen, die einzig und allein für den Arbeitskampf bestimmt sind. Stattdessen ist das DruPa-„Vermögen“ (immerhin über 20 Mio.) Vermögensverwaltungsgesellschaften überlassen und in Wertpapieren und Grundstücksgesellschaften angelegt.

Falls aber mal tatsächlich gestreikt werden sollte und die DruPa Streikgelder zahlen muß, muß sie zu normalen Bedingungen einen Kredit aufnehmen, für den sie dann auch noch Zinsen zahlen kann.

Austritt?

Nachdem diese Punkte im Betrieb z.T. schon diskutiert waren, wurde von den Kollegen spontan eine Unterschriftensammlung gegen die Beitragserhöhung gemacht. Einige Kollegen wollten, daß in der Unterschriftensammlung die „Drohung“ mit aufgenommen wird, daß sie bei einer Beitragserhöhung austreten würden. Es wurde diskutiert, daß dies die falsche Konsequenz ist.

Die Verhältnisse in der Gewerkschaft kann man nicht durch Austritte ändern, sondern nur durch einen **dauernden** Kampf für innergewerkschaftliche Demokratie **in der Gewerkschaft!**

In der Unterschriftensammlung wurde gleichzeitig gegen die Kürzung der Sozialleistungen protestiert. Denn schon lange hat der Hauptvorstand vor, verschiedene Sozialleistungen zu streichen. So soll z.B. das Krankengeld ersatzlos gestrichen werden, das Treuegeld soll auf 75% herabgesetzt werden, der Rest soll auf das Sterbegeld angerechnet werden und das, obwohl wir außer den Sozialleistungen praktisch keine Gegenleistung für unsere Beiträge haben (Es wurde in den letzten 20 Jahren nur ein **einziges** Mal zwei Stunden lang gestreikt.). Die Beiträge werden also nicht für unseren Kampf eingesetzt.

BR versucht Spaltung

Die Unterschriftensammlung, die anfangs sehr gut lief, kam ins Stokken, als der rechte BR Stock die Kollegen zunächst mit dem Argument, die Erhöhung gelte ja nur für Schriftsteller und Journalisten, zu spalten versuchte. Kurz darauf erklärte er, die Erhöhung gelte nur für Maschinensetzer, und die Beiträge der anderen Mitglieder würden vorübergehend sogar gesenkt, da die Beiträge prozentual an den Lohn angepaßt würden.

Der Spaltungsversuch des BR's war auch z.T. erfolgreich: einige Kollegen meinten, man solle mit der Abgabe der Unterschriftensammlung warten, bis die neue Beitragstabelle rausgekommen sei; dann könne man ja immer noch sehen. Jedoch konnten sie teilweise überzeugt werden, daß es dann bereits zu spät ist; wenn diese Unterschriftensammlung noch Wirkung haben soll, mußte sie auf jeden Fall sofort abgegeben werden.

Nie Beitragserhöhungen?

Letztendlich ist nicht so sehr entscheidend, ob der Beitrag um ein paar Mark angehoben wird oder nicht: entscheidend ist, daß die finanziellen Mittel, genau wie die anderen gewerkschaftlichen Einrichtungen (z.B. Zentralorgan, Tarifkommission) nicht unter Kontrolle der zahlenden Mitglieder stehen. Wir sind also nicht grundsätzlich gegen eine Beitragserhöhung. – Nur solange, wie nicht sichergestellt ist, daß die breite Masse der Mitglieder darüber verfügen kann, was mit dem Geld gemacht wird. •

Ein Flensburger Druckgenosse

Die Angriffe der Gewerkschaftsführung in der Fachgruppe Buchhandel der HBV

Am 21.10.74 wurde auf der Vorstandssitzung der Fachgruppe Buchhandel & Verlage einstimmig beschlossen, den Kollegen Ulrich Vetter aus der HBV auszuschließen. Zu dieser Vorstandssitzung wurde der Kollege Vetter, selbst Mitglied des Vorstandes, nicht eingeladen.

Wie ist es dazu gekommen?

Das erste Mal wurde eine konsequente Tarifpolitik im Buchhandel entwickelt. Es wurden z.B. praxisbezogene Strukturpläne entwickelt. Die widerrechtlichen Überstunden zu Weihnachten im Buchhandel wurden abgebaut. Die Gewerkschaftsmitglieder machten den Kollegen deutlich, daß diese unbezahlten Überstunden den Profit der Kapitalisten erhöhen. Es wurde damit erreicht, daß diese unbezahlten Überstunden radikal zurückgingen.

Hierbei fielen aber die Gewerkschaftssekretäre den Kollegen in den Rücken, indem sie argumentierten: ihr seid verpflichtet lt. Arbeitszeitordnung Überstunden zu machen. Sie setzten sich zwar für die Bezahlung der Überstunden ein, nicht aber für deren Abbau. Chef-Sekretär Krause z.B. in einer BR-Sitzung bei der Firma Libri: Ihr könnt doch der Firma nicht das Weihnachtsgeschäft kaputtmachen.

Zur Tarifpolitik

Von den Kollegen wurden zur Tarifrunde 74 Forderungen von ca. 18 % aus den Betrieben aufgestellt. Daneben wurde auf der Mitgliederversammlung beschlossen, daß die Tarifkommission bei größeren Abweichungen von diesen Forderungen in den Verhandlungen mit den Kapitalisten keinen Tarifabschluß tätigen darf, sondern erst eine Mitgliederversammlung einberufen muß, auf der dann entschieden wird. Das Tarifergebnis lag nachher bei ca. 11 %.

Die Tarifkommission hatte sich auf der MV verpflichtet, alle Informationen während der Tarifrunde an die Mitglieder zu geben. Als die Tarifkommission dann auf ihrer Sitzung über die Frage der Veröffentlichung und Einberufung der Mitgliederversammlung diskutierte, drohte Landesbezirksleiter Schiel: Wenn ihr Öffentlichkeit herstellt, schließe ich den Tarifvertrag wie 1971 ohne Tarifkommission ab. Daraufhin beschloß die Tarifkommission, keine Öffentlichkeit herzustellen und keine Mitgliederversammlung durchzuführen. Aus diesem Vorgehen entwickelte sich eine Resignation bei den fortschrittlichen Kollegen: Zur letzten Mitgliederversammlung kamen nur 16 Kollegen, Arbeitskreise fielen auseinander usw.

Diese Verhinderung einer konsequenten und richtigen Gewerkschaftspolitik reicht der Gewerkschaftsführung aber noch nicht aus. Die Kollegen, die trotz dieser Nackenschläge versuchen, die Arbeit fortzusetzen, sollen eingeschüchtert bzw. ausgeschlossen werden.

Der Kollege Ulrich Vetter, der in der Tarifkommission als einziger, trotz der Drohungen von Schiel, für die Veröffentlichung der Tarifinformationen gestimmt hat, wurde deswegen seines Amtes als Fachgruppenvorsitzender und Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes von Krause und Schiel enthoben. Zu dieser Schweinerei kommt noch hinzu, daß diese Disziplinarmaßnahme von Krause/Schiel satzungswidrig ist, nämlich ohne Bestätigung durch den Hauptvorstand und ohne Beschlüsse der zuständigen Gremien selbstherrlich durchgeführt wurde.

Gegenüber den Kollegen müssen allerdings andere Argumente herhalten. So wurde von den Sekretären auf der Mitgliederversammlung behauptet, der Kollege Vetter würde seit Jahren keine satzungsgemäßen Beiträge zahlen. (übrigens in einer persönlichen Erklärung von ihm selbst dementiert) und dies als Begründung gegenüber den Kollegen zur Amtsenthebung und Ausschlußgrund angegeben. Man stellte den Kollegen auf der Mitgliederversammlung als nicht vertrauenswürdig für die Vorstandsvorsitzenden-Funktion hin (wer nicht beitragsehrlich ist, dem schenkt man auch kein Vertrauen).

Der Kollege Vetter hat inzwischen zu den Auseinandersetzungen in der Fachgruppe Buchhandel eine persönliche Erklärung an alle HBV-Mitglieder geschrieben und einen Ausschlußantrag gegen den Landesbezirksleiter Schiel wegen seiner Machenschaften gestellt. Durch diese Veröffentlichung wurde erreicht, daß die fadenscheinige Begründung mit der Beitragsehrlichkeit bei den Mitgliedern nicht mehr zieht. Die Gewerkschaftsführung benutzt jetzt nicht mehr dieses Argument, sondern ganz allgemein wird dem Kollegen „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" vorgeworfen. Er habe als einziger gegen die Tarifkommission gestimmt und durch seine Veröffentlichungen die Gewerkschaft diffamiert.

Der Gewerkschaftsführung geht es darum, den Kollegen auszuschließen. **Gestellt hat diesen Ausschlußantrag die DKP-lerin Helga Bardowicks** (Betriebsratsvorsitzende bei Weitbrecht & Marisall), **unterstützt durch die DKP-lerin Gabriele Gessert** (Internationale Buchhandlung) und weitere DKP-ler.

Die DKP unterstützt damit nicht nur die Politik der rechten SPD-Gewerkschaftsführung, sondern nimmt ihr aktiv diese Schmutzarbeit ab. Das zeigt deutlich, in welchem Sumpf nicht nur diese Organisation, sondern auch ein Großteil der DKP-ler gelandet ist.

Hand in Hand mit dem Gewerkschaftsausschlußantrag hat der Kollege auch seine Kündigung im Betrieb erhalten. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Redaktionelle Anmerkung zum Erscheinen von UNSER WEG 24

In diesen Tagen erscheint die Nr. 24 von UNSER WEG mit einem ausführlichen Artikel zum „Programm" des KBW und zu dessen praktischer Anwendung als **„Wegweiser nach rechts"** (so der Titel des Artikels). Als „Bonbon" haben wir im Anhang des „Schlachtplan" des KBW, OG Hamburg, zum „Sturz des Senats" vom Mai des Jahres abgedruckt.

Nachdem dieser Abdruck im letzten REBELL (Jugendzeitung des KB) angekündigt wurde, haben sich KBW-ler beschwert, weil der „Schlachtplan" inzwischen doch „zurückgezogen" worden sei. Gerüchte besagen, daß ein Genosse mit schwäbischem Akzent eigens aus dem südlicheren Deutschland nach Hamburg gekommen sei, um den Hamburger Genossen ihren „Schlachtplan" auszureden.

Wir meinen allerdings, daß auch ein nachträglich „zurückgezogener" „Schlachtplan" eine Menge über seine Verfasser aussagt. Im Übrigen ist uns bisher keine schriftliche Selbstkritik des KBW, OG Hamburg, zu dem „Schlachtplan" bekannt. Für den Fall, daß es eine gibt – müßte es doch eigentlich?! – bitten wir die Genossen, uns diese zuzuleiten, damit wir sie in der nächsten Nummer von UNSER WEG präsentieren können.

Redaktionskollektiv des KB

Behörde und ÖTV-Führung Arm in Arm:

Behörde und ÖTV-Führung Arm in Arm:

Ausbildungsverbot gegen eine Erzieherin

Am 21.10. gab der Vorstand der ÖTV (Abteilung Sozialarbeit) den Vertrauensleuten der „Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime" bekannt, daß er ein Ausschlußverfahren gegen die Kollegin M.R. wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhaltens" eingeleitet habe.

Die Kollegin, die sich noch in der Erzieherausbildung befindet, wurde prompt einige Tage später wegen „Störung des Betriebsfriedens" durch die Behörde vom Dienst suspendiert. Bald darauf erhielt sie mit derselben Begründung ihre fristlose Kündigung von der „Vereinigung" (der Betriebsrat gab dabei die nach dem BVG erforderliche Zustimmung). Der Betriebsrat wird mehrheitlich von ÖTV-lern gestellt. In Willkür vereint haben Behörde und ÖTV-Führung damit erstmals ein Ausbildungsverbot unter Erziehern verhängt.

Anlaß für das Vorgehen des ÖTV-Vorstandes war ein Beitrag der Kollegin auf einer Betriebsversammlung der „Vereinigung" gewesen, die im Zeichen des Unmuts der Kollegen über die Folgen des Einstellungsstops stand. Angesichts des immer drückender werdenden Personalnotstands an den Heimen hatte die Kollegin auf die Notwendigkeit gemeinsamer Kampfmaßnahmen hingewiesen. Diese könnten allerdings kaum zustande kommen, meinte die Kollegin, wenn selbst ÖTV-Vertrauensleute, wie ihr Heimleiter Dieter Lauterbach, während der Betriebsversammlung privaten Angelegenheiten (Fahrschule) nachgingen.

Nach Ansicht des ÖTV-Vorstandes erfüllt diese Äußerung den Tatbestand „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens", weil die Gewerkschaft verpflichtet sei, ihre Funktionäre (wie in diesem Fall Lauterbach) vor Kritik unter den Augen der Geschäftsleitung (!) zu schützen.

Dann wäre jetzt erst recht ein Ausschlußverfahren gegen den ÖTV-Vorstand fällig! Denn dessen „Gegenkritik" an der Kollegin M. R. hat ja sogar zu einem Ausbildungsverbot durch die Behörde geführt!

Was der ÖTV-Führung recht ist, ist der „Vereinigung" allemal billig. Es ist bezeichnend, was man der Kollegin M. R. als „Störung des Betriebsfriedens" anlastet: M. R. kam seit längerer Zeit mit einigen Eltern zusammen, denen sie von der Lage im Kindergarten berichtete, u.a. auch von der besagten Betriebsversammlung. Ergebnis war, daß die Eltern sich entschlossen, diese Dinge auf dem nächsten Elternabend zur Sprache zu bringen. Als Heimleiter Lauterbach Wind davon bekam, verfaßte er eine „Solidaritätsresolution" für sich selbst und ließ die Erzieher des Kindergartens als „Basis" unterschreiben.

Als nächstes startete er unter den Eltern eine widerwärtige Diffamierungskampagne gegen M.R.: *Er sei zwar kein Fachmann, aber er würde der Kollegin empfehlen, sich von einem Psychologen untersuchen zu lassen. Man könne ihr kein Wort glauben.* Für einen Gewerkschafter wahrlich eine „würdige" Methode, sich mit Kritikern „politisch" auseinanderzusetzen.

Lauterbach errreichte damit, daß die fortschrittlichen Eltern isoliert wurden und davon Abstand nahmen, die Vorgänge um M. R. auf dem Elternabend anzusprechen.

Kurz darauf wurde sie suspendiert und schließlich fristlos gekündigt: *Weil sie bei Gesprächen mit Eltern die erforderliche „Amtsverschwiegenheit" verletzt hätte!!* Mit dieser Maßnahme demonstriert die „Vereinigung", wie sie gegen eine Zusammenarbeit von Eltern und Erziehern im Interesse der Kinder vorzugehen gedenkt.

ÖTV-Führung: Einen schlagen – alle treffen!

Der Vorstand hat mehr im Auge als Herrn Lauterbach vor Kritik in „Schutz" zu nehmen. Tatsache ist, daß der Vorstand schon seit einiger Zeit davon redet, unter den Linken in der Abteilung Sozialarbeit „mit eisernen Besen zu kehren". Mißtrauisch registriert er, wie einerseits in den Heimen angesichts der reaktionären Senatspolitik höhere Erwartungen an die Erzieher-Gewerkschaft gestellt werden, andererseits innerhalb der ÖTV die Kritik daran zunimmt, daß der Vorstand praktisch jede gewerkschaftliche Sozialpolitik liquidiert hat.

So ist auch dieser Ausschluß vor allem als exemplarische Drohung an die Adresse derjenigen gedacht, die geschlossener und nachdrücklicher als bisher für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik im Interesse der werktätigen Bevölkerung eintreten.

Nicht zuletzt wurden mit diesem Willkürakt Weichen für die Betriebsratswahl in der „Vereinigung" gestellt, die in wenigen Wochen ansteht. Die Kandidatur von Lauter-

bach als ÖTV-Betriebsrat ist unter

bach als ÖTV-Betriebsrat ist unter den Rechten inzwischen abgemachte Sache. Mit der „Kampagne" gegen M. R. dürfte er sich bei der Geschäftsleitung schon jetzt bestens in Empfehlung gebracht haben.

Von den Linken muß jetzt verstärkt versucht werden, in der ÖTV und unter den Eltern die Solidarität mit M.R. zu organisieren, sich für ihre Wiedereinstellung einzusetzen und eine fortschrittliche ÖTV-Liste für die Betriebsratswahlen in der „Vereinigung" aufzustellen. ●

Initiative sozialistischer Erzieher, Hamburg (ISE)

DGB-Rechtsschutz – Kein Schutz für die Kollegen

Einige besonders krasse Methoden in der Praxis des DGB-Rechtsschutzes in letzter Zeit nahm Rechtsanwalt (RA) U. Mäffert zum Anlaß, an die einzelnen DGB-Gewerkschaften einen Brief zu verschicken, in dem er den DGB zur Änderung seines Rechtsschutzes auffordert. Folgender konkreter Fall hatte sich ereignet: Zwei Lehrlingen bei der Hamburger Maschinenfabrik Spaeter GmbH wurde fristlos gekündigt. Sie gingen daraufhin zur Rechtsstelle und baten Herrn Engelmann von der IG-Metall, eine einstweilige Verfügung auf Fortsetzung der Ausbildung zu beantragen, da die Kündigung unwirksam sei. (Das Mittel der einstweiligen Verfügung (eV) ist deshalb so wichtig, weil darüber wegen der besonderen Eilbedürftigkeit in der Regel in wenigen Tagen entschieden wird). Engelmann beschloß jedoch, keine eV zu beantragen, sondern Klage zu erheben, in der es (immerhin) noch hieß: *„Der Kläger übte mit seiner begründeten Kritik ein ... Recht aus ... Es muß angenommen werden, daß die Beklagte in Wirklichkeit ihre Auszubildenden einschüchtern will, mit der unzureichenden Ausbildung zufrieden zu sein".* Erfahrungsgemäß können solche Prozesse sehr langwierig sein. Erhält der Kollege in erster Instanz Recht, legt der Kapitalist Berufung ein usw. usf. RA Mäffert betont daher mit Recht, daß es den Lehrlingen – und den anderen fristlos gekündigten Kollegen – nicht in erster Linie darum geht, nach Jahren ‚Recht' vor der letzten arbeitsgerichtlichen Instanz gesprochen zu kriegen, sondern sie wollen ihr Recht, wieder in den Betrieb zu kommen, sofort praktisch durchgesetzt haben. Natürlich ist der Rechtsschutzstelle die Tatsache bekannt, daß in den letzten Jahren über 600 Jugendvertreter entweder nach ihrer Ausbildung in ihrem Betrieb nicht eingestellt oder vorher gefeuert wurden. (Man erinnere sich an die DGB-Kampagne: Von den Kollegen gewählt, von den Bossen gefeuert). Und natürlich ist der Rechtsschutzstelle auch folgende Tatsache bekannt: seit März dieses Jahres wurden Monat um Monat eV's beantragt und von den Arbeitsgerichten erlassen; so bei HDW, Norddeutsche Affinerie, Beiersdorf usw., sodaß die gekündigten Lehrlinge ihre Ausbildung fortsetzen konnten.

Kollege Engelmann will nicht ...

Zurück zum konkreten Fall: Engelmann weigerte sich also, eine eV zu beantragen, weil er sie für zu „aussichtsarm" hält. Damit nicht genug. Die Lehrlinge waren nun gezwungen, sich einen Anwalt zu suchen, der ihnen zu ihrem Recht verhilft. Darauf antwortet Engelmann mit einer glatten Erpressung: *„Eine parallele Vertretung in der Kündigungsschutzsache halte ich nicht für zweckmäßig und würde dann meine Vollmacht niederlegen ...".* Also – entweder der betroffene Kollege macht es so, wie Engelmann es wünscht, oder er legt sein Mandat nieder. Man sieht, daß die Gewerkschaftsführer ihre klassenversöhnlerische Politik auch konsequent in die Gerichte tragen: Bloß nicht auf Konfrontationskurs mit den Kapitalisten (bei Nichtbefolgung einer eV müssen die Kapitalisten z.T. nicht unerheblich blechen), sondern sich „gütlich einigen". Daß der Kollege mittlerweile ohne Ausbildung oder Arbeit ist, ist eingeplant.

Der von RA Mäffert beantragten, angeblich „aussichtsarmen" eV wurde übrigens am 23.10. stattgegeben, sodaß die Firma weiter ausbilden und beschäftigen muß.

Dies war nur ein Beispiel dafür, wie der DGB-Rechtsschutz mit den Rechten und Interessen seiner Mitglieder verfährt.

... Material wird zurückgehalten, Termine nicht bekanntgegeben...

Eine weitere geläufige Praxis ist der ständige Wechsel der Vertreter der Rechtsschutzstellen vor wichtigen Verhandlungen. Das sieht dann z. B. so aus, daß ein Vertreter dem anderen kurz vorher die Akten zuschiebt, und der hat dann keine Ahnung, worum es geht. Der Kollege ist wieder der Dumme.

Und noch ein Hammer: In mehreren Fällen ist es vorgekommen, daß die betroffenen Kollegen nicht im Besitz des vorhandenen Materials über ihren Fall waren. Einem Kollegen erging es so, daß er erst – nachdem eine mündliche Verhandlung vor Gericht bereits stattgefunden hatte – von dieser und von den vorhandenen Schriftsätzen erfuhr. Als er sich daraufhin beschwerte, bekam er die freche Antwort, daß er schon ausdrücklich beantragen müsse, wenn er über alle Termine informiert werden und alle Schriftsätze erhalten möchte.

Festzuhalten bleibt: Es ist die satzungsgemäße Aufgabe der Gewerkschaft, ihren Mitgliedern kostenlosen Rechtsschutz zu gewähren. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung der dort arbeitenden RA's, sich besonders mit den Fragen des Arbeitsrechts zu befassen, da davon die Kollegen schließlich am meisten betroffen sind. Nicht zuletzt bezahlen die Kollegen durch ihre Beiträge auch für diesen Rechtsschutz. Es ist daher notwendig, daß die Vertreter des Rechtsschutzes auf die Interessen der Kollegen verpflichtet werden und daß alle Praktiken, die gegen die Interessen der Kollegen verstoßen, veröffentlicht werden. ●

„IKAH" (Arbeiterhilfe)

Schmidt/Genscher-Besuch in Moskau: Ein neuer Meilenstein . . .

Auf Einladung der sowjetischen Führung waren Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher in der Zeit vom 28. – 31. 10. 74 in Moskau, um dort „praktische Fortschritte" in der Entwicklung der westdeutsch-sowjetischen Beziehungen auszuhandeln.
Die revisionistischen Führer der KPdSU bereiteten den Unterhändlern des westdeutschen Imperialismus einen überaus freundlichen Empfang. „Bei der Ankunft winkten einige hundert sowjetische Kinder mit schwarzrotgoldenen Fähnchen (!!)" „FR", 29. 10. 74).
Im sowjetischen Fernsehen konnten die Zuschauer 2 Tage vor dem Besuch aus Westdeutschland nach der Ausstrahlung eines Interviews mit Schmidt den vielsagenden Kommentar vernehmen: „Die Sowjetmenschen begrüßen die Ankunft des Kanzlers und geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Besuch ein neuer Meilenstein in der Entwicklung der Beziehungen wird" (Handelsblatt, 28. 10. 74).
Der Kommentator sollte Recht behalten, wie der Verlauf und die Ergebnisse der anschließenden Verhandlungen zeigten.
Abgeschlossen wurde während der Verhandlungen das dritte Erdgas-Röhren-Geschäft mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2000 (!) und die Errichtung eines Atomkraftwerkes bei Kaliningrad durch die BRD und dessen Abbezahlung mit Stromlieferungen an diese (unter Einbeziehung Westberlins).
Als weiterer „Höhepunkt" wurde ein Abkommen über „wirtschaftliche Kooperation" unterzeichnet.

Politische Erpressung ....

Von westdeutscher Seite wurde die Moskau-Reise mit den Mitteln der politischen Konfrontation und Erpressung während der letzten Monate sehr sorgfältig vorbereitet. Als politischer Kern der Differenzen wurde die „Berlin-Frage" herausgestellt, an der die BRD ein „vitales Interesse" (Schmidt) habe. Jegliche Vereinbarungen wurden zunächst von Zugeständnissen in der „Berlin-Frage" abhängig gemacht.

Noch am zweiten Verhandlungstag (29.10.) ließ die westdeutsche Delegation verlauten, Schmidt und Genscher würden *„eher nach Bonn zurückfahren ... als wirtschaftliche Kooperation ohne ein Entgegenkommen der Sowjets gegenüber Berlin ... zu vereinbaren"* („Welt", 31.10.74).

Die Differenzen in der „Berlin-Frage" bestehen formell in der Auslegung des Abkommens von 1971 über Westberlin und konkret in der Einbeziehung Westberlins in die Verträge der BRD mit osteuropäischen Staaten.

Im Westberlin-Abkommen wird das Verhältnis Westberlins zur BRD mit der schwammigen Formulierung umschrieben, daß die *„Bindungen"*, bzw. *„Verbindungen"* (sowjetische Auslegung) zwischen beiden *„weiterentwickelt"* werden dürften. Im Sommer 74 nutzten dann die westdeutschen Imperialisten diese im Grunde nichtssagenden Formulierungen, um unter Berufung auf das Abkommen mit dem Umweltbundesamt in Westberlin eine Bundesbehörde zu errichten und damit wieder einmal ihre aggressiven Absichten gegenüber Westberlin und der DDR unter Beweis zu stellen.

Westberlin ist, wie die jüngsten Ereignisse erneut zeigen, der erste Schritt im Feldzug der westdeutschen Imperialisten zur Wiederherstellung der „deutschen Einheit". Helmut Schmidt scheute sich nicht, das in den Gesprächen mit der sowjetischen Führung mit den folgenden Worten unmißverständlich deutlich zu machen:

„Das deutsche Volk hat die Hoffnung auf Wiedervereinigung in Frieden nicht aufgegeben" („Süddeutsche Zeitung", 30.10.74).

Sowohl die praktische Erpressungspolitik der jüngsten Zeit, wie auch die eindeutigen Äußerungen Schmidts und Genschers über die unvermindert aggressiven Absichten der BRD hinderten die Sowjetrevisionisten nicht daran, in der „Berlin-Frage" weitgehende Zugeständnisse zu machen, um die anstehenden Abkommen – insbesondere das über „wirtschaftliche Kooperation" – zur Unterzeichnung zu bringen. So wurde zunächst einmal die alte Breschnewsche Formel von der *„vollen Anwendung und strikten Einhaltung"* des Westberlin-Abkommens aufgewärmt, die dieser schon vor der Errichtung des Umweltbundesamtes beim Besuch in der BRD in nichtssagender Übereinstimmung mit Ex-Kanzler Brandt von sich gegeben hatte.

In dem Abkommen über wirtschaftliche Kooperation findet sich dann als Artikel 10 die folgende Passage: *„Entsprechend dem 4-Mächte-Abkommen vom 3. September 71 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt"* (Abkommen im Wortlaut nach „Welt", 1.11.74).

In dem Vertrag über die Errichtung eines Atomkraftwerkes bei Kaliningrad (früher Königsberg) und dessen Abbezahlung durch Stromlieferungen an die BRD, gelang es der westdeutschen Delegation, einen Anschluß Westberlins über eine Umkehrleitung zu erreichen. Die Stromleitung soll – vorbehaltlich noch zu führender 4seitiger Gespräche zwischen der Sowjetunion, Polen, der DDR und der BRD – über Polen und die DDR in die BRD führen und von dort zurück nach Westberlin. Eine direkte Abzweigung durch die Errichtung eines Abzweigwerkes auf dem Gebiet der DDR hatte Schmidt abgelehnt, da das die DDR zu „Störaktionen" verleiten könnte. Außerdem gestattet es die jetzt vereinbarte Umkehrleitung von bundesdeutschem Boden der BRD „erstmals seit 30 Jahren" (Schmidt) auch eigene Energie nach Westberlin zu schicken (nach „Spiegel", 45/74).

Zu alledem betonte Genscher in einer Pressekonferenz, daß bei den Verhandlungen über die noch ausstehenden Abkommen zur wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit, zum Kulturaustausch und zum Tourismus *„davon auszugehen sei"*, daß sie *„keine Diskriminierung (!) Westberlins bringen werde"* („FR", 31.10.74). In allen diesen Berlin-Passagen zeigt sich der politische Kniefall des Revisionismus zum „Nutzen und Frommen" der ökonomischen Zusammenarbeit!

Sowjetische Kooperation mit Imperialismus gedeiht prächtig

Der Handelsumsatz zwischen der BRD und der UdSSR hat sich zwischen 1971 und '73 um das 2,2-fache erhöht, wenngleich er nur rund 2 % des deutschen Außenhandels betrug („Welt", 2./3.11.74). Betrachtet man jedoch die Steigerungsrate vom 2. Quartal 73 bis zum 2. Quartal 74, die bei 57 % liegt, so ist ein deutlicher Anstieg des deutsch-sowjetichen Handels zu erkennen. Aber Handelsbeziehungen allein reichen den revisionistischen Führern nicht mehr aus. In der „Deutschen Volkszeitung" vom 24.10.74 bezeichnet Dr. G. Sokolnikow, Mitglied des „Instituts für Konjunktur" der KPdSU, den *„konventionellen Handelsverkehr"* als *„das Gestern der Wirtschaftsverbindungen zwischen den Staaten." „Heute ist das fruchtbare Funktionieren einzelner Volkswirtschaftssysteme ohne wirtschaftliche und industrielle Kooperation jeder Art und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit undenkbar."*

Mögliche Formen solcher Zusammenarbeit sind für Sokolnikow die *„gemeinsame Gründung von Industriekomplexen", „Produktionsbeteiligung auf der Grundlage einzelner Ausrüstungsarbeiten", „gemeinsame Rohstoffgewinnung und Verarbeitung"* etc.

Der von Schmidt in Moskau abgeschlossene Vertrag über die „wirtschaftliche Kooperation" bezieht Sokolnikows Vorstellungen voll mit ein und bezeichnet insbesondere die *„Erzeugung von Rohstoffen und Energie"* (Artikel 1/5) als Feld dieser Kooperation. Er konkretisiert in Artikel 6, daß die Zusammenarbeit *„insbesondere in der Einbringung von Patenten, Lizenzen, Know-how, technischer Information, neuer Technologien, der Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen, der Bereitstellung von Fachleuten (!), sowie in der Lieferung der Erzeugnisse bestehen"* kann.

Dem „Spiegel" 42/74 ist zu entnehmen, daß die Sowjetunion zur Bewältigung des erwarteten Andranges westlicher Firmen ein riesiges Handelszentrum in Zusammenarbeit mit Spezialisten der USA für knapp 300 Millionen DM (!) aus der Moskauer Erde stampfen will. Um den Kern, *„ein Hotel mit 1000 Betten, ein Appartmentsilo mit 625 Wohnungen und einem Konferenzsaal für 2000 Kongreßler"* sind *„Kindergärten und Sprotstätten, Wintergärten und Schwimmbäder, Parkanlagen und Tennisplätze"* gruppiert, *„für die Familien der Manager jener 400 Firmen aus aller Welt, die in das Handelszentrum einziehen."*

Der Artikel 8 im oben zitierten Abkommen bringt ein anschauliches Beispiel dafür, wie weit die Sowjet-Revisionisten bereit sind, ihren „internationalen Kooperationspartnern" über die Gewährung von westlichem Luxus auf Kosten des sowjetischen Volkes hinaus; in der „Herstellung und Pflege von Geschäftskontakten" „entgegenzukommen". Es heißt dort unter anderem, daß zur „Pflege" dieser Kontakte gehören:

die Anmietung von geeigneten Geschäfts- und Wohnräumen durch Organisationen und Unternehmen sowie durch deren Angestellte der einen Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei;

die Beschäftigung von Angestellten;

Reisen von Vertretern von Organisationen und Unternehmen zu Geschäftszwecken und von deren nächsten Familienangehörigen im Gastland;

die Einrichtung von Vertretungen der Unternehmen (!) der BRD und der UdSSR;

die Bildung gemischter Firmen unter Beteiligung sowjetischer Außenhandelsorganisationen in der BRD (!!)".

Imperialismus wittert seine Chance !

Einem solchen Angebot freilich müssen die Kapitalisten „erliegen". So sprach der Vertreter der Deutschen Bank in der westdeutschen Delegation, Christians, von einem *„Wiedersehen bei neuen großen Aufgaben"*, an denen *„schon gearbeitet"* werde und kündigte an, daß die künftigen Vorhaben eine Größenordnung haben werden, die an *„die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Kreditinstitute"* gehe. *„Die nächsten Abschlüsse könnten hoffentlich bald in Düsseldorf unterzeichnet werden"* („Welt", 30.10.74).

Der Vorsitzende des Krupp-Vorstandes, Ernst-Wolf Mommsen, äußerte gegenüber der „Welt" (2./3.11. 74), jetzt kämen „die Monate der Planung". Die „Welt" schreibt weiter: *„Als Ergebnis dieser Arbeit kann sich Mommsen Chemiewerke in der Sowjetunion vorstellen, Unternehmungen der Elektronik, eine neue Kraftfahrzeugfabrik, ein riesiges Holzkombinat mitten in den Wäldern Sibieriens." ... „An Explorationen für Gas, Öl und anderen Rohstoffen in Sibirien sei ebenso gedacht wie an den Bau einer Riesenraffinerie."*

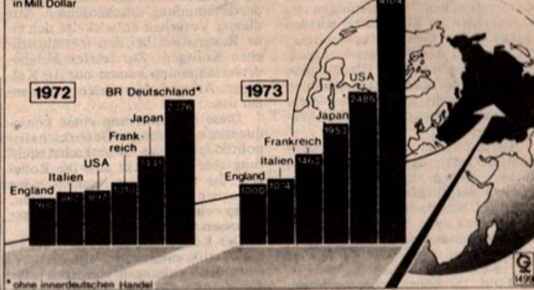
Neben den eingangs erwähnten abgeschlossenen Geschäften ist als zunächst größtes Objekt die Errichtung eines Hüttenwerkes bei Kursk durch ein deutsches Stahlkonsortium unter Federführung von Krupp konkret in Arbeit. Kreditiert wird dieses Unterfangen durch einen Bankenverbund – allen voran die „Deutsche Bank". Das voraussichtliche Finanzvolumen wird zwischen 15 – 20 Milliarden DM liegen. Die Thyssen-Rheinstahl-Technik, die bereits seit 1972 für 200 Millionen DM im Jahr Walzstahl für die sowjetische Fiat-Produktion liefert, erhielt kürzlich zudem einen 12 Millionen DM-Auftrag für 2000 Container, und soll mit Lieferungen in Höhe von 215 Millionen DM an einem noch in der Planung befindlichem Lastkraftwerk an der Kama beteiligt werden – Hauptgeschäftspartner der Sowjetunion ist bei diesem Projekt Klöckner-Humboldt-Deutz („Spiegel" 45/74).

Die westdeutschen Imperialisten sehen in der Kooperation mit der Sowjetunion vor allen anderen wirtschaftlichen Vorteilen die Möglichkeit, ihre knapper werdenden Rohstoff- und Energiequellen zu erweitern. Die zunehmend raschere bürgerliche Versumpfung der sowjetischen Politik läßt sie berechtigt hoffen, daß in der Sowjetunion auch für sie „eine enorme Reserve" steckt (Mommsen gegenüber dem „Spiegel, 44/74).

Aber ihre Kommentatoren wissen, daß es langfristig derartige *„Chancen für die deutschen Anliegen nur ... im Falle der Lockerung des sowjetischen Systems"* geben kann (so Rechtsaußen D. Cycon in der „Welt" vom 2./3.11.74), und man kann gewiß sein, daß die Imperialisten alle Möglichkeiten nutzen werden, um die Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der Sowjetunion zu forcieren – die neuen Abkommen bieten von diesen Möglichkeiten nicht gerade wenige!

... Und die DKP natürlich wieder wie gehabt !

Wie schon zur Zeit der „großen Schlacht" um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau (1970/71) rührte die DKP während der Schmidt-Reise wieder kräftig die Werbetrommel für den westdeutsch-sowjetischen Handel und Wandel. Da wurde fröhlich noch einmal das alte Märchen aufgetischt, daß *„Beziehungen zur krisenfreien Wirtschaft der sozialistischen Staaten"* dazu beitragen würden, in der BRD *„die Arbeitsplätze sicherer zu machen"* („UZ", 21.10.74). Als Beispiel werden gern die *„Kollegen von Klöckner-Humboldt-Deutz"* genannt, die durch einen sowjetischen Großauftrag (9500 Lastwagen) *„neue Arbeitsplätze fanden"*.



Obwohl der Anteil der RGW-Länder am Export der BRD mit nur 5,8 Prozent vergleichsweise bescheiden ist, liegt der westdeutsche Imperialismus im „Osthandel" klar vor seinen Konkurrenten.

Zu diesem Unsinn ist erstens zu sagen, daß die RGW-Länder weder sozialistisch noch „krisenfest" sind, wie z. B. die Ereignisse in Polen 1970 (Demonstrationen von Arbeitern gegen Preiserhöhungen) bewiesen – von einem laut DKP-Definition „sozialistischen" Land wie Jugoslawien ganz zu schweigen (eine der höchsten Inflationsraten in Europa, massenhafter Export seiner Arbeitslosenarmee in die BRD und andere imperialistische Länder).

Zweitens ist zu sagen, daß ein großer Teil des Handels und der Projekte zwischen SU und BRD über gewaltige Kredite abgewickelt wird. Diese werden, wie jeder andere Kapitalexport des Imperialismus auch, aus der westdeutschen Arbeiterklasse herausgepreßt.

Drittens macht sich jetzt schon bemerkbar, daß der BRD-Imperialismus Teile seiner Produktion in RGW-Länder verlagert (z. B. in der Form der Lizenz-Produktion), wo die Arbeitskräfte eben noch billiger zu haben sind als in der BRD, wo ein Streik kaum zu befürchten ist etc. Dazu kommt, daß heute schon z. B. Bauarbeiter aus „sozialistischen" Ländern (vor allem Rumänien) von ihren Firmen in die BRD geschickt werden und damit zu Lohndrückern gegenüber den ohnehin schon bedrohten westdeutschen Bauarbeitern werden.

Schließlich verstärkt gerade das jetzt abgeschlossene westdeutsch-sowjetische Kooperationsabkommen eher die Gefährdung von Arbeitsplätzen in der BRD, als daß es diese sichern würde, nämlich durch *„Verlagerung von Arbeit dorthin, wo Energie und Rohstoff vorhanden"* sind („Welt", 2./3.11.74) – und das heißt u. a. in die Sowjetunion.

Die DKP-„Fachleute" wissen das natürlich auch. Ihnen geht es aber darum, den „großen Bruder" Sowjetrevisionismus für den schwindsüchtigen eigenen Laden nutzbar zu machen (Motto: „Die sozialistische Sowjetunion rettet Eure Arbeitsplätze, darum wählt aus Dankbarkeit die DKP!"). Aber Lügen haben wie immer kurze Beine . Die Krise des Kapitalismus in Form von Preissteigerungen, zunehmenden Entlassungen, Einstellungsstop, Arbeitslosigkeit und seine g r u n d s ä t z l i c h e Krisenhaftigkeit läßt sich nicht wegreden.

Metallkomitee
KB / Gruppe Hamburg und
AK-Redaktion

„Empfehlung" eines skrupellosen Menschenschinders

Als Auftakt der neuen ARD-Sendereihe „Kraftproben" strahlte der Westdeutsche Rundfunk am Mittwoch, dem 14.8.74 ein TV-Porträt des westdeutschen Textilfabrikanten Alfons Müller-Wipperfürth aus. Der 63jährige Kapitalist, dessen 5500-Mann-Belegschaft in 13 in- und ausländischen Werken Herrenoberbekleidung im Gesamtwert von jährlich 400 Millionen Mark produziert, gab in einem Interview mit der WDR-Redakteurin Elke Hockert-Werner seine Ansichten über Gewerkschaften und Mitbestimmung, Mitarbeiter etc. preis.



Textil-Kapitalist Müller-Wipperfürth bekennt öffentlich Farbe: Was übrig bleibt, ist ein Schwein ... sonst nichts! – ein würdiger Vertreter seiner Klasse!

Dieses Interview bedarf keines Kommentars. Es zeigt die Skrupellosigkeit, Brutalität und manchmal sogar Perversität („Geschäft als Sport") der Kapitalisten und es entlarvt jedes Gerede von ihrem „Verantwortungsbewußtsein, von sozialem Verhalten" etc. als eine Farce

Wir zitieren im Folgenden Auszüge des Nachdruckes im „Stern", Nr. 35/1974. In Klammern gesetztes sind Anmerkungen der „Stern"-Redaktion.

Müller-W. über Arbeiterinnen in seiner Fabrik bei Monastir (Tunesien): Die sind wie Artisten, wenn sie an der Maschine sitzen. Diese Büglerin ist 14 Jahre alt und hat eine Leistung, die 50% höher ist als die jeder Büglerin in Deutschland oder Belgien.

Frage: Sie halten nichts davon, daß sich die Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisieren?

Müller-W.: Warum? Wir kommen auch so klar – besser. Mir ist es lieber,

➔

BND-Affäre – Erst ein Bruchteil der Wahrheit

Im Zusammenhang mit den „Untersuchungen" über den DDR-Agenten Guillaume haben einige „Enthüllungen" über den „Bundesnachrichtendienst" (BND) Aufsehen erregt.
Der BND hat demzufolge:

„Dossiers" über mehr als 50 Politiker, Militärs, Wissenschaftler u.a. angelegt. Darunter Barzel, Brandt, Heinemann, Erhard, von Hassel, Kiesinger, Lübcke, Mende, Ollenhauer, Strauß, Stoltenberg und Wehner. Als Ergebnis einer intensiven Bespitzelung waren hier auch solche Details festgehalten wie etwa, daß der frühere Kanzler Erhard am späten Abend den Whisky aus der Flasche trank ...

Einige Dutzend Journalisten auf seinen Lohnlisten geführt und sie für ihre Dienste als Spitzel und agents provocateurs mit Honoraren bis zu 15.000 DM monatlich entschädigt. Auch der jetzige Bonner Büroleiter von Springers „Bild" soll in den Diensten des BND gestanden haben („Hamburger Morgenpost", 30.5.74). Van Nouhuys, Redaktionsdirektor der „Quick" (die ständig antikommunistische Lügen aus geheimdienstlichen Quellen kolportiert), behauptete gar, *„gut zehn Dutzend der führenden Journalisten"* der BRD hätten *„Sonderverbindungen mit dem BND"* – nicht ohne hinzuzufügen, daß er das für *„ehrenhaft"* hält.

Rüstungsgeschäfte in Millionenhöhe betrieben. Dazu bediente er sich Firmen wie der „Radio A.I.R." in der Mainzer Landstraße 85/87 in Frankfurt und der „Merex" in Bonn („Frankfurter Rundschau", 23.10.74); Der BND verschob auch Waffen in „Krisengebiete". Zu seinen Aktivitäten gehört auch die Unterstützung des faschistischen Putsches in Indonesien 1965 durch Waffenlieferungen.

Diese „Enthüllungen" (die z.B. den revisionistischen Westberliner „Extradienst" zu der Illusion veranlassen, die SPD-Führung wolle jetzt vielleicht *„in dieser politisch-kriminellen Dreckzone für etwas mehr Transparenz sorgen"*) sind indessen wohlkalkuliert und größtenteils auch keineswegs neu.

Die Geschichte mit den „Dossiers" z.B. war schon zumindest seit Anfang der 70er Jahre bekannt, als Ehmke (als damaliger Kanzleramtschef verantwortlich für den BND) die Verbrennung dieser Dossiers anordnete.
(als damaliger Kanzleramtschef verantwortlich für den BND) die Verbrennung dieser Dossiers anordnete.
Daß Journalisten für den BND arbeiten, ist auch nicht gerade sensationell. Über den Waffenhandel des BND konnte man spätestens 1971 im „Spiegel" lesen.

Wenn diese „Enthüllungen" jetzt von der SPD noch einmal lau aufgewärmt werden, wenn angeblich eine Liste mit Namen von 14 Journalisten-Agenten kursiert etc., dann in erster Linie als Warnung an die CDU/CSU und die reaktionärsten Teile des Staatsapparates, es mit ihrer Polemik gegen die SPD in Zusammenhang mit Guillaume nicht zu wild zu treiben. Darüberhinaus handelt es sich sicher auch um einen Bestandteil des Konkurrenzkampfes zwischen, in und um die Geheimdienste der BRD, der seit deren Gründung im Gang ist.

Für diesen Zusammenhang ist es bezeichnend, daß z.B. die Anlage der „Dossiers" nicht etwa „grundsätzlich" angegriffen wird, sondern nur mit dem formalen Argument, daß das ja nicht Sache des BND sei (der sich nur mit „Auslandsaufklärung" befassen soll), sondern des „Bundesamtes für Verfassungsschutz" (BfS). Daß der BND die Gespräche einiger SPD-Führer mit Vertretern der italienischen „KP" 1967 belauschte, wird auch nur zum Gegenstand eines formalen Hickhacks gemacht (wobei der BND darauf verweist, daß die Gespräche in Italien stattfanden, also in den Bereich „Auslandsaufklärung" fallen), ohne daß die politische Ungeheuerlichkeit dieses Vorgangs kritisiert wird.

Die SPD-Führung wird sich auch hüten, mit ihren „Enthüllungen" allzu weit vorzudringen, da sie in einer möglichen großen Affäre um die Geheimdienste des BRD-Imperialismus selbst bis zur Halskrause stecken würde. So ist auch schon gesichert, daß den „Enthüllungen" (z.B. über den Waffenschmuggel) nicht näher nachgegangen wird, und daß es keine Verfahren gegen die beteiligten BND-Leute geben wird. Angeblich verbietet das „nationale Interesse" eine Aufdeckung von belastenden Einzelheiten ..

BND – Hitlers Erbe

Der BND wurde seit Ende 1946, zunächst als „Organisation Gehlen", von Nazi-Generalmajor Reinhard Gehlen aufgebaut. Gehlen war während des Krieges Chef der Abteilung „Fremde Heere Ost" (FHO), die in engem Zusammenhang zum „Reichssicherheitshauptsamt" (RSHA – die Zentrale der SS) und zum „Sicherheitsdienst" (SD) der SS stand. Aufgabe der FHO war es, die sowjetische Armee auszuspionieren, Banden antikommunistischer Russen zu organisieren und zu leiten, Anschläge hinter der Front zu verüben. Gehlens Stellvertreter war Nazi-Oberstleutnant Gerhard Wessel – seit 1967 als Nachfolger von Gehlen Chef des BND ...
vertreter war Nazi-Oberstleutnant Gerhard Wessel – seit 1967 als Nachfolger von Gehlen Chef des BND ...

Mit zahlreichen Koffern voll Spionagematerial über die Sowjetunion und einem Trupp von FHO-Leuten baute Gehlen dann nach dem Krieg den „neuen" Geheimdienst des BRD-Imperialismus auf – zunächst im Auftrag der US-Imperialisten, dann zunehmend unter direkter Kontrolle des westdeutschen Staates und seit 1955 schließlich offiziell als BND. Spätestens seit 1950 zog er auch in großer Zahl alte „Fachleute" von SS, SD und Gestapo in seine „Organisation Gehlen" hinein.

Der BND entfaltete in der ersten Hälfte der 50er Jahre seine Wühltätigkeit vor allem in der DDR, wo er einige hundert Agenten unterhielt: dieses Netz wurde jedoch 1953 bis 56 weitgehend zerschlagen. Der BND organisierte Anfang der 50er Jahre die Einschleusung von baltischen Emigranten (Letten, Littauer und Esten) zu Terroraktionen in die Sowjetunion. Ebenso befaßte sich der BND im Laufe der Zeit auch mit Polen, der CSSR und Ungarn.

Während des Korea-Krieges verstärkte der BND das Aufspüren und Bespitzeln „unzuverlässiger Elemente" in der BRD. Im „Ernstfall" sollten diese nach vorbereiteten Listen „in Schutzhaft genommen" werden. Auf diese Liste kamen automatisch die dem BND bekannten Mitglieder der KPD. Auf der Liste standen aber auch die damaligen SPD-Führer Ollenhauer, Wehner, Heinemann. Angeblich wurde diese „Inlandaufklärung" Mitte der 50er Jahre eingestellt – tatsächlich gibt es aber, außer den erwähnten „Dossiers" – weitere zahlreiche Beweise über ihre Fortführung. Der BND bespitzelte z.B. noch mindestens Anfang der 60er Jahre u.a. Professoren, Pfarrer usw. und notierte als „verdächtig", wenn sich die „observierten" Personen etwa für die friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion aussprachen.

Ende der 50er Jahre wurde das Aufgabengebiet des BND offiziell auf die „Aufklärung der Krisengebiete in aller Welt" ausgedehnt. So nahm der BND über in seinen Diensten stehende SS- und SD-Leute Kontakt zu alten Faschisten auf, die nach dem Krieg nach Argentinien, Brasilien, Paraguay oder Chile geflüchtet waren. Ebenso wurden Kontakte zu alten Faschisten in den arabischen Ländern hergestellt. Der BND unterhielt bald besonders gute Kontakte zum ägyptischen Geheimdienst. Das hinderte ihn allerdings nicht, eng mit den israelischen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten.

So wurde u.a. der 1965 in Ägypten aufgeflogene israelische „Meisterspion" Lotz in der BRD für seinen Einsatz ausgebildet. Zahlreichen Regimes (Indonesien, Saudiarabien, Kongo, Iran, Afghanistan u.a.) war der BND bei der Formierung und Ausbildung ihrer Geheimdienste behilflich.

SPD und Geheimdienste

SPD und Geheimdienste

In der Zeit des Regierungsmonopols der CDU/CSU waren die Geheimdienste vor allem ein Instrument dieser Partei. Insbesondere hatte Adenauer den BND eng an sich und an das Kanzleramt gebunden. Kanzleramtschef und damit für den BND verantwortlich war damals Globke, unter der NS-Diktatur Kommentator der faschistischen „Rassengesetze", mit denen der Völkermord an den Juden vorbereitet wurde, und Referent für Staatsangehörigkeitsfragen im NS-Außenministerium.

Indessen hatte auch die SPD-Spitze Kontakt zu den „Diensten". So in den 50er Jahren Erler zum BND, der ihm mit Meldungen aus der DDR und Bespitzelung von SPD-Mitgliedern gefällig war. Das „Ostbüro" der SPD war eine Zentrale für Spionage und Provokationen gegen die DDR. Der Leiter des „Ostbüros", Bärwald, Verfasser von antikommunistischen „Analysen" und Pamphleten, war Agent des BND. Inzwischen ist er zur CDU übergetreten. Das „Ostbüro" konnte sich Anfang der 50er Jahre noch auf ein Netz sozialdemokratischer „Zellen" in der DDR stützen, die für Spionage und Provokationen eingespannt wurden.

Der heutige Präsident des „Bundesamtes für Verfassungsschutz" (BfV), Nollau (SPD), soll schon Anfang der 60er Jahre (als er noch Leiter der Abteilung III – „Linksradikalismus" – im BfV war) in engem Kontakt zu Wehner gestanden und ihn mit Meldungen über SPD-Mitglieder bedient haben.

Mit dem Regierungsantritt der SPD (Ende '66 Große Koalition, 1969 SPD/FDP-Koalition), dem das Scheitern der CDU-Politik vorausging („Kalter Krieg" usw.), vollzogen sich auch in den Geheimdiensten Veränderungen. Gehlen wurde 1967 durch Wessel abgelöst. Sein Stellvertreter wurde der Geschäftsführer der Hamburger SPD, Dieter Blötz. Von ihm heißt es, daß sein Kontakt zum BND schon früher sehr eng gewesen sei. Einige hohe BND-Kader wurden durch SPDler abgelöst; andere traten zurück und versuchen mit Hilfe der CDU/CSU und der Springerpresse ihr Comeback vorzubereiten.

Eines ihrer Ziele haben sie bereits erreicht: der damalige Kanzleramtschef Ehmke, verantwortlich für die „Reform" des BND, wurde nach dem Rücktritt Brandts nicht in die neue Regierung übernommen – nachdem vor allem die Springerpresse ständig gegen Ehmke polemisiert hatte.

Im BfV machte Wehner-Freund
vor allem die Springerpresse ständig gegen Ehmke polemisiert hatte.
Im BfV machte Wehner-Freund
Nollau Karriere. 1967 wurde er Vizepräsident des BfV, 1970 Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit" im Innenministerium. Im Mai 1972 wurde er Chef des BfV. Nollau ist seither Zielscheibe für Angriffe der CDU/CSU, Springerpresse, „Quick" etc.

Im Mai 1974, in dem durch die „Aufdeckung" Guillaumes aufgeheizten Klima, sollte Nollau als Agent der DDR in Verdacht gebracht werden. Ein entsprechender Artikel wurde von der Zeitung „Capital" angekündigt. Angeblich stützte sich dieser auf eine Studie des CIA. Tatsächlich handelte es sich um ein plumpes Machwerk ultrarechter BND-Leute (bzw. ehemaliger BND-Leute).

Als Vermittler der Fälschung gegenüber „Capital" (laut „Hamburger Morgenpost", 24.6.74) trat Joachim Müller-Raabe auf – während des Krieges bei der faschistischen „Abwehr" (Gegenspionage), bis 1954 (?) Agent des CIA, *„ein Mann mit besten Kontakten zu hohen und höchsten Personen in der CDU/CSU"* („Mopo"), Freund des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU Leo Wagner.

Dieses Machwerk konnte natürlich schnell als Fälschung entlarvt werden, was aber der Kampagne gegen den SPD'ler Nollau keinen Abbruch tat. Strauß erklärte *„Die Bedenken gegen Nollau bleiben"* („Bild", 27.5.). Springerpresse und CDU/CSU blieben am Ball: *„Herr Nollau muß abgelöst werden."* (BamS, 19.8.), *„CDU: Nollau muß sofort zurücktreten."* („Hamburger Abendblatt", 12.9.), *„Wird jetzt Abwehrchef Nollau geschlachtet?"* („Bild", 12.9.).

Ende September forderte der Vorsitzende der Länderinnenministerkonferenz, Heinz Schwarz (CDU), ebenfalls den Rücktritt Nollaus. Als Gründe werden abwechselnd angeführt: Nollau habe „Fluchthelfer"-Listen weitergegeben, er habe den VS „für parteipolitische Zwecke der SPD mißbraucht", Akten an die SPD weitergegeben, Brandt nicht umfassend über den Verdacht gegen Guillaume informiert...

Kampagnen wie diese, aber auch die lauen „Enthüllungen" der SPD, sind klarer Teil eines Konkurrenzkampfes auch um diesen Teil des Staatsapparates. Auch auf diesem Gebiet hatte es die SPD zeitweise übernommen, den bürgerlichen Staatsapparat unter dem demagogischen Motto der „Inneren Reformen" auszubauen, effektiver zu machen und von Ballast zu befreien.

Heute dagegen dringt die CDU/
bauen, effektiver zu machen und von Ballast zu befreien.
Heute dagegen dringt die CDU/
CSU, die ihre ausgezeichneten Verbindungen zu den „Diensten" natürlich nie verloren hat, auch auf diesem Gebiet vor und will ihren Einfluß wieder ausweiten.

Geheimdienste – ein besonders gefährlicher Teil des bürgerlichen Staates

In den letzten Monaten haben sich die Beweise für die Beteiligung des CIA an dem faschistischen Putsch in Chile ergeben. Präsident Ford hat offen erklärt, daß es die Pflicht des CIA sei, sich im „nationalen Interesse" des US-Imperialismus in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, reaktionäre und faschistische Kräfte zu unterstützen, Putsche vorzubereiten usw. Auch der faschistische Putsch auf Zypern zeigte die Handschrift des CIA.

In Italien überschlagen sich „Enthüllungen" über die konterrevolutionäre, putschistische Rolle des Geheimdienstes SID. Sein früherer Chef Micelli mußte Anfang November verhaftet werden. Einer seiner Vorgänger, De Lorenzo, hatte schon 1964 einen faschistischen Putsch geplant.

Die Rolle der BRD-Geheimdienste ist nicht so offensichtlich, da sich die Klassenkämpfe (und folglich die Neigung der Bourgeoisie zu offen faschistischen „Lösungen") auf niedrigerem Niveau als in Italien bewegen und – was die Tätigkeit im Ausland angeht – der Einfluß des BRD-Imperialismus natürlich nicht mit dem der USA mithalten kann.

Was bisher bekannt geworden ist – Anlage von „schwarzen Listen" gegen „unzuverlässige Elemente" für deren Verhaftung „im Ernstfall", Anlage von „Dossiers" über bürgerliche Politiker, Unterstützung von Terroraktionen gegen die Sowjetunion u.a., Unterstützung des faschistischen Putsches in Indonesien 1965 durch Waffenlieferungen – gibt allerdings schon ein deutliches Bild, das eine kleine Vorstellung von den noch nicht bekannt gewordenen Aktivitäten der BRD-Geheimdienste nach innen und außen geben kann.

Für dieses Instrument der Bourgeoisie gilt in besonderer Weise, daß das revolutionäre Proletariat den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen muß! ●

BND und italienische Faschisten

Auf Anfrage des Abgeordneten Lambinus wurde im Bundestag dementiert, daß es Kontakte zwischen italienischen Faschisten und der Bundeswehrschule für psychologische Verteidigung in Euskirchen gegeben habe.

Es sei „lediglich" im Herbst 1969 eine „Gruppe von neun italienischen Journalisten" auf Vermittlung der deutschen Botschaft in Rom in die BRD eingeladen worden. Diese Gruppe habe in der Zeit vom 20. bis 25. Oktober 1969 u.a. auch die Bundeswehrschule für Innere Führung in Koblenz besucht.

In dieser „Journalistengruppe" waren – wie im Bundestag zugegeben wurde – zumindest drei Faschisten (über die übrigen sechs wurde nichts gesagt), nämlich:

- Pino Rauti von der profaschistischen Tageszeitung „Il Tempo" („Die Zeit"),
- Guido Giannettini von der Armee-Zeitschrift „Rivista militare",
- Gino Ragno von der profaschistischen Zeitung „Lo Specchio" („Der Spiegel").

Diese drei „Journalisten" übten in Wahrheit allenfalls eine „journalistische Nebentätigkeit" aus.

- Pino Rauti war von 1957 bis November 1969 Führer der rechtsradikalen Terrorgruppe „Ordine nuovo" und trat dann in die neofaschistische Partei MSI ein. Er geriet in Verdacht, an der Planung der „strage di stato" (Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank am 12. Dezember '69 – anderthalb Monate nach der BRD-Reise; 16 Tote!) beteiligt gewesen zu sein. Er wurde verhaftet, dann aber wieder freigelassen. Heute ist er Abgeordneter der MSI im Parlament.
- Guido Giannettini ist „hauptberuflich" Agent des italienischen Geheimdienstes SID. Auch er ist, ebenso wie Rauti, verdächtig, an der Vorbereitung der „strage di stato" beteiligt gewesen zu sein.

Noch als – zu Beginn dieses Jahres – endlich Haftbefehl gegen Giannettini erlassen wurde, zahlte der SID ihm weiter sein Honorar (G. hielt sich damals in Paris auf). Giannettini ist inzwischen im Knast; auf seine „Enthüllungen" ging auch die Kenntnis über seinen Aufenthalt in der BRD zurück, die Anlaß der Anfrage im Bundestag war.

- Gino Ragno kandidierte 1972 für die MSI. Er ist Vorsitzender einer „Gesellschaft für deutsch-italienische Freundschaft", die das rechteste von mehreren konkurrierenden Unternehmen mit ähnlichem Namen ist. Die BRD arbeitet deshalb – laut Presseberichten – mit dieser Gesellschaft nicht zusammen.

Die Gesellschaft behauptet allerdings, Franz Josef Strauß zu ihren illustren Mitgliedern zu zählen!

Es ist demnach ein Hohn, die Reise dieser Leute in die BRD als eine journalistische Studienreise verkaufen zu wollen! Den verantwortlichen Stellen der BRD dürfte sowohl Giannettinis Tätigkeit für den SID als auch die Rolle von Rauti als Führer der „Ordine nuovo" bekannt gewesen sein. Man kann also annehmen, daß diese Faschisten nicht etwa trotzdem, sondern vielmehr deswegen eingeladen wurden (wobei es noch interessant wäre, wer die anderen sechs „Journalisten" waren?). Weiter kann man annehmen, daß die Rolle der deutschen Botschaft in Rom bei dieser Einladung vielleicht nicht ganz so groß war wie z.B. die von F.J. Strauß, der es ja schon immer bedauert hat, daß es in der BRD keine Partei wie die MSI gibt, und dessen rechtsradikaler „Bayernkurier" sich verschiedentlich für die MSI stark gemacht hat.

Es bleibt also die Frage offen, in welcher Beziehung diese Reise möglicherweise zur faschistischen Bombenstrategie allgemein und zur „strage di stato" im Besonderen gestanden hat. Es bleibt weiter die Frage offen nach dem Wahrheitsgehalt einer weiteren Behauptung Giannettinis: daß der italienische Polizeikommissar Calabresi (der im Mai 1972 vor seinem Haus erschossen wurde) vom BND „beseitigt" worden sei, da er einem umfangreichen Waffenschmuggel auf der Spur war, und daß der Faschist Nardi (den die italienische Polizei des Mordes verdächtigt und sucht) ein Agent des BND sei ... ●

Forts. Menschenschinder

wenn die Leute nicht gelenkt werden. Wenn die hier (in Tunesien) streiken, werden sie bestraft. Da brauch' ich nur noch die Gendarmerie anzurufen oder das Arbeitsamt oder den Gouverneur – dann ist Feierabend ...

Frage: Ist das ein Grund für Sie, daß Sie hierher gekommen sind?

Müller-W.: Ja, sicher. Der Hauptgrund ist, daß wir gute Arbeitskräfte hier haben.

Frage: Wenn Sie schwangere Arbeiterinnen haben, wie lange arbeiten die dann noch?

Müller-W.: Wir haben einen Fall hier gehabt, die hat bis zwei Stunden vorher (vor der Niederkunft) gearbeitet ... Aber hier haben die Leute Angst, daß sie ihre Stellung verlieren. Wenn sie Mutterschutz in Anspruch nehmen, könnten sie wahrscheinlich kaum was vom Staat bekommen. Der Unternehmer braucht nichts zu bezahlen.

Frage: Die Arbeiterinnen haben sich beschwert, daß sie drei Tage nicht arbeiten kommen dürfen, wenn sie zu spät kommen oder wenn sie singen?

Müller-W.: Wenn hier ... vier oder fünf Mann fehlen, ist das ein Produktionsausfall von ca. 100 bis 120 Hosen ... Und mit der Singerei ist das auch was anderes, die singen nicht, die tanzen. Und das dauert dann stundenlang. Ehe man die wieder auf Schwung hat, sind auch wieder ein paar Stunden vergangen.

Frage: Die können also drei Tage nicht arbeiten?

Müller-W.: Nein, die werden drei Tage nach Hause geschickt. Das machen alle (Unternehmer) hier – und unbezahlt. Arbeitskräfte gibt es in rauhen Mengen hier .

Frage: Was reizt Sie am meisten? Ist es das Geld oder was sonst?

Müller-W.: Geld, das ist relativ. Man kann ja nur normal leben. Sie können nicht mehr als ein Schnitzel essen ... Ich betrachte das Geschäft, das Arbeiten als Sport.

Frage: Sind Sie heute mit den deutschen Steuerbehörden ausgesöhnt, und ist da keine Steuerschuld mehr übrig?

Müller-W.: Was heißt ausgesöhnt?

Frage: Steuerschulden stehen nicht mehr an?

Müller-W.: Nein.

Frage: Und wieviele mußten Sie nachzahlen?

Müller-W.: Das war nicht so viel, wie sie (die Finanzämter) haben wollten, auf jeden Fall. Sie haben ungefähr ein Viertel bekommen von dem, was sie (Steuerschuld) ermittelt haben oder ausgerechnet haben ... Steuern sind relativ. Steuern lassen sich steuern.

Frage: Wo sehen Sie den Grund für Ihren Erfolg?

Müller-W.: Erfolg kann man das nicht nennen.

Frage: Sondern?

Müller-W.: Das ist erst der Anfang. Da ist noch viel mehr zu machen! ●

Eine HDW-Lehrlingszelle
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Wahlen Hessen

Umschwung in den Städten

In den großen- und mittleren Städten Hessens und Bayerns – bisher größtenteils Hochburgen der SPD – erreichten CDU und CSU überdurchschnittliche Erfolge. Umgekehrt mußten SPD und FDP ebensolche Verluste, hinnehmen.

SPD-Verluste und CDU/CSU-Gewinne bei Landtagswahlen (LW) und Kommunalwahlen (KW) in diesem Jahr (die Bürgerschaftswahl in Hamburg entspricht einer LW).

	SPD	CDU bzw. CSU
LW Hamburg	- 10,4%	+ 7,8%
KW Rheinland-Pfalz	- 5,7%	+ 7,8%
KW Schleswig-Holstein	- 7,9%	+ 7,7%
KW Saarland	- 0,1%	+ 10,6%
LW Niedersachsen	- 3,2%	+ 3,1%
LW Hessen	- 2,7%	+ 7,6%
LW Bayern	- 3,1%	+ 5,7%

Die nächsten anstehenden Landtagswahlen sind am 9.März nächsten Jahres in Rheinland-Pfalz (CDU-regiert), am 13.April in Schleswig-Holstein (CDU-regiert) und am 4.Mai in Nordrhein-Westfalen (SPD-regiert).

München hatte bisher eine solide SPD-Mehrheit von 47,6 % (bei 8,7 % für die FDP) gegenüber 39,6 % für die CSU. Das Wahlergebnis hat diese Verhältnisse jetzt umgedreht: Bei gleicher Stärke der FDP (8,8 %) ist jetzt die CSU mit 48,2 % stärkste Partei vor der SPD mit nur noch 40,3 %. Die CSU konnte in allen elf Stimmbezirken die SPD schlagen. Dazu Strauß: „Eine Art Götterdämmerung" in der Landeshauptstadt. – In Regensburg ist das Bild ähnlich.

Auch in Nürnberg ist jetzt die CSU stärkste Partei geworden (45 %). Trotz gleichbleibender Stärke der SPD (42,1 % gegenüber 42 % 1970), konnte die CSU sich an Stimmgewinnen von FDP und NPD mästen. Die FDP erreichte nur noch 9,6 % gegenüber 15,4 % 1970.

Bis auf den Wahlkreis Fürth (Stadt) und zwei (von fünf) Wahlkreisen in Nürnberg, ist die CSU in allen Wahlkreisen Bayerns stärkste Partei geworden.

In Hessen hat sich in den Städten eine ähnliche Tendenz – die sich übrigens schon bei den Hamburger Landtagswahlen deutlich zeigte! – wie in Bayern durchgesetzt. So konnte die CDU z.B. erstmals sieben wie in Bayern durchgesetzt. So konnte die CDU z.B. erstmals sieben von acht Frankfurter Wahlkreisen für sich erobern!

In Hessen gibt es 59 Städte. Davon stellte die SPD vor den letzten Landtagswahlen Mehrheiten in insgesamt 40, die CDU bloß in 19 Städten. Bei diesen Wahlen verlor die SPD Mehrheiten in 27 Städten an die CDU, die ihre alten 19 Hochburgen noch ausbauen konnte. Die CDU ist jetzt stärkste Einzelpartei in 46 hessischen Städten, die SPD nur noch in 13.

Auch in diesen 13 Städten mit SPD-Mehrheiten hat die CDU z.T. noch beträchtliche Gewinne verzeichnen können. In nur zwei Städten gelang der SPD ein Ausbau ihrer alten Mehrheits-Positionen, nämlich in Offenbach um 0,8 % auf insgesamt 49,8 % und in Mühlheim (Main) um 0,3 % auf 48,8 % (bei gleichzeitigen CDU-Gewinnen um 6,2 % auf 47,5 %).

In folgenden Städten hat die SPD ihre bisherigen Mehrheiten an die CDU verloren:

Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Marburg, Gießen, Wetzlar, Hanau, Neu-Isenburg, Friedberg, Butzbach, Grebenhain, Laubertal, Schwalbach, Hattersheim, Ulrichstein, Alsfeld, Schlitz, Dietzenbach, Bad Vilbel, Eschborn, Bruchköbel, Karben, Büdingen, Weilrod, Bergen-Enkheim, Maintal, Friedrichsdorf.

Dazugewonnen hat die CDU z.B.: in Frankfurt 9,5 %, in Wiesbaden 8,1 %, in Darmstadt und Gießen jeweils 7,7 %, in Wetzlar gar 9,6 % und in Hanau 7 %.

Ein interessantes Ergebnis zeigt die Statistik, was die Kommentatoren der bürgerlichen Presse überall vermauschelt haben, da sie bemüht waren, das Wahlergebnis pauschal als „Absage der Wähler an sozialistische Experimente" der SPD zu interpretieren:

Gerade in den großen hessischen Städten waren die Verluste der FDP an die CDU oft weit höher als die der SPD an die CDU:

So büßte die FDP in Frankfurt 6,1 % (!) an Stimmen ein, die SPD nur 1,7 %. In Kassel verlor die FDP 4 % (die SPD 1,7 %). Weitere Einbussen der FDP: Darmstadt 5 % (SPD: 1,2 %), Gießen 4,3 % (SPD: 1,4 %).

Die Wahlergebnisse bayrischer Großstädte zeichnen ein ähnliches Bild: In Erlangen verlor die FDP 6,1 %, die SPD dagegen bloß 1,4 %.– In Nürnberg verlor die SPD sogar nur 0,1 % der Stimmen bei gleichzeitigen FDP-Verlusten von 5,8 %.

Im hessischen Landesdurchschnitt konnten die CDU zwar gleichermaßen der SPD und der FDP je 2,7 % der Stimmen abjagen (die zusammen mit den Verlusten der NPD fast überall exakt den Zugewinn der Dregger-Partei ausmachen). Doch bei der kleinen FDP wiegt dieser Verlust – relativ zum Gesamtergebnis der Partei natürlich viel stärker. So hat die SPD in Hessen nur etwa jeden zwanzigsten ihrer Wähler von 1970 verloren, die FDP dagegen jeden vierten!!

Hierfür stehen u.E. vor allem zwei Bedingungen. Einmal die allgemeine reaktionäre Offensive des westdeutschen Kapitals, die naturgemäß in den Wählerschichten der FDP – Kleinbürgertum, Intellektuellenkreise – stärker verfängt, als in der Arbeiterklasse, die auch in dieser Wahl wieder im wesentlichen für die SPD votierte. Eine weitere Bedingung für die relativ hohen Verluste der FDP dürfte das innerorganisatorische „Klima", der im letzten Jahr stark nach rechts gesteuerte Kurs, die Profilierung gegen sozialdemokratische „Reform"unternehmungen, also die Hetze gegen „sozialistische" Experimente, „übertriebene" Reformen u.ä. sein. Für diesen Kurs tragen solche Führer wie Genscher und Weyer die Verantwortung, die offenbar keine Mühe scheuen, die FDP wieder auf den Kurs von Mende und Zogelmann zu bringen. Genscher, Weyer u.a. übernehmen zunehmend die Rolle von Zutreibern zur CDU/CSU, in dem sie zum einen deren demagogische „Kritik" an der SPD teilen und zum anderen alle „Reformen", mit denen sich die SPD gern herausgeputzt hätte, sabotieren, verwässern etc. („Mitbestimmung", BVG, § 218 etc.).

Wahlgewinne und -verluste in einigen der größten Städte Hessens, in denen die SPD bei den vorangegangenen Landtagswahlen noch die Mehrheit hatte. In Klammern darunter das jeweilige Ortsergebnis bei der diesjährigen Wahl. Beide Angaben in %. (Bei „KPD" und KBW ist nur jeweils eine Zahl angegeben, da sie erstmals kandidierten.)

	SPD	CDU	FDP	NPD	DKP	KPD	KBW	
Landesdurchschnitt	- 2,7	+ 7,6	- 2,7	- 2,0	- 0,3			
	(43,2)	(47,3)	(7,4)	(1,0)	(0,9)	(0,1)	(0,1)	
Frankfurt	- 1,7	+ 9,5	- 6,1	- 1,8	- 0,5			Die CDU hat die
	(40,9)	(46,5)	(9,4)	(1,3)	(1,0)	(0,3)	(0,4)	Mehrheit errungen
Wiesbaden	- 3,1	+ 8,1	- 2,3	- 2,0	- 0,7			Die CDU hat die
	(43,7)	(47,5)	(9,9)	(1,0)	(0,6)	(o,1)	(0,3)	Mehrheit errungen
Kassel	- 1,7	+ 7,3	- 4,0	- 1,3	- 0,6			SPD verlor absolute Mehr-
	(49,2)	(39,9)	(8,9)	(0,7)	(0,8)	(0,3)	(0,2)	heit, blieb aber stärkste Partei
Darmstadt	- 1,2	+ 7,7	- 5,0	- 1,7	- 0,5			CDU hat die Mehrheit
	(42,6)	(44,2)	(10,6)	(1,1)	(0,8)	(0,4)	(0,4)	errungen.
Offenbach	+ 0,8	+ 0,6	- 0,9	- 1,6	+ 0,1			SPD blieb stärkste Partei
	(49,8)	(36,8)	(9,5)	(0,7)	(2,2)	*	*	und erreichte sogar kleinen Zugewinn
Gießen	- 1,4	+ 7,7	- 4,3	- 2,0	- 0,5			CDU hat die Mehrheit
	(40,1)	(47,1)	(10,0)	(1,1)	(1,2)	(0,2)	(0,2)	errungen
Wetzlar	- 3,7	+ 9,6	- 3,8	- 2,0	- 0,7			CDU hat die Mehrheit
	(42,3)	(45,6)	(9,8)	(1,0)	(0,7)	(0,3)	(0,3)	errungen
Rüsselsheim	- 4,1	+ 7,1	- 1,2	- 1,8	- 0,4		nicht	SPD behielt trotz Verluste
	(51,9)	(38,2)	(7,1)	(1,4)	(1,0)	(0,4)	kand.	die absolute Mehrheit
Hanau	- 2,7	+ 7,0	- 2,0	- 1,7	- 1,0			CDU hat die Mehrheit
	(42,5)	(47,4)	(7,4)	(1,0)	(1,3)	(0,4)	(0,0)	errungen

Bei den mit einem * gekennzeichneten Lücken konnten wir keine Angaben finden. Die Ortsergebnisse sind im übrigen nicht identisch mit den Ergebnissen von einzelnen Wahlkreisen: Frankfurt ist z.B. in acht Wahlkreise eingeteilt, Wiesbaden in drei usw.

Bemerkenswert an dieser Übersicht ist, daß die CDU in vielen der größeren Städte Hessens einen Stimmengewinn erzielt hat, der über dem Landesdurchschnitt der CDU-Gewinn liegt: Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt Gießen und Wetzlar. Gleichzeitig war es zumeist die FDP, die hier die größten Verluste (über ihrem Landesdurchschnitt) einbüßte: Frankfurt, Kassel, Darmstadt, Gießen und Wetzlar. Die Verluste der SPD sind dagegen nicht ganz so eindeutig auf die größeren Städte konzentriert. Überdurchschnittlich verlor die SPD nur in Wiesbaden, Wetzlar und Rüsselsheim; während sie in Frankfurt, Kassel, Darmstadt und Gießen insgesamt weniger als im Landesdurchschnitt verlor, und in Offenbach sogar ein kleines Plus erhielt.

Interessant ist ferner, daß auch die DKP gerade in den größeren Städten überdurchschnittliche Verluste einstecken mußte (bis auf Offenbach). Daß hingegen die hier aufgeführten Ortsergebnisse von „KPD" und KBW über ihrem Landesdurchschnitt liegen, hängt einfach damit zusammen, daß „KPD" und KBW nicht überall kandidiert haben, ihr Gesamtergebnis (Landesdurchschnitt) aber auf alle abgegebenen Stimmen im Land berechnet wird. Der KBW kandidierte in 19 von 55 Wahlkreisen und erhielt dort insgesamt 2.734 Stimmen. Die „KPD" kandidierte in 22 Wahlkreisen und erhielt insgesamt 4.152 Stimmen – beides rechnet noch zu 0,1%. Wenn man nur die 16 Wahlkreise auszählt, in denen sowohl KBW als auch „KPD" kandidierten, so ergibt sich auch hier, daß die „KPD" mehr Stimmen erhielt (nämlich 2.651) als der KBW (2.320).

Da ein solcher Kurs von Dregger, Strauß & Konsorten glaubhafter repräsentiert wird, dürften viele „liberale" Wähler diesem reaktionären Programm – ohne Umweg über die FDP – direkt, also der CDU/CSU ihre Stimme gegeben haben.

Dregger – ein „neuer Göbbels"

Die pro-faschistische Gesinnung des Bayern Strauß ist allgemein bekannt. Auch seine letzten Tiraden als Star auf der Frankfurter CDU-Großveranstaltung, können Strauß-Kenner kaum noch verblüffen (Extatisch brüllte er seine Forderungen in die Herzen – nicht Hirne! – seiner Zuhörer, z.B. die *„roten Ratten"* in *„ihre Löcher"* zu treiben usw. – und was der Bajuware alles zu „roten Ratten" rechnet, hat er oft genug zum Besten gegeben: außer der revolutionären und reformistischen Linken auch den größten Teil der SPD, der Gewerkschaften usw. ...)

Strauß ist kein „Einzelfall", nicht der „bajuwarische Sonderling", wie das von SPD-Führern gern im Rahmen ihrer Ehrenrettung für „eine große demokratische Partei", die CDU/CSU, erklärt wird. Strauß ist Programm der äußersten Reaktion des westdeutschen Imperialismus, der expansivsten und aggressivsten BRD-Monopole, der am meisten verhetzten Teile des Kleinbürgertums, der moralichen Verrohung, religiösen Verfinsterung, des Chauvinismus, Nationalismus und Antikommunismus in seiner faschistischen Variante!

Es zeugt von einer gefährlichen Naivität, die an politischen Selbstmord grenzt, wenn verschiedene Linke die Rolle von Strauß herunterzuspielen versuchen, auf die eines x-beliebigen „Oppositions-Politikers" dem „ganz natürlich" einige Wahlstimmen aus dem Verschleiß-Prozeß der Regierungs-Koalition „zufallen".

Innerhalb der CDU/CSU konnte die „Strauß-Linie" seit der Wahl-Niederlage bei den Bundestags-Neuwahlen 1972 erheblich an Boden gewinnen. Die Umgruppierung innerhalb der Parteispitze ist allgemeiner Ausdruck dieser Tendenz: Neben Dregger gewinnt sogar Barzel noch „linkes" Profil und neben Carstens wirkt Alt-Nazi Kiesinger wie ein verträumter gutmütiger Opa.

Dregger hat sich zum ersten Propheten der Strauß-Politik außerhalb Bayerns gemausert. Er ist Straußens gelehrigster Schüler. Er ist der „neue Göbbels" seines Herrn und Meisters.

Es ist hier nicht der Raum, eine umfassende und allseitige Analyse von Dreggers hessischem Wahlkampf zu liefern, wir wollen hier aber einige Kostproben wiedergeben, um Dreggers Programm allgemein zu charakterisieren, um das Wesen seines Programms zu kennzeichnen, daß eben n i c h t darauf orientiert war, der SPD einige „Protest"-Wähler abzunehmen, sondern das – im Schwerpunkt! – den mittel- und längerfristigen Zielen des BRD-Imperialismus verpflichtet ist, der Verankerung von eindeutig faschistoidem Bewußtsein in möglichst großen Teilen der Bevölkerung.

Strauß und Dregger haben die Aufgabe (der BRD-Imperialisten), die – vor allem während der Brandt-Periode – belebten H o f f n u n g e n (Illusionen!!) großer Teile der westdeutschen Bevölkerung auf „mehr Demokratie", „mehr Lebensqualität" usw. zurückzukämpfen, zu zerschlagen und die aus der Nichterfüllung dieser Hoffnungen und Erwartungen entspringende Resignation und Enttäuschung in Aggression und Haß gegen „alles. Linke" umzuwandeln. In diesem Sinn zog Dregger in die Wahlschlacht:

Ganz auf der Welle der alten Nazi-Parolen von der „bolschewistischen Versklavung", tobte Dregger gegen die SPD, sie wolle den *„sozialistischen Zwangsstaat"* (!!) einführen, hätte damit sogar schon *„begonnen"*. Der von der SPD angestrebte *„Sozialismus"* stünde im krassen *„Gegensatz zur Freiheit"*. Die SPD wolle für Hessen *„DDR-Zustände einführen"*, die Dregger so charakterisiert: *„Was für uns der Reisepaß, das ist für die Menschen in der sozialistischen Welt der Stacheldraht und der Schießbefehl!"* Dreggers Schlußfolgerung: In dieser Wahl müsse entschieden werden, *„ob der Bürger seine Grund- und Freiheitsrechte behalten und selbst über Beruf, Wohnsitz, Arbeitsplatz und Freizeit entscheiden"* wolle. *„Bei der Hessen-Wahl geht es um die Freiheitsrechte des Bürgers"*, die die SPD anscheinend beseitigen wolle.

Bei der Hessenwahl – so Dregger – ginge es um den *„totalen* (!!) *Neuanfang* (!)", einen *„demokratischen Neubeginn"*, der massiv gegen die SPD durchgesetzt werden müsse, die eine *„Diktatur"* mit *„Zwangswirtschaft"*, *„Parteibuchwirtschaft der Funktionäre"* u.ä. anstrebe. Dagegen gelte es, die volle „Durchsetzung des (kapitalistischen) Leistungsprinzips" zu garantieren. Die CDU-Kandidaten seien *„keine Funktionäre, sondern gestandene Mitbürger."*

Die Reformversuche der SPD im Bildungswesen müssen zerschlagen werden, sie dienen der *„marxistischen Indoktrinierung"* *„unschuldiger Kinder"*. Die ‚integrierte Gesamtschule' nach Dregger ein *„sozialistisches Massenexperiment"* der SPD, zum Zweck der *„Manipulierung der Schüler"* gehöre sofort aufgelöst. *„Eine Einheitsschule kann nur Einheitsmenschen produzieren. Chancengleichheit in der Bildung setzt ein vielfältiges Bildungssystem voraus"*, nämlich Gymnasium und Universität für die Sprößlinge der herrschenden Klasse, Volks- und ‚Hilfs'schule für die Kinder der Arbeiter. Dregger wütet gegen die hessischen *„linksradikalen Lehrpläne"*, die *„marxistischen Rahmenrichtlinien"* – ebenfalls alles *„sozialistische Experimente"*, die *„auf Kosten der Kinder"* gehen, die *„Lebenschance der Kinder beeinträchtigen"*, die Schüler *„ideologisch verblenden"* usw. usf.

Für die Universitäten hat Dregger noch stärkeren Tobak zu liefern: noch stärkeren Tobak zu liefern: Grundsätzlich will er *„an den hessischen Hochschulen* (...) *mit Härte durchgreifen"*, ein scharfes *„Ordnungsrecht"* durchsetzen, *„kommunistische Studentengruppen, die zu Gewalt aufrufen"* werden *„verboten"*. *„Studentische Gewalttäter* (das sind für Dregger alle linken und demokratischen Studenten) *werden zukünftig um ihren Studienplatz bangen müssen."* *„Linksradikale Studentenausschüsse (AStA)"* sollen finanziell ausgetrocknet werden, *„Zwangsbeiträge aller Studenten"* abgeschafft werden. Für alle Studenten ist eine schärfere Begrenzung der Dauer ihres Uni-Aufenthaltes vorgesehen (Regel-Studienzeit), um die *„überfüllten Hochschulen zu entlasten"*.

„Die Radikalen" (einschließlich der *„marxistischen Jusos"*) müssen *„aus dem öffentlichen Dienst gefeuert"* werden, *„linke Lehrer"* sollten sich möglichst *„schon jetzt"* einen *„neuen Job suchen"*, die Universitäten müssen wieder *„auf Wissenschaft programmiert"* werden, statt – wie jetzt – *„auf Krawallmache"*.

Die von der SPD in Frankfurt eingerichteten Kindergartenstätten (Kitas) – eine Art Vorschule für kleine Kinder, in der auch eine Reihe demokratischer Erzieher um weniger repressive Kinderarbeit bemüht sind – müssen gründlich *„gesäubert"* werden. Die Erzieher seien *„unqualifiziert"*, zudem Mitglieder der DKP und – last not least – *„Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande"*, also *„rote Verbrecher"*. *„Frankfurter Kinder sollen nicht manipuliert werden"*, sondern erzogen nach den bewährten Methoden (von Rohrstock und Bibel!). Dagegen herrsche in den Kitas – auch so ein *„typisches sozialistisches Experiment"* – *„unglaublicher Vandalismus"*.

Allen diesen *„sozialistischen Mißständen"* will Dregger mit einem stärkeren Ausbau des Staats- und Unterdrückungs-Apparates zu Leibe rücken.

Im Wahlkampf bot Dregger sein *„umfassendes Sicherheits-Programm"* an. *„Steigende Kriminalität"* – die Statistiken besagen zwar das Gegenteil, was nach Dregger aber seine Ursache in der *„verunsicherten Polizei"* hat, die immer *„weniger Straftaten aufklärt"*, weswegen die Bürger schon gar keine Anzeigen mehr bei der Polizei machen) und *„wachsender Polit-Terror"* machen eine stärkere *„personelle und sachliche* (militärische und materielle) *Ausrüstung der Polizei"* unumgänglich. Vor allem müßten *„die Politiker"* bei Knüppeleinsätzen und anderen *„Sicherheitsmaßnahmen"*

Forts. Seite 21

Landtagswahlen/Hessen:

OB-Arndt (Frankfurt) zeigt seine Zähne: „ich bin ein anderer Typ als Schulz".

In einem Interview mit der „Welt", das am 2. 11. veröffentlicht wurde, gab Arndt seine Meditationen über Strategie und Taktik bekannt. Es drehte sich um den Rücktritt von Bürgermeister Schulz in Hamburg.

Dazu meinte OB-Arndt:

„Das kann mir in meiner Stadt bei allen berüchtigen Turbulenzen nicht passieren. Ich werde niemals freiwillig und unter dem Druck irgendeines Parteiflügels das Handtuch werfen (...) Und ich gehe sogar so weit, zu behaupten, daß ich nicht nur robust genug bin, sondern, daß ich auch über den notwendigen makabren Humor verfüge, um mich *meiner Haut zu wehren."*

Die Schlüsse von Arndt aus der hessischen Wahlniederlage für die SPD:

„...Was aber noch schlimmer ist, wir Frankfurter Sozialdemokraten haben mit dem Problem der wachsenden Kriminalität, der Demonstrationen mit Straßenterror, Hausbesetzungen und so weiter der CDU auch noch auf einem silbernen Tablett die Argumente für ihre Wahl geliefert. Unsere Partei ist selbst schuld an ihrer Niederlage."

Das größte Problem der Frankfurter SPD sind laut Arndt **„die Chaoten, Politrocker, Stamokap-Anhänger, kommunistische Verbände, Radikale vom Häuserrat und verblendete Ideologen"**. Um diesen Problemen ein Ende zu setzen, hat Arndt auch Lösungen parat: *„Es gibt nur zwei Möglichkeiten, mit diesen extremen Randgruppen"* (gemeint sind Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten – also: alles was links ist!) *„fertig zu werden: entweder gelingt es uns, sie politisch kaltzustellen – was in erster Linie eine Aufgabe unserer Parteilinken sein sollte – oder wir müßten endlich den Mut haben, die theoretischen Wirrköpfe auszuschliessen."*

Es klingt fast bedauernd, wenn Arndt dann weiterführt: *„Man kann dieses Problem allerdings nicht mit dem Fallbeil lösen."*

Wie hieß noch die Wahlparole der hessischen SPD: *„Klarer Kurs in Hessen"*, rechts, zwo, drei, vier, rechts, zwo, drei, vier...

Im Europa der Monopole ist für die Arbeiter . . . am Ende des Tunnels – kein Licht !

Üblicherweise ist in der bürgerlichen, aber leider auch vielfach in der linken Presse, nur von der Krise der „Europäischen Gemeinschaft" (EG) oder den sich ablösenden und überlagernden Krisen ihrer Teilbereiche (Agrarmarkt, Währungsverbund etc.) die Rede – selten jedoch von den Folgen des Integrationsprozesses für die werktätigen Massen in den von der Monopolborugeoisie beherrschten Ländern Westeuropas.
Wir wollen in diesem Artikel an einem Problem – dem der Arbeitslosigkeit – zeigen, daß die von den großbürgerlichen, proeuropäischen Propagandisten verheißenen „segensreichen Wirkungen" eines „Vereinigten Europas" ausschließlich den Großkapitalisten zugutekommen – für die Arbeiterklasse aber das katastrophale Gegenteil (nämlich Elend) bedeuten.

Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gehören seit der Gründung der EG im Jahre 1957 zu deren angeblichen Zielen.

Die seitherige tatsächliche Entwicklung hat indessen unzweideutig gezeigt, daß Absichtserklärungen, die soziale Lage der werktätigen Massen verbessern zu wollen, nichts anderes als demagogische Propagandaformeln sind:

Lediglich im Anfangsstadium der europäischen Integration (in der Zeit von 1958 bis Mitte der sechziger Jahre) sanken die Arbeitslosenzahlen – z.T. sogar beträchtlich. Das war jedoch nur eine unplanmäßige, vorübergehende Begleiterscheinung bei der Beseitigung aller Zollschranken und sonstigen Beschränkungen im Handel zwischen den Partnerländern.

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT:

Land	1960	1964	1972	1974
Bundesrepublik Deutschland	271.000	169.000	246.000	702.000+
Frankreich	239.000	215.000	509.000	464.400
Italien	836.000	504.000	697.000	1003.800++
Niederlande	50.000	32.000	115.000	150.300
Belgien	117.000	55.000	92.000	117.800
Großbritannien 1)	326.000	-	806.000	634.900
Irland 1)	-	–	-	72.400
Dänemark 1)	-	-	20.200	40.200
Luxemburg 2)				

Anmerkungen: +) die westdeutsche Bundesanstalt für Arbeit rechnete im Gegensatz zur EG-Statistik für den Monat August 1974 mit „nur" 557.000 Arbeitslosen;

++) im Falle Italien muß beachtet werden, daß dieses Land bereits über eine Million potentielle Arbeitslose als „Gastarbeiter" exportiert hat;

1) diese Länder sind erst später der EG beigetreten;

2) im Falle Luxemburg ist statistisch keine mit den anderen EG-Ländern vergleichbare Arbeitslosigkeit zu berechnen

... Angaben zur Statistik sind entnommen der „FAZ", 28. Oktober 1974

NB (die Daten für 1974 beziehen sich auf den Monat August)



Die Tendenz insgesamt geht eindeutig in die Richtung, ein riesiges Heer von Arbeitslosen (Reservearmee) zu schaffen. *„Zwei Jahre nach Gründung der Europäischen Gemeinschaft, im Jahre 1960, hatten die heutigen neun Partnerstaaten zusammen 232,2 Millionen Einwohner. Davon waren 101,5 Millionen als zivile Erwerbstätige registriert und davon wiederum 1.933.000 arbeitslos...*

Im Jahre 1972 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 2.559.000 und bis August 1974 sogar auf 3.181.800" („FAZ", 28. Oktober 1974).

Das ist – da sich die Zahl der „Erwerbstätigen" bis 1972 nur unwesentlich auf 103,3 Millionen erhöht hat („FAZ", ebenda) – bereits eine Arbeitslosenquote von über drei Prozent. Die bürgerlichen Politiker hatten aber bisher immer und immer wieder betont, *„daß sie eine Arbeitslosenquote von höchstens zwei Prozent akzeptieren würden"* („FAZ", 28.10.74).

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß das Heer der Arbeitslosen in den kommenden Jahren noch enorm wachsen wird – und sich in nicht allzu ferner Zukunft „amerikanischen Dimensionen" annähern dürfte: in den USA beträgt die Arbeitslosenquote augenblicklich bereits annähernd sechs Prozent und wird nach Vorausschätzungen des amerikanischen Wirtschaftsministeriums bis Jahresende 74/Anfang 75 auf sieben Prozent steigen („FAZ", 28.10.1974).

Der an den Interessen der europäischen Monopolbourgeoisien orientierte Integrationsplan (dessen Einzelaktionen in den Artikeln 2 und 3 sowie in weiteren spezialisierten Paragraphen, der „Römischen Verträge" vorgezeichnet sind) führt mit Notwendigkeit zu größerem sozialen Elend und politischer Unterdrückung für die werktätigen Massen:

- Die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Kapitals, die auf nationaler und zunehmend auch auf europäischer Ebene immer gewaltigere Formen annehmen, sind untrennbar verbunden mit der umfassendsten Rationalisierungswelle in der Geschichte der kapitalistischen Klassenherrschaft – die Folge: „Freisetzung" von Arbeitskräften!
- Der jeder Monopolbildung zugrundeliegende Konkurrenzkampf führt nicht nur zum Herausrationalisieren von Arbeitern und Angestellten aus den Betrieben der Großindustrie, sondern außerdem noch zur Liquidierung der kleineren und mittleren Bourgeoisie – Folge: „Freisetzung" von Arbeitskräften!
- Die Versuche, eine übernationale, arbeitsteilige Agrarpolitik in den Ländern der EG durchzusetzen, hat bereits zur weitgehenden Ruinierung der kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsbetriebe geführt – die Folge: ein Millionenheer von „freigesetzten" Arbeitskräften.

Wir wollen es beim Aufzählen dieser Faktoren bewenden lassen.

Sie zeigen, daß die EG nicht nur nicht in der Lage ist, den Arbeitern „soziale Sicherheit" zu garantieren, sondern daß dieser imperialistische Zusammenschluß die systematische Ruinierung von Millionen Arbeiterexistenzen bedingt! ●

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Forts. Wahlen

der Polizei *„mehr Rückendeckung"* geben, statt der bisher in Frankfurt angeblich gängigen *„ständigen Verunsicherung"* von faschistischen Einsatzleitern und schießwütigen Bullen durch die SPD-Politiker.

Dregger forderte: *„keine Privilegien für politische Terroristen"* (tatsächlich, so steht's wortwörtlich im Programm!!) und: *„konsequenter Einsatz der staatlichen Macht"* gegen *„Polit-Terroristen"*, die *„in unseren Großstädten vorsätzliche Rechtsbrüche zum Programm machen."*

Dregger wütet über die *„totale Politisierung (...) der hessischen Justiz durch die SPD/FDP"*. Die hessische Justiz hält Dregger für weitgehend zersetzt, weil Richterwahl und Juristenausbildung in der Hand der SPD sind.

„Wir werden Polizei und Justiz (die entscheidenden Instrumente der politischen Unterdrückung nämlich) *die Beachtung schenken, die sie als die für den inneren Frieden unseres Landes verantwortlichen Organe verdienen. Wir werden die Gerichte instandsetzen, gegen die permanente Verletzung der Ordnung und der Würde der Gerichte durch die Systemveränderer wirksam durch (zu) greifen. Wir werden die Polizei nicht nur hervorragend ausrüsten, sondern ihr auch den moralischen Rückhalt geben, den sie in ihrem schweren Dienst benötigt.*

„Es darf in Frankfurt keine Inseln des Unrechts mehr geben, weder in der Universität, noch in besetzten Häusern und auf Straßen." – „Hausbesetzungen und andere politische Gewaltakte müssen sofort bekämpft werden." – „Die Anwendung des Strafrechts und der Strafprozeßordnung muß stärker das Sicherheitsbedürfnis der Bürger (vor „Straßenterror") und der Geschädigten (z. B. Hauseigentümer, Bodenspekulanten) *berücksichtigen."*

Ein Streikrecht für Polizeibeamte darf es nach Dregger nicht geben. Ein ausführliches, 10 Seiten langes Programm zum *„weiteren Einsatz des Verfassungsschutz"* legte die Dregger-Partei vor. Dregger fordert u. a., daß der *„Verfassungsschutz insbesondere auf die Hochschulen angesetzt werden soll."* – Ebenfalls legte die CDU einen detaillierten Plan zur *„Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst"* vor.

Diese wenigen Zitate (die wir alle den beiden CDU-Wahlbroschüren „Frankfurt Magazin", Ausgaben ler" und *„Das Desaster der Kitas/Wenn es Nacht wird in Frankfurt"*, sowie der FR vom 10. und 16. 9. entnommen haben) mögen genügen um den wesentlichen Grundzug in Dreggers (und Straußens) Wahlkampf zu enthüllen, um zu zeigen, daß es hier nicht um eine x-beliebige bürgerliche Oppositionspolitik geht, deren Hauptziel im Ergattern einiger „Protest"stimmen enttäuschter SPD/FDP-Wähler geht, sondern um die Durchsetzung eines extrem rechten, offen pro-faschistischen Kurses, der von starken Kreisen des westdeutschen Imperialismus gestützt (und bezahlt!) wird.

An dieser Stelle war eigentlich eine detailliertere Einschätzung von Wahlkampf und Ergebnis-Analyse der linken Gruppen geplant, die sich am hessischen und bayrischen Wahlkampf beteiligten. Offenbar aber waren DKP, KBW und „KPD" nicht in der Lage, unmittelbar nach der Wahl schon ihre abschließende Einschätzung ihrer Wahlkampf-Führung und ihres Abschneidens vorzulegen. Die DKP hat bisher nur zwei recht kurze Artikel in ihrer „UZ" (Tageszeitung und in der Wochenendausgabe) gedruckt, der außer einigen Zahlenergebnissen noch keine politische Einschätzung bringt, der KBW hat seine erste Stellungnahme zu den Wahlergebnissen (in „KVZ" Nr. 22 vom 30.10.) unter so segensreichen Thesen wie *„Die SPD beschönigt die Lage, die CDU nicht* (!!!)" inzwischen durch einen langen Kommentar ihres Sekretärs J.S. korrigiert („ergänzt", wie das in „KVZ" Nr. 23 etwas vornehmer ausgedrückt wird). Die „Rote Fahne" der „KPD" (Nr. 44) hat das Wahlergebnis unter der erstaunlichen Überschrift *„Arbeiter stimmten gegen SPD-Politik"* gefeiert gleichzeitig aber noch eine abschliessende Analyse angekündigt. – Wir wollen also mit unserer Einschätzung der Politik dieser Gruppen noch warten, bis uns das angekündigte Material vorliegt. Wir werden vermutlich in der nächsten Ausgabe des AK unsere Einschätzung vorlegen und dabei versuchen, einige grundlegende Fehler und Mängel in der Politik von DKP, KBW und „KPD" herauszuarbeiten. ●

„Links ist nie radikal"

Am 9. Oktober fand im Plöner Jugendzentrum („Baracke") ein Filmabend statt, wo „Der unsichtbare Aufstand" – ein Film über den Kampf der MLN (Tupamaros, Uruguay) gegen Imperialismus und einheimische faschistische Reaktion – gezeigt wurde (von dem bekannten antifaschistischen Regisseur Costa Gavras, der auch den Film „Z" gedreht hat).

Bemerkenswert, welche „Lehren" der KBW in der anschließenden Diskussion aus dem gezeigten Film zog: Tupamaro-Aktionen (Sprengstoff-Anschläge, Geiselnahmen usw.) seien „Terrorismus" (!), das sei dasselbe „wie Baader-Meinhof und Konsorten (!)", diese „Fehlströmung" (!!!) gebe es überall (Irland, Lateinamerika, Spanien!) und müsse „bekämpft werden"; richtig sei allein die „organisierte Basisarbeit der Kommunisten" – so etwa ihr Fazit.

Es dürfte übrigens auch ein Kuriosum in der linken Bewegung darstellen, daß der KBW den berühmten Höhenflug des ehemaligen spanischen Faschisten Carrero Blanco („14 Meter hoch") bedauert (!), weil man doch *„nicht einfach Menschen in die Luft sprengen"* könne . . .

In diesem Zusammenhang ließ es sich ein KBWler auch nicht nehmen, dem KB („Nord") eins zu verpassen: Der KB („Nord") würde jetzt wohl propagieren, Franz-Josef Strauß in die Luft zu sprengen!" (Wo soll das hinführen, wenn Faschisten einfach hochgejagt werden, statt „demokratisch" mit ihnen zu „diskutieren"? . . .)

Wir haben uns bemüht, die Diskussion konkret über die Lehren zu führen, die der Film über das Vorgehen des Imperialismus und der Faschisten lieferte und haben das anhand der jüngsten Erfahrungen in Chile aktualisiert. Schließlich haben wir versucht, die Diskussion angesichts der schrittweisen Faschisierung in der BRD und dem vermehrten Auftreten der Faschisten auf die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes im eigenen Land zu orientieren. ●

Sympathisanten des KB in Plön

Westdeutsche Kapitalhilfe für Chile

Nach außen gibt sich die SPD in ihrer Chile-Politik gern fortschrittlich So beschloß die SPD-Bundestagsfraktion am 17. September aufgrund der weltweiten Proteste gegen den faschistischen Terror in Chile eine Resolution, in der es unter anderem hieß: *„Jede Hilfe, die als Billigung oder Unterstützung des Militärregimes verstanden werden kann, muß unterbleiben. Die Fraktion fordert die Bundesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um zur Wiederherstellung friedlicher und demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen"*.

Tatsächlich hatte die SPD/FDP-Regierung zu diesem Zeitpunkt insgeheim gerade die Bedingungen herzustellen versucht, Gelder zur Unterstützung der Faschisten freizumachen.

So war schon im Juli zwischen der westdeutschen Regierung und den chilenischen Faschisten ein neues „Umschuldungsabkommen" abgeschlossen worden, in dem den Faschisten laufende Rückzahlungsverpflichtungen gestundet wurden. Damit war der Weg für „Kapitalhilfen" und die für die nach Chile exportierenden Kapitalisten wichtigen Bundesbürgschaften und -garantien frei.

Zuvor hatte schon die Weltbank mit Zustimmung ihres westdeutschen Exekutivdirektors, der hierzu von der SPD/FDP-Regierung beauftragt war, beschlossen, die „Geschäftsbeziehungen zu Chile wieder zu normalisieren". Diese „Geschäftsbeziehungen" waren von der Weltbank auf Druck der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, in der Anfangszeit der Allende-Regierung abgebrochen worden als Teil des weltweiten Wirtschaftsboykotts zur Zerrüttung der chilenischen Wirtschaft.

21,5 Millionen DM „Kapitalhilfe" werden damit sofort in die Taschen der Junta-Generäle fließen. Daß diese Zahlung offensichtlich gegen den SPD-Fraktionsbeschluß verstößt, rechtfertigt die SPD/FDP-Regierung mit einem „gültigen Regierungsabkommen" mit der Allende-Regierung. Zynisch heißt es dazu, *„Regierungswechsel auf Geber- und Nehmerseite"* hätten bisher *„noch nie Einfluß auf deutsche Entwicklungshilfezusagen gehabt, unabhängig auch von den damit verbundenen politischen Richtungsänderungen"*.

Um eine weitere Zahlung von mindestens 45 Millionen DM vorzubereiten, wird der SPD-Staatsminister Wischnewski vom Auswärtigen Amt am 16. November nach Chile fliegen. Diese Zahlung könnte allerdings nicht durch den Hinweis auf ein früheres Regierungsabkommen mit Allende gerechtfertigt werden, ein solches gibt es nicht. Flugs behauptete die SPD/FDP-Regierung daher, Staatssekretär Matthöfer habe der Allende-Regierung 45 Millionen im Frühjahr 1973 – also Monate vor dem Regierungsabkommen über die 21,5 Millionen DM – mündlich (!!) zugesagt, und was ein Regierungsmitglied sage, daß sei „unabhängig von der Form verbindlich."

CDU und Chile-Flüchtlinge

Offener als die SPD dokumentiert die CDU ihren Haß auf die chilenischen Linken und ihre Unterstützung der Faschisten. Vor wenigen Wochen erst wurde bekannt, daß größere Teile der CIA-Putschgelder über dunkle CDU-Kreise nach Chile geflossen sind.

Ende Oktober hat die Stuttgarter CDU-Regierung dem chilenischen Wissenschaftler Mario Duranvidal und dem Studenten Arancibia den Aufenthalt in Baden-Württemberg verweigert. Beide wollten an der Universität Konstanz lehren bzw. studieren.

Polizeiminister Schieß begründete die Entscheidung mit „erheblichen Sicherheitsbedenken", denn Duranvidal sei ein führendes Mitglied des revolutionären Flügels der Sozialistischen Partei gewesen.

Anscheinend verfügt die CDU über ausgezeichnete Verbindungen zum chilenischen Junta-Geheimdienst, woher könnte Schieß sonst die „Informationen" haben. ●

Chemie-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

NPD-Nazi-Parteitag in München:

Bullen- und Faschistenterror gegen antifaschistische Demonstration

Am 12.10.1974 hat die NPD in München ihren Bundesparteitag abgehalten, der ursprünglich in Westberlin stattfinden sollte. Das war jedoch von den Alliierten verboten worden. Die Wahl fiel dann auf München (Tradition verpflichtet!). Das Treffen war ein willkommener Anlaß für die NPD-Nazis, das offensive Vorgehen gegen die Münchner Linke zu verstärken und sie noch weiter einzuschüchtern. Dabei wurden sie von der (vom Münchner SPD-Stadtrat befehligten) Polizei tatkräftig unterstützt.
Eine Genossin, die an der vom „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"(ehemals ABG) und der „KPD" getragenen Protestdemonstration gegen diese Nazi-Zusammenrottung teilnahm, hat uns in einem Brief ihre Eindrücke geschildert.

Die „Vorbereitung"

...Die Vorbereitung zur Demo erschien mir selbst sehr kurzfristig und schlecht. Flugblätter wurden im letzten Augenblick verteilt, so daß ich z.B. mehr durch Zufall erfuhr, daß die Demo um 11 Uhr am Sendlinger-Tor-Platz beginnen sollte. ... Vorher war es mir unmöglich, genaueres darüber zu erfahren. Weder die ABG– noch die KPD-Genossin wußten Bescheid...

Als ich dann so gegen 10,30 Uhr am Sendlinger-Tor-Platz ankam, waren kaum Leute zu sehen. Es regnete in Strömen – einige Häuflein standen in verdeckten Hausecken – ein paar wachsame Polizisten waren zu sehen...

Um 11 Uhr reihten wir uns dann in 5er-Reihen auf. Vorne der ABG-Block – hinten der KPD-Block. Ich hatte den Eindruck, daß gar keine parteilosen Leute da waren. Insgesamt waren es etwa 300 Genossen. Für eine Riesenstadt wie München recht lächerlich! Ich stellte mich zum KPD-Block und lief dort mit.

Abmarsch: „Kämpferische Stimmung"

Als um 11,30 Uhr der Zug losging, herrschte trotz Regen eine recht „kämpferische Stimmung". Folgende Parolen wurden in Sprechchören von uns rausgegeben:

Tod dem Faschismus!
Nieder mit der braunen Pest!
Faschisten raus aus München!
Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!
Schluß mit der Unterstützung der NPD durch die CSU-Regierung und den SPD-Stadtrat! (nur im KPD-Block!)

Die KPDler konnten sich weiterhin auch nicht beherrschen und mußten die Demo als willkommenen Wahlpropaganda-Anlaß heranziehen ... (Parole: „Keine Stimme den Parteien, die den NPD-Parteitag ermöglichen! Wählt KPD!").

Das Polizei- und Spitzelaufgebot

Immer wieder sah ich Polizisten mit Sprechfunkgerät – Koordinierung zwischen den einzelnen Einsatztrupps. Die Motorradbullen schaffen sich einen schnellen, konkreten Überblick über den Demo-Zug. BMW-Wagen sind wohl die Funkzentralen für Befehlsausgaben. Unterwegs rauschen ungefähr zehn oder zwölf VW-Bullis an uns vorbei mit jeweils acht Bullen drin! Ich hatte permanent das Gefühl, jetzt bauen die da irgendwo 'ne Mausefalle auf und knüppeln auf uns los: Aber es passierte nichts dergleichen. Bei unserem kleinen Minihaufen war das auch nicht nötig. Die Machtdemonstration reichte aber aus, um uns gebührend einzuschüchtern!!

... Später fiel mir noch oft auf, daß die Seitenstraßen durch solche Sontertrupps abgeriegelt waren – überflüssigerweise. ...

Durch die Reihen ging oft die Warnung „Film von links – Film von rechts!" Ich bin in dem Moment froh, daß ich noch nicht zum Friseur war und meine Haare kürzen ließ. Jetzt sind die langen Haare ganz nützlich – unter der Kapuze meines Parkas luken nur noch Haarsträhnen und Nase hervor – gute Tarnung!

Faschisten-Provokation

Wir waren noch nicht einmal am Marienplatz, als auch schon der erste Zwischenfall passierte. Vorher war der Zug ungehindert – von der Polizei zu Fuß und per Motorrad flankiert – vorwärtsmarschiert. Ich lief zwei Reihen vor dem Lautsprecherwagen der KPD. Plötzlich entstand hinter dem Wagen ein Tumult. Ordner liefen vor. Schrien: „Stehenbleiben! Schließt euch fest zusammen! Keine Lücke für Bullen und Provokateure!" Ich bekam 'ne ziemliche Angst! Was war da los? Bullen und Demonstranten im Handgemenge. Ein Typ mit 'ner blutigen Nase! Hinter mir lief eine schwangere Genossin mit ihrem Mann. Beide wurden einige Reihen weiter nach vorne genommen, fest eingerahmt von anderen Genossen. Auch eine 60-jährige Genossin wurde zum Schutz in die Mittelreihen genommen. Wir waren alle ziemlich aufgeregt und hatten große Angst! Nach einiger Zeit ging's dann aber weiter. Der Lautsprecher der KPD-Genossen klärte uns jetzt endlich über den Zwischenfall auf:

Ein NPD-Provokateur – der mit der blutigen Nase – hatte versucht, eine Schlägerei mit einigen Genossen zu inszenieren. Die Genossen wehrten sich (blutige Nase!) – klar! Die Polizei griff ein – zum Schutze des Faschisten!! Der lief dann die ganze Zeit ungehindert neben unseren Reihen her. Er soll eine Pistole bei sich gehabt haben!! Verprügeln konnten wir den nicht – die Bullenmacht war zu stark.

Bullen-Provokation

Plötzlich – der erste Zwischenfall ist gerade verdaut – heißt es wieder – stehenbleiben! Erneut gibt es einen Tumult hinter dem Lautsprecherwagen. Dieses Mal ist der Haufen jedoch viel wüster: Polizisten und Demonstranten rangeln miteinander. Man will den Genossen ihre Parolenbänder wegreißen! Dann sehe ich einige Polizisten mit Handschellen herumhantieren. Einige Genossen laufen weg – rasen, rasen! Dann werden zwei Genossen, die sich verzweifelt wehren, von jeweils zwei Bullen weggeschleift. Durch den Lautsprecherwagen werden wir informiert: „Man hat beide Genossen verhaftet, weil sie ihre Bänder verteidigen wollten!!"

Systematischer Bullenterror – Auflösung der Demonstration

... Eine Strecke vor dem „Schwabinger Bräu" (wo der NPD-Parteitag stattfand: Anm. AK) *blieb der Zug plötzlich stehen! Keiner wußte, was los war! Da kamen Worte durch den Lautsprecher von vorn: es wurde irgendwas von „Ordner verhaftet – deshalb darf der Zug nicht weitergehen" etc. gemurmelt. Zumindest forderte die Polizei dazu auf, die Demonstration aufzulösen. Ich war ganz baff. Wieso? Warum? Große Unklarheit! Unsicher stehen die Leute rum. Einige von dem vorderen Zugteil machen sich schon auf den Heimweg. Der KPD-Block bleibt noch zusammen. Gemeinsam werden die Parolen wiederholt – die Internationale wird gesungen – und dann: „Löst euch auf in kleine Gruppen – verteilt euch – nicht einzeln gehen, ist zu gefährlich". Innerlich wütend trotte ich hinter einiger KPD-Genossen her. Frage, was denn nun los sei. Man weiß auch nicht so genau. Ein Genosse vermutet, daß man sich noch wieder trifft vor dem „Schwabinger Bräu". Aber die Bullen haben sich sowas auch wohl gedacht. Sie finden unsere Trupps recht bald wieder und machen uns darauf aufmerksam: „Na, nun geht mal nach Hause! Wir wollen doch auch mal was zu essen kriegen heute!"*

Der Abschluß: „resigniert, enttäuscht"

Na ja, es war dann recht lächerlich, als die restlichen Leute, ca. 30 Mann, gegenüber vom „Schwabinger Bräu" – dazwischen ist eine riesige Autostraße – noch einmal „Faschisten raus aus München!" etc. rüberriefen. Wir mußten dann auch wohl einsehen, daß man jetzt nichts mehr machen könne. Das „Schwabinger Bräu" war von einer Unmenge Polizisten abgeriegelt. Dieses Mal waren sie offen auf eine Auseinandersetzung vorbereitet (ihre Ausrüstung war entsprechend – weißhelmig usw.). Wir zogen dann ab – resigniert, enttäuscht. Die Bullen brauchten nicht zum Gummiknüppel zu greifen – der NPD-Bundesparteitag konnte ungehindert stattfinden!

Soweit der Brief der Genossin. Die „KPD" ist in ihrer Zeitung „Rote Fahne" vom 10. und 16.10.74 auf das Ausmaß des Polizeiterrors eingegangen. Danach sind „ganze Horden" von zivilen Polizisten und Faschisten in die Demonstration eingedrungen, um Schlägereien anzuzetteln. Einer der Provokateure verlor dabei seine Pistole und seine Handschellen. Nach Auflösung der Demonstration setzte die Polizei Greiftrupps ein, die neben Teilnehmern auch Passanten festnahmen. Acht Demonstranten wurden des „Widerstands gegen die Staatsgewalt", der „Gefangenenbefreiung" und der „Körperverletzung" beschuldigt und festgenommen. Vier wurden nach einem Tag entlassen; die anderen vier, von denen einer von einem faschistischen Schläger gefängnislazarettreif geschlagen worden war, sitzen unseres Wissens noch immer in Untersuchungshaft.

Einige Anmerkungen zur Politik der Linken

Der zitierte Brief macht die – von der Bourgeoisie beabsichtigten – Auswirkungen des Polizeiterrors etc. auf die Demonstranten sehr deutlich: Angst, Einschüchterung, Resignation und Gefühl der eigenen Ohnmacht. Auch wenn die Genossin in ihren Schilderungen vor allem ihren eigenen Standpunkt äußert, so scheint uns aus ihrem Brief doch hervorzugehen, daß diese Auswirkungen relativ breit gewesen sind.

Wir meinen, daß Einschüchterung und Resignation der Demonstranten nicht nur dem ungünstigen Kräfteverhältnis für die Linken, einem besonders „reaktionären Klima" in München o.ä. zu schulden sind (was ja eben Bedingungen sind, denen wir in unserer Politik Rechnung tragen müssen), sondern in erster Linie der opportunistischen Politik der in München vertretenen linken Organisationen und ihren blinden „Einschätzungen" der politischen Situation und Entwicklung in Westdeutschland, sowie dem insgesamt noch niedrigen Niveau des antifaschistischen Kampfes in der BRD.

Das von den ABG ersehnte „breite demokratisch-antifaschistische Bündnis" war nicht zustande gekommen. Das ist keine sonderlich sensationelle Erfahrung. Aber was soll's, die „KPD" schätzt in ihrem Demo-Mobilisierungsflugblatt ein: *„Wird die Arbeiterklasse verstärkt den Kampf für die Abschaffung dieses kapitalistischen Systems aufnehmen, dann (!!) werden diese Faschisten auf den Plan treten und mit Terror und Anschlägen gegen die sich erhebende Arbeiterklasse und das ganze Volk vorgehen"* – und vertagt das Auftreten der Faschisten, kurzerhand auf später. Auch nach der Demo ließ sich die „KPD" durch die Niederlage kaum beeindrucken; in der „Roten Fahne" vom 16.10.74 heißt es dazu: *„Jetzt, nachdem es die Bundesregierung und die Landesregierung nicht wagten(uiii !), der KPD die Beteiligung an den Landtagswahlen zu verbieten, versuchen sie, die Arbeit unserer Partei mit allen Kräften zu behindern. Sie wollen verhindern, daß am 17. Oktober Tausende die KPD wählen und damit zu erkennen geben, daß die die herrschende Gesellschaftsordnung nicht wollen, daß sie den Kampf für den Sozialismus aufnehmen werden."* Uff! Worin soll denn hier wohl das „Wagnis" der Bundes- und Landesregierung, die heute schon legale Demonstrationen durch Bullenterror illegalisieren und zerschlagen, bestanden haben? ! Angesichts aller Tatsachen gehört schon eine gehörige Portion Ignoranz dazu, die ganzen Vorgänge wesentlich unter dem Gesichtspunkt der eigenen (Wahl-)„Probleme" zu betrachten.

Das Mobilisierungsflugblatt der ABGs beschränkte sich auf die Entlarvung der NPD als faschistische Organisation und das Zusammenspiel mit der CSU und CDU. Kein Wort zur Rolle der SPD, die durch Ausbau und Einsatz des Staatsapparates das Vorgehen der Faschisten deckt und unterstützt. Das wird von den ABGs auch „theoretisch begründet". Die Münchner Genossin schreibt dazu:

„Eine ABG-Genossin meinte, natürlich müsse man aufklärerische Arbeit über die SPD in der Bevölkerung betreiben! Aber bei dieser Demo sei es wichtig, daß man auch die fortschrittlichen SPD-Genossen, Jungsozialisten usw. mit auf die Straße bekäme. Man wolle ein breites demokratisch-antifaschistisches Bündnis herstellen, und deshalb müsse man in diesem konkreten Fall auf Anti-SPD-Parolen verzichten – damit würde man solche Genossen verscheuchen und dann nur noch als kleiner „Jammerhaufen" dastehen." Hier dienen die eigene politische Isolierung und illusorische Vorstellungen über eine „breite Aktionseinheit" als Rechtfertigung für den rechtsopportunistischen Verzicht auf allseitige politische Enthüllungen.

Noch wesentlich tiefer im rechtsopportunistischen Sumpf stecken DKP und KBW, die den NPD-Faschisten und ihren Schutztruppen (Polizei, SPD-Stadtrat) kampflos das Feld überließen und sich nicht an der Demo beteiligten. Ein „KVZ"-Verkäufer „begründete" dies unserer Genossin gegenüber so:

„Eine Demo ist grundsätzlich dazu da, eine schon vorhandene Bewegung innerhalb der Bevölkerung zusammenzufassen. Hier in München ist es aber so, daß zu diesem Anlaß (Bundesparteitag der NPD) kaum jemand auf die Straße geht. Grund: das demokratische Bewußtsein der Bevölkerung ist der Ansicht, daß jede Partei, die in der ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung' legal ist, auch das Recht hat, öffentlich – oder intern – zusammenzutreffen etc.".

Aufgabe von Kommunisten soll es nach Auffassung des „KBW" heute – wo von „Bewegungen innerhalb der Bevölkerung" (vielleicht im Gegensatz zu „außerhalb der Bevölkerung" ?) noch nicht überschwenglich berichtet werden kann (von der „KVZ" vielleicht mal abgesehen) – durchaus nicht sein, Demonstrationen zum Zweck der Agitation und Propaganda unter den Massen durchzuführen, sondern auf „Bewegungen" zu warten, um sie zusammenzufassen.

Als „demokratisches (!) Verständnis der Bevölkerung" bezeichnet der KBW die bürgerlich-legalistische Auffassung, daß sich Faschisten beliebig zusammenrotten dürften.

Das ist das Verständnis des KBW, aber beileibe nicht das Verständnis aller Teile der Bevölkerung! Alter bürgerlich-liberaler Mist – in neuer Formulierung! ●

KB/Gruppe Oldenburg

Neue Masche der JN: Faschisten als „Antifaschisten"!

In Oldenburg haben die Faschisten der „Jungen Nationaldemokraten" in letzter Zeit ihre propagandistische Aktivität erhöht. Eine Zielgruppe sind dabei offensichtlich unzufriedene, „linke" Kleinbürger, weshalb sie mit allen demagogischen Tricks der „links" getarnten faschistischen Propagandaküche ihre wirklichen Absichten und Hintermänner schlau bemänteln und sogar wortreich „die Faschisten" (!) „bekämpfen".

Ein verblüffendes Beispiel für diese Propaganda-Machart ist ein Flugblatt der Oldenburger JN „1.9.1939 bis 1.9.1974: 35 Jahre Völkermorden und Faschistenterror!", mit dem sie sich allen Ernstes in die Chile-Solidarität (11.September!) einschleichen wollten. Darin werden klipp und klar die Hintermänner und Profiteure des Faschismus benannt (von den Faschisten!). Hier nur einige Kostproben:

„Staatsämter sind besetzt von führenden Persönlichkeiten, die nur als Handlanger des Kapitalismus ... tätig sind. Diese Persönlichkeiten sowie die Faschistenhäuptlinge Thieu (Südvietnam) und Franco (Spanien) finden ihre Rechtfertigung und Anerkennung bei den Arbeiterverrätern in der SPD, FDP und CDU.

Das westdeutsche Großkapital schließlich ... scheut sich nicht einmal, den Bluthunden in Chile ihre Unterstützung zuzusagen! ...

Genossen, seien wir auf der Hut! Die Geschichte hat gelehrt, daß die Kapitalistenklasse niemals freiwillig abgetreten ist, sondern im Gewand des Faschismus die Auseinandersetzung mit dem arbeitenden Volke suchte.

Diese Praktiken der Ausbeuterklasse mündeten am 1. Sept. 1939 in den zweiten Weltkrieg, für den Millionen Arbeiter bezahlen mußten und aus dem die Kapitalistenklasse als der Gewinner hervorging!" (Hervorhebungen im Original).

Prompt erschienen am 25.9. auch zwei JN-Faschisten auf einer Chile-Diskussionsveranstaltung mehrer linker Oldenburger Gruppen, um hier endlich – als „Antifaschisten" versteht sich! – die „Aktionseinheit mit den Maoisten" herzustellen (die es nach von ihnen selbst häufiger lancierten Gerüchten ja schon geben soll).

Im Zusammenhang mit einem sofort herbeigeführten einstimmigen Beschluß, daß die Faschisten rausgeschmissen werden, versäumte es ein KBWler natürlich nicht, ihnen mit honigsüßen Worten den demokratischen Charakter des Beschlusses zu erläutern, den sie doch bitte respektieren möchten, usw. – der Teilnehmerkreis sei „eigentlich doch in eine etwas andere Richtung gedacht" gewesen. Die JN-Typen, wohl verblüfft über derlei Freundlichkeit etc., „billigten" dann auch den Beschluß als „demokratisch" und wünschten der Versammlung „guten Verlauf"!

Inzwischen wird der KBW-Genosse wohl „Selbstkritik" geübt haben müssen, weil er die Diskussion mit den Faschisten und damit deren Überzeugung verhindert hat. Denn in einem folgenden Flugblatt zeigten sich die JN nun doch „uneinsichtig" und ließen ein „schlechtes, undemokratisches" Licht auf die Veranstalter fallen:

„Mit dem lächerlichen Vorwurf, er sei Mitglied der JN, schafften sich die Vertreter von DKP, Jusos (die in Wirklichkeit leider beide nicht dabei waren; Anm. AK) *und KB (Nord) die nötige ‚Rechtfertigung', ihn noch vor Beginn der Veranstaltung aus dem Saal zu weisen, ohne ihm Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben zu haben."* Dadurch sei *„die geistige Verwandtschaft zwischen Faschisten und Sowjetkommunisten wieder einmal deutlich geworden, ihre Kämpfe sind lediglich Diadochenkämpfe. Im Namen aller echten Sozialisten und anderer Demokraten ist hiermit den sowjetfaschistischen Arbeiterverrätern das Recht abgesprochen, ‚Freiheit für Chile' zu fordern, wenn sie selbst nicht einmal bereit sind, Angehörigen demokratischer Organisationen Rede-Freiheit zu gewähren!"*

Wir meinen, der KBW sollte über diese Niederlage in seiner „antifaschistischen" Überzeugungsarbeit nun nicht reisgnieren, sondern über diesen offensichtlichen Irrtum, der KBW diskutiere nicht mit Faschisten und gewähre ihnen keine Redefreiheit, schleunigst ein klärendes Gespräch mit den JN herbeiführen (wobei eine gewisse Selbstkritik, die Veranstaltung betreffend, wohl nicht zu umgehen wäre) – oder noch besser: dies alles öffentlich „in der Bevölkerung" richtigstellen. Wir wären gerne bereit, dies gebührend in unserer Presse zu berücksichtigen. ●

KB/Gruppe Oldenburg

BFD-Bund faschistischer Demagogen

Der „Bund freies Deutschland" (BFD), der sich am 12. Mai gründete, mauserte sich am 29.10.74 in West-Berlin zur „Partei". Er will unter Umständen an der Abgeordnetenhauswahl am 2.3.75 teilnehmen, wobei er 8 % der Stimmen bekommen will.

Zur Führung des BFD gehören so bekannte Vögel wie Löwenthal, Schenk (als Sprecher des BFD), Scharnowski (ehemaliger Vorsitzender des Westberliner DGB), Jaroschowitz (ehemaliger Landesvorsitzender der SPD), Dr. Drogula (kürzlich aus der SPD ausgetreten), Meyer (früherer SPD-Stadtrat) etc., alles ehemalige SPDler, CDUler und Gewerkschaftsfunktionäre. Nach eigenen Angaben soll der BFD ca. 300 Mitglieder haben; 20 000 Zuschriften von West-Berlinern, die im BFD mitarbeiten wollen, sollen vorliegen. Der wichtigste Programmpunkt des BFD ist, daß es nur eine deutsche Nation gebe.

„Der BFD betrachte die DDR nicht als souveränen zweiten deutschen Staat, sondern als besondere deutsche Region unter sowjetischer Fremdherrschaft. Allen Deutschen müsse das Recht und die Möglichkeit zur freien Entscheidung über die Einheit Deutschlands gegeben werden. Berlin sei für den BFD die einstige

➡

Faschist zieht vor Gericht

Am 12.9. wiesen in Schwarzenbek bei Hamburg fortschrittliche Jugendliche eine faschistische Provokation zurück. Die Faschisten wollten eine Chile-Solidaritätsveranstaltung stören, doch ihr einziger Erfolg war, daß die Jugendlichen ihnen die Tür vor der Nase zuschlugen.

Da die fortschrittlichen Jugendlichen nach dem Rausschmiß der Faschisten einer Hetzkampagne in der „Bergedorfer Zeitung" ausgesetzt waren, gaben die Jugendlichen ein gemeinsames Flugblatt heraus, das im Gegensatz zur „BZ" die Tatsachen nannte und die Faschisten auch nicht als Demokraten bezeichnete, wie es die „BZ" tat, sondern sie beim Namen nannte. Über den Faschisten Buchmann wurde in dem Flugblatt berichtet, daß er in Mölln Antifaschisten bedroht hatte und daß er in Bergedorf an einem Faschistenstand unter der Losung „Fegt ihn weg den roten Dreck" teilgenommen hatte.

Buchmann sah sich dadurch veranlaßt, gegen den Presseverantwortlichen des Flugblattes (ehemaliger Kreisvorsitzender der Jusos) vor Gericht zu ziehen.

Der Faschist Buchmann sieht laut Anzeige seinen „Ruf geschädigt" und fordert, daß die Behauptungen des Flugblattes durch eine Anzeige in der „Bergedorfer Zeitung" widerrufen werden. Außerdem sollen die noch existierenden Flugblätter und Matritzen behördlich eingezogen werden. Als Höhepunkt fordert er die Zahlung eines „Schmerzengeldes" in noch festzusetzender Höhe.

Doch die Angelegenheit kam nicht gleich vor ein „ordentliches Gericht", sondern erst vor eine Schiedsinstitution, wo die beiden Parteien sich einigen sollten. Als ob man sich mit einem Faschisten friedlich einigen könnte.

Interessant war nur Buchmanns Argumentation vor dem Schiedsmann. Buchmann hat gar nichts dagegen, daß man ihn Faschist nennt, auch nicht gegen die Behauptung, daß er an dem faschistischen Stand in Bergedorf teilgenommen habe. Was ihn störte war die Behauptung, daß er in Mölln Morddrohungen gegen Antifaschisten ausgestoßen habe. Wo eigentlich der große Unterschied zwischen „Fegt ihn weg ..." und einer offenen Morddrohung besteht, kann Buchmann wohl nicht erklären. Sein Pech ist, daß es für die Möllner Morddrohung Zeugen gibt. Wenn er meint, die Zeugen würden umfallen, wenn sie einen Eid vor Gericht schwören müßten (so Buchmann beim Schiedsgericht), wird er sich getäuscht haben. Die Antifaschisten werden weder umfallen, wenn sie gegen die Faschisten schwören müssen, und noch weniger, wenn sie gegen die Faschisten zuschlagen müssen. ●

KB/Ortszelle Mölln
Genosse der Jusos

Neonazis abgeblitzt!



Am 26. Oktober, Sonnabendmorgen, kreuzte in der Flensburger Innenstadt ein Trupp Neonazis auf, Mitglieder der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten" (JN). Sie bauten einen „Informations"stand auf und begannen, faschistische Hetzblätter zu verteilen: „Fanal", „Deutsche Nachrichten", „Mut" usw. Daneben allerhand Plunder über „unsere Brüder und Schwestern drüben im Osten". Dies stellt an sich schon eine Provokation aller fortschrittlichen Kräfte in Flensburg dar und ist von den Nazis sicher auch so gemeint. Aber damit nicht genug – müssen diese Vögel ihren Ramsch genau neben einen Info-Stand aufbauen, an dem Genossen der Bezirksorganisation des KB in Flensburg ein Flugblatt gegen Tariferhöhungen bei den Stadtwerken verteilen und den AK verkaufen.

Anfangs in der Überzahl (etwa zehn Mann), fingen die NPD-Faschisten auch gleich zu pöbeln an und wollten ein Stellschild von uns wegnehmen.

Indessen – sie hatten sich verschätzt! In kurzer Zeit sammelten sich immer mehr Menschen um den Nazi-Stand und zack-zack! – da liegt der Nazi-Dreck da, wo er hingehört: im Rinnstein!! Ein als Auslage benutzter Tapeziertisch und mehrere hundert faschistischer Hetzschriften sowie alle NPD-Flugblätter gingen auf diese Weise zu Boden (vergl. Photo!). Die NPD mußte die Verteilung einstellen. – Ein klarer Erfolg der Antifaschisten!

Zur gleichen Zeit begannen die Genossen des KB und andere mit der Agitation unter den Umstehenden, deren Zahl auf gut 150 angewachsen war. Dabei wurden die Nazis in einem Kreis umringt, wie sie vor dem Trümmerhaufen ihres einstigen „Informations"standes standen. Besonders lächerlich war dabei, wie einige der Nazis versuchten, die Reste ihrer Zeitungen von der Straße zu kratzen.

In spontanen Sprechchören wurden sie dabei begleitet: „Nazis raus!" und „Nieder mit der braunen Pest!"

Bei der Agitation zeigte sich, daß die meisten es richtig fanden, daß der Nazi-Stand abgeräumt worden war.



Eine wichtige Rolle spielte dabei, daß die Faschisten die Umstehenden mit Tränengas-Sprühdosen angegriffen hatten, was große Empörung hervorrief. Es ist also durchaus nicht so, daß nur sachte Diskussionen mit (oder gegen) den Faschisten Anklang finden, sondern genauso – und manchmal mehr! – das beherzte Eingreifen der Antifaschisten! Dabei kommt es darauf an, die Aktion klug und im richtigen Moment mit der Agitation zu verbinden.

Natürlich meinten auch welche, man solle die Nazis unbeachtet lassen, anstatt sie noch solcherart „aufzuwerten". Einige fanden, daß die Nazis das „gleiche Recht" haben müßten ihre Schriften zu verbreiten. Dem wurde die Gefährlichkeit der Nazis, die Unterstützung, die ihnen der Staat zuteil werden läßt, entgegengehalten und die Untauglichkeit der „liberalen" Taktik gegen die Nazis aufgezeigt. Über das Vorgehen gegen die Nazis bestand spontan bei den meisten, auch außerhalb des KB organisierten Linken Übereinstimmung. Eine Ausnahme bildeten lediglich die UZ-Verkäufer, die auch in der Nähe waren, aber sich abseits hielten.

Diese traurigen Gestalten meinen wohl, sie können gegen das Auftreten der Faschisten etwas tun, indem sie lediglich mit ihrer Zeitung wedeln.

Wenn diese liberale Linie im antifaschistischen Kampf sich durchsetzen sollte, wie sie DKP und KBW etwa empfehlen, dann haben wir bald jede Woche einen NPD-Stand. ●

KB/Gruppe Flensburg

Faschistische Provokation am Mönkebrunnen

Am letzten Samstag war in der Mönkebergstraße eine Kundgebung gegen das faschistische Thieu-Regime. Es wurde für ein Krankenhaus in Vietnam gesammelt. Zur gleichen Zeit war auf der anderen Straßenseite ein Info-Stand der NPD-Faschisten. Auf der Kundgebung wurde kurz darauf eingegangen und einige Teilnehmer gingen dann rüber auf die andere Seite. Bei den Faschisten hatte sich inzwischen eine größere Menschenmenge angesammelt. Eine alte Frau erzählte, daß ihr Sohn im KZ ums Leben gekommen sei, darauf ein Faschist: *„Na und, wenn er im KZ gewesen ist wird er auch etwas ausgefressen haben".*

fressen haben".

Ein anderer Faschist behauptete, daß in den KZ's gar nicht so viele Leute ermordet wurden, wie immer berichtet wird. Von unserer Seite aus wurde versucht, diese Provokationen zu entlarven, was auch zum größten Teil gelang. Einige Umstehende meinten, der Info-Stand müßte „abgeräumt" und die Faschisten verprügelt werden. Die Faschisten hatten zwar noch Leute im Hintergrund stehen, aber durch die Propaganda der Kundgebungsteilnehmer war ein relativ gutes Kräfteverhältnis zu Stande gekommen, so daß plötzlich sich einer auf den Stand stürzte und das faschistische Propagandamaterial in die Luft warf. Als einige Faschistenschläger ihn angriffen, schalteten sich auch Umstehende ein und es gab ein Gerangel, wobei Parolen gerufen wurden wie „Tod dem Faschismus!" „Nieder mit der braunen Pest!" Ihre Schilder wurden umgeschmissen und mußten erst wieder von ihnen aufgebaut werden. Allerdings standen die Faschisten jetzt ohne Material hinter ihrem Tisch und wurden von den Passanten beschimpft. Es gab natürlich unter den Passanten auch Leute, die auf Seiten der Rechten standen, unter anderem auch ein Jugendlicher, der mir bekannt ist von der letzten Bürgerschaftswahl. Er verteilte damals Flugblätter für die CDU und ist, soweit mir bekannt ist, bei der JU oder beim RCDS. Nach der Aktion löste sich die Menge auf und die aktiven Teilnehmer verschwanden, so daß niemand verhaftet werden konnte. Zu bemerken wäre noch, daß der Obernazi Buchholz, wie die meisten anderen in alten Nazi-Klamotten mit „Odals-Rune", anwesend war. Im großen und ganzen ist die Aktion nur deshalb so gut gelaufen, weil es gelang, die Bevölkerung mit einzubeziehen und ihnen die Provokation der Faschisten aufzuzeigen. ●

Ein Genosse aus St. Pauli

Forts. BFD

und zukünftige Hauptstadt Deutschlands" („Welt", 31.10.74).

Die BFD-Vögel sehen die „Gefahr des Kommunismus" nicht nur von Seiten der sozialistischen Länder oder der „Linksradikalen" – nein: Auch SPD, FDP und CDU hätten *„mehr oder weniger starke sozialistische Tendenzen"* („Welt", 31.10.74).

Anfang Oktober kündigte sich der BFD bereits als Partei an, was aber bis nach der Bayern/Hessen-Wahl verschoben wurde. Sie nutzten diesen Zeitpunkt, um sich neben Strauß und Dregger ins rechte Licht zu rücken. Sie wollen deren Politik in Westberlin fortsetzen, wobei sie die CDU noch von rechts kritisieren.

Der BFD ist sicher ein Versuch, die von Strauß geforderte „vierte" (rechtsradikale) Partei aufzubauen. Denn enge Verbindungen zu Strauß sind vorhanden. So trat Strauß zusammen mit Oberhetzer Löwenthal im August auf einer Veranstaltung des BFD auf. Finanziert wird diese Partei u.a. von Springer und dem Schnapsfabrikanten Eckes. Springer ist aber nicht nur Geldspender, sondern zugleich größter Propagandist des BFD. So wurde in Springers Presse seitenweise über die Parteigründung berichtet, gleich versehen mit der Kontaktadresse des BFD. Auch an der Vorbereitung der Parteigründung war er stark beteiligt.

Vom BFD verlautete, daß er sich zuerst auf Westberlin konzentrieren und sich erst später nach Norddeutschland ausdehnen wolle. Die „FR" schreibt dazu: *„In politischen Kreisen Westberlins wird angenommen, daß Westberlin zunächst das Experimentierfeld der neuen Partei sein soll. In Westberlin rechnet der Bund damit, bei den Wahlen am 2.3.75 sowohl vom rechten Flügel der SPD wie von der CDU, die in Westberlin einen Kurs der Mitte (? !) verfolgt, Wähler absplittern zu können"* (30.10.74).

Daß sich der BFD in hohem Maß nicht nur an CDUler, sondern auch an rechte „Sozialdemokraten" wendet, wird deutlich, wenn man sich die Führung des BFD ansieht. Da sitzen vor allem ehemalige SPDler und Gewerkschaftsfunktionäre, was in der Propaganda des BFD immer herausgestrichen wird. So sollen zum einen rechte SPD-Anhänger geködert werden (eine „vierte Partei" nur auf Kosten der CDU wäre für die Kapitalisten kaum interessant!) und soll zugleich dem Rechtsradikalismus das „sozialistische" Mäntelchen umgehängt werden.

Dadurch, daß in der BFD-Spitze auch alle Berufe vertreten sind – vom Maurer über Wissenschaftler, Kaufleute bis zum Manager einer GmbH – und das breit hervorgekehrt wird, soll das gleiche erreicht werden. Das Bestreben, auch in der Arbeiterklasse mit ihrer faschistoiden Ideologie Fuß zu fassen, zeigt sich deutlich daran, daß der BFD seine ersten Bezirksorganisationen in Arbeitervierteln Westberlins (Wedding, Tiergarten, Neukölln und Charlottenburg) aufgebaut hat! ●

KB/Gruppe Westberlin

Faschist Hoffmann ‚rekrutiert'

„Wenn Du Härtetraining statt Gammelei – sportliche Leistung statt Politschwätzerei und echte Kameradschaft suchst, dann komm zu uns in die Wehrsportgruppe."

Dieser markige Appell ist nicht etwa einer Zeitung der NSDAP oder SA entnommen – es handelt sich vielmehr um den Aufruf der seit Monaten in und um Nürnberg ‚arbeitenden' paramilitärischen Faschisten-Bande des Karl Heinz-Hoffmann.

Wie wir bereits in zurückliegenden Ausgaben des AK berichteten, erhielt der Nürnberger Grafiker Hoffmann von der Verwaltung der mittelfränkischen Stadt ein kleines Schloß (mit ausgedehnten Parkanlagen) überlassen, wo er seine z.Zt. noch kleine Anhängerschaft im Sinne der offen faschistischen Ideologie „erziehen" und auch militärisch ausbilden kann (dort werden „Manöver" durchgeführt und Schießübungen mit scharfer Munition veranstaltet!).



Der „Führer" K.H. Hoffmann wirbt in voller Montur (Kampfanzug und geschultertem Karabiner)

Hoffmann hat gegenüber der Presse und dem Fernsehen mehrfach unumwunden zugegeben, daß er und seine faschistischen „Kameraden" „eingreifen" wollen, wenn die Polizei und die anderen staatlichen ‚Ordnungshüter' nicht mehr mit der demokratischen Bewegung fertig werden sollten. In jüngster Vergangenheit war die Hoffmann-Bande bereits an mehreren faschistischen Provokationen im Nürnberger Raum beteiligt ...

Ungeachtet der zahlreichen Proteste seitens demokratischer Organisationen gegen das ungehinderte Treiben dieser faschistischen Privatarmee und offenbar ermutigt durch die wohlwollende Haltung der Nürnberger „Stadtväter" ist die Faschisten-Bande jetzt dazu übergegangen, auch öffentlich zu ‚rekrutieren'!

Der nebenstehende – im Faksimile abgedruckte – Handzettel wurde in Briefkästen geworfen und unter die Scheibenwischer parkender Autos geklemmt (nach „ED", 1.11.74). ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

SPD-„Morgenpost": „Für die Polizei ein ganz alltäglicher Einsatz"

Am Freitag den 18. Oktober betreten um 19.30 Uhr mehrere Polizisten die „Snakbar" beim Bahnhof Rothenburgsort in Hamburg. Sie suchen einen „Schläger", der in die Bar geflüchtet sein soll. Nach den Aussagen der Gäste spielte sich dann folgendes ab:

> **Das sagen die Gäste: „Acht Polizisten stürzten ins Lokal. Einer hatte einen Hund. Der uns unbekannte Mann sollte seinen Ausweis zeigen. Als er zu seinem Mantel torkelte, sprangen ihn vier Polizisten an und drehten ihm die Arme um. Sie schleiften ihn aus der Tür. Wir waren empört und sind hinterher. Wir haben geschimpft und geflucht. Die Polizisten fingen an zu schubsen und zu schlagen. Einer hetzte den Hund auf uns. Ein anderer zog seine Pistole. Zwei von uns wurden mitgenommen und in die Zelle gesperrt. Ein junger Mann wollte mit seiner hochschwangeren Frau telefonieren. Das durfte er nicht. Da trommelte er mit Fäusten an die Zellentür. Sechs Polizisten fesselten ihn an Händen und Füßen. Er konnte aber die Füße befreien, weil sie den Schlüssel auf der Schelle steckengelassen hatten. Nach fast vier Stunden wurden die beiden ohne ein Wort freigelassen."**

Die Hamburger SPD-Zeitung „Morgenpost" stellt dann sogleich diesen Aussagen die Version der Polizei entgegen:

„Als wir die Personalien feststellen wollten, versuchten die Gäste das zu verhindern. Sie griffen die Beamten an (!) und heizten (!) mit Beleidigungen die Stimmung an. Die Polizisten mußten sich wehren. Sie waren aber sehr zurückhaltend. Ein Beamter zog seine Pistole. Das hätte schon viel früher geschehen müssen(!)".

Seinen Abschluß findet der Polizeiüberfall auf die Bar mit juristischen Repressionen gegen diejenigen, die es gewagt hatten, etwas gegen den Bullenterror einzuwenden: *„Zwei Gäste wurden festgenommen und zur Wache gebracht. Sie haben mit Anzeigen zu rechnen. Wegen gefährlicher (!) Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt (!), versuchter Gefangenenbefreiung (!) und Beleidigung"*, heißt es im Polizeibericht.

Fürwahr in den Augen der SPD-„Morgenpost" ein „ganz alltäglicher Vorgang". ●

HDW-Sympathisanten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Der „Fall Streckenbach" – Ein weiteres Beispiel der Behandlung von NS-Verbrechen in der BRD

Anfang Oktober hat das Hamburgische Oberlandesgericht in zweiter Instanz befunden, daß der 72jährige NS-Verbrecher Streckenbach „aus gesundheitlichen Gründen" nicht verhandlungsfähig sei. Dieser Beschluß, gegen den kein Einspruck möglich ist, bekräftigt die Entscheidung, die bereits im April den Prozeß wegen angeblicher „Herzschwäche" des Angeklagten scheitern ließ. Die „FAZ" schreibt dazu, *„daß mit einer Verhandlungsfähigkeit wohl auch für die Zukunft kaum zu rechnen ist"* (3.10.). Wer war diese NS-Größe, die für ihre Morde nicht mehr zur Rechenschaft gezogen wird?

Bruno Streckenbach war bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP und der SS. Er war zeitweilig Hamburger Gestapo-Chef und war 1939 als Führer eines Einsatzkommandos an der Ermordung von Polen und Juden beteiligt gewesen. 1940 wurde er auf Grund seiner „Verdienste" Chef des Amtes I des Reichssicherheitshauptamtes. Die Anklage wirft ihm vor, daß er in diesem Amt zwischen 1941 und 1942 *„gemeinschaftlich mit anderen in der Sowjetunion die Vernichtung von Funktionären der Kommunistischen Partei, der Intelligenz und der jüdischen Bevölkerung organisiert und damit den Tod von mindestens einer Million* (!) *Menschen verursacht zu haben"*. So sandte Streckenbach 1942 Schnellbriefe an alle Sicherheitspolizei- und SD-Dienststellen, in denen er anordnete, gegenüber „Polen und Angehörigen der Ostvölker" auf die Durchführung ordentlicher Strafverfahren zu verzichten und sie unmittelbar an den Henker auszuliefern.

In der UdSSR wurde Streckenbach 1945 als Kommandeur der aus Kollaborateuren gebildeten 19. lettischen SS-Panzergrenadier-Division zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. 1955 kam er nach Adenauers Besuch in Moskau vorzeitig frei, nachdem die Regierung Adenauer zugesichert hatte, die in die BRD abgeschobenen Kriegsverbrecher hier wieder vor Gericht zu stellen. Die Ermittlungen gegen Streckenbach begannen jedoch erst 1961 (!) – sie dauerten 13 Jahre. In der gesamten Zeit konnte er unbehelligt seinem Beruf als kaufmännischer Angestellter in Hamburg nachgehen.

Im Zuge der Ermittlungen wurden 150 Zeugen verhört, es entstanden Kosten von weit über 1 Million DM. Dies alles ist jetzt schließlich umsonst, da Streckenbach aller Voraussicht nach nicht mehr vor Gericht gestellt wird.

Tatsächlich hätte ihm aber bereits früher der Prozeß gemacht werden können. Es ist anzunehmen, daß bereits 1955, nach 10 Jahren Haft in der UdSSR, genügend Material vorlag, um ihn wegen Beihilfe zum Mord in mehreren Fällen zu verurteilen. Doch unter dem Vorwand, seine Straftaten umfassend aufzudecken, wurde der Prozeß bewußt verzögert.

Mit diesem „Argument" sind eine vielzahl der Prozesse gegen NS-Verbrecher verschleppt worden. Hiervon sind gerade die NS-Größen betroffen.

Der Fall Streckenbach steht nicht allein. Er macht nur erneut die Praktiken der westdeutschen Klassenjustiz gegenüber den faschistischen Schergen der Bourgeoisie deutlich. Andererseits hat der Fall Streckenbach seine besondere Bedeutung darin, daß Streckenbach in strafrechtlicher Hinsicht der größte NS-Mörder der BRD ist, da ihm allein auf der Ebene der Justiz der Mord in 1 Millionen Fällen vorgeworfen wird.

Pensionen für Massenmörder

Zahlreiche NS-Massenmörder laufen in der BRD unbehelligt herum, obwohl sie z.T. bereits im Ausland verurteilt wurden. Der Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN) veröffentlichte im Juli dieses Jahres eine Liste mit 37 in Frankreich verurteilten NS-Verbrechern (davon 12 zum Tode) – alle sind sie bei uns auf freiem Fuß. Darunter befinden sich zahlreiche Beamte, die entweder bereits eine Pension bekommen oder Anwärter hoher Ruhegelder sind. Eine kleine Auswahl macht dies deutlich:

- Molinari, am 13.4.51 in Metz zum Tode verurteilt, nach dem Krieg Brigadegeneral der Bundeswehr und im Führungsstab des Heeres;
- Müller, K-H., am 13.6.53 in Bordeaux zum Tode verurteilt, heute: pensioniert als Kriminalhauptkommissar;
- Ödenwald, am 13.7.54 in Paris zu einer Haftstrafe verurteilt, nach dem Krieg Oberregierungsrat beim Verfassungsschutz, heute: Pensionär.

Diese Liste läßt sich mühelos durch andere NS-Verbrecher erweitern:

- Spies, nach 45 Landesgerichtsdirektor, sowie
- Remold, nach 45 hoher Poliezioffizier, beide verantwortlich für die Hinrichtung von vier deutschen Soldaten wegen „Fahnenflucht" zwei Tage nach der Kapitulation; heute: beide Empfänger hoher Pensionen.
- Krebs, heute noch Richter am Bundessozialgericht in Kassel. Er verhängte im Dritten Reich Terrorurteile gegen Antifaschisten, darunter die Todesstrafe wegen „Abhören feindlicher Sender".

oder der jetzt erst Angeklagte

- Struve, nach 1945 Hamburger Senatspräsident und Mitglied des Planungsstabes der Hamburger Senatskanzlei bis 1969. Gegen ihn wird z.Z. Anklage wegen hundertfacher Beihilfe zum Mord erhoben, sowie Verantwortlichkeit für Massentötungen an geistig Behinderten. („Prozeßunfähigkeit" ist bereits von ihm beantragt – sollte dies durchkommen, wird sich der heute 72jährige wahrscheinlich nie mehr vor einem Gericht verantworten müssen). Nicht zuletzt sei an den Fall Lischka erinnert!

Daß die Bourgeoisie ihre Folterknechte nicht nur weitgehend unbestraft läßt, sondern z.T. sogar finanziell belohnt, ist nicht neu. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß bisher nicht ein NS-Richter in der BRD verurteilt wurde. Die „richterliche Unabhängigkeit" muß dafür herhalten, diese Verbrecher zu schützen.

Von der Verschleppung ...

Jahrelange Prozeßverschleppungen oder die „Verjährungsdebatte" (nur noch Mordtaten werden bestraft; der sogenannte Totschlag fällt unter die „Verjährung") sind ein wichtiger Bestandteil der NS-Verfahren.

So werden Ermittlungen über Jahre hinaus verzögert, in denen sich der Angeklagte überlegen kann, ob er sich nicht doch lieber ins Ausland „absetzen" sollte, wenn die Sache für ihn zu brenzlig wird. Doch nicht nur die Ermittlungen, auch die Prozesse werden in die Länge gezogen, durch zahlreiche Zeugenvernehmungen im Ausland, an denen sich das gesamte Gericht beteiligt. Prozeßkosten über 1 Mio. DM sind keine Seltenheit.

Doch viele dieser Verfahren enden wegen angeblicher „Verhandlungsunfähigkeit" der Angeklagten oder wegen „Beweisschwierigkeiten" nach „so langer Zeit". Direkte Freisprüche sind nicht selten. Kommt es zu einer Gefängnisstrafe, so wird den Mördern meist Haftverschonung aus „gesundheitlichen Gründen" gewährt. Auch die Fälle, wo NS-Verbrecher auf Kaution freigelassen werden, häufen sich; die hohen Summen werden anstandslos bezahlt.

So sieht die Bilanz der Mordprozesse gegen SS- und Gestapoleute aus dem Jahre 1972 wie folgt aus:

28 Angeklagte, davon 10 freigesprochen, von den 18 Verurteilten sind 12 gar nicht in Haft genommen worden, ganze 6 dieser Mörder sitzen im Gefängnis.

Das Mittel der „Haftverschonung" oder „Prozeßunfähigkeit" kommt hierbei immer häufiger zum Tragen. Den NS-Verbrechern fällt es relativ leicht, sich von ihren Ärzten „schwere gesundheitliche Schäden" bescheinigen zu lassen. Die BRD-Justiz akzeptiert dies nur zu gern.

Ganz anders aber werden von ihr die Angeklagten der Baader-Meinhof-Gruppe behandelt, die in den Gefängnissen offensichtliche gesundheitliche Schäden davon getragen haben. An „Prozeßunfähigkeit" oder gar „Haftverschonung" denkt die bürgerliche Klassenjustiz in diesen Fällen nicht.

... über juristische Beschönigung ...

Mit juristischen Tricks wird den NS-Verbrechern unter die Arme gegriffen. So werden aktive Massenmörder vor Gericht zu Mordgehilfen, um milde Urteile durch die Anklage: „Beihilfe zum Mord" abzusichern. In der Regel wird den Angeklagten eine vermeintliche „Rechtsunsicherheit" oder ein „Befehlsnotstand" – trotz Grausamkeit ohne Gleichen – als strafmildernd zuerkannt.

Exemplarisch ist dies Vorgehen bei der Urteilsverkündung gegen den ehemaligen „Sicherheits-Dienst"-Chef von Warschau, Ludwig Hahn. (Verurteilt wegen „Beihilfe" (!) zu 12 Jahren Gefängnis – haftverschont – natürlich!).

Der Hamburger Richter erkannte als strafmildernd an, daß es *„die preußisch-formale Verhaltensweise des Promovierten Juristen* (Hahn's – Anm. AK) *nicht als wahrscheinlich erscheinen* (lasse), *daß er willkürlich Menschen erschießen ließ."* Den Befehl zur Erschießung von 150 Menschen gab Hahn *„möglicherweise ohne nachzudenken"* und hat also *„nur einen fremden Willen vollzogen"*. So wird den Massenmördern ein Persilschein ausgestellt. Daß darüber hinaus solche NS-Größen wie Hahn gute Beziehungen besitzen, beweist, daß bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung mehrere Aktenordner mit fotokopierten Zeugenaussagen gefunden wurden, die ihm „aus Versehen" von der Justiz zugeschickt worden waren.

Noch dreister treten die Rechtsanwälte dieser Verbrecher auf. Im Frankfurter NS-Prozeß Anfang vorigen Jahres verlangten sie, die Täter nicht nach dem heutigen Rechtsbegriff zu beurteilen, sondern man müsse dies *„aus der Sicht der damaligen Rechtsordnung tun"*.

Gleichzeitig wird von einem Angeklagten gefordert, der sich bei Mordaktionen *„vorgedrängelt"* habe, dies als strafmildernd (!) auszulegen. Denn ein solches „Vordrängeln" lasse auf *„Minderwertigkeitskomplexe und Neurosen und damit auf verminderte Zurechnungsfähigkeit zur Tatzeit"* schließen!

... zur Haftentschädigung!

Eine neue Entwicklung scheint sich bei den bereits vor Jahren verurteilten und im Gefängnis einsitzenden NS-Verbrechern abzuzeichnen. So haben verschiedene von ihnen eine Wiederaufnahme ihrer Prozesse erreicht (dies Wiederaufnahmeverfahren kostete z.B. bei dem Judenmörder Fasold bereits über 500.000 DM).

Beispielhaft scheint hier der Prozeß gegen den SS-Führer Strippel aus dem KZ-Buchenwald. Als sich beim Wiederaufnahmeverfahren einige Zeugen nicht mehr detailliert an die Strippel-Untaten erinnern konnten, wurde das Urteil aufgehoben. Damit war der Weg frei für eine Haftentschädigung in Höhe von 150.000 DM, das sind 1.000 DM für einen Monat Haft (die Überlebenden von Buchenwald bekamen pro Monat im Lager als „Wiedergutmachung" 150 DM!!).

Die „Chance", daß sich die alten und z.T. durch die KZ-Haft körperlich ruinierten Zeugen nach so langer Zeit nicht mehr an alle Einzelheiten ihrer Erlebnisse entsinnen können, sind naturgemäß hoch; und so ist mit weiteren Entscheidungen in diese Richtung zu rechnen!

SPD-Schützenhilfe

Den verurteilten Massenmördern bleibt aber noch ein anderer Weg. So begnadigte der hessische SPD-Ministerpräsident Osswald den zu lebenslanger Zuchthausstrafe wegen mehrfachen Mordes verurteilten Gestapo-Sekretär Baab „aus Gesundheitsgründen". Die Verfolgung der NS-Verbrecher wird zur Farce, wenn allein im SPD-regierten Hamburg noch etwa 50 Ermittlungsverfahren (nicht gerechnet: hunderte von NS-Verbrechern, gegen die noch gar nicht ermittelt wurde) in dieser Sache anliegen, die seit Jahren auf sich warten lassen. Daß man auch in Hamburg bemüht ist, solche Prozesse und ihre milden Urteile möglichst ohne „Störung" über die Bühne gehen zu lassen, beweist der Ausschluß eines Hamburger Schöffen aus einem NS-Prozeß (Januar 73). Der Schöffe hatte die Argumentation eines Richters kritisiert, die geeignet sei, jüdische Zeugen zu verunsichern und die angeklagten NS-Verbrecher zu entlasten – die Entfernung des Schöffen aus dem Prozeß hatte die Zustimmung des Präsidenten des Hamburger Oberlandes-Gerichts.

Fußtritte für Antifaschisten

Die Freizügigkeit gegenüber den faschistischen Massenmördern findet ihr Gegenstück in der Behandlung der Verfolgten des Naziregimes. Nach § 6 des Bundesentschädigungsgesetzes ist von dem Entschädigungsanspruch ausgeschlossen, wer nach dem 23.5.49 die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat, wer nach dem 8.5.45 rechtskräftig zu einer Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt worden war. Hierdurch wird ein großer Teil von Antifaschisten, wesentlich Mitglieder der verbotenen KPD, von den ohnehin geringen Entschädigungen ausgeschlossen. Wie dieser Paragraph auch heute noch gehandhabt wird, zeigt der Fall des Antifaschisten Stertzenbach, dem von der Entschädigungsbehörde des Landes Niedersachsen seit 17 Jahren seine Widergutmachungsansprüche verweigert werden. Die Behörde beruft sich dabei auf den berüchtigten § 6, und führt als „Begründung" an, Stertzenbach sei Mitglied des VVN/Bund der Antifaschisten und habe als Chefredakteur der „Tat" (Wochenzeitung der VVN) Kritik an der Bundeswehr und an gesellschaftlichen Institutionen der BRD geübt.

Deutlicher kann die Funktion der „Wiedergutmachung" nicht gezeigt werden. Während sie gegen die Antifaschisten als Druckmittel für politisches Wohlverhalten benutzt wird (bzw. als Zahlung an Israel zur Unterdrückung in Nah-Ost bestimmt ist), greift die Bourgeoisie zu einer neuen Art der „Wiedergutmachung". Diesmal aber weit großzügiger, denn es geht darum, ihre faschistischen Schergen durch Haftentschädigung zu belohnen. Hiermit demonstrieren die Kapitalisten wiedereinmal, daß sie durchaus bereit sind, ihre Folterknechte für ihre „Dienste" zu „entschädigen". Dies ist gerade auch ein „Wink" an die „neue Generation der Folterknechte", die die schmutzigen Geschäfte der Bourgeoisie in Zukunft durchzusetzen haben.

„Die Schonung der Nazi-Verbrecher durch die bürgerliche Justiz zeigt erneut, daß nur die Arbeiterklasse an der Macht mit diesem Gesindel gründlich aufräumen und eine Wiederholung solcher Verbrechen unmöglich machen kann." (AK 47) •

Ein Mitglied der Bezirkszelle Bergedorf des KB/Gruppe Hamburg

„Hier wird mit ‚Sieg-Heil' gegrüßt!"

Nach dem faschistischen Militärputsch in Chile wetteiferten die bürgerliche Presse und führende Politiker darin, der Bundeswehr ihre „demokratischen Absichten" und ihre vorgebliche Klassenneutralität zu bescheinigen, um in der Arbeiterklasse die Illusion zu bestärken, daß in der Bundesrepublik ein Militärputsch völlig undenkbar sei. Doch in Wirklichkeit sieht das Bild ganz anders aus. Im Offiziers- und Unteroffizierskorps konzentrieren sich faschistische und neofaschistische Kräfte. Es ist eben nicht so, daß nur alte („ewiggestrige") Offiziere dazugehören, sondern gerade auch ein größerer Teil der jüngeren Vorgesetzten.

So sagte z.B. der Hauptfeldwebel Sietmann von der Fahrschule des Bataillons 324 in Schwanewede (nördlich von Bremen) im Unterricht über den „Bremer Vulkan" (Großwerft), daß dies ein „sauroter" Betrieb sei, und weiter: Wir könnten da möglicherweise mal eingesetzt werden, wenn da „mal wieder Terror" wäre. Dann würde eine Kompanie herausgepfiffen; die Leute, die dort Bekannte oder Verwandte hätten, müßten nach links raustreten, und die anderen würden dann sofort hingefahren, um dort „Ordnung zu schaffen".

Schon im Streik im Februar (Lohntarifrunde) wurde beim „Bremer Vulkan" mit Polizeieinsätzen gedroht. Der CDU-Abgeordnete und Bremer JU-Vorsitzende von der Schulenburg griff brutal Streikposten an, wobei zwei Kollegen verletzt wurden.

Was damals noch von Polizei und reaktionären Kräften wie von der Schulenburg gemacht wurde, dafür soll in Zukunft auch die Bundeswehr eingesetzt werden. Übungen für derartige Einsätze der Bundeswehr gegen die Arbeiterklasse finden ja schon laufend statt, wie z.B. die Übung „Römerkastell", wo die Räumung einer besetzten Fabrik (Henschelarbeiter) geübt wurde; oder eine Übung in Dörverden im August 73, wo die Niederschlagung einer Demonstration vor dem Kasernentor geprobt wurde.

Ein weiteres Beispiel ist der Stuffz (Stabsunteroffizier) Nerger aus der 3/322. Bei einem Scharfschießen sagte er, **„Ihr müßt euch immer denken, ihr schießt auf Bolschewistenschweine"**; und als er selbst daneben geschossen hatte: **„Ich habe nur deshalb nicht getroffen, weil das eben nur eine Scheibe und kein Bolschewistenschwein war."** Wenn man sich mal vor Augen führt, daß jeder fortschrittliche Arbeiter heute schon als Kommunist verschrien wird, kann man sich leicht vorstellen, auf wen dieser Faschist alles schießen würde.

Derselbe Stuffz Nerger rühmte sich auch folgender „Heldentat": Auf einem Lehrgang erwischte er als Wache einen englischen Soldaten, der seine Papiere irgendwie nicht in Ordnung hatte. Er nahm ihn fest, stellte ihn an die Wand, untersuchte ihn nach Waffen und schlug ihm bei einer falschen Bewegung die Beine weg, so daß er voll hinflog. Danach führte er ihn – Gewehr im Anschlag – ab, wobei der „Tommy" so eingeschüchtert gewesen sein soll, daß er dauernd wimmerte: don't kill me. Auf der Wache erlitt er einen Nervenzusammenbruch.

Diese Schilderung muß man auch im Zusammenhang damit sehen, daß Stuffz Nerger es sich nie nehmen läßt, chauvinistisch „unsere Bundeswehr", insbesondere deren Waffen, in den Himmel zu loben und gegen alle ausländischen Soldaten, z.B. Holländer, zu hetzen. Was an Nerger auch auffällt, ist seine krasse Intellektuellenfeindlichkeit, die bei Faschisten sehr verbreitet ist.

Ein Soldat, der im Offizierskasino als Ordonnanz arbeiten mußte, berichtete folgendes: als er sich dort melden wollte, wurde er gleich angefahren: **„Du kriegst gleich eine in die Fresse, hier wird mit ‚Sieg-Heil' gegrüßt!"** Dann mußte er den ganzen Abend mit „Sieg-Heil" grüßen, und die Offiziere sangen faschistische Lieder.

Vom Hauptmann Ossmers (4/323) wird berichtet, daß er bei einem Übungsplatzaufenthalt in Bergen-Hohne in SA-Uniform durchs Lager marschiert sei und dem Bataillonskommandeur in diesem Aufzug gemeldet habe.

Im Februar 74, in Sennelager, mußte ein Unteroffizier, der gewisse Ähnlichkeit mit Hitler hatte, Zitate von diesem vortragen.

Dies sind bestimmt keine Einzelbeispiele, sondern sie zeigen den Vormarsch der Faschisten, wie er auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu sehen ist. Für die Genossen in der Bundeswehr stellt sich hier die Aufgabe, über diese Entwicklung unter ihren Soldatenkollegen politische Klarheit zu schaffen und zum anderen, diese Sachen breit zu veröffentlichen u.a. in unserer Presse. •

Ein Soldaten-Genosse aus Schwanewede (bei Bremen)

Demokratische Soldaten verknackt: „Hetzerische Kritik"

Anfang Oktober wurde der wehrpflichtige Offizier Harald Forst, Stabsarzt im Bundeswehrlazarett Rostrup (bei Oldenburg), von einem Truppendienstgericht wegen seiner Unterzeichnung der von Reformisten herausgegebenen „Studie ‚Soldat 74'" und seiner Beteiligung an der DGB-Kundgebung am 1. Mai in Köln (in Uniform, mit DGB-Plakette und roter Fahne) zu 14 Tagen Arrest verurteilt. Eventuell soll er auch aus der Bundeswehr gefeuert werden, was eine Vorstrafe bedeutet. Das ist die gängige Praxis der Militaristen, trotz allem „demokratischen" Geschwätz wie z.B.:

„In der demokratischen Gesellschaft gibt es auch für das Militär keinen kritikfreien Schonraum. Die Bundeswehr stellt sich der öffentlichen Diskussion" (Kriegsminister Leber im „Weißbuch" 1974 der Bundeswehr).

Das Gericht urteilte über die Aktivitäten von H. Forst: *„Bewußte Agitation"*, *„gewollte politische Demonstration"*, *„hetzerische Kritik"* und *„Verleumdung"*. Inzwischen sind fast alle 70 Erstunterzeichner der „Studie" zu Geld- und Haftstrafen verurteilt worden, während fast gleichzeitig ein anderes Truppendienstgericht dem NPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Oberstleutnant Witt, erlaubte, Propaganda für die NPD zu betreiben (auch in Oldenburg trat er bereits als Oberstleutnant der Bundeswehr für die NPD-Nazis auf).

Die Linken und Demokraten schlagen – die Faschisten dulden und fördern: das ist die Politik der Bourgeoisie in allen gesellschaftlichen Bereichen und vor allem in der Bundeswehr, wo sich im Offizierskorps ohnehin alle Schattierungen von Rechtsradikalen und Faschisten konzentrieren. •

KB / Gruppe Oldenburg

Sanatorium Knast?

Wir berichteten in den letzten Ausgaben des AK von den Gefangenenmißhandlungen besonders im Mannheimer Knast, bei denen es auch Tote gegeben hatte. Aus Aussagen der Häftlinge und einiger Knastbediensteter wurde klar, daß zum einen die Gefängnisleitung nicht nur den Zustand kannte, sondern auch unterstützte und ebenfalls die anderen Behörden bis hin zum Justizministerium informiert waren, und zum anderen Mannheim absolut kein Einzelfall ist (siehe AK 48, 49, 51).

Baden-Württembergs Justizminister Bender traf die Anordnung, daß jetzt „gründlich aufgeräumt" werden soll, daß alle seit 1970 eingestellten Ermittlungsverfahren, bei denen es um unnatürliche Todesfälle, Körperverletzung und Bestechungsvorgänge geht, darauf untersucht werden sollen, ob es genügend Zeugen und Beweismaterial gibt. Am 25.9.1974 teilte Bender mit, daß 297 solcher Vorfälle aussortiert worden seien, darunter 24 Todesfälle, bei denen es jedoch kein Fremdverschulden gegeben habe.

Bis zum 17.10.1974 waren es dann über 1000 solcher Fälle, davon 600 im Bericht des Oberlandesgerichts Kralsruhe und alleine 450 aus Mannheim! (nach „FAZ" 17.10. 1974).

Schnell reduzierte man diese Zahlen dann auf 9 (!) Vorfälle, wieder überwiegend aus Mannheim.

Aus der Zusage Benders Anfang September, die Beteiligten zur Rechenschaft zu ziehen, wurde:

„Das baden-württembergische Justizministerium teilte am Donnerstag mit, in Kürze werde gegen 2 weitere Bedienstete wegen Bestechung und gegen 3 Beamte wegen Mißhandlung von Gefangenen Anklage erhoben" („FAZ" 20.9.74). Und bereits einen Tag später hieß es: *„Voraussichtlich noch in diesem Jahr werden am Landgericht weitere Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Gefängnisskandal eröffnet werden, darunter auch Verfahren wegen Gefangenenmißhandlungen"* („FAZ" 18.10.74).

Die Gefangenenmißhandlungen, die den eigentlichen „Skandal" ausmach(t)en, sind jetzt schon nur noch „im Zusammenhang" zu sehen. Dagegen wird immer mehr versucht, in den Zeitungen das Bild eines wahnsinnig angenehmen Knastaufenthaltes zu vermitteln, bei dem die Gefangenen eine Art Sanatoriumsaufenthalt verbringen.

Allerdings zeigen diese Berichte auch recht anschaulich das Ausmaß der Korruption in BRD-Gefängnissen.

Im Vordergrund stand im letzten Monat der Prozeß gegen den Bauunternehmer Dieter Hess, der im Mannheimer Knast sitzt und der Hinterziehung von 2 Millionen Steuer- und Versicherungsbeiträgen angeklagt ist. (Hess hatte dem Finanzamt 20 - 30 Arbeiter angegeben ließ jedoch ca. 300 Arbeiter für sich arbeiten; nach „FR" vom 15.10.74).

Hess nannte feste Preise im Knast: 200 DM für unzensierte Briefe an seine Verlobte; 100 DM für ein Telefonat; 5000 DM für den Transport von Geld, Schnaps und einem Fernsehapparat in die Zelle (nach „FR" vom 15.10.74) und schließlich 42.000 DM für einen fingierten Anruf, aufgrund dessen Hess aus dem Knast „vorzeitig entlassen" wurde.

„Bei seiner Einlieferung in die Vollzugsanstalt hatte er etwa 20.000 DM bei sich, heute wunderte er sich nicht mehr, daß sie ihm beim Kleiderwechsel nicht abgenommen wurden." Ein Mithäftling pries ihm gleich seine Beziehungen „von den Beamten bis zur Geistlichkeit."

Hess: *„Ich wurde gut bedient – an und für sich war ich ein glücklicher Mann. Schon bald nach meiner Einlieferung wurde ich in eine andere Zelle verlegt, auf die Seite von denen, die Geld hatten"* (alles „FAZ" vom 15.10.74).

Fotos im Prozeß zeigen Dieter Hess in strahlender Laune mit einer Hand voller Geldscheine neben dem Fernsehapparat („FAZ" vom 18.10. 74).

Weiterhin sagten in diesem Prozeß der Justizhauptwachtmeister Peschinger und der Häftling Alfred Vake im Range eines Kalfaktors aus. *„Für Vake stand jede Tür im Gefängnis offen"* (Poschinger). Jedoch: *„Wenn ich Vake ausgeführt habe, dann nicht aus Gefälligkeit und nicht wegen Geld, sondern mit Genehmigung der Anstaltsleitung."* Diese Ausfahrten beinhalteten Taxifahrten ins „Haar-Center", Lokale und manchmal die Freundin von Vake. Und immer bezahlte der Gefangene die Zeche (nach „FAZ" vom 18.10.74).

Vake gibt vor Gericht Geldgeschäfte mit und für Vollzugsbeamte zu, ebenso einen schwunghaften Handel gegen bar für Mithäftlinge.

Das Gericht kommt in seinem Urteilsspruch gegen Hess zu dem Schluß, daß den Bauunternehmer die wenigste Schuld trifft!

Hess habe *„in der Mannheimer Vollzugsanstalt Verhältnisse angetroffen, in denen die Rechtstreue der Beamten schon in einer solchen Weise korrumpiert gewesen sei, daß er nicht der Auslöser, sondern lediglich der Weiternutzer dieser Situation gewesen sei. Nicht Hess war es, der die Beamten von der rechten Bahn abbrachte, sondern es hat für ihn nicht viel dazu gehört, sich der Situation anzupassen"* („FAZ" vom 26.10.74). Wahrhaftig nicht, als Bauunternehmer!

„Die Strafe für den Bestechungskomplex ist mit je 10 Monaten an der Gesamtstrafe von 3 Jahren und 10 Monaten plus 750.000 DM beteiligt. Wahrscheinlich wird dieser Teil der Gesamtstrafe später auf dem Gnadenweg erlassen werden" („FAZ" vom 26.10.74).

Der Kalfaktor Vake allerdings findet es ein Unding, *„die ganze Bestechungsaffäre nunmehr auf vier Beamte abwälzen zu wollen. Die meisten Beamten hätten gewußt, daß es im Haus Schnaps gab. Als man die Zelle von Hess nach der Flucht gefilzt habe, hätten die Beamten zwar Unterhosen und Belangloses mitgenommen, Whisky und Fernsehgerät hätten sie offensichtlich bei der Durchsuchung übersehen (!)"* („FR" vom 18.10.74).

Hamburg-Fuhlsbüttel

Auf der gleichen Welle des „fidelen Knastes" schwimmt auch die „Hamburger Morgenpost".

Nachdem sie ihre Schlagzeile vom 1.8.73: *„So leben Häftlinge in Santa Fu: Schnaps – Haschisch – Sex beim Pfarrer"* wieder aufgewärmt hat, heißt die neue Überschrift: *„Im Knast floß der Schnaps"* („Mopo", 24.10.74).

„In Santa Fu gibt es alles zu kaufen, von französischem Weinbrand bis zu Hasch und Morphium."

Und von einem Häftling wird berichtet, er habe den Knast Fuhlsbüttel zu einer „Köminsel" gemacht, Selbstgebrannten Schnaps verkaufte er als Hausmarke für 20 - 25 DM und war damit der absolute „Preisbrecher".

Hier wie auch für die Mannheimer Aussagen braucht man nicht lange zu fragen, bei welchen Leuten der Schnaps denn „in Strömen" geflossen sein kann.

Zwangsarbeit für den Staat wird im Knast nämlich mit 1,50 DM bis 2,50 DM für einen 8-Stunden-Tag „vergolten"; in seltenen Fällen etwas mehr, bei guter Leistung eine Monatsprämie von 10 - 50 DM (Zahlen nach „FAZ" 21.9.74).

Klassenunterschiede bleiben eben auch im Knast bewahrt! ●

Genossin der Betriebszellenleitung, Beiersdorf, KB/Gruppe Hamburg

BRD-Justiz zu Hausbesetzung in Hannover – Gesinnungsterror: „auch nur bei psychischer Unterstützung – Schadensersatz"!



„Wer an einer Hausbesetzung teilnimmt, bei der es während der Räumung zu Gewalttätigkeiten kommt, muß wegen des dabei entstehenden Schadens unter Umständen auch dann Ersatz leisten, wenn er nur durch seine Anwesenheit den Mut der Akteure und ihren Willen zum Widerstand psychisch gestärkt hat."

Dies entschied der Vierte Zivilsenat des Bundesgerichtshofes am 30. Oktober in Karlsruhe. Weiter heißt es in der Urteilsverkündung:

„Allerdings besteht eine solche Haftung nicht schon wegen der ‚bloßen Teilnahme' an der Demonstration, sondern nur dann, wenn der Demonstrant die Tätlichkeiten zumindest gebilligt hat."

Und: *„Den Beweis einer solchen inneren Einstellung muß das Gericht auf Grund aller Umstände des Einzelfalles feststellen."*

Wie dies „Recht" anzuwenden ist, bleibt aber dem Gutdünken des Gerichts vorbehalten; was „beurteilt" wird, ist in jedem Fall die politische Einstellung.

Dieses Urteil wurde gegen einen Musiker, einen Studenten und einen Anstreicher gefällt, die von der Polizei als „Initiatoren" der Besetzung eines leerstehenden Bürohauses im Dezember 71 in Hannover durch 300 Jugendliche bezeichnet wurden, die ein unabhängiges Jugendzentrum forderten.

Nach zwei Tagen rückten die Polizeitruppen an und räumten das Haus in ihrer üblichen Weise: mit Tränengas, Wasserwerfern und einem Panzerwagen. Die 300 Jugendlichen, die sich das Recht auf ein Jugendzentrum nicht nehmen lassen wollten, leisteten gegen den brutalen Polizei-Einsatz Widerstand, und dabei gelang es ihnen, zwei Polizisten zu verletzen und mehrere Polizeifahrzeuge zu beschädigen.

Die drei Angeklagten wurden verurteilt, dem Land Niedersachsen „Schadenersatz" in Höhe von etwa 4.000 DM zu zahlen. ●

Bezirkseinheit, KB/Gruppe Frankfurt

Wieder „Ermittlungen" gegen KB-Presseverantwortlichen

Am 25.10. erhielt der Kommunistische Bund über seinen Presseverantwortlichen die inzwischen dritte Anschuldigung wegen „Beleidigung" der Polizei. Durch den Ermittlungsrichter wurde uns eröffnet, die Bezirksorganisation des KB (Gruppe Hamburg) habe zum 1. Mai 1974 mittels eines Flugblatts folgende „Straftaten" begangen: Sie habe behauptet, in der ganzen BRD verstärke sich die politische Unterdrückung durch Polizei Staatsapparat und Militär; in dem Flugblatt war insbesondere das MEK (‚mobiles Einsatzukommando') angegriffen worden („staatlich geplanter Mord", „Bürgerkriegsübung").

Die Vorladung zum Ermittlungsrichter erfolgte, obwohl der Staatsanwalt in seinen Aktennotizen ausdrücklich vermerkt hat, der Beschuldigte gehöre dem Kreis derjenigen an, die grundsätzlich vor Polizei und Staatsanwaltschaft nicht aussagen.

Zweck der Vorladung: *„Da Ende Oktober Verjährung einzutreten droht, bitte ich um rechtzeitige zur Unterbrechung geeignete richterliche Handlung."* Mit erfolgter Vorladung ist es nun ins Belieben der Staatsanwaltschaft gestellt, ob sie Anklage erheben will oder nicht ...

Von besonderem Interesse ist in diesem Fall das Vorgehen der Polizei und Justiz gegen den Drucker des Flugblattes. Ihm wurden Bilder des Presseverantwortlichen vorgelegt, um die „Auftraggeber" zu identifizieren. Auch nach Adressen etc. wurde er befragt – er mußte passen. Dann wurden ihm die beanstandeten Passagen des Flugblattes vorgelegt und er gefragt, ob er den Text nicht vorher auf mögliche „strafbare" Inhalte geprüft habe. Er ließ sich einschüchtern: verneinte zwar die Frage, sicherte aber zu, in Zukunft die Inhalte von „politischen Druckerzeugnissen" auf „eventuelle Straftaten" hin „vor dem Druck durchzulesen."

Es zeigt sich, daß die Staatsorgane die Öffentlichkeitsarbeit der Kommunisten nicht nur durch Druck auf sie selbst bekämpfen, sondern z.B. auch durch Einschüchterung eines Druckers die technischen Möglichkeiten unserer Presse einzuschränken versuchen.

Wir werden beim Aufbau einer Solidaritätsfront gegen die zunehmenden Repressalien auch auf solche Dinge achten müssen. ●

Schallplatte des Hamburger Straßentheaters mit 4 Agitationsliedern

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Anzahl

○ **Nr. 23** — Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"
Selbstkritik Marke KBW
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten DM 2,50

○ **Nr. 24** — „Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts"
PIP-PERSIS-PROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –
Zur Lage der unterentwickelt gehaltenen Länder
44 Seiten DM 2,–

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fphrung
120 Seiten, Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM 6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat DM 8,–

○ **Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:**

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausagen	ab Nr.		DN 9,60
○ Förderabo für 6			

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 8,–

(52)

Anschrift: ____________________

____

____

____

__________ (Datum) __________ (Unterschrift)

Verlags-Katalog kostenlos
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Hungerstreik politischer Gefangener gegen die Haftbedingungen

Seit dem 13.September sind über 40 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten, um gegen ihre Haftbedingungen zu protestieren. Nach dem Abbruch zweier Hungerstreiks ist dies der dritte Versuch der Genossen, sich im Knast die grundlegendsten Rechte zu erkämpfen. Ziel des Streiks ist die Aufhebung der Sonderbehandlung der politischen Gefangenen. Inzwischen wird seit Anfang Oktober Zwangsernährung gegen die Genossen angewandt.

Gegenwärtig sitzen etwa 70 bis 80 Genossen im Zusammenhang mit der RAF-Verfolgung im Gefängnis, einige schon seit vier Jahren. Viele von ihnen sind bereits verurteilt worden, zu Strafen bis zu zwölf Jahren (siehe AK Nr. 40). Der Hauptprozeß gegen die RAF soll voraussichtlich nächstes Jahr in Stuttgart stattfinden. (Siehe AK Nr. 50). Unabhängig, ob in Untersuchungshaft oder verurteilt, werden alle Genossen einer mehr oder weniger strengen Isolation unterworfen.

Folter – klinisch erprobt

Die Isolation ist eine wissenschaftlich ausgearbeitete Foltermethode . Schon vor 1960 wurde in den USA mit den „silent rooms" experimentiert. Im Universitätskrankenhaus Eppendorf in Hamburg gibt es im „Laboratorium für klinische Verhaltensforschung" eine „camera silens" (stiller Raum), in die vorzugsweise Bundeswehrsoldaten als Versuchsobjekte gesteckt werden. Diese Räume sind vollkommen geräuschlos, haben kein natürliches Licht, nur eine Person ist drin. Alle gewohnten Reize an die Sinnesorgane sind ausgeschaltet. Außer sich selbst kann der Gefangene nichts wahrnehmen, was sich irgendwie bewegt, verändert, lebt.

Dieser Entzug der Sinneswahrnehmung (sensorische Deprivation) führt sehr schnell zu unnormalem Verhalten. Da der Gefangene nur mit sich selbst konfrontiert ist, ersetzt seine Vorstellungskraft die fehlenden Reize von außen, er haluziniert. Auf tatsächlich stattfindende Veränderungen, z.B. durch Essensausgabe u.ä., reagiert er übermäßig. Schlafstörungen und andere nervöse Leiden sind die Folge, die häufig auch körperliche Schäden nach sich ziehen. Dies alles ohne äußerlich erkennbare Einwirkungen. Das ist wissenschaftliche, „saubere" Folter!

Dort, wo der Kontakt mit anderen Menschen unvermeidlich ist, bei der Essensausgabe usw., ist er auf die Wächter beschränkt. Unter allen Umständen wird ein Kontakt der politischen Gefangenen untereinander oder mit anderen Gefangenen verhindert. In dem eben zitierten Beschluß wird gegen den Vorwurf der Isolationsfolter eingewandt, „die Beschuldigten . . . werden mit Rücksicht auf die strenge Einzelhaft häufiger als sonst üblich von Anstaltsbediensteten aufgesucht". Auch mit „Psychologen und Seelsorgern" erhalten sie „mannigfache Gelegenheit, zwischenmenschliche (!) Kontakte zu pflegen". Viele der Genossen erkennen dies als Falle. Sie reden solange nicht mit ihren Peinigern und deren Verbündeten, bis sie nicht Kontaktmöglichkeiten mit anderen Häftlingen erhalten.

In aller Regel sind die politischen Gefangenen auch von den Gemeinschaftsveranstaltungen wie Kino, Fernsehen, Kirchgang u.ä. ausgeschlossen.

Die Kontakte zu Menschen von außerhalb des Knast sind ebenfalls drastisch eingeschränkt. Zu Besuchen werden prinzipiell nur Anwälte und Angehörige zugelassen, z.T. wurden sogar Verlobte zurückgewiesen. Neben den Anwälten können so nur leibliche Verwandte Besuche machen.

In knapp einem Jahr bis Anfang 73 hatte z.B. die Genossin Irmgard Möller ganze zwölf Besuche. Keiner der Gefangenen hatte mehr als im Schnitt einen Besuch pro Woche.

Einkreisung

Der Ausschluß nicht-verwandter Besucher wird begründet mit der Erfahrung, daß ausschließlich „Gesinnungsgenossen" kämen, bei denen auch „durch Überwachung der Besuche nicht völlig ausgeräumt werden kann", daß sie Befreiungspläne übermitteln. Eine vom BGH bestätigte Verfügung gegen Holger Meins in der JVA (Justizvollzugsanstalt) Wittlich/Eifel zeigt aber, daß es darum nicht gehen kann. Sie enthält die Bestimmungen:

- Besucher, auch Rechtsanwälte, werden vor dem Besuch körperlich durchsucht,
- Besuche nur in Gegenwart von zwei Beamten,
- nach dem Besuch wird Holger Meins durchsucht und neu eingekleidet.

Die anwesenden Wächter versuchen während der Besuchszeit, die Verwandten zu beeinflussen und schalten sich in die Gespräche ein. Einzelnen Genossen, z. B. Astrid Proll (die inzwischen wegen schwerer gesundheitlicher Schäden entlassen werden mußte), wurde der Besuch ganz gesperrt.

Einem Gefangenen in Heidelberg wurde der Besuch der Ehefrau versagt, da zu befürchten sei, „daß der Besuch zum Anlaß genommen würde, gröblich entstellende Behauptungen über die Anstaltsverhältnisse aufzustellen".

Die ganze Besuchsregelung und die Schikanen, denen die Rechtsanwälte bei Besuchen unterworfen werden, laufen darauf hinaus, den Genossen jeden direkten Bezug zur Außenwelt zu nehmen. Das soll dann, über Jahre hinweg, die politische Widerstandskraft soweit schwächen, daß die Gefangenen auf die gebotenen Kontaktmöglichkeiten mit ihren Wächtern eingehen und „kooperativ" werden.

Besonders deutlich wird das am Hofgang, der generell einzeln stattfindet, im Beisein von zwei Wächtern, die zum Teil bewaffnet sind.

In einigen Fällen wurde noch eine Fesselung der Hände auf dem Rücken befohlen. Nach vielen Beschwerden wurde fünf Genossen (u. a. Ulrike Meinhof, Holger Meins, Jan-Carl Raspe) ein Hofgang mit einem Häftling erlaubt, der von der Anstaltsleitung auszuwählen ist! Ein Gefangener berichtet über seine Erfahrungen mit diesem „Beigänger", er habe ihn nach der RAF ausgefragt. Der „Beigänger" gab zu, daß er dafür einen zusätzlichen Hofgang, Extraverpflegung und einen Besuch seiner Frau gewährt bekam. Andere Gefangene wurden zu diesem „Dienst" gepreßt. Um Repressalien gegen diese Gefangenen zu verhindern und aus Protest gegen die Bespitzelung lehnten viele Genossen den Hofgang mit „Beigängern" ab.

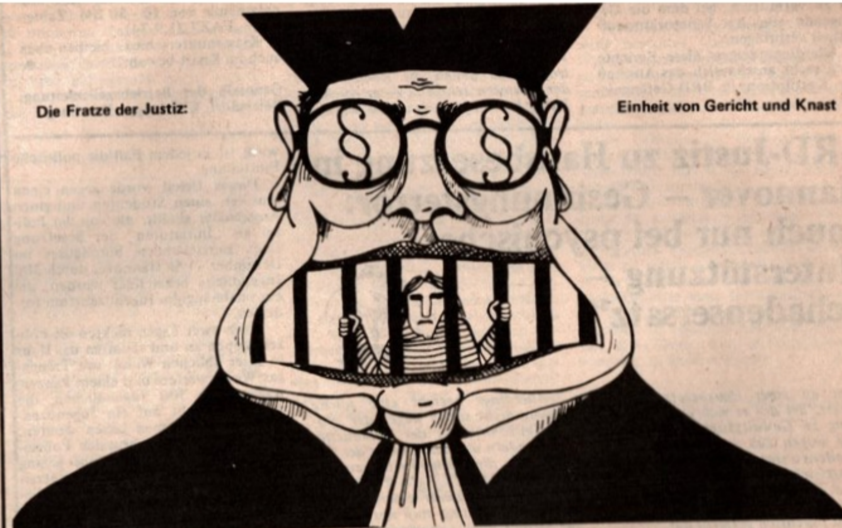
Zensur

Schriftliche Kommunikation und Informationsmöglichkeiten der politischen Gefangenen sind ebenfalls weitgehend beschränkt. Der Postverkehr ist auf Verwandte eingeschränkt, da sonst angeblich „verschlüsselte Mitteilungen" gegeben werden könnten.

Das Bundesverfassungsgericht rechtfertigte diesen brutalen Eingriff. Eine „generelle Beschränkung" (des Postverkehrs u. ä.) sei erlaubt, wenn eine „reale Gefährdung des Haftzwecks" nicht durch Einzelmaßnahmen zu verhindern sei.

Der Genossin Brigitte Asdonk wurden von Bundesrichter Buddenberg zur „Aufrechterhaltung der Ordnung in der Haftanstalt" verordnet, „jeweils wöchentlich zwei zweiseitige Briefe im Format DIN-A-4 sowie zwei Postkarten schreiben und eine ebensolche Anzahl empfangen" zu dürfen. In verschiedenen Beschlüssen von Bundesrichtern (Zipfel, Knoblich, Woesner) wird eine umfassende Zensur politisch begründet:

- eine Postkarte von Astrid Proll wurde nicht weitergegeben, da der Inhalt der Postkarte beleidigend sei – wegen der Verwendung des „Ausdrucks Korruption im Zusammenhang mit der Schilderung des Verhaltens des Angeklagten Ruhland", womit „Manipulation des Verfahrens" unterstellt sei (Ruhland ließ sich im Tausch gegen seine Freilassung zum „Kronzeugen" gegen die Genossen machen);
- ein Brief von Brigitte Asdonk wurde zurückgewiesen, da er „eine Schilderung über angebliche Anstaltsvorkommnisse beinhaltet";
- ein Brief von Irmgard Möller wurde zurückgehalten, da in ihm die „Bereitschaft zur Begehung schwerer Straftaten" von Seiten der Bullen dargestellt wurde. „Sie (I.M.) befolgt damit ersichtlich die von den Mitgliedern der kriminellen Vereinigung praktizierte Methode, das Vertrauen des



Die Fratze der Justiz: Einheit von Gericht und Knast

Isolation

Die bundesdeutschen Gefängnisse verfügen über solche „modern" ausgebauten Zellen noch nicht. Deshalb werden die umliegenden Zellen, oben und unten, rechts und links, von Gefangenen geräumt. In der so isolierten Zelle sitzen die Genossen in strenger Einzelhaft. Jeder Kontaktversuch mit anderen Gefangenen ist aussichtslos. Um ihnen auch die geringste Kontaktmöglichkeit zu anderen Gefangenen zu nehmen, sind einige Gefangene in einen „toten Trakt" verlegt worden. Zuletzt Augustin in Hannover.

Entgegen den häufigen Dementis, es gebe keinen „toten Trakt" hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes, Knoblich, in einem Beschluß vom 5.3.74 festgestellt, Ulrike Meinhof sei „bisher in einem nicht belegten Gefängnisflügel (wie gewählt ausgedrückt!) untergebracht . . ." worden.

Forts. Folter im Knast



Gesundheit ruiniert,



gefoltert,



erschossen –
die Bourgeoisie kennt viele Mittel

Bürgers in den Staat und seine Institutionen zu erschüttern"!

Sinnvollerweise (im Sinn der Staatsgewalt) werden in die Zensur auch Zeitungen u. a. Informationsmaterialien einbezogen. Die Offenheit der politischen Begründung zeigt, was auf alle politischen oder einfach „renitenten, aufsässigen" Gefangenen zukommt:

- Manfred Grashof wurde eine Schrift der Roten Hilfe verweigert, da sie „eine Hetzschrift ohne Informationswert" (!) sei;
- Heinz Brockmann wurde u. a. das Kursbuch 22 und Biermanns „Dra-Dra" verweigert, da diese Bücher „nach ihrer eindeutigen Zielrichtung generell" den „Anstaltsfrieden" und „Ordnung und Sicherheit der Anstalt" gefährden;
- Monika Berberich durfte keine von zehn Sendungen erhalten, da sie „von Gesinnungsgenossen der Beschuldigten verfaßt, gedruckt oder verlegt werden", die „nicht jedermann verständliche Ausdrucksweise" die Kontrolle versteckter Mitteilungen erschwere und den Richtern die eingehende Lektüre dieser Schriften nicht zuzumuten sei. Monika B. darf nur noch Sachen aus dem „offiziellen Handel" (? !!) über die Vermittlung der Anstalt beziehen;
- Manfred Grashof wurden von Bundesrichter Buddenberg Bücher zum antiimperialistischen Kampf mit folgender Begründung vorenthalten:

„Die Verfasser der beigefügten Druckschriften propagieren in primitiver Weise die bewaffnete Auseinandersetzung angeblich unterdrückter Gruppen in verschiedenen Teilen der Welt mit ihren Unterdrückern. Da dadurch für den Empfänger der Eindruck entstehen kann, daß er Mitglied einer Gruppe ist, welche sich in einem weltweiten Kampf gegen die Ausbeutung befindet und sich der Solidarität ähnlicher Gruppen im Ausland gewiß sein kann, wird er durch die Lektüre dieser Bücher in seiner ablehnenden Haltung gegenüber Staat und Gesellschaft bestärkt und durch die darin enthaltenen Kampfaufrufe zu Störungen der Anstaltsordnung verleitet".

Deutlicher kann der Zweck der Zensur und der Isolationsfolter kaum dargestellt werden. Es geht um die Zerstörung der Genossen als Genossen, um die rücksichtslose Brechung ihres Widerstandes. Die politische Realität hat die gesetzlichen Bestimmungen über den Zweck der Untersuchungshaft weit hinter sich gelassen (Fluchtverhinderung, Beweissicherung).

Schikanen

Der Zermürbung der politischen Gefangenen dienen eine Reihe von Schikanen, deren Anwendung vorläufig noch individuell erfolgt:

- Klaus Jünschke saß über ein halbes Jahr in einer Zelle, deren Fenster nur einen Spalt breit geöffnet werden konnte. Selbst der Pfarrer hielt das bei seinen Besuchen nicht aus und beschwerte sich;
- Margit Schiller wurden bis auf eine Liege sämtliche Einrichtungsgegenstände entzogen;
- eine Reihe von Genossen wird in Intervallen von einer halben Stunde beobachtet, z. T. bei Nacht mit eingeschalteter Zellenbeleuchtung;
- die Zellen vieler Gefangener werden täglich in Abwesenheit der Gefangenen kontrolliert.

Alle „Schikanen" und „regulären" Maßnahmen beruhen auf richterlichen Beschlüssen. Sie werden in allen Anstalten, über einem Dutzend, angewandt, in denen RAF-Gefangene sitzen.

Hungerstreik

Am 13.9. traten einige RAF-Genossen in den Hungerstreik. Inzwischen sind über 40 Gefangene am Hungerstreik beteiligt. Sie sitzen hauptsächlich in Hamburg im UG und in West-Berlin, der Rest ist verstreut über die ganze BRD.

Der erste Hungerstreik Anfang '73 dauerte drei Wochen, der zweite vom 8.5. - 29.6.73. Beide wurden im wesentlichen erfolglos abgebrochen. Nach wie vor ist die hauptsächliche Forderung die Abschaffung der Isolation der politischen Gefangenen.

Die Bourgeoisie versucht, diesen Hungerstreik mit allen Mitteln zu brechen. Die Gefangenen werden einer verschärften Isolation während des Hungerstreiks unterworfen. Der Hamburger Justizsenator Klug erklärte im NDR, nach einer Woche Hungerstreik werde den Gefangenen das Trinkwasser entzogen. Trinkwasserentzug ist Mordversuch! Nach 6 - 9 Tagen führt er zum Tod des Gefangenen, schon wenige Tage ohne Wasser führen zu schweren Stoffwechselvergiftungen und zu irreparablen Ausfallerscheinungen.

Durchgeführt wurde der Trinkwasserentzug bei Ronald Augustin. Er wurde am 14.10.74 in eine Trockenzelle verlegt, ohne Wasseranschluß und ohne WC, und vom 15.10. ab wurde ihm das Trinkwasser entzogen, gleichzeitig mit dem Abbruch der Zwangsernährung. Erst am 18.10. konnten die Verteidiger beim Gericht ein Verbot gegen den Trinkwasserentzug erwirken. Gegen den Leitenden Obermedizinaldirektor Dr. Hubertus Kolluschek wurde deshalb von den Verteidigern Strafanzeige wegen Mordversuchs gestellt.

Häufig wird den Streikenden statt Wasser Milch, Bier oder Tee hingestellt. Diese Nahrungsmittel lehnen sie ab. Ronald Augustin haben die Bullen sogar ein ganzes Menü einschließlich Bier in die Zelle gestellt! So sollen die Gefangenen selbst zur Verweigerung der Flüssigkeitsaufnahme gezwungen werden. Auch das ist Mordversuch. Aus Solidarität mit Ronald Augustin waren die anderen Streikenden kurzfristig in einen Durststreik getreten.

Seit Anfang Oktober werden die Gefangenen zwangsernährt. Häufig wird ein daumendicker Schlauch durch die Nase in die Speiseröhre eingeführt, in die er kaum hineinpaßt. Dabei werden Nase und Speiseröhre verletzt. Gefangene, die äußerst geschwächt sind, z. B. Andreas Baader, bekommen Infusionen (er hatte innerhalb von acht Tagen nur zweimal je einen viertel Liter Wasser erhalten). Diese Verletzungen der „anerkannten Regeln ärztlicher Kunst" sind bewußte Schikane und Quälerei. Gegen mehrere Knastärzte wurde von den Verteidigern Strafanzeige gestellt.

Die Aufgabe der Knastärzte ist, die Gefangenen für „haftfähig" zu erklären. Deshalb verlangen die Gefangenen eine ärztliche Untersuchung durch Ärzte ihres Vertrauens. Irene Goergens wurde von ihrem Arzt bescheinigt, sie schwebe in akuter Lebensgefahr. Die Knastärzte bestritten das. Irene Goergens liegt jetzt im Moabiter Haftkrankenhaus. Eine Verlegung in die Steglitzer Uniklinik wurde abgelehnt, obwohl sie sich weigert, sich im Knastkrankenhaus von Knastärzten behandeln zu lassen.

Hetze

Den Reigen eröffnete „Bild" am 17.9. mit einem Bild von Andreas Baader, auf dem ihm das Fett geradezu aus den Augen zu triefen scheint. Überschrift des Artikels „Baader-Meinhof: ‚Hungerstreik' mit Konserven, Butter und Schmalzfleisch". „Bild" weiß auch von „Pendelverkehr" zwischen Zellenfenstern zu berichten – wohl auch im Toten Trakt? ? !

Am 14.10. berichtete „Bild" von „Baader an den Tropf angeschlossen". Alles ist sehr friedlich, denn Baader liegt auf einem Ledertisch und wehrt sich nicht! 38 Mark kostet eine Infusion laut „Bild" – ob man die nicht sparen könnte? !! Am 22.10. beantwortete die „Welt" die Frage nach der Isolationsfolter mit dem Hinweis auf häufige Anwaltsbesuche, eigene Radiogeräte (hinter Stahlbetonmauern soll der Empfang ja besonders gut sein) und Empfang linksradikaler Zeitungen (glatt gelogen). Unter der angeblich „meterweise" vorhandenen Literatur befindet sich auch kriminalistische Fachpresse: „Welcher Art die Erkenntnisse sind, die sie daraus schöpfen können, ist nicht schwer zu erraten"! Mit Lore-Romanen und „Bild am Sonntag" sähe Springer die politischen Gefangenen sicherlich lieber versorgt.

Im übrigen bemüht sich die bürgerliche Presse, die ganze Angelegenheit zu verschweigen. In den fast zwei Monaten des Hungerstreiks kommt kaum eine Zeitung über knapp zehn kurze Meldungen hinaus.

Auch nicht mehr Mühe machen sich die staatlichen Stellen. Auf einigen Pressekonferenzen und in Erklärungen wird die Folter schlicht geleugnet. Justizsenator Korber aus West-Berlin: Eine Folter gebe es nicht, auch „dann nicht, wenn man diese Begriffe sehr extensiv auslegt". Die Gefangenen könnten an allen üblichen Kommunikationsmöglichkeiten teilnehmen!

Solidarität

Diese harte Linie der bürgerlichen Presse und der Justiz kann nur deshalb so einmütig durchgehalten werden, weil es gelungen ist, die RAF-Genossen politisch weitgehend zu isolieren.

Die Folterkomitees versuchten mit einigen Aktionen, die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Öffentlichkeit zu bekommen, u. a. mit einer Aktion in einer Westberliner und einer Hamburger Kirche. In Frankfurt versuchte ein Genosse bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels eine Erklärung vorzulesen.

Am 30.10. besetzte in Hamburg das Folterkomitee das Büro von amnesty international. Amnesty ließ das Büro durch 100 Bullen räumen. Wolfgang Piepenstock vom amnesty-Vorstand distanzierte sich erstmal von „kriminellem Verhalten" und bestritt dann die „angebliche totale Isolation der Baader-Meinhof-Häftlinge".

In West-Berlin machte eine Gruppe von 24 Menschen, darunter die Schriftsteller Peter Schneider und Ingeborg Drewitz, einen Solidaritätshungerstreik. In Murnau in Bayern schloß sich Brigitta Wolf („Engel der Gefangenen") dem Streik an. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")



Protest vor der Paulskirche



Der Versuch in der Kirche die Hungererklärung zu verlesen.

Das erste Opfer der Folter – Holger Meins ist tot!

Holger Meins ist in der Nacht von Freitag auf Samstag in Wittlich/Eifel gestorben. Er war seit fast zwei Monaten im Hungerstreik gegen die Isolationsfolter. Rechtsanwalt Croissant hat Strafanzeige wegen Mord gestellt.

Holger Meins gehörte zu den Hauptangeklagten des RAF-Prozesses. Als einziger im Knast Wittlich, von der Justiz zum „harten Kern" gezählt, ist er von Anfang an besonders gezielt fertiggemacht worden:

- der Anstaltsleiter hat im März 73, nach bereits zehnmonatiger Isolierhaft, eine 26 Punkte umfassende Verfügung zur schärfsten Kontrolle, Zensur und Isolation erlassen, die in allen wesentlichen Punkten von Bundesrichter Knoblich bestätigt wurde und für die anderen Anstalten als Beispiel diente ;
- der Anstaltsarzt Freitag hat die gerichtlich verfügte Zwangsernährung in besonders sadistischer Weise durchgeführt; Holger Meins wurde ein daumendicker Schlauch in die Speiseröhre eingeführt, wodurch es zu inneren Verletzungen kommt, dem Nahrungsbrei wurden Psycho-Pharmaka beigemischt.

Rechtsanwalt Croissant hatte bereits am 14.10. dieses Jahres gegen Freitag Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet. Der „Spiegel" schrieb am 4.11., Holger Meins werde angeschnallt und gewaltsam ernährt, „ein Verfahren zu dem das Mainzer Justizministerium bislang die Stellungnahme verweigerte".

Die Justiz hat Holger Meins auf dem Gewissen, der ganze Schweineapparat samt seiner Presse trägt die Verantwortung dafür. ●

Isolationsfolter an Ronald Augustin

Der holländische Staatsangehörige Ronald Augustin befindet sich seit dem 24. 7. 73 wegen Verdachts der Zugehörigkeit zur „Rote Armee Fraktion" (RAF) in strengster Einzelhaft, zur Zeit im toten Trakt der Justizvollzugsanstalt in Hannover.

Augustin ist damit nicht nur den „üblichen" Isolationsmaßnahmen, die gegen alle politischen Gefangenen angewendet werden, unterworfen, als da sind: der Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, Sprechverbot, Sichtkontaktverbot. Der tote Trakt in Hannover ist ein extra als Isolierstation gebauter Gebäudeteil. Ronald Augustin lebt darin in einem schalltoten Raum. Die Wirkung ist nach wissenschaftlichen Erkenntnissen Elektroschocks gleichzusetzen. Das Ergebnis ist nicht nur vorübergehende Desintegration und Desorientierung, die Folter zielt ab auf die Zerstörung der politischen Handlungsfähigkeit der Gefangenen.

Die Isolation wurde bei Augustin dadurch perfektioniert, daß Verteidigerbesuche durch eine besondere Besuchszelle verhindert werden, in der der Gefangene durch eine Wand von dem Verteidiger getrennt ist, in die eine Glasscheibe eingelassen ist. In diesem Besuchskäfig kann man zwar die Worte des Gegenübers noch verstehen, doch ist die Lautstärke erheblich herabgesetzt und der Klang sehr dumpf. Am unteren Ende der Panzerglastrennscheibe ist ein dünner Schlitz, durch den noch nicht einmal dünne Hefter geschoben werden können. Die Planung der Verteidigung zwischen Augustin und seinen Anwälten wird dadurch verhindert. Einige tausend Seiten Belastungsmaterial müßten blattweise durch den Schlitz geschoben werden. Schon die den Anwälten zugemessene Besuchszeit bei Augustin würde nicht ausreichen, um so den Prozeß vorzubereiten.

Auch nach außen ist auf Anweisung des Bundesrichters Knoblich die totale Isolation angeordnet worden. Jeder Besuch und Briefwechsel ist für Augustin auf seine Eltern und seine Schwester beschränkt. In der Praxis wird auch der Briefverkehr mit den Angehörigen verhindert. Beispielsweise wurden Briefe an seine Eltern beschlagnahmt, in denen diese gebeten wurden, in Holland erschienene Zeitungsausschnitte an die Verteidiger zu schicken. Die Besuche der Angehörigen werden nicht nur von Anstaltsbeamten, sondern auch von Angehörigen der politischen Polizei abgehört. Die Besuchsprotokolle werden für Ermittlungszwecke mißbraucht, obwohl damit gegen zwei Grundsätze des rechtsstaatlichen Verfahrens verstoßen wird: gegen das Recht des Beschuldigten, die Aussage zur Sache zu verweigern und das Recht von Angehörigen, im Verfahren keine Aussage zu machen.

● Wir entnehmen diese Informationen dem Aufsatz des Rechtsanwalts Kurt Groenewold „Folter und psychologische Kriegsführung" in der Zeitschrift „Politische Gefangene in der BRD", Nr. 1, August 1974. ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Achtung! BULLEN SCHARF GELADEN!

Nachdem im Zuge der angeblichen Jagd auf Mitglieder der RAF vor einigen Jahren das Startsignal für Bullen gegeben wurde, auf jeden zu schiessen, der wie ein „Terrorist" aussieht, häufen sich die Fälle, in denen Bullen ungestraft zur Waffe greifen dürfen. Einige Beispiele aus den letzten Monaten, die mehr oder minder zufällig an die Öffentlichkeit gedrungen sind.

- Zwei Zivilbullen in Frankfurt forderten Autofahrer Dieter W. auf, auszusteigen. Der Autofahrer glaubte an einen Überfall, da die Zivilbullen „wie Typen aus der Unterwelt" aussahen, er versuchte abzuhauen. Ein Bulle schoß auf den Flüchtenden und traf ihn zufällig nicht. Polizeipräsident Knut Müller: *„Di- Beamten haben sich kein Fehlverhalten zu Schulden kommen lassen, der Waffengebrauch war wegen der Schwere des Vergehens (Fliehen) gerechtfertigt".* („FR", 3.5.74)
- Zwei Streifenbullen durchsuchten im August in München einen Hinterhof, in dem sich ein Mann aufhalten soll, der kurz zuvor bewaffnet Frauen in Schwabing belästigt haben soll (!). Als sie ihn an einem Fenster vermuten, fordern sie ihn auf, ans Fenster zu treten. Als dieser der Aufforderung nachkam, sahen die Bullen, daß er „mit einer Pistole zielte". Anstatt vielleicht in Deckung zu gehen, schossen sie sofort. Die Kugeln drangen in den Brustraum ein, eine streifte die Lunge. Die Pistole stellte sich als Spielzeug heraus! Die Aufforderung, ans Fenster zu treten kann man, angesichts der Tatsache, daß die Bullen wußten, daß der Mann „bewaffnet" ist, nur als Bitte zur besseren Zielscheibe begreifen.
- Am 25.8.74 verpaßten zwei Streifenbullen dem 44jährigen Arbeiter Walter St. zwei Brustschüsse, als sie ihn beim Benzinklauen aus einem Lastwagen erwischen. Der Arbeiter soll ein Gewehr bei sich gehabt haben, wurde jedoch von den Bullen zuerst angeschossen.
- Am 26.8.74 in München werden zwei Streifenbullen alarmiert. In einer Wohnung soll geschossen worden sein. Die Bullen klingeln an der vermeintlichen Wohnung. Es wird nicht gleich geöffnet, die Bullen treten die Tür ein. Der Wohnungsinhaber soll mit einem Gewehr im Anschlag im Flur gestanden haben. Dafür wurde dann sofort auf ihn geschossen. Die Bullen töteten Blasius H. durch sechs Schüsse (!) auf der Stelle. Die Schüsse H.s stammten aus einer Schreckschußpistole!
- Der Münchener Taxifahrer Günter Jendriam wird bei einer Fahndung nach einem anderen „versehentlich" in seiner Wohnung erschossen.
- Zwei Zivilbullen glauben eine Stunde nach einem Überfall mit Waffengewalt auf eine Goldschmiede und ein Zoogeschäft in der Mindener Innenstadt die Täter aufgrund einer „vagen Personenbeschreibung" wiederzuerkennen. Sie sprechen ihn an. (Wie, weiß man nicht.) Der 21jährige Arbeiter Dieter W. zog eine Pistole. Obwohl die Bullen direkt vor ihm standen (sie sprachen ihn an), schlugen sie ihm nicht etwa die Waffe aus der Hand, sondern schossen sofort, und trafen mit zwei Brustschüssen (September '74).
- Der 44jährige Geschäftsführer Michael L. in Hamburg hatte von einer anderen Wohnung aus die Polizei alarmiert, da er glaubte, Einbrecher seien in seiner Wohnung. Zwei Bullen fanden seine Tür verschlossen; als sie die Klinke runterdrückten, stand Michael L. vor ihnen mit einer Schrotflinte in der Hand (er hatte inzwischen selber nachgesehen und keine Einbrecher gefunden). Die Bullen in der Annahme, es handelt sich um den Einbrecher, schossen sofort. Michael L. schwebt mit Bauchschuß in Lebensgefahr (September '74).
- Zwei Streifenbullen entdeckten in Fallingbostel bei Hamburg zwei Männer schlafend in einem gestohlenen Wagen. Sie weckten die Männer, um die Papiere zu kontrollieren. Vorsichtshalber hatte einer der Bullen schon mal seine Pistole gezogen. Als einer der Wageninsassen daraufhin erschreckt zur Pistole griff, wurde er sofort niedergeknallt. Mit drei Schüssen (Bauch und Brust), machte der Polizeihauptwachtmeister Günter Sch. lt. „Morgenpost" vom 15.10.74 den Wageninsassen „kampfunfähig". Dieser wird, nach Aussagen der Ärzte, nicht überleben.
- Bielefeld (nach „Neue Westfälische" vom 17.9. und 25.9.74):

Auf der Jagd nach zwei entflohenen Häftlingen glaubten zwei Streifenbullen, daß sie den beiden in einem Stall „dicht auf der Spur" sind, nachdem sie „verdächtige Laufgeräusche" im Innern gehört hatten. Die Bullen gingen davon aus, daß sich die Häftlinge dort aufhielten, riefen, „Polizei, rauskommen" und als sich unmittelbar darauf nichts rührte, drang Polizeiobermeister Herbert L. mit vorgehaltener Pistole in den Stall ein. Im Halbdunkel des Stalles sah er einen Mann mit erhobenen Händen „wie zum Sprung" (?) stehen. Der Bulle schoß auf den Mann, der offensichtlich zum Zeichen seiner Wehrlosigkeit und aus Angst vor der Knarre des Bullen die Hände gehoben hatte. Der Mann erlitt „nur" einen Bauchschuß. Auch dieser Fall wird von den Polizeibehörden und der Justiz gedeckt und sogar gerechtfertigt:
Leitender Oberstaatsanwalt Armin Maas und Oberstaatsanwalt Waldemar Weiß führen die „Untersuchung". Maas zur Presse: Es ist ein „bedauerliches Versehen" (versah man sich, indem man statt eines entflohenen Strafgefangenen einen Unbeteiligten anschoß?).

Der betroffene Polizeiobermeister verweigert inzwischen jede Aussage! Die Staatsanwaltschaft heißt dieses gut: „Der Beamte ist damals noch nicht über seine Rechte belehrt worden"! Das heißt, daß die Aussage, die Herbert L. direkt nach der Tat gemacht hat, jederzeit zurückgezogen werden kann und durch eine glaubwürdigere, die „Unschuld" des Bullen beweisende, ersetzt werden kann, denn bislang glaubt man Bullen immer mehr als dem „Normalbürger".

Im „Spiegel" 38/74 vom Sept. d.J. ist zu lesen: Gezielte Todesschüsse von Polizisten, für die es bislang nur eine vage juristische Rechtfertigung gab, sollen nach einem neuen Gesetzentwurf in besonderen Fällen zulässig sein. Klar war den Reformern freilich von vornherein, daß nicht etwa der unbeabsichtigt tödliche Polizeischuß, der aus Übereifer oder Unvermögen abgegeben wird, gerechtfertigt werden soll: ER IST ES SCHON. ●

Genossin der Betriebszellen-Leitung Beiersdorf, KB/Gruppe Hamburg

Polizei schoß wieder „irrtümlich" Getroffener schwebt in Lebensgefahr!

In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag den 20.9. wurde die Polizei in Stuttgart in die Brabanter Straße gerufen. Michael L. hielt sich bei seiner Verlobten, die im gleichen Haus wohnt, auf. Plötzlich hörte er, daß in seiner Wohnung die Alarmanlage ausgelöst wurde, rief die Polizei und schlich sich langsam die Treppen zu seiner Wohnung hoch.

Die Polizei traf gegen 2.30 Uhr ein und ging die Treppen zur bezeichneten Wohnung hinauf. Als sie die Klinke herunterdrücken wollten, wurde die Tür von Michael L. selber von innen geöffnet. Er hatte bereits festgestellt, daß gar keine Einbrecher da waren, sondern die Alarmanlage sich selber auslöste.

Kaum war die Tür auf, schossen die Bullen mehrere Male auf Michael L. Im Polizeibericht heißt das:

„In der Meinung, den Einbrecher vor sich zu haben, schossen die Beamten..." („SZ", 20.9.74)

Michael L. wurde mit Bauchdurchschuß in ein Krankenhaus gebracht.

Selbst wenn die Polizisten nicht wissen konnten, wer da nun die Tür aufmacht, zeugt der sofortige, gezielte Schuß, der nicht nur verletzen sollte, (z.B. auf Beine oder Arme) sondern töten (Bauchschuß!) davon, wie skrupellos bereits bei jedem kleinen Einbruchsversuch von den Bullen vorgegangen wird. ●

Ein Chemiegenosse aus Hamburg

„Polizei probte den Ernstfall..."

Anfang Oktober waren *„120 Beamte, zwei Hubschrauber und 40 Spezialfahrzeuge im Einsatz, um die ‚länderüberschreitende Verfolgung' zu üben."* („Nürnberger Nachrichten", 17.10.)

Zwischen Stuttgart über Rothenburg und Ansbach bis Nürnberg diente ein fiktiver Sprengstoffanschlag mit Geiselnahme dazu, die als „Anarchistenjagd" bezeichnete Übung der Bevölkerung zur Gewöhnung anzubieten. Neben der ideologischen Ausrichtung bieten solche Einsätze die Möglichkeit, den hochmodernen Waffen- und Geräteapparat der Polizei „praktisch" zu erproben.

In Ermangelung an „RAF"-Aktionen mußte dieser „fast echte Krimi" („NN") so aufgebaut werden, daß er in das Hetzkonzept der Strauß und Co. hineinpaßt. Die Jagd auf „Anarchisten", die *„in einem staatlichen Gebäude in der Stuttgarter Innenstadt (!) einen Sprengkörper"* angebracht haben, eine Schießerei anzetteln und es ablehnten, *„dem (verletzten) Polizisten ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen"* („NN"), ist gut geeignet, den „Ruf nach dem starken Mann" bzw. die Sicherheits- und Ordnungsparolen der CSU zu untermauern.

Der offiziell genannte Zweck wird in den „NN" so dargestellt: *„Bildung gemeinsamer Einsatzstäbe* (Bayern und Baden-Württemberg, Anm.), *Einsatz von Observations-, Verfolgungs- und Zugriffskräften sowie die Verwendung von Spezialfahrzeugen, modernen Waffen und Geräten sowie der Einsatz von Fernmeldemitteln."*

Es handelt sich bei diesen Manövern nicht etwa um regionale Einzelmaßnahmen der besonders reaktionären bayerischen Polizei, sondern solche Übungen finden auch in anderen Ländern der BRD statt.

Aufkeimenden Klassenkämpfen wird ein bis an die Zähne bewaffneter Polizeiapparat entgegengesetzt, um mit allen verfügbaren Mitteln das Kräfteverhältnis zugunsten der Bourgeoisie zu erhalten.

Parallel dazu wird die Bourgeoisie nichts unversucht lassen, die Kriminalisierung der fortschrittlichen Kräfte und Organisationen voranzutreiben, mit dem Ziel, daß der Ausbau des Militär- und Polizeiapparats von der Bevölkerung nicht nur akzeptiert, sondern möglichst auch noch unterstützt wird. ●

Sympathisant aus Kassel und AK-Leser aus Nürnberg

Anwaltsbüro „Weiland + Partner" Kommunistenverfolgung im Auftrag der Sozialdemokratie

Nach Erscheinen des ARBEITERKAMPF Nr. 50, erhielt der „Verlag ARBEITERKAMPF" ein Schreiben des Anwaltsbüros „Weiland + Partner". Darin wurde der Verlag aufgefordert, bestimmte Aussagen aus ARBEITERKAMPF Nr. 50 über Obes (Texaco), die Gewerkschaftsführung und das Anwaltsbüro nicht mehr aufzustellen, aufstellen zu lassen, zu verbreiten oder verbreiten zu lassen (siehe AK 50, Seite 11, 5. Spalte, 2. Abs.). Weiland drohte für den Fall der Nichtunterzeichnung einer „Unterlassungserklärung" gerichtliche Schritte und „Ansprüche auf Widerruf und Schadensersatz" an.

Der Verlag hat daraufhin Weiland angeboten, im AK 51 eine Gegendarstellung zu veröffentlichen. Weiland hat jedoch, die gesetzte Frist war überschritten, eine Einstweilige Verfügung gegen den AK beim Landgericht Hamburg beantragt und natürlich bekommen. Dem Verlag wird durch die EV

- *„bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten verboten, folgende Behauptungen aufzustellen, aufstellen zu lassen, zu verbreiten oder verbreiten zu lassen".* (siehe ebenda).

Der Streitwert ist mit 20.000 DM festgelegt (danach werden die Anwalts- und Gerichtskosten errechnet, die Höhe der Geldstrafe wird unabhängig davon vom Gericht bestimmt).

Dieses Vorgehen trägt eine Handschrift, die in Hamburg schon reichlich bekannt ist. „Weiland + Partner" hat gegen fortschrittliche Kollegen und Genossen die Gewerkschaftsführung oder andere an der Kommunistenjagd beteiligte Sozialdemokraten in folgenden Prozessen vertreten:

- „Widerspruch" der IG Chemie-Führung gegen eine EV von elf RACAG-Kollegen gegen die Suspendierung ihrer gewerkschaftlichen Rechte;
- EV der IG Chemie-Führung gegen dieselben Kollegen von RACAG wegen eines Flugblattes über die Politik der Gewerkschaftsführung; Streitwert DM 50.000,– (!!!);
- Klage von IG Chemie-Führer Kodolitsch gegen den Texaco-Betriebsrat Kynast wegen dessen Vorwurf, Kodolitsch wende faschistische Methoden an;
- Vertretung von Holst (IG Chemie-Führer) in einer Klage von Texaco-Kollegen gegen ein Flugblatt der IG Chemie, in dem die Gründe für den Gewerkschaftsausschluß der Texaco-BR Kynast und Trampert angeführt werden;
- Vertretung von BR Obes (rechter Sozialdemokrat bei Texaco) gegen Kynast in einer Klage von Kynast gegen ein Schweinsflugblatt von Obes.

Klage von Auerdruck (SPD-Betrieb) gegen die linke Zeitung „Alternative" wegen einer Behauptung über die weitere Existenz der „Morgenpost" (Streitwert 100.000,-DM)

Im Kampf der Sozialdemokratie gegen Genossen und Kollegen hat Weiland jetzt als erster (!) den Schritt gemacht, den AK direkt anzugreifen. Das entspricht durchaus der prominenten Stellung des Anwaltsbüros im System der Kommunistenverfolgung der Sozialdemokratie in Hamburg.

Daß dies nicht von ungefähr kommt, erklärt sich allein schon aus der Stellung der beiden Rechtsanwälte aus dem Büro „Weiland + Partner", Dr. Gerd G. Weiland und Rolf-Dieter Klooß in der SPD Hamburg:

- Klooß ist an leitender Stelle im SPD-Kreis St.Georg tätig;
- Weiland ist Geschäftsführer der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft und Vorsitzender des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft, Bürgerschaftsabgeordneter des Wahlkreises Alsterdorf, außerdem ist er Mitglied des Vorstandes der „Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft" einer Zusammenfassung sämtlicher Druckereien und Verlage.
- Alexander Jahr ist der Sohn von John Jahr, Teilhaber der Fa. Gruner + Jahr.

Über die enge Verbindung des IG Chemie-„Lügenbarons" Freiherr Philipp von Kodolitsch, Gewerkschaftssekretär, Juso und die restliche Gewerkschaftsführung zur SPD braucht hier wohl nichts weiter gesagt zu werden (s. AK 1 bis 50).

Die hervorragende Rolle von „Weiland + Partner" in der Kommunistenverfolgung zeigt sich darin, daß sie:

- in fast allen Hamburger Prozessen in denen sich rechte Sozialdemokratie oder Gewerkschaftsführung und fortschrittliche Kollegen gegenüberstehen, tätig sind;
- schöpferisch die Mittel des bürgerlichen Rechts einsetzen um die Kollegen und Genossen fertigzumachen, z.B. materiell durch die Festlegung hoher Streitwerte;
- vor allem auf die kommunistische und gewerkschaftsoppositionelle Öffentlichkeitsarbeit mit ihren Angriffen abzielen.

Auch wenn „Weiland + Partner" durch die Unterlassungsaufforderung und die EV verhindern wollen, daß sie als (juristische) Agentur der Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die Kommunisten und fortschrittlichen Gewerkschafter entlarvt werden – die Tatsachen sprechen für sich. ●

– IKAH (Arbeiterhilfe)

Klauen im Dienst

Einige „Gesetzeshüter", die sofort jeden kleinen Taschendieb im Polizeigriff vor den Richter schleppen, klauen selber wie die Raben. Drei Fälle aus der letzten Zeit, die publik wurden:

- Der Ladeninhaber eines Münzgeschäftes in München hatte ausgesprochenes Pech. Nachdem nachts die Alarmanlage von einem Dieb ausgelöst wurde, der jedoch abhaute, waren die Bullen eher am „Tatort" als er selber.

So wurde er um Münzen im Gesamtwert von DM 9.000 erleichtert.
(„Nebenbei": Beide Bullen sind außerdem noch der 5-fachen schweren Körperverletzung angeklagt. Ein Beispiel: Nach der Festnahme eines Betrunkenen fuhren die Bullen mit ihm in einen dunklen Hof und knüppelten ihn zusammen. U. a. hatte der Betrunkene danach Platzwunden an der Stirn und eingerissene Ohren.)
(Nach „Süddeutsche Zeitung" vom 17.7.74)

- Ein Kripomann in Zivil klaute aus einem Hamburger Juweliergeschäft Juwelen im Werte von mehreren Tausend Mark. Auch hier war vorher der Dieb, der die Scheibe beseitigt hatte, abgehauen. (Nach „Mopo" 12.8.74)
- Jahrelang klauten 2 Bullen im Bremer Freihafen Waren aus Waggons, Lastkraftwagen und Containern. Insgesamt für mehrere 10.000 DM. Die Beute transportierten sie im Streifenwagen ab. (Nach „FAZ" vom 23.8.74)

Sechs Monate gegen Ruth Heuzeroth und Günter Will

Gegen die Presseverantwortliche der Zeitung „Wahrheit", Ruth Heuzeroth (Ehefrau von Werner Heuzeroth, der 1967 als Gründer der „FSP/ML" auftrat), und gegen Günter Will, Mitarbeiter der „Wahrheit", verhängte Amtsrichter Wolff in Betzdorf „wegen falscher Anschuldigung in Tateinheit mit Beleidigung und Verleumdung" sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung!

Dieses Urteil ging weit über den Antrag des Staatsanwalts (drei bzw. zwei Monate mit Bewährung) hinaus.

Dieses Urteil sticht krass von vergleichbaren ab. Hier wurde an Genossen einer sehr kleinen, vorwiegend regional verbreiteten Zeitung (die „Wahrheit" wird ‚abgezogen' und hat nur einige hundert Stück Auflage!) ein scharfes Exempel verübt – offenbar in der Annahme, daß hinter diesen Genossen kaum jemand steht. Über das Klima des Prozesses und die Einstellung von Richter Wolff gibt auch die forsche Äußerung von Wolff Auskunft: *„Sie können ruhig in die Berufung gehen, Sie bekommen kein Recht, und es wird sich an der Sachlage auch nichts ändern"* (lt. „Wahrheit", Nr. 68)

Worum ging es im Prozeß? Günter Will hatte im August 1973 in der „Wahrheit" (Nr. 54) geschildert, wie er am 2. Juli '73 **„widerrechtlich verhaftet"** wurde, **„24 Stunden inhaftiert"** war, **„erhebliche Mißhandlungen bei der Festnahme...erlitt"** und auch im Knast schikaniert wurde.

Deswegen, und wegen der Bezeichnungen „Polizeibüttel" und „Kapitalistenknechte" stellten die Polizisten Krause und Franke Strafantrag gegen Günter Will.

Vor Gericht behaupteten sie, die Schilderung in der „Wahrheit" stimme nicht. Sie gaben aber zu, bei der Festnahme von Will dessen *„Widerstand gebrochen"* zu haben. *„Wie dies im einzelnen geschah... wurde von den Polizisten nicht näher erläutert. Richter Wolff gab sich damit zufrieden."* (Bericht der bürgerlichen „Rhein-Zeitung" vom 18.10.).

Es ist kein Einzelfall, daß 1. Festgenommene von der Polizei brutal mißhandelt werden, und 2. der Verprügelte anschließend auch noch wegen Verleumdung der Polizei bestraft wird. So war es auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte auch üblich, daß von der Polizei zusammengeknüppelte Demonstranten erstmal „routinemäßig" eine Anzeige wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" kriegten, und froh sein mußten, schließlich „mit blauen Augen" (im wahrsten Sinne des Wortes) davonzukommen.

Hier geht es nicht bloß um das Recht auf freie politische Meinungsäußerung, sondern auch darum, daß Menschen durch Einschüchterung davon abgehalten werden sollen, sich gegen Übergriffe der Polizei durch Veröffentlichungen zu wehren. Schritt für Schritt wird so um die Polizei herum ein straffreier Raum aufgebaut. Das Ergebnis ist eine wachsende Zahl von Polizisten, die sich nicht nur im Dienst gelegentlich „etwas außerhalb der Legalität" bewegen, sondern die auch nach Dienst nicht „abschalten" können und dann gewöhnliche kriminelle Taten begehen (von Diebstahl und Einbruch bis Rauschgiftschmuggel und Mord). ●

Göttingen:

Gegen die Fahrpreiserhöhungen!

In AK 51 berichteten wir über die Absicht der Göttinger Stadtwerke, zum 1. Januar die Fahrpreise der Stadtbus-Einzelfahrscheine um 20% auf DM 1,10 zu erhöhen.

Ablenkungsmanöver

Je näher der 1. Januar rückt, umso stärker „umwirbt" die Stadtwerksleitung die Buskunden: Im Oktober/November wurden an Umsteigehaltestellen hinter dem Rathaus, bei Hertie, beim Neubau der Gothaer Versicherung und am Bahnhof große Übersichtskarten mit Darstellung der Linienführungen aufgestellt, wie man sie z.B. in Hamburg auf U-Bahnhöfen kennt. Anlaß hierzu war nach Meldung des „Göttinger Tageblatt" (19. Okt.) „Klagen der Busbenutzer (!), die sich in dem oft unübersichtlichen Gewirr der einzelnen Linien kaum noch zurecht fanden". Diesen ganz normalen Service läßt man mit großem Getöse „zufällig" jetzt installieren.

Ende Oktober verteilten die Stadtwerke ca. 40.000 Fragebogen gezielt in Betrieben und Schulen, mit deren Hilfe „Fahrgewohnheiten" wie Einstieg, Ausstieg, Umsteigen und Fahrzeiten ermittelt werden sollen. „Selbstverständlich", so beteuerte ein Stadtwerksingenieur laut „GT", „können auch Wünsche und Kritik auf dem Fragebogen geäußert werden. Offizielle Begründung für diese Fragebogenaktion: die Verkehrsbetriebe brauchen wegen einer Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes „neueste statistische Unterlagen". Aufgezogen wird die ganze Farce als ein Preisausschreiben, dessen Hauptpreise – Jahresfreifahrkarten sind...

Daß dieses übertriebene Interesse am Wohlergehen der Fahrgäste nur so lange währt, bis die Tariferhöhung nach dem Willen der Stadtverwaltung unter Dach und Fach ist, versteht sich von selbst.

Initiative gegen die Erhöhungen

Bereits Anfang Oktober hatten sich in Göttinger Druckbetrieben zwei Komitees „Kampf den Fahrpreiserhöhungen" gebildet. Die Kollegen verabschiedeten eine gemeinsame Resolution, die sie zusammen mit einem Brief an Vertretungskörperschaften von Betrieben, Schulen, Hochschulen usw. sowie an linke Organisationen schickten. Der Brief enthielt die Aufforderung, auf Grundlage der Resolution weitere Komitees und Initiativgruppen zu bilden sowie ein Treffen durchzuführen, auf dem die nächsten Maßnahmen beschlossen und koordiniert werden sollten.

Am 17. Oktober fand dieses Treffen statt. Unter den 60 Teilnehmern waren über 25 Vertreter von inzwischen gegründeten Komitees und Initiativen sowie Beobachter aus politischen Organisationen. Es wurde zunächst für den 21. November eine Veranstaltung beschlossen, die möglichst breit in den einzelnen Komitees vorbereitet –, über die arbeiterfeindliche Politik der Stadtverwaltung aufklären und den Zusammenhang zu anderen Angriffen auf das Lebensniveau (Lohnabbau usw.) aufzeigen soll, um das nötige Bewußtsein für weitere Schritte zu entwickeln.

Als wichtige Aufgabe der Komitees ist erkannt worden, Erfahrungen aus den Kämpfen in anderen Städten, insbesondere Frankfurt, heranzuziehen und auszuwerten. Insbesondere konzentrieren sich die Komitees darauf, weitere Menschen in die Arbeit miteinzubeziehen. Dies geschieht mit Hilfe kleinerer öffentlicher Veranstaltungen, durch Plakataktionen, systematische Hausbesuche usw.

Was ist an dieser Initiative wichtig?

Zunächst ist von Bedeutung, daß die Initiative von Arbeitern und Angestellten ins Leben gerufen wurde, daß die gesamte Aktion auf einer klar antikapitalistischen Grundlage stattfindet und realistischerweise auf eine Verteidigungsforderung orientiert („...gegen die Erhöhung"...). Es ist nicht überflüssig, dies hervorzuheben. Denn in den letzten Jahren war es meist so, daß Fahrpreiskämpfe von studentischen Gruppen initiiert wurden, die kurzatmige Forderungen, wie etwa nach dem Nulltarif als Aktionslosungen aufstellten und obendrein noch die tollsten Illusionen über die Möglichkeit von Erfolgen verbreiteten. Das Ergebnis war regelmäßig ein „böses Erwachen" und entsprechende Resignation unter den Beteiligten. Weiterhin ist an dieser Initiative von Bedeutung, daß sie nicht auf kurzfristige, spektakuläre „Erfolge" setzt. Es ist vielmehr ihr politischer Lebensinhalt, die Abwehrkraft insbesondere in der werktätigen Bevölkerung durch geduldige Kleinarbeit sozusagen von „unten her" zu entwickeln.

Der entscheidende Gradmesser für den Erfolg der Arbeit der gesamten Initiative ist deshalb gar nicht in erster Linie, ob es gelingt, die Erhöhung zu verhindern – sondern, ob es gelingt, mit erhobenem Kopf einen möglichen Mißerfolg zu überstehen, den selbständigen Kampf für die Lebensinteressen weiterzuführen und zu verbinden mit anderen Abschnitten derselben Kampffront (gegen sinkende Löhne, steigende Preise und Mieten usw.).

Dies sind für die KAG die wichtigsten Gründe, weshalb sie von Anfang an die Initiative tatkräftig unterstützt hat.

Das IK/KHB hat in ähnlicher Weise in seiner „Roten Tribüne" (28. Okt.) zu der Aktion Stellung genommen. Genossen des IK bemühten sich gemeinsam mit Studentengenossen der KAG, an der Uni ebenfalls eine entsprechende Arbeit aufzubauen.

Der „Göttinger Betriebsexpress" (tendiert Richtung Soz. Büro) hat sich in seiner letzten Ausgabe mit der Resolution der Initiative solidarisch erklärt, jedoch keine uns bekannten praktischen Schritte folgen lassen.

Die Juso-Hochschulgruppe und der Juso-AStA schwanken wie stets. Das Delegiertentreffen am 17. Oktober besuchten sie trotz Einladung nicht; stattdessen saßen sie zur gleichen Zeit mit der DKP zusammen und berieten über eine Spalter-Initiative, die allerdings mangels politischer und personeller Masse nicht zustande gekommen ist.

Die DKP schien anläßlich der Fahrpreiserhöhungen zunächst „gewaltig" aufzutrumpfen zu wollen, wobei sie sich wohl bereits beim Ausholen den Arm ausrenkte. Sie beschränkte sich dann auf eine „Volksabstimmung" mit einer Papp-Urne: „für" oder „gegen" die Erhöhungen..

KBW/KSB: schlingernd bergab

Ihre fast schon traditionelle Rolle spielen erneut KBW und KSB, die es offensichtlich darauf anlegen, die letzten Stückchen politischer Substanz und Ernsthaftigkeit in ihrer Mitgliedschaft zu zerstören und diese in einen jämmerlichen Haufen beliebig hin- und herschiebbarer Manövriermasse zu verwandeln. Hier die vorläufigen Akte des KBW-Sumpfballetts:

1. Akt: Die KBW-Studenten sammeln 10.000 Unterschriften gegen die Fahrpreiserhöhungen. Das ist über 2 Monate lang ihre einzige Aktivität in dieser Richtung. Hierzu schrieben wir in AK 51:

Ein Beispiel für Verantwortungslosigkeit liefert in diesem Zusammenhang wieder einmal der KBW, der den Menschen als Abwehrmaßnahme gegen die Fahrpreiserhöhungen nichts weiter zu empfehlen vermag, als „Öffentlichkeit" der Ratssitzungen, auf der es um die Erhöhung geht, sowie namentliche Abstimmung der Ratsherren – so propagiert im Text einer Unterschriftensammlung, die seit einigen Wochen vom KBW durchgeführt wird. Die Leute vom KBW haben sich von vornherein derartig in ihre stupide Beschränkung auf Entlarvung der Rathaus-Papageien verbissen, daß nach ersten Aktionseinheitsverhandlungen Ende August selbst die Jusos verblüfft feststellten: „Ihr habt viel von der DKP gelernt".

2. Akt: Die Fahrpreiskomitees werden gegründet; KAG, IK/KHB und GBE unterstützen öffentlich die Aktion. Den KBW-Studenten ist die Initiative aus den Händen genommen; ihnen dämmert, daß die von vornherein zum Scheitern verurteilte Unterschriftensammlung nun politisch gestorben ist.

Man verlegt sich aufs Taktieren. Das Delegiertentreffen am 17. Oktober und das von DKP und Jusos angezettelte Spaltertreffen werden gleichzeitig besucht. Man redet von „Einheit" und von 10.000 Unterschriften. Auf dem Delegiertentreffen wird die Drucker-Resolution bekräftigt; der KBW blitzt ab. Nachdem man nun draußen ist, verlegt man sich aufs Spalten und Denunzieren.

Zwei KSB-Leute tauchen im Stadtteilkomitee West auf und drängen den anwesenden Kollegen Diskussionspunkte auf („Öffentlichkeit der Ratssitzungen" usw.), die durch den praktischen Stand der Arbeit längst überwunden sind. Die Absicht ist eindeutig: durch „Filibustern" das politische Fortkommen der Arbeit des Komitees zu verhindern.

Einer der beiden läßt sich dann scheinbar von der Mehrheit des Komitees „überzeugen", und er verspricht, auf einer Uni-Vollversammlung Ende Oktober „wahrheitsgetreu" über den Stand der Arbeit des Komitees zu berichten. Auf der Uni-VV tritt dieser Typ in der Manier eines geübten Polizeispitzels auf, indem er seinen „Bericht" mit den Worten beginnt: „Wir treffen uns einmal wöchentlich in der Kirche..." In dem so absichtlich provozierten Lacherfolg gehen seine weiteren Bemerkungen unter.

Derselbe Bursche ist offenbar die Quelle für einen Dreckartikel in der „KVZ-Ortsbeilage" vom 27. Oktober, in dem der KAG praktisch Etikettenschwindel unterstellt wird: die ca. 20 Mitglieder des Komitees seien KAG-Leute (schön wärs!) und hätten das Komitee ganz undemokratisch (nicht „öffentlich"!) gegründet.

In einem Flugblatt des KSB wird dasselbe Komitee durch bewußt undeutliche Formulierung als Gründung von KBW/KSB ausgegeben.

Gegen diesen Rattenschwanz von Verleumdungen und Spaltungsversuchen hat der Koordinationsausschuß der Komitees mittlerweile eine entsprechende Erklärung herausgegeben.

3. Akt: Die zunehmend außer Rand und Band geratenen KBW/KSB-Führer starten ein jammervolles Ablenkungsmanöver. Ihnen fällt „plötzlich" ein – nach Monaten Fahrpreisunterschriftensammlung!! –, daß die Gaspreise ja auch erhöht werden sollen. Sie rufen Knall und Fall zur Demonstration zum Sitzungsort des Stadtrats auf, um den so „zusammengefaßten Protest der Bevölkerung einzusetzen, den Stadtrat zu „zwingen" (wörtlich!), keine Erhöhung zu beschließen. Nachdem zuvor nichts, rein gar nichts zur politischen Fundamentierung des Widerstands in der Bevölkerung getan worden ist, soll nun der Stadtrat „gezwungen" werden – von 400 Demonstranten und einer dreiköpfigen Delegation, die artig dem Oberbürgermeister während der Ratssitzung eine Resolution überreicht. Der bewährt arbeiterfeindliche Stadtrat (SPD-Mehrheit!) läßt sich durch diese Art „Zwang" allerdings nicht beirren und beschließt die Gastariferhöhung zum 1. Januar

Der KBW führt uns beispielhaft vor, wie man mit solcherart angelegten Aktionen todsicher in der Sackgasse landet. Er zeigt uns, daß jede kurzatmige, überhastete Aktion nicht nur einfach „erfolglos" ist, sondern daß sie von der hauptsächlichen Aufgabe ablenkt – nämlich insbesondere unter den Werktätigen Klarheit über die politischen Fronten zu schaffen und auf dieser Basis gemeinsam vorzugehen.

KAG Göttingen ●

Fahrpreiserhöhungen in Hildesheim: Schlechte Abwehr der Linken

Nach den Gaspreiserhöhungen im Januar und der Heraufsetzung der Strompreise im September erhöhten die Stadtwerke AG Hildesheim die Preise für den Busverkehr für alle Fahrkarten zwischen 14 und 33 Prozent. Am meisten betroffen sind davon die Sozialtarife für Kinder, Schüler, Studenten und Rentner.

Im Großraum Hannover kann man für 0,80 DM bis zu 50 km fahren, hier in Hildesheim beträgt die längste Strecke 10 km. Trotz des dünnen Busnetzes, gerade in den Randgebieten, soll z.B. die Einzelfahrkarte nun 0,80 DM statt 0,70 DM kosten.

Nach gemeinsamen Aktivitäten zum Jahrestag des Militärputsches in Chile versuchte der KBW wieder die örtlichen politischen Gruppen, die ASten der Fachhochschulen, der Pädagogischen Hochschule (PH) etc. zu einer gemeinsamen Aktionseinheit zusammenzufassen. Um diese Aktionseinheit so groß wie möglich zu machen, fegte er aus seinen Flugblättern alles, was nach Politik aussah, heraus und arbeitete unter dem Motto: Die Reichen zahlen wenig für die Leistungen der Stadtwerke, die Armen viel, also sollen die Reichen das Defizit tragen.

Doch die Jusos mochten trotzdem nicht mittun. Sie begründeten die Ablehnung der Zusammenarbeit mit „schlechten Erfahrungen mit dem KBW" (in der Chile-Aktion) und beschlossen wegen „erheblicher inhaltlicher Unterschiede" keine Aktionseinheit mit kommunistischen Gruppen („K-Gruppen") einzugehen.

Die SPD hatte ihren Jugendclub zurückgepfiffen.

So entstand eine „Aufklärungskampagne", deren Höhepunkt der Vorschlag war, einheitliche Uniformen für die Stadtwerkbediensteten Niedersachsens zu fordern, um das Defizit zu verringern. An der Juso-Gemeinschaftsaktion beteiligte sich auch der revisionistische MSB-Spartakus (er ist ja keine „K", sondern eine „M"-Gruppe). Den Vogel schoß die DKP ab, die bei den Jusos, Jungdemokraten usw. gerne mitmachen wollte, aber dummerweise ein „K" in ihrer Abkürzung trägt. Sie arbeitete als „Viele Hildesheimer Bürger" mit, eine pfiffige Lösung der Deutschen ..... Partei.

Der KBW versuchte daraufhin einen Alleingang. Unter der Parole: „Keinen Pfennig mehr als bisher für den Busverkehr" sammelte er Unterschriften; das scheint inzwischen überhaupt seine wichtigste Waffe zu sein. Weiter legte er die Termine für eine Podiumsdiskussion und eine Demonstration fest und rief dann „Bürgerversammlungen" ein. Die Organisation der Versammlungen klappte so gut, daß selbst KBW-Genossen uns nicht sagen konnten, wann sie wo stattfinden. So hatten wir nur einmal die Möglichkeit, daran teilzunehmen: Von den 80 Anwesenden, davon etwa 80% KBWler und Sympathisanten, wurde ein Komitee gewählt, das die vom KBW festgelegten Aktionen ausführen sollte. Das bedeutete, daß die Bürgerversammlung nur eine Alibifunktion hatte.

Ergebnis dieser Politik war eine klägliche Kundgebung mit 20, und eine Demonstration mit ca. 80 Teilnehmern.

Die örtliche Presse hat versucht, der Bevölkerung einzublasen, die Sache mit den Fahrpreiserhöhungen sei ein Streit zwischen Jusos und KBW. Ziel dieser rechten Politik ist es, die Menschen von dem Erkennen ihrer Interessen abzuhalten, den Kampf um die Interessen zu verhindern.

Es hat den Anschein, als kritisierten wir die Vorgänge als Besserwisser. Während der Fahrpreiskampagne waren wir im wesentlichen „Besucher" bei Veranstaltungen. Inzwischen haben wir begonnen, den Verkauf des ARBEITERKAMPF zu organisieren und sehen auch im Schreiben von Korrespondenzen unsere Aufgabe als

Sympathisanten des KB in Hildesheim ●



Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hildesheim



Hannover:

Erneute Erhöhung der Fahrpreise geplant

Hannover 1970: Großer Bullenaufmarsch bei den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen. Die Fahrpreise wurden damals einheitlich von 50 Pfg. auf 60 Pfg. erhöht („Großraumtarif"). 1969 hingegen war es durch große Massendemonstrationen und -aktionen noch gelungen, eine Senkung der Fahrpreise auf 50 Pfg. durchzusetzen („Roter-Punkt-Aktion").

1972: Die ÜSTRA (kommunale Verkehrsgesellschaft) erhöht erneut die Fahrpreise von 60 Pfg. auf 75 Pfg. Zu Beginn der Aktionen blockierten etwa 4.000 Demonstranten die Verkehrsmittel und kämpften gegen eine Übermacht von brutal vorgehenden Bullen. Durch massive Hetze von Presse, Funk und Fernsehen wurden die Demonstranten zunehmend von der Bevölkerung isoliert. Nach einer Woche mußten die Aktionen abgeblasen werden.

1974/75: Die Stadtverwaltung will die Tarife erneut erhöhen. Es soll (wahrscheinlich) ein Stufentarif für das Stadtgebiet von mindestens 75 Pfg. bis 1,30 DM eingeführt werden. Für Pendler bedeutet das eine Mehrbelastung von 35 bis 50 Mark. Weil die Stadtverwaltung bei ihren bisherigen Fahrpreiserhöhungen dreimal gehörig „Ärger" bekommen hat, hat sie diesmal die Erhöhung von langer Hand durch die Presse etc. vorbereitet. Zeitpunkt und genauer Umfang der geplanten Erhöhung ließ sie bewußt unklar. Die SPD, die zunächst gegen Stufentarif und für Fortsetzung des Einheitstarifs war, hat inzwischen eingesehen, daß dies „unrealistisch" sei.

In diesem Jahr ist bei Demonstrationen mit noch schärferem Vorgehen der Polizei zu rechnen. Mögliche Aktionen gegen diesen erneuten Angriff sollten in gemeinsamen Gesprächen aller linken Gruppen optimal vorbereitet werden.

Sympathisanten des KB, Hannover

Düsseldorf:

Türkische Arbeiter protestieren gegen Kindergeldregelung

Mit Transparenten und Plakaten demonstrierten am 26.10.1974 etwa 300 türkische Arbeiter durch die Düsseldorfer Innenstadt.

Sie protestierten damit gegen das Abkommen über Kindergeldzahlung, das am Freitag zwischen der BRD und der Türkei abgeschlossen wurde.

Nach diesem ausländerfeindlichen Gesetz (vgl. AK 46) sollen die türkischen Kollegen nur für ihre in der BRD lebenden Kinder das gleiche Kindergeld erhalten wie ihre deutschen Kollegen. Für die in der Türkei gebliebenen Kinder werden die Beträge drastisch reduziert. So soll das erste Kind nur DM 10,- bekommen (hier DM 50,-), das zweite DM 25,-, das dritte und vierte jeweils DM 60,- und jedes weitere DM 70,-.

Diese Regelung wurde außer mit der Türkei auch mit Spanien, Griechenland und Jugoslawien abgeschlossen.

Während die Gewerkschaftsführer noch gegen ein solches Abkommen protestierten, weil dann zuviele ausländische Arbeiter ihre Kinder in die BRD holen würden (!!), ist das Bundesarbeitsministerium zuversichtlich: die Familienzusammenführung wird nicht explosionsartig zunehmen, sondern im normalen Maße bleiben.

Na logisch, das Risiko wäre auch viel zu groß – welcher ausländische Kollege weiß denn schon, wie lange es noch dauert, bis auch er abgeschoben wird.



Die BRD spart jetzt rund 1 Milliarde DM gegenüber der alten Regelung, nach der das Kindergeld für die in der BRD lebenden und die im Ausland lebenden Kinder gleich war. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Sperrbezirke für Ausländer!

Am 30.10. kündigte die Bildzeitung mit Schlagzeilen auf der ersten Seite an: **„Tiergarten, Wedding und Kreuzberg sind restlos überfüllt. Senat: Ausländersperre".**

Längerfristig ist diese Maßnahme auch für die Arbeiterbezirke Schöneberg und Neukölln angedroht.

Dieser Erlaß richtet sich vor allem gegen die türkischen und griechischen Kollegen; ausgenommen sind Kollegen aus den EG-Ländern sowie Amekaner, Österreicher und Schweizer.

Die Begründung des Senats: „...*die Belastung der bezirklichen Infrastruktur durch Ausländeranteile von 23% (Kreuzberg), 17% (Wedding) und 15% (Tiergarten) in den genannten Gebieten sei nicht mehr tragbar*" („Tagesspiegel" vom 3o.1o.)

Was bedeutet dieser Erlaß für die ausländischen Kollegen?

Hier wird das demokratische Recht auf freie Wahl des Wohnortes einem Teil der Arbeiterklasse entzogen, der vom Abbau der demokratischen Rechte sowieso besonders stark betroffen ist (Ausländergesetze). Und da man wohl kaum davon ausgehen kann, daß ausländische Kollegen auf einmal in Bezirken wie Dahlem oder Zehlendorf („gutbürgerliche" Bezirke in Westberlin) Wohnungen bekommen werden, heißt das, daß weniger Kollegen einen Wohnsitz finden, der wiederum Voraussetzung für eine Arbeitserlaubnis ist. Außerdem wird es nach diesem Erlaß den ausländischen Kollegen noch schwerer fallen, ihre Familien nachzuholen, denn dazu müssen sie jetzt Wohnungen nachweisen, die „angemessen" sind (bisher hat es den Senat auch nicht interessiert, ob die Kollegen „angemessen" wohnen!). Oder sich Wohnungen in nicht „Sperrbezirken" suchen, was so gut wie unmöglich ist.

Und was hat der Senat davon, wenn er es den ausländischen Kollegen fast unmöglich macht, ihre Familien nachzuholen?

- Er braucht weniger Kindergeld zu zahlen, denn für Kinder in der Türkei braucht er nur einen Bruchteil des Kindergeldes zu zahlen, und das, obwohl die ausländischen Kollegen die gleichen Sozialabgaben und Steuern bezahlen.
- Die Kinder der ausländischen Arbeiter bringen noch keinen Profit für das Kapital, sondern brauchen Schul-, Kindergartenplätze und Freizeitheime. In der Schule bekommen sie zwar eine beschissene Ausbildung, Kindergartenplätze gibt es fast gar nicht, in FZH werden kaum Erzieher eingestellt, die überhaupt die Sprache der Kinder verstehen, aber immerhin
- der Senat könnte das Geld „besser" verwenden.
- Wenn die Familien in den Heimatländern bleiben, haben die Kollegen auch nicht die Perspektive hier zu bleiben; d.h. sie versuchen, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld zu verdienen, kümmern sich nicht um die Situation am Arbeitsplatz, versuchen nicht, sie zu verändern, organisieren sich nicht gewerkschaftlich etc. ●

Verteilergenosse/Kollektiv Kreuzberg
KB/Westberlin

Kassel:

Kirchenleitung will Arbeit der ESG verhindern

Seit dem 1.September 1973 ist die Studentenpfarrstelle der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) in Kassel unbesetzt. Der bisherige Studentenpfarrer übernahm diese Aufgabe für die Übergangszeit kommissarisch.

Die Ausschreibung der Stelle erfolgte von der Kirchenleitung, allerdings nach einem merkwürdigen Wahlverfahren (siehe auch AK 47 Zur Hamburger ESG):
Die Kirchenleitung beruft, die ESG hat Votum.

Seit September letzten Jahres hatten sich neun Interessenten gemeldet, wovon einige sich bewarben, die anderen dies erst gar nicht versuchten, weil sie von den Praktiken der Kirchenleitung abgeschreckt wurden. Ein Bewerber trat von sich aus zurück, ein anderer, der den Vorstellungen der Mitarbeitergruppe der ESG entsprochen hätte, wurde von der Kirchenleitung ohne Begründung abgelehnt („aus beamtenrechtlichen Gründen kann ich Ihnen über den Inhalt der Ablehnung nichts sagen" – Oberlandeskirchenrat).

Daraufhin wurde eine Vollversammlung einberufen, auf der die Kirchenleitung aufgefordert wurde, den Bewerber einzustellen, bzw. eine Begründung für seine Nichteinstellung zu nennen. 300 Studenten und Hochschullehrer solidarisierten sich mit der ESG. Doch dies ließ die Kirchenleitung kalt.

Zum Wintersemester '74 wurde die ESG erneut von der Kirchenleitung überrascht. In den Semesterferien hatte sich in Kassel ein Komitee „Gegen Ausbildungs- und Berufsverbote" gebildet, das sich für die Einstellung von zwei Lehramtskandidaten einsetzte, die nicht zu dem Schuldienst zugelassen wurden (wegen Verdachts auf „Verfassungsfeindlichkeit"). Dieses Komitee benutzte die Räume der ESG und forderte öffentlich auf, die Komiteeveranstaltungen zu besuchen.

Das war für die Kirchenleitung Anlaß genug, den Mitarbeitern der ESG zu verbieten, dem Komitee weiter die Räume zur Verfügung zu stellen („Gruppen links von der Mitte der SPD" hätten in der Gemeinde nichts zu suchen). Ein Vertreter der Kirchenleitung wurde daraufhin aufgefordert, öffentlich zu diesem Verbot Stellung zu nehmen, doch diese Herren fanden es nicht einmal nötig, überhaupt zu reagieren.

Auf dem Fest zu Semesterbeginn, das die ESG veranstaltete, wurden die Vorfälle diskutiert und beschlossen, eine Art „Krisenstab" zu bilden, der die Arbeit der ESG weiter aufrecht erhält (Telefondienst, Raumvergabe etc.).

Auf dem Fest wurde außerdem eine Resolution verabschiedet die sich gegen

- die Schließung der ESG
- gegen jeden Versuch seitens der Kirchenbehörde zu bestimmen, welche Gruppen in der ESG tagen dürfen oder nicht,

wandte und sich

- für eine öffentliche Behandlung der Vorfälle,
- für die Aufhebung des Versammlungsverbotes gegen das „Komitee gegen Ausbildungs- und Berufsverbote",
- für eine selbstverwaltete Studentengemeinde,
- für die unverzügliche Einstellung eines Studentenpfarrers

aussprach. ●

Sympathisanten des KB
an der GHK Kassel

Politische und religiöse Vetternwirtschaft DKP „distanziert" sich von fortschrittlichen Christen

Am 17.10.74 trat in dem kleinen Ort Ellerau bei Quickborn im Kreis Pinneberg der Pastor Gallmeier aus der Kirche aus. Er veröffentlichte die ihn dazu bewegenden Gründe in einer Sonderausgabe der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW. Die angeführten Gründe laufen in etwa auf die gleichen hinaus, wie die der Pastorin Edda Groth aus Bramfeld: Daß die Kirche die Rechte der Bevölkerung ver- und behindere, daß die Kirche „Opium für das Volk" sei und daß Gallmeier nicht länger auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung leben wolle. (Gegen ihn lief seit 8. November 1973 ein Amtsenthebungsverfahren, er erhielt aber dabei sein volles Gehalt in der Höhe von DM 18.000,– pro Jahr.)

Dieser Vorfall war natürlich ein gefundenes Fressen für die Lokalpresse im Kreis Pinneberg die dann auch groß und breit mit der Überschrift: *„Gallmeier gibt sich als Kommunist zu erkennen: Ellerauer Pastor aus der Kirche ausgetreten"* darüber berichtete.

Einige Tage später fand sich im „Wedel-Schulauer-Tageblatt" ein Leserbrief der DKP zu dem Thema, in dem sich der DKP-Kreisvorsitzende Herbert Offermanns sich in beispielloser und übelster demagogischer Art von Gallmeier „distanzierte", ohne ein Wort über die Gründe von G.'s Kirchenaustritt zu verlieren (vgl. Kasten).

Kirchenaustritt zu verlieren (vgl. Kasten).

Die ganze Frechheit des Leserbriefes wird einem erst bewußt, wenn man die Hintergründe dieses Austrittes kennt:

Der 2.500-Seelen-Ort Ellerau wird beherrscht von einer Fabrik, deren Besitzer die meisten Arbeitsplätze am Ort kontrolliert und gleichzeitig Großvermieter in Ellerau ist. Durch seinen leitenden Direktor, E. Blechschmidt, kontrolliert er das kommunale und kirchliche Geschehen. Blechschmidt ist Vorsitzender des Bürgervereins sowie 2. Bürgermeister und Mitglied des kirchlichen Kindergartenausschusses. Seine Frau ist Mitglied im Kirchenvorstand und im Vorstand des Bürgervereins. Der 1. Bürgermeister, Schmelow (CDU), ist ebenfalls Mitglied im Kirchenvorstand Ebenso J. Hühnke (SPD-Pressesprecher von Quickborn), Schwager der Gemeindehelferin Frau Haar, deren Mann ebenfalls Mitglied des Kirchenvorstandes ist. Der Vorgänger Gallmeier, Pastor Mondry, jetzt stellvertretender Probst in Niendorf, ist der Pate von Frau Haars Tochter. Und um den Kreis zu schließen, sind Herr Haar und J. Hühnke ebenfalls Mitglieder des Kindergartenausschusses. (Sollte ein Leser jetzt noch irgendwelche Unklarheiten haben, empfiehlt sich ein mehrmaliges Durchlesen dieses Absatzes – wir stiegen bei unseren Recherchen auch nicht ganz durch!).

Pastor Gallmeier platzte nun Anfang '72 in diese bisher ständig um das Wohl des örtlichen Kapitalisten bemühte, illustre Gesellschaft. Es gab für ihn zwei Seiten, auf die er sich stellen konnte: auf die Seite des örtlichen Bourgeois oder auf die der Bevölkerung. Er stellte sich auf die Seite der Bevölkerung, indem er aus dem Kindergarten, der bisher gut als Aufbewahrungsanstalt für die Kinder der als Teilzeitkräfte in der Fabrik beschäftigten Mütter diente, in Zusammenarbeit mit Eltern und Kindergärtnerinnen eine pädagogische Einrichtung im Sinne der Eltern zu machen versuchte. Er kritisierte den Fabrikbesitzer Erlhoff, daß er die Arbeitskräfte nur dann beschäftigte, wann und wie er wollte. Er weigerte sich, säumigen Eltern den Gerichtsvollzieher auf den Hals zu schicken.

DKP distanziert sich von Gallmeier

Zum Artikel in Ihrer Zeitung vom 18. Oktober 1974 „Ellerauer Pastor aus der Kirche ausgetreten – Gallmeier gibt sich als Kommunist zu erkennen" möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Herr Gallmeier hat in dem genannten Artikel gegenüber der Kirche und den Pastoren unter der Firmierung „Kommunist" Auffassungen vertreten, denen ich als Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei entschieden widersprechen muß. Im Gegensatz zu Herrn Gallmeier und seinen Freunden vom „Kommunistischen Bund Westdeutschland" führen die Mitglieder der DKP das Gespräch mit den Christen außerhalb der Kirche. Gallmeiers Wortgetöse von der Kirche „als einem Verein im Dienste der Kapitalisten, der sich gegen die Forderung (welche?) der Arbeiter und der lohnabhängigen Bevölkerung wendet" offenbart die Unfähigkeit, mehr noch, die mangelnde Bereitschaft dieses Mannes und seiner politischen Freunde, für die Durchsetzung konkreter Forderungen auch ohne Ansehen politischer und religiöser Auffassungen eine gemeinsame Basis zu suchen.

Die DKP und ihre Mitglieder lassen auch nicht einen Augenblick außer acht, daß es zwischen Marxismus und Religion unüberbrückbare weltanschaulich-philosophische Gegensätze gibt, die nicht vertuscht werden sollten. Gegensätze dieser Art sind jedoch kein Hindernis für ge-
werden sollten. Gegensätze dieser Art sind jedoch kein Hindernis für ge-
meinsames Handeln auf der Grundlage gemeinsamer Interessen.

So wird deutlich, als was sich Herr Gallmeier in Wirklichkeit zu erkennen gegeben hat mit seinen Ausfällen gegen die Kirche und deren Mitglieder. Weder Herr Gallmeier noch seinesgleichen sind Kommunisten, vielmehr leiten sie mit ihren Ausfällen Wasser auf die Mühlen all jener Kräfte – auch innerhalb der Kirche – denen das gemeinsame Handeln von Marxisten und Christen ein Dorn im Auge ist.

Herbert Offermanns, Wedel
Kreisvorsitzender der DKP

„Wedel-Schulauer-Tageblatt', 24.10.74

Abschrift aus „Wedel-Schulauer-Tageblatt": Ein DKP'ler zieht vom Leder – die reaktionäre Presse öffnet ihm nur allzugern ihre Spalten.

Gallmeier organisierte Tanzveranstaltungen für Jugendliche, ohne sie zu bevormunden, diskutierte mit ihnen, zeigte dabei gesellschaftliche Mißstände auf. Weiterhin versuchte er, den Widerstand der Bevölkerung gegen die himmelschreienden Zustände in der Textilfabrik zu wecken (es bestand keine Gewerkschaftsarbeit, den Betriebsrat gab es nur auf dem Papier, usw.).

Seine Aktivitäten in der Eltern-, Jugend- und Konfirmandenarbeit brachten ihm Sympathien bei der Ellerauer Bevölkerung ein, riefen aber im Kirchenvorstand (verständlicherweise) das entgegengesetzte Echo hervor. Dort hatte Gallmeier von Anfang an verspielt, weil er es an dem erwarteten „Wohlwollen" gegenüber Fabrikbesitzer und Honoratioren vermissen ließ. So ging dann auch der Kirchenvorstand in konzertierter Aktion (vereinigt durch Verbrüderung und Verschwägerung) gegen Gallmeier vor. Man warf ihm verschiedenes „Ungesetzliches" und „Unkirchliches" vor:

- Er hätte bei einer Tanzveranstaltung Jugendliche unbeaufsichtigt gelassen (d.h. nicht ständig hinter ihnen herspioniert).
- Er hätte eine Sekretärin ohne Zustimmung des Kirchenvorstandes gefeuert (diese hatte G. öffentlich deutlich als „Schwein" bezeichnet, worauf er eine Zusammenarbeit mit ihr ebenso deutlich ablehnte).
- Er hätte einer Sterbenden seelsorgerisches Gespräch verweigert (nach Aussage der Gemeindehelferin Haar).
- Hausfriedensbruch (J. Hühnke hat G. untersagt, das einzige Telefon in Gemeindehaus und Pastorat zu benutzen, und rief, als Gallmeier sich nicht daran hielt, den Ortspolizist zu Hilfe und bezichtigte dabei G. des Hausfriedensbruches).

bei G. des Hausfriedensbruches).

Die Liste der Anschuldigungen und rechten Verdrehungen setzt sich in dieser Art fort.

Man schaltete die Probstei ein, und der Bischof von Niendorf, Vorgesetzter des Patenonkels der Tochter der Ellerauer Kirchenfamilie Haar, leitete ein Amtsenthebungsverfahren gegen Gallmeier ein. Das war am 8. November letzten Jahres. Dem Ergebnis dieses Verfahrens ist nun Gallmeier durch seinen Kirchenaustritt zuvorgekommen.

Dieser Fall steht in unmittelbarem Zusammenhang mit einer zunehmend reaktionären Ausrichtung der Kirche, mit einem zunehmenden Druck gegenüber linken Christen, wie er gerade auch auf dem letzten Kirchentag der Ev. Kirche Deutschlands (EKD) wieder deutlich zum Ausdruck kam. Die Angriffe gegen Edda Groth, die Hetze gegen die „Reformierung" des § 218 und gegen das „Kirchenpapier" der FDP sowie der Versuch der Liquidierung der Hamburger Ev. Studentengemeinde (ESG) verdeutlichen diese Entwicklung. Hier muß wirklich die uneingeschränkte Solidarität aller Demokraten und Kommunisten gegen diese Tendenzen einsetzen. Sich so zu verhalten, wie die Wedeler DKP es in ihrem Leserbrief tut, heißt dagegen, die Bewegung zu spalten, zeigt im Grunde genommen, trotz anderslautender Worte, eine grenzenlose Verachtung gegenüber linken und fortschrittlichen Christen. ●

Sympathiesantengruppe
Wedel des KB

Ausweisung – Probleme aller Ausländer

Wie sich jüngst in Berlin zeigte, ist eine willkürliche Ausweisung von Ausländern leicht. Takuya Yokoi, japanischer Student, verheiratet, sechs Tage alte Tochter, konnte offensichtlich nichts nachgewiesen werden, was einer gerichtlichen Klärung standgehalten hätte.

Die Verdächtigung, einer Terroristengruppe anzugehören, reichte den Behörden aber zum Polizeiüberfall auf das Studentenwohnheim am Dauerwaldweg in Berlin (West) und zur Abschiebung Takuyas nach Japan. (Das Ausländergesetz ermöglicht dies!)

Nach stundenlangem und erfolglosem Verhör am 1.10. war Takuya ohne Auflagen entlassen worden. Am 3.10. aber tauchten um 6.00 Uhr morgens 6 - 8 Zivile mit Maschinenpistole auf, bedrohten damit Einwohner, die sich ihnen entgegenstellten und setzten Takuya in seiner Wohnung fest, ohne sich ausgewiesen zu haben. Zur Verstärkung vor durch den Überfall geweckten Studenten marschierten ca. 20 Bereitschaftspolizisten auf. Rechtsbeistand wurde Takuya verweigert, ohne Geld und Papiere, in Hausschuhen und ohne Mantel wurde er weggeschleppt. Frau Yokoi, die erst sechs Tage zuvor ein Baby entbunden hatte, wurde dabei blitzschnell und wohlgezielt in die Lebergegend geschlagen, so daß sie auf der Stelle zusammensackte. Der passive Widerstand der Studenten wurde mit Gummiknüppeln und MP-Bedrohung gebrochen. Die Verfolgung des Abtransports durch Heimbewohner wurde durch eine Straßensperre verhindert.

Bevor ein Anwalt einschreiten konnte, wurde Takuya nach Frankfurt/M. geflogen. Dann stellte man fest, daß die Ausweisung nur durch ein Verwaltungsgericht in Berlin (West) aufgeschoben werden könne. Es sei aber wegen Gefährdung der Grundordnung und Sicherheit der BRD „sofortiger Vollzug" angeordnet. Beim Verwaltungsgericht hatte man „leider" die Akte verlegt. „Glücklicherweise" hatte wenigstens das japanische Konsulat vorgesorgt: Am 2.10. war ein „Paß für die Rückkehr nach Japan" gültig für sechs Tage, ausgestellt worden, der Takuya in Frankfurt zusammen mit einer Flugkarte übergeben wurde! Um 10.10 Uhr wurde Takuya nach Tokio geflogen, dort drei Stunden von der Sicherheitsbehörde ausgefragt und – freigelassen! (.........)

UNTERSTÜTZT DIE AUFHEBUNG DES AUSWEISUNGSBEFEHLS UND DIE RÜCKKEHR DES VERSCHLEPPTEN TAKUYA YOKOI

Post an das Komitee TAKUYA
c/o Stud. Selbstverwaltung des Stundentenwohnheimes Dauerwaldweg
1 Berlin 19, Dauerwaldweg 1
Tel.: 302 8008
Konto: Berliner Disconto Bank, 1 Berlin 12
Bismarckstr. 68 Kto.Nr. 107/O135/01
Kennwort: Takuya-Kasse ●

(Aus einem Brief, den wir aus Westberlin erhielten)

Schulkampf und kommunistische Massenarbeit

Im ARBEITERKAMPF wurde wiederholt über Schritte und Aktionen des Elternrats der Schule Arnkielstraße in Hamburg-Altona, zusammen mit anderen Eltern und Elternräten aus Altona, berichtet. Diese Arbeit wurde vielfach so bewertet, daß dort „proletarische Massenpolitik, die diesen Namen wirklich verdient, aufgebaut wurde" (so noch in einer Anzeige für die Schulkampf-Broschüre in AK 51 !).

Neuere Auseinandersetzungen veranlassen uns, diese Dinge doch erheblich nüchterner zu sehen und in diesem Licht auch unsere früheren, zum Teil geradezu euphorischen, Darstellungen selbstkritisch zu überprüfen.

Dieser Artikel soll dazu dienen, an dieser Episode einige g r u n d s ä t z l i c h e Fragen kommunistischer Massenarbeit weiter zu klären.

Elternrat Arnkielstraße – Nabel der Welt ?

Wie im AK 51 berichtet, haben am 4. Oktober etwa 800 Besucher einer Veranstaltung eine Resolution beschlossen, in der die baldige Durchführung einer Demonstration 'gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats' gefordert wird. Unmittelbarer Anlaß dieser Versammlung war der Beschluß der Behörde für Jugend, Schule und Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung, dem Ring Bündischer Jugend (RBJ) die staatliche Anerkennung und Förderung zu entziehen.

Im Sinne dieser Resolution wandten sich daraufhin RBJ, Kommunistischer Bund, Evangelische Studentengemeinde (ESG) sowie die griechische Jugendorganisation Rigas Fereos (die auf der Veranstaltung vom 4.10. vertreten waren) mit einem „Offenen Brief" an andere fortschrittliche Kräfte, um sie für eine gemeinsame Demonstration zu gewinnen: *„Wir meinen, daß diese Resolution Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen sein kann, das nicht durch allgemeine politische Meinungsverschiedenheiten und parteipolitische ‚Abgrenzungsbeschlüsse' beeinträchtigt werden sollte"* (aus dem „Offenen Brief", abgedruckt in AK 51).

Im Elternrat der Schule Arnkielstraße war man da allerdings ganz anderer Meinung. Nicht nur, daß man die Demonstration nicht unterstützen wollte, „weil da auch der KB mitmacht". Zusätzlich wurde noch behauptet, die Initiative von RBJ, KB und ESG zu dieser Demonstration sei „ s p a l t e r i s c h ". Das wurde mit einem eigenen Demonstrationsvorhaben des Elternrats gegen die Schulmisere (*„Aufhebung der Studienplatzbeschränkung für Lehrerstudenten und Referendare", „Ausreichend Lehrer für einen ungekürzten Unterricht gemäß den Stundentafeln"*) begründet.

Dieser faktische Führungsanspruch einiger Elternräte ist schon deshalb hanebüchen, weil die beiden Initiativen ja gar nicht alternativ zueinander stehen, und weil die auf der Versammlung vom 4.10. gefaßte und von KB, RBJ und ESG unterstützte Resolution und Demonstrationsinitiative inhaltlich sehr viel weitgehender ist als der Plan der Elternräte zu einer Demonstration gegen die Schulmisere (die Resolution bezieht ein: Kampf gegen den Einstellungsstop im Öffentlichen Dienst, gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung der Arbeiterjugend, gegen politische Reglementierung und Repression, für selbstverwaltete Jugendzentren u. a.).

Faktisch fordern diese Elternräte von den demokratischen und kommunistischen Organisationen, daß sie zugunsten eines bloßen Demonstrationsvorschlages, der sich auf Schulprobleme bezieht, auf Aktionen gegen den a l l s e i t i g e n Angriff des Hamburger Senats in der Jugend- und Bildungspolitik gefälligst v e r z i c h t e n sollen. Dazu ist noch anzumerken, daß die Resonanz der Altonaer Eltern auf den Demonstrationsvorschlag des Elternrats der Schule Arnkielstraße bisher minimal war! – einige Elternräte von der Arnkielstraße ergriffen denn auch gern die Gelegenheit beim Schopf und erklärten demagogisch, wegen der von RBJ, KB und ESG initiierten Demonstration müßten sie jetzt ihren eigenen Demonstrationsplan fallen lassen !!

Ferner wandte sich der Elternrat der Schule Arnkielstraße mit einem „Offenen Brief" an den RBJ und den Fachschaftsrat Erziehungswissenschaften (PI) der Universität. Darin wurde allen Ernstes behauptet, daß die Unterstützung von RBJ und FSR PI für die geplante Demonstration „gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats" u n v e r e i n b a r sei mit ihrer weiteren Mitarbeit im sogenannten „Kerngebiet" (eine Arbeitsgemeinschaft Altonaer Eltern, vor allem von der Arnkielstraße, mit interessierten Schülern, Lehrern und Lehrerstudenten). Mit diesem Ansinnen erlitt der Elternrat der Schule Arnkielstraße allerdings im „Kerngebiet" vorläufig eine deutliche Abfuhr !

Gegen Zusammenarbeit mit dem KB

Wie erwähnt, begründete der Elternrat Arnkielstraße seine Ablehnung der von RBJ, KB und ESG initiierten Demonstration auch damit, daß der Kommunistische Bund diese Demonstration öffentlich unterstützt. Das sei für den Elternrat Arnkielstraße nicht akzeptabel, denn dadurch würden „die Eltern abgeschreckt". Man müsse „dem herrschenden Antikommunismus Rechnung tragen".

Was diesen Punkt angeht, so muß man wohl von Glück sagen, daß heute z. B. der Antisemitismus nicht mehr zu den herrschenden Ideologien gehört, da sonst womöglich noch absurdere „Abgrenzungsbeschlüsse" zu erwarten wären ...

Zum einen ist es natürlich so, daß man s o , wie es sich hier offenbar einige Elternräte vorstellen, dem „herrschenden Antikommunismus" ohnehin nicht wirksam entgehen kann. So ist es Tatsache, daß nach der ersten Demonstration Altonaer Eltern und Schüler (und speziell der Arnkielstraße) vor einigen Monaten die bürgerliche Presse aus allen Rohren antikommunistischen Dreck schoß (auf der Demo seien fast gar keine Eltern, sondern bloß linksradikale Studenten und Kommunisten gewesen etc.). Damit, daß man eine klare Stellungnahme zur Zusammenarbeit auch mit Kommunisten vermeidet, kann man diesen Verleumdungen nicht entgegentreten, sondern leistet ihnen eher wohl Vorschub.

Zweitens ziehen die Elternräte der Arnkielstraße, die bisher ihre Arbeit als im Interesse gerade der Arbeitereltern und -kinder verstanden wissen wollten, mit dieser Entscheidung voll mit im Sinn der Absicht der Bourgeoisie, die Kommunisten immer weiter zu isolieren.

Dem Verbot und der Illegalisierung der kommunistischen Organisationen geht der Versuch voraus, sie von der Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen und Gruppen abzuschneiden, indem auf alle potentiellen ‚Bündnispartner' der Kommunisten politisch-ideologischer Druck ausgeübt wird. Sich dieser Tendenz zu unterwerfen (und sei es auch nur unter Berufung auf den „herrschenden Antikommunismus" a n d e r e r) bedeutet faktisch, zum Klima der Isolierung der kommunistischen Organisationen beizutragen.

Dieses Vorgehen unterscheidet sich von den Stellungnahmen der SDAJ, Jusos u.ä. zur Demonstration („wir können uns nicht beteiligen, weil der KB mitmacht") in seiner objektiven Wirkung überhaupt nicht. Als besonders verwerflich ist dabei der Versuch einiger Elternräte zu sehen, auch noch RBJ und Fachschaftsrat PI gegen die gemeinsame Demonstration mit dem KB einzunehmen. ●

wird fortgesetzt

Uni, Kiel:

Kampf dem „Ordnungsrecht"!

Seit den Semesterferien stehen erstmals drei Studenten vor dem neu eingerichteten „Ordnungsausschuß". Damit wird das „Ordnungsrecht", wesentlicher Bestandteil des Landeshochschulgesetzes (LHG), zum ersten Mal angewandt.

- Ein Fachschaftsvertreter der Biologie ist wegen einer „Vorlesungsstörung" angeklagt: Er wollte zu Beginn einer Vorlesung eine studentische Vollversammlung ankündigen! Für Dr. Müller, der als reaktionärer Vorreiter gegen kritische Studenten in der Biologie kein unbeschriebenes Blatt ist, Anlaß genug ein Ordnungsverfahren anzuzetteln.
- Gegen den zweiten Studenten ist ein Ordnungsverfahren wegen „Störung anläßlich der Fakultätssitzung der Philosophischen Fakultät am 13.2.74" eingeleitet.

Auf dieser Fakultätssitzung im Audi Max sollte eine neue Prüfungsordnung für die Psychologiestudenten verabschiedet werden. Die Studenten forderten die Zulassung der Öffentlichkeit (ca. 50 hatten sich vor dem Audi Max versammelt), weil sie dabei sein wollten, wenn direkt über ihre Studiensituation entschieden wird. Das Audi Max war aber verschlossen. Es gelang dem jetzt angeklagten Studenten, durch ein Fenster ins Audi Max zu kommen, wo er aber vom Rektoratsfahrer daran gehindert wurde, eine Tür für die anderen Studenten zu öffnen. – Eine halbe Stunde später verließ jedoch ein Fakultätsmitglied das Audi Max, wobei die übrigen Studenten die Möglichkeit nutzen konnten, hinein zu gelangen.

- Der dritte Student hatte sich „schuldig" gemacht, aktiv für die Verhinderung der Chemie-Klausur eingetreten zu sein. Dafür soll er jetzt stellvertretend für alle Kommilitonen abgeurteilt werden.

Der reaktionäre Inhalt des „Ordnungsrechts"

Das Ordnungsverfahren ist mit „Sondergerichtsbarkeiten" wie etwa dem Truppendienstgericht der Bundeswehr vergleichbar: Ein Richter, ein Vorgesetzter (an der Uni ein Professor) und ein gleichrangiger Dienstgrad (an der Uni ein Student) befinden unter Ausschluß der Öffentlichkeit über den „Fall".

(Da sich hier kein Student zur „Mitarbeit" bereit erklärte, wird ein zweiter Richter diesen Platz einnehmen.

Mit dem „Ordnungsrecht" soll künftig gegen studentische „Störer" noch schneller und wirksamer als bisher vorgegangen werden – hat es doch gegenüber der bisherigen (strafrechtlichen) Verfolgung fortschrittlicher Studenten den „Vorteil", anstelle langwieriger und unnötig Staub aufwirbelnder Gerichtsverfahren (oft haben diese Prozesse bis zu zwei Jahren gedauert, und einige sogar mit Freispruch geendet) reaktionäre Urteile schnell und hinter verschlossenen Türen zu verhängen. Weiter hat der angeklagte Student keine Möglichkeit, einen Verteidiger zu bestellen, kann schnell mit Haus- und Studienverbot belegt werden und kann sogar mit einer Doppelbestrafung (also auch noch einem Verfahren vor Gericht) rechnen. –

Der Strafkatalog (s. § 32 LHG) geht bis zum Ausschluß vom Studium an allen Hochschulen im Geltungsbereich dieses Gesetzes bis zu zwei Jahren, was faktisch Berufs- bzw. Ausbildungsverbot bedeutet. Dabei kann schon die Wahrnehmung elementarster Rechte an der Uni wie z.B. das Recht der Kritik-, Diskussions- und Informationsfreiheit in Lehrveranstaltungen als „Verstoß gegen die Aufgaben der Universität" ausgelegt und mit Ordnungsstrafen belegt werden.

Es ist offensichtlich, daß die Anwendung des Ordnungsrechts nicht ein vereinzelter Übergriff des Kieler Rektorats ist, sondern ein Teil jenes systematischen reaktionären Feldzuges, der mit LHG, Ordnungsrecht, Maulkorberlaß, politischen Prozessen, Polizeieinsatz (Chemie-Klausur) und dergleichen die Zerschlagung der demokratischen und sozialistischen Strömungen in der Studentenschaft der BRD zum Ziel hat.

Diesen Angriff des bürgerlichen Staates gilt es, den Kampf gegen jede einzelne reaktionäre Maßnahme entgegenzusetzen; richtigerweise sind die drei betroffenen Studenten während der Semesterferien nicht vor den Ordnungsausschuß gegangen; ebenfalls richtig ist die Orientierung einiger Studenten aus den betroffenen Fakultäten auf Fakultätsversammlungen, wo konkrete Schritte – Veranstaltung, Flugblätter dazu usw. – diskutiert werden sollen. Wichtig ist aber, dabei nicht nur diese einzelne Maßnahme des Rektorats im Auge zu haben, sondern die langfristigen Ziele der Kapitalisten und ihrer Statthalter im Kultusministerium. Nur so wird es gelingen, den bisher immer nur spontanen Aktionen der Studenten eine bewußte, antifaschistische Stoßrichtung zu geben. ●

Bezirksorganisation des KB/Gruppe Kiel

Altötting:

Wieder Mißhandlungen von Patienten aufgedeckt



Ende Oktober deckten fünf Zivildienstleistende im Alten- und Pflegeheim Altötting, nahe bei München, säuische Mißhandlunger von Patienten auf.

Im Heim hausen 130 Patienten unter unvorstellbaren Verhältnissen:

Überall laufen Wanzen und Läuse in rauhen Mengen und Küchenschaben! Mit Kot beschmierte Wäsche wurde in derselben Badewanne gewaschen, in der anschließend Patienten ohne vorherige Desinfektion gebadet wurden!

Patienten werden immer wieder geschlagen. Leichen seien in einer ehemaligen Garage neben Mülltonnen hingelegt worden.

Ein Arzt habe nach der Ausstellung eines Totenscheines in der Garage einen Toten vorgefunden, der in ein Bettuch gewickelt, am Boden angefroren gewesen sei. („FR" 23.10.).

Die Heimleitung und die örtliche Gesundheitsbehörde wiesen den Bericht der Zivildienstleistenden als „unwahr" zurück.

Demgegenüber bestätigte inzwischen ein Arzt, der in Notfällen gelegentlich ins Heim gerufen wurde, die dortigen Zustände und bezeichnete das Heim als „Saustall" („FR" s.o.).

Bisher ist nicht bekannt, ob irgendeine Kommission sich mit diesen Vorwürfen beschäftigt, geschweige denn Abhilfe geschafft wird und die Verantwortlichen in den Gesundheitsministerien zur Verantwortung herangezogen werden.

Einziges bisheriges Ergebnis: Die fünf Zivildienstleistenden sind sofort an andere Einsatzorte versetzt worden!

Merke: Im Kapitalismus werden nicht die Schuldigen allen Übels bestraft, sondern die, die die Mißstände aufzeigen. Es wird der Arbeiterklasse vorbehalten sein, die Schuldigen eines Tages selber zu bestrafen. ●

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte
Nr. 081368 A

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Westberlin
Florian Geyer
1 Berlin 21
THomasiusstr. 2

Weitere Vertriebsgruppen:

Warschauer Revisionisten-Treffen

In Warschau fand vom 16. bis 18. Oktober ein sogenanntes „Konsultativtreffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas" statt. 28 Parteien nahmen daran teil. Es fehlten die Revisionisten der Niederlande, und natürlich fehlte die Partei der Arbeit Albaniens, die das „Konsultativtreffen" ausdrücklich verurteilte. Aus Griechenland und Spanien, wo die revisionistischen Parteien gespalten sind, nahmen nur die an der KPdSU eng orientierten Minderheitsfraktionen teil.

Das „Konsultativtreffen" sollte dazu dienen, eine „Konferenz" der europäischen Revisionisten vorzubereiten. Diese soll nun *„nicht später als Mitte 1975"* (voraussichtlich in der ersten Mai-Hälfte) in Berlin/DDR stattfinden. Vorher wird es im Dezember oder Januar noch ein Vorbereitungstreffen geben.

Das Abschlußkommunique gibt über den Verlauf des „Konsultativtreffens" praktisch keinen Aufschluß.

Die Tatsache, daß die italienische „KP" (PCI) und die polnische Vereinigte Arbeiterpartei offiziell als Organisatoren des „Konsultativtreffens" auftraten, zeigt allerdings bereits die Verschiebung des Kräfteverhältnisses im revisionistischen Lager. Der Vertreter der PCI machte sich denn auch besonders stark für den Gedanken der „Gleichberechtigung", der „Unabhängigkeit" usw. der einzelnen Parteien. Hierbei wurde er vor allem vom jugoslawischen Bund der Kommunisten unterstützt.

Die KPdSU-Führer haben sich viele Jahre lang abgestrampelt, um ein Forum für die „Verurteilung" der KP Chinas, für ihren „Ausschluß" aus der „kommunistischen Weltbewegung" zusammenzubringen. Das war schon auf der Moskauer „Weltkonferenz" revisionistischer Parteien von 1969 nicht möglich, und ist heute erst recht unrealistisch. Die Parteien Rumäniens, Jugoslawiens und Italiens haben ausdrücklich zur Bedingung gemacht, daß über „abwesende" Parteien nicht diskutiert werden darf. Dabei steht als Motiv sicher nicht die Sympathie dieser revisionistischen Parteien für das sozialistische China im Vordergrund, sondern die Sorge um die e i g e n e „Unabhängigkeit"; denn eine „Verurteilung" der KP Chinas würde die Tür weit aufstoßen, auch a n d e r e Parteien zu maßregeln, einzuschüchtern und eventuell „auszuschliessen".

Im Abschlußkommunique des Warschauer Treffens ist außerdem die Rede davon, daß auf der kommenden „Konferenz" in Berlin *„nach Herbeiführung gemeinsamer Standpunkte"* zu *„streben"* ist. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens will dies so verstanden wissen, daß eine „Zustimmung aller bei allen Entscheidungen" notwendig sei, also letztlich Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden können. Darüber hinaus haben sich die jugoslawischen Revisionisten g r u n d s ä t z l i c h gegen eine neue „Weltkonferenz" ausgesprochen, falls die chinesische KP nicht daran teilnimmt (was natürlich nicht zu erwarten ist).

Schon auf dem Brüsseler Treffen der westeuropäischen Revisionisten im Januar 1974 wurden unter diesen politische Meinungsverschiedenheiten deutlich. So kämpfen einige kleinere, bedeutungslose Parteien (wie die Großbritanniens und der BRD) noch einigermaßen gegen die imperialistische „Europäische Gemeinschaft" (EG), während die grösseren, sozusagen „der Macht" näher stehenden Parteien (PCI, PCF), die EG nur noch „demokratisieren" wollen und sich sogar mit der NATO schon weitgehend abgefunden haben. Die PCI vertritt gar eine etwas entschärfte Version der Theorie, daß sich „Europa" sowohl von den USA als auch von der Sowjetunion „unabhängig" machen müsse.

Hier zeigt sich ein zunehmender Widerspruch zwischen Parteien, die sich vor allem am „Kompromiß" mit der eigenen Bourgeoisie orientieren und dafür NATO, EG usw. zumindest in Kauf nehmen, und andererseits Parteien, die sich stärker an den Interessen des Sowjetrevisionismus orientieren und folglich auch stärker gegen NATO und EG Front machen (wie z.B. die DKP). In Griechenland und Spanien ist dieser Widerspruch schon in offene Spaltungen gemündet.

Die Sowjetrevisionisten haben es also zunehmend schwerer, ihre „Schäfchen" beieinander zu halten, und die Berliner Konferenz im nächsten Jahr wird sicher kein reines Vergnügen für sie werden. ●

KBW läd Faschisten ein

Auf der letzten Vollversammlung an der Gesamthochschule Kassel wurde vom KSB (KBW) der Antrag gestellt, *„alle sich derzeit zu den hessischen Landtagswahlen stellenden Parteien (CDU, DKP, FDP, KBW, KPD, NPD, SPD) zu einem Diskussionsforum an die Hochschule einzuladen."* Der Antrag wurde von den noch 120 anwesenden Studenten (insgesamt ca. 6.000) mit knapper Mehrheit und mit den Stimmen des RCDS angenommen.

KSV („KPD"), MSB (DKP) und Jusos sprachen sich gegen die Einladung der Faschisten aus. Der KSB unterstrich noch einmal seinen Antrag in einem Flugblatt, in dem es hieß: *„Für die bürgerlichen Politiker kann es eine äußerst unangenehme Sache werden, wenn sie den Studenten Rede und Antwort stehen müssen ..."*

Zu der Veranstaltung selbst waren ca. 300 zum großen Teil „organisierte" Studenten anwesend. Als erster trat der DKP-Vertreter auf und erklärte, daß er als alter Widerstandskämpfer sich weigere, mit Faschisten an einem Tisch zu sitzen. Daraufhin wurde eine Resolution die von uns mit erarbeitet wurde, vom Landtagskandidaten der „KPD" zur Abstimmung gestellt. In der Resolution wurde dargestellt, welche Aufgaben dem Faschismus zugedacht sind, belegt durch die blutigen Fakten der Naziherrschaft und in jüngster Zeit der Mord und Terror in Chile und Italien.

Diese Resolution wurde von der Mehrheit der Studenten mit Sprechchören: „Faschisten raus – keine Faschisten an die Hochschule" unterstützt. Bevor es zur Abstimmung über die Resolution kam, wurde den anderen Podiumsmitgliedern eine Stellungnahme erlaubt, woraufhin der SPD-Vertreter eine „persönliche" Erklärung abgab: er sagte, daß dieser NPD-Vertreter auf einer Demonstration 1970 in Kassel auf Demonstranten geschossen habe, deshalb werde er für den Ausschluß des NPD-Vertreters stimmen. Der KBW-Vertreter zog sich auf den Beschluß der „Voll"-versammlung zurück, die NPD einzuladen. Einschränkend bemerkte er, (als „guter Demokrat", wie es ein KBW'ler nun·mal ist), daß, wenn die Mehrheit der Anwesenden eine andere Meinung hätten, er selbstverständlich zustimmen würde. Der CDU-Vertreter widersprach der Resolution, da er in einer Demokratie mit jedem diskutiert ...

Nach der Stellungnahme der Parteien und Organisationen wurde über die Resolution abgestimmt. Sie wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen, wobei auf Antrag eines KSB-Vertreters eine neue Abstimmung und Auszählung erforderlich wurde. Die KBW-Mitglieder stimmten fast geschlossen g e g e n die Resolution. ●

Sympathisanten des KB an der GHK Kassel

PI Hamburg:

Große Koalition von MSB/SHB, KBW und KSV stürzt linken Fachschaftsrat

Wie in AK 44 (Seite 31) berichtet, war am Pädagogischen Institut (Lehrerausbildung) der Hamburger Universität im Mai ein linker Fachschaftsrat, bestehend aus SSB (KB-Sympathisanten) gebildet worden, nach- ·pathisanten) gebildet worden, nachdem der FSR lange Zeit vom revisionistischen MSB/SHB verwaltet worden war.

MSB/SHB hatten dem neuen FSR ein rasches Ende „in den nächsten Wochen" angedroht. Daraus wurde zwar nichts, aber bei den Neuwahlen Anfang November konnte sich der der MSB/SHB doch wieder durchsetzen, mit rund 600 gegen 400 Stimmen (im Mai: 444 gegen 497 Stimmen in der Stichwahl). Er verdankt das wohl weniger seiner eigenen Tüchtigkeit als vielmehr der ungewollten „Unterstützung" durch KSV und SSG (Hamburger Studentengruppe des KBW).

Die SSG hatte im Mai bei der entscheidenden Stichwahl noch die Liste von SSB/KSV unterstützt. Um nicht wieder in diese peinliche Verlegenheit zu kommen, sprach sie sich diesmal zum Wohlgefallen des MSB/SHB schon vorher gegen eine Stichwahl aus. Das sei, wie sie plötzlich hauptete, *„das Normalste"*.

Der zu den Wahlen gebildeten Aktionseinheit von SSB, KSV und der neugegründeten Studentengruppe des Bund Demokratischer Jugend (BDJ) trug die SSG freundlichst die *„Einheit der Studenten"* an, die durchaus *„möglich"* sei, falls sich die anderen gefälligst auf den Boden des SSG-Wahlprogramms begeben würden . . . – was sie leider nicht taten . . .

Höchst bezeichnend ist die Kritik der SSG am gemeinsamen Wahlvorschlag von SSB, KSV und BDJ:

Gewerkschaftsfrage. Hier mißfiel der SSG der Hinweis auf Gewerkschaftsausschlüsse, den sie ganz gestrichen haben wollte. In ihren Erklärungen behauptete sie demagogisch, das sei *„RGO-Politik"*.

Antifaschistischer Kampf. Hier wollte die SSG den Hinweis gestrichen haben, daß der Kampf *„gegebenenfalls auch militant"* zu führen sei. In einem Flugblatt klagten sie, daß AK-Verkäufer *„einen Info-Stand der Jungen Union kurz und kleingeschlagen"* hätten. *„Gewalt"* sei *„nicht das normale Mittel des ideologischen (??) Kampfes gegen Reaktionäre"*.

Revisionismus. Hier wandte sich die SSG gegen Kritik am MSB/SHB im Wahlprogramm von SSB, KSV und BDJ, die man *„ersatzlos streichen"* müßte, um mit der SSG ins Geschäft zu kommen. Denn Kritik am MSB/SHB sei – wörtlich!! – *„der größtmöglichen Einheit der Studenten nicht dienlich"*.

Die Revisionisten nahmen die ihnen von der SSG zugeworfenen Bällchen denn auch dankbar und mit freundlicher Ironie auf. G e t ä u s c h t sah sich die SSG allerdings bei ihrem Versuch, sich mit diesen Revisionisten als „bester MSB, den es je gab" zu profilieren. Ganze 50 (!) Stimmen bekam die SSG bei der Wahl, während sie im Mai (bei einer geringeren Teilnehmerzahl!) immerhin auf 180 Stimmen (im ersten Wahlgang) gekommen war. Das weitere Abwirtschaften von KBW/SSG auch am PI (ihrer einstigen „Hochburg" in besseren Tagen) kann wohl als erfreulichster Aspekt der Wahl verbucht werden.

Von „links" tat der KSV, mit dem diesmal noch eine gemeinsame Kandidatur zustande kam, das Seine, um dem MSB/SHB die Hasen in die Küche zu treiben. Während des ganzen letzten halben Jahres hatte der KSV im FSR in erster Linie die Rolle des Bremsers gespielt, der mit allerlei „linken" Schnacks eine kontinuierliche Arbeit des FSR lahmlegte. Als es jetzt, kurz vor der Neuwahl des FSR, um die von zahlreichen Organisationen und Gruppen geplante Demonstration gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats ging, legte sich im letzten Moment die „KPD" (und damit natürlich auch der KSV) quer (Artikel dazu an anderer Stelle des AK), was konkret zur Folge hatte, daß der FSR nicht zur Demonstration aufrufen konnte.

Im Übrigen führte der KSV, in blinder Verkennung der Realitäten, seinen „Wahlkampf" anscheinend in erster Linie gegen SSB und BDJ, die er wild angriff, obwohl er mit ihnen gemeinsam kandidierte. Noch auf der Wahlversammlung präsentierten sich Redner des KSV als super-„linke" Vogelscheuchen. Im Grunde ist es bemerkenswert, daß einem solchermaßen offen zerstrittenen Wahlbündnis rund 400 Studenten ihre Stimme gaben (im Mai: 280 Stimmen im ersten Wahlgang für SSB/KSV; 497 in der Stichwahl, mit Unterstützung der SSG).

Diese Vorgänge lassen befürchten, daß der KSV, der in letzter Zeit offenbar eine größere Anzahl von Mitgliedern nach r e c h t s verloren hat, nun umso unsinniger nach „l i n k s" driftet und eine weitere Zusammenarbeit mit ihm nur möglich ist, wenn man den politischen Selbstmord will. ●



Inhalt

Inhalt